

Stadtarchiv Gelsenkirchen

Grp. 0 / IV Ort Gelsenk.

U.-Grp. 1 Zeit 1946

Nr. 32 Betr.:

Chronik der Stadt Gelsenk.

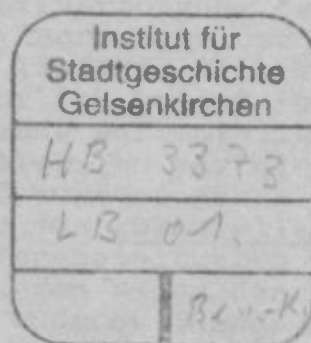
Blattzahl:

S t a d t G e l s e n k i r c h e n

J A H R E S - C H R O N I K

f ü r d a s J a h r

1 9 4 6



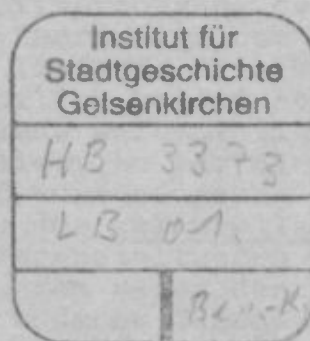
bearbeitet durch Dr. Wilhelm Niemöller

S t a d t G e l s e n k i r c h e n

J A H R E S - C H R O N I K

f ü r d a s J a h r

1 9 4 6



bearbeitet durch Dr. Wilhelm Niemöller

Vorbemerkungen

=====

Die im Jahre 1946 wieder reicher als in den beiden Vorjahren fließenden Quellen erlaubten es dem Chronisten, in diesem Jahre wieder eine tägliche Chronik zu führen, während das 1944 und 1945 nur wochenweise möglich war.

Wie in den beiden Vorjahren wurden überörtliche Ereignisse nur kurz erwähnt, wenn sie auf das politische, wirtschaftliche oder kulturelle Leben in Gelsenkirchen besonderen Einfluß hatten oder die Bevölkerung in außerordentlichem Maße interessierten. Als Beispiel dafür sei hier nur das Urteil des "Nürnberger Prozesses" erwähnt. Aus dem gleichen Grunde wurden auch, um die erforderliche Neutralität zu wahren, Veranstaltungen der politischen Parteien nur vermerkt, wenn es sich um für die Gesamtstadt bedeutsame Veranstaltungen handelte. Keine Notiz wurde von der im Wahlkampf vor der Stadtverordnetenwahl (13. Oktober) gemachten Wahlpropaganda genommen.

Das Jahr 1946 war ein ausgesprochenes Hungerjahr. Alle Reserven waren völlig erschöpft, die Lieferungsrückstände wuchsen an, Transport- und Stromkrisen kamen hinzu und führten die Lebensmittelversorgung an den Rand der Katastrophe. Dazu trat eine Durchlöcherung der Bewirtschaftung, welche die Kompensations- und Schwarzmarktgeschäfte zur Blüte brachte. Der Kalorienausfall bei den biologisch wichtigen eiweiß- und fetthaltigen Nahrungsmitteln Fett und Fleisch war durch eine vermehrte Zuteilung von Kartoffeln und Getreidenahrung nicht auszugleichen. Mitteilungen über die Ernährungslage nehmen daher einen bevorzugten Raum in der Chronik ein.

Die Gelsenkirchener mußten aber nicht nur hungern, sondern auch frieren. Die Brennstoffversorgung für den Winter 1946/47 war vollkommen zusammengebrochen. Zu dem beantwortete die britische Kohlenkontrolle die Weigerung der Bergarbeiter an der Ruhr, Sonderschichten für die Brennstoffversorgung der deutschen Bevölkerung zu verfahren, mit der Anordnung, nur noch minderwertige Brennstoffe als Hausbrand zu liefern. Alle Mitteilungen über diese Verhältnisse wurden ausführlich verzeichnet.

Wenn auch das Ergebnis der Wiederaufbautätigkeit auf dem Wohnungsgebiet unbefriedigend blieb, so war die Gelsenkirchener Bevölkerung im Jahre 1946 auf verschiedenen Gebieten doch recht aktiv. Dazu gehörte vor allen das kulturelle Leben. In der Registrierung der kulturellen Veranstaltungen wurde keine Vollständigkeit angestrebt. Es wurden neben den Theateraufführungen des Stadttheaters und zweier anderer Bühnen, den Konzerten des Städt. Orchesters und der großen gemischten Chöre die übrigen Konzertveranstaltungen nur erwähnt, wenn sie einen besonderen Charakter trugen. Zu diesem Vorgehen war der Chronist schon angesichts der auch vom Volksbildungsausschuß beklagten Zersplitterung auf kulturellem Gebiet gezwungen.

Viel Mühe verwandte der Chronist auf das Inhaltsverzeichnis. Es wurde so ausführlich wie möglich gestaltet, um das Nachschlagen zu erleichtern und die Möglichkeit zu bieten, das Register zur Gewinnung eines schnellen Überblicks zu benutzen.

Dienstag, den 1. Januar
=====

An die Bewohner des Regierungsbezirks Münster richtete Regierungspräsident Hackethal zum Neujahrstag folgende Worte:

"Die zustimmenden Mitteilungen zu meinen bisherigen Anregungen besagen mir, daß wir gemeinsam bereit sind, die Not zu brechen, die wir als Erbe der nationalsozialistischen Regierung übernommen haben. Nach Jahren der Zersetzung, Zerstörung und Knechtschaft sammeln wir Kraft, bauen auf und ringen um eine bessere Zukunft. Die notwendig zu bringenden Opfer entsprechen der Größe des gesteckten Ziels. Möge das Jahr 1946 uns mit Gottes Hilfe der Erfüllung unserer Wünsche näher bringen!"

Die Militärregierung ordnete mit Wirkung vom 1. Januar 1946 zur Vorbereitung gewisser Änderungen in den Lohnsteuersätzen eine Reihe von Sofortmaßnahmen an; sie betrafen die Steuergruppen, die Höhe der Lohnsteuersätze und die steuerfreien Beträge.

Steuergruppen: Steuergruppe I umfaßte alle Personen, die am 1. Januar 1946 unverheiratet waren und das 65. Lebensjahr nicht vollendet hatten;

Steuergruppe II umfaßte alle Personen, die am 1. Januar 1946 verheiratet waren oder das 65. Lebensjahr vollendet hatten und denen keine Kinderermäßigung zustand;

Steuergruppe III umfaßte alle Personen, die am 1. Januar 1946 mit ihren eigenen Kindern zusammenlebten, wenn diese am 1. Januar 1946 das 16. Lebensjahr nicht vollendet hatten oder das 16., aber noch nicht das 21. Lebensjahr vollendet hatten und eine Ausbildungsstätte besuchten, die von der alliierten Behörde genehmigt war.

Höhe der Lohnsteuer: Bei der Berechnung der Lohnsteuer waren anzuwenden:

für Personen, die in die neue Steuergruppe I fielen, die um

25 % erhöhten Steuersätze der alten Steuergruppe I,

für Personen, die in die neue Steuergruppe II fielen, die um

25 % erhöhten Steuersätze der alten Steuergruppe II,

für Personen, die in die neue Steuergruppe III fielen, die um

25 % erhöhten Steuersätze der alten Steuergruppe IV.

Steuerfreie Beträge: Vom 1. Januar 1946 an waren nicht mehr abzugsfähig: Beiträge zu Berufsständen und Berufsverbänden, Aufwendungen für Fahrkosten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Versicherungsprämien oder Beiträge mit Ausnahme der gesetzlichen Versicherungsbeiträge, Beiträge zu Bausparkassen und Aufwendungen wegen außergewöhnlicher Belastungen. Die Abzüge für Sonderausgaben durften zusammen 300 RM im Jahre nicht übersteigen. Dieser Betrag erhöhte sich für die Ehefrau und für jedes Kind, das am 1. Januar 1946 unter 16 Jahre alt war, um je 300 RM.

Mittwoch, den 2. Januar
=====

Im Kampf gegen den Schwarzhandel führte die Polizei Razzien durch. Den Reisenden wurde bei ihrer Ankunft am Gelsenkirchener Hauptbahnhof das Gepäck durchsucht. Dadurch verlor mancher Schwarzhändler seine Ware und mußte außerdem noch mit empfindlichen Freiheitsstrafen rechnen. Ein Schwarzhändler bot eine Flasche Kümmel an und verlangte dafür 250 Mark. Schon bald fand sich ein Liebhaber. Als der Kauf im Wartesaal abgeschlossen werden sollte, wies sich der Käufer als Detektiv aus und verhaftete den Geschäftsmacher.

---.---.

Donnerstag, den 3. Januar
=====

Die Stadtverwaltung entschloß sich, die städtischen Grünanlagen als Anbau- und Nutzflächen in den Dienst der Ernährungswirtschaft zu stellen, um der Allgemeinheit zusätzliche Nahrungsmittel an Kartoffeln und Gemüse zuführen zu können. Ein Teil der Anbaufläche blieb in städtischer Regie; der übrige Teil wurde parzelliert und an die Bevölkerung verpachtet.

---.---.

Freitag, den 4. Januar
=====

Oberbürgermeister Zimmermann wurde mit den Oberbürgermeistern von 14 anderen Großstädten in der britischen Zone in den mit Genehmigung der Militärregierung neu gebildeten Deutschen Städte-tag gewählt. Der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Pünder, wurde zum Vorsitzenden des fünfköpfigen geschäftsführenden Vorstandes bestellt. Die Geschäftsführung wurde zunächst von Dr. van Aubel, dem Leiter der Wirtschaftsberatung der Gemeinden in Bad Godesberg, ausgeübt.

---.---.

Samstag, den 5. Januar
=====

Auf Anordnung der Militärregierung wurde ein Ausschuß zur Entnazifizierung gebildet. Die Anordnung hatte folgenden Wortlaut:

1. Ein Ausschuß mit dem Zweck der Überprüfung der fortschreitenden Entnazifizierung in der Stadt Gelsenkirchen wird mit sofortiger Wirkung gebildet.

2. Die Aufgaben des Ausschusses sind:

a) Die Überprüfung der "Bonafides" aller Personen, die direkt oder indirekt in Ehrenämtern arbeiten, soweit sich aus ihnen ein gewisses Maß von Verantwortung und Vollmacht in der Stadt ergibt;

b) die Überprüfung der "Bonafides" aller Personen in besoldeten Stellungen der Stadtverwaltung;

c) die Überprüfung der "Bonafides" aller anderen Personen, die in Verbindung mit der Militärregierung dem Ausschuß genannt und befürwortet werden.

3. Der Ausschuß setzt sich aus folgenden Mitgliedern zusammen:
Geissler, Metallarbeiter (KPD),
Ratajczak, Bergmann (KPD),
Kemper, Schlosser (Zentrum),
Melcher, Parteisekretär (SPD),
Keuper, Kaufmann (Industrie- und Handelskammer),
Jansen, Anstreicher (SPD),
Dr. Disse (Augenarzt (Freie Berufe),
Ehlerding, Prokurist (Christl.-demokr. Union).
4. Es wird darauf hingewiesen, daß der Ausschuß aus Vertretern aller politischen Parteien der Stadt besteht, zusammen mit weiteren Personen, die die Interessen vertreten, die im Zusammenhang mit ihrem Namen erwähnt wurden.
5. Die Personen in der Stadt, die Einwände oder Gründe gegen ein Mitglied des Ausschusses haben, mögen ihre Beschwerde mit allen diesbezüglichen Angaben, dem vollen Namen und der Adresse an die Militärregierung richten.
6. Solche Einwendungen werden von der Militärregierung intensiv überprüft; in zutreffenden Fällen wird die Person von der getroffenen Entscheidung benachrichtigt. Es wird betont, daß solche Beschwerden wesentlich und durch Beweise bestätigt sein müssen, andernfalls können sie nicht berücksichtigt werden.
7. Der Ausschuß wird seinen eigenen Vorsitzenden im Wechsel wählen, so daß jedes Mitglied Gelegenheit hat, bei einer Versammlung den Vorsitz zu führen.
8. Jedes Mitglied wird eine Stimme haben; der Vorsitzende hat doppelte Stimme.
9. Der Ausschuß ist ermächtigt, die Militärregierung zu bitten, ihm amtliche Informationen aus den Fragebogen zu geben, wenn dieses nach der Meinung des Ausschusses wünschenswert ist.
10. Der Ausschuß wird wenigstens einmal wöchentlich zusammentreten und sonst so oft, wie es zur Durchführung seiner Aufgaben nötig erscheint.
11. Die Sitzungen werden in der Oberschule für Mädchen, Gelsenkirchen, stattfinden, und der hierzu benötigte Raum wird vom Oberbürgermeister mit allem erforderlichen Material zur Verfügung gestellt werden.
12. Der Ausschuß ist privat und hat keine ausführende Gewalt. Interessierte Personen können nach Antrag bei der Militärregierung als Zuhörer teilnehmen. Es wird hervorgehoben, daß der Ausschuß nicht in der Lage sein kann, seine Aufgaben wirksam durchzuführen, wenn eine allgemeine Teilnahme erlaubt ist.
13. Nach Beendigung einer jeden Sitzung hat der Ausschuß einen maschinengeschriebenen Bericht über erledigte Arbeit und eingegangene Vorschläge an die Militärregierung zu geben.
14. Wenn nötig, wird der Oberbürgermeister dem Ausschuß eine Schreibkraft zur Verfügung stellen.
15. Die Akte mit Berichten und Vorschlägen wird bei der Militärregierung aufbewahrt. Von Zeit zu Zeit werden Veröffentlichungen in der Presse erscheinen.

16. Letzte Instanz, Schiedsrichter, ausführende und verantwortliche Gewalt im Rahmen der Entnazifizierung bleibt die Militärregierung. Jederzeit kann ein Vertreter der Militärregierung an den Sitzungen teilnehmen und offiziell mitwirken.

17. Der Inhalt dieses Memorandums wird in der örtlichen Presse erscheinen und dadurch der breitesten Öffentlichkeit bekannt gegeben.

---.---.---

Sonntag, den 6. Januar

=====

Der durch Kriegseinwirkung stark beschädigte Stadthafen konnte nach zielbewußter und angestrenzter Arbeit wieder voll in Betrieb genommen werden. Für die Sicherung der Lebensmittelversorgung Gelsenkirchens war dieser weitere Schritt in der Beseitigung der Kriegsschäden von großer Bedeutung.

---.---.---

Montag, den 7. Januar

=====

Am 7. Januar wurde der Unterricht für die Volksschulkinder in Bulmke und Hüllen im Schulgebäude Ückendorfer Straße 65 wieder aufgenommen.

---.---.---

Zur Vorbereitung auf die Reifeprüfung wurde einem Erlaß des Oberpräsidenten von Westfalen zufolge auch an den Gelsenkirchener Oberschulen Sonderlehrgänge eingerichtet. Sie sollten dazu dienen, Schülern und Schülerinnen der Klassen 7 und 8 der Oberschule, denen nach dem 1. April 1942 ein Reife- oder Vorsemester-Vermerk ausgestellt worden war, zur Ablegung der ordentlichen Reifeprüfung vorzubereiten. Auch Schülerinnen, die ein ordnungsmäßiges Reifezeugnis des hauswirtschaftlichen Zweiges einer Oberschule für Mädchen besaßen, mußten an diesen Lehrgängen teilnehmen, wenn sie ein akademisches Studium aufnehmen wollten.

---.---.---

Die Ernährungslage verschlechterte sich in der ersten Januarwoche sehr spürbar. Infolge der Herabsetzung der wöchentlichen Kartoffelration von vier auf zwei Pfund und des völlig ungenügenden Ausgleichs durch 200 g Brot machte sich der Kalorienmangel besonders beim Einsetzen kalter Witterung sehr bemerkbar, zumal auch die Fleischration auf 100 g wöchentlich herabgesetzt worden war. Die Kartoffel- und Gemüsezufuhren setzten seit Frostbeginn ganz aus, die Versorgung mit entrahmter Frischmilch wurde knapp.

---.---.---

Dienstag, den 8. Januar
=====

Durch den in der ersten Januar-Woche eingetretenen Frost wurden die Arbeiten der Stadtwerke zur Beseitigung von Undichtigkeiten im Gasrohrnetz erheblich erschwert. Infolgedessen konnten auch noch keine weiteren Stadtbezirke neu mit Gas versorgt werden.

---.---.---

Die Kohlenzuteilungen für Januar fielen vollständig aus dem Rahmen heraus. Während für die Bäckereibetriebe im Monat 500 t Kohlen notwendig waren, wurden nur 212 t, das sind nur 40 % des Bedarfs, zugebilligt, und diese zu einem Drittel noch in Form von Braunkohlenbriketts, die von außerhalb herangeschafft werden mußten. Auch die Krankenhäuser wurden völlig unzureichend versorgt. Einem Bedarf von rund 600 t monatlich standen 100 t Koks und 327 t Braunkohlen an Zuteilung gegenüber. Nach der Feststellung des Amtsarztes waren über 10 Prozent der Bevölkerung an Krätze erkrankt. Dennoch gelang es trotz der Zusage der Militärregierung nicht, die zum Betrieb der Badeanstalt notwendigen Mengen von 150 t Koks im Monat zu beschaffen. Angesichts der Tatsache, daß große Mengen Kohlen und Koks wegen des Mangels an Transportmitteln nicht nach Holland und Frankreich abgefahren werden konnten, verstand der einfache Mann auf der Straße nicht, warum die Bevölkerung eine so geringe Menge Kohlen zugebilligt erhielt und warum man die ohnehin knappe Ernährung durch mangelhafte Versorgung lebenswichtiger Betriebe mit Kohlen gefährdete. Einige Gebäude mit Verwaltungsdienststellen waren mehrere Tage ohne Beheizung.

---.---.---

Da durch die Zunahme der Wirtschaftsvergehen die Versorgung der Bevölkerung mit lebenswichtigen Dingen schwer gefährdet wurde, gingen die Gerichte gegen die Sünder mit schweren Strafen vor. So erhielten mehrere Angeklagte aus Erle wegen Diebstahls und Schwarzschlachtens eines Schweines im Gewicht von fünf Zentnern, das sie bei einem Bauern in Ladwergen entwendet hatten, Gefängnisstrafen von ein bis zwei Jahren.

---.---.---

Im Stadtteil Buer konnten durch überraschend durchgeführte Ermittlungen der Kriminal- und Ordnungspolizei den räuberischen Überfällen im sogen. "Schievenviertel" ein Ende gemacht werden. Nachdem 17 Verhaftungen erfolgt waren, hörten die Überfälle auf.

---.---.---

Mittwoch, den 9. Januar
=====

Das Theater an der Bochumer Straße, das durch die Verhältnisse gezwungen war, zunächst dem Unterhaltungsprogramm den Vorrang zu geben, machte sich stark, im Jahre 1946 auch anspruchsvollere Aufgaben zu übernehmen. Da sich das Theater als Nachfolger des früheren Stadttheaters betrachten durfte, genoß es jede ideelle Unterstützung der Stadtverwaltung. Die Theaterfreudigkeit der Gelsenkirchener Bevölkerung war nach der langen Spielpause groß. Der Saal, der 382 Sitze faßte, war in fast jeder Vorstellung zu über 90 Prozent besetzt. Der Spielplan für das Jahr 1946 sah u.a. vor: "Liebelei" von ARTHUR Schnitzler, "Die große Chance" von Alfred Möller und Heinz Lorenz, "Oktobertag" von Georg Kaiser, "Hanneles Himmelfahrt" von Gerhart Hauptmann, "Iphigenie auf Tauris" von Joh. Wolfg. Goethe, "Ostern" von August Strindberg, "Hedda Gabler" von Henrik Ibsen, "Britannicus" von J.P. Racine, "Candida" von Bernard Shaw und "Die heilige Flamme" von Somerset Maugham. Für die Karwoche stand, einer alten Tradition folgend, die Aufführung von Goethes "Faust" auf dem Spielplan. Aber auch die Freunde der leichten Muse sollten durch Lustspiel und Operette zu ihrem Recht kommen.

Donnerstag, den 10. Januar
=====

Die Linie 24 der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn verkehrte vom 10. Januar an wieder von Raabestraße über Hauptbahnhof, Alter Markt bis Eggemannstraße (Kanal).

Das städt. Fürsorgeamt richtete in der Peterstraße einen Raum als vorübergehende Unterkunft für Soldaten ein, die aus der Kriegsgefangenschaft entlassen worden waren. Das Fürsorgeamt wollte mit dieser zwar improvisierten, aber trotz beengter Verhältnisse mit allen Annehmlichkeiten versehenen Räumen mit 35 bis 40 Betten den heimkehrenden Soldaten das Gefühl der Geborgenheit geben. Aus dieser sozialen Einstellung heraus wurde auch ein ehemaliger Luftschutzbunker an der Marschallstraße für Übernachtung von Durchreisenden eingerichtet.

In einem Cello-Abend spielten Eusebius Kayser (Cello) und Dr. Karl-Otto Schauerte (Klavier) Werke von Boccherini, Schubert, Chopin und Max Reger.

In einer Sitzung des Wohnungsausschusses am 10. Januar wurde die Frage der hauptamtlichen Wohnungsermittler mit den ehrenamtlich tätigen Wohnungspflegern besprochen. Auf Vorschlag des Wohnungsamtes wurde beschlossen, die Wohnungspfleger in die planmäßige Durchkämmung der Häuser nach Wohnungen mit einzubeziehen.

Freitag, den 11. Januar
=====

Eine neue Waffenamnestie wurde für das Gebiet der britischen Zone erlassen. Wer in der Zeit vom 11. bis 21. Januar Waffen oder Munition auf einer Polizeidienststelle der Militärregierung abgelieferte, wurde strafrechtlich nicht verfolgt. Die Militärregierung wollte durch diese Amnestie auch den zahlreichen Personen Gelegenheit geben, ohne Furcht vor Strafe Waffen und Munition abzuliefern, die sie, sei es aus Furcht, oder um "Trophäen" zu behalten, vergraben hatten. Wer nach dem 21. Januar noch im Besitz von Waffen oder Munition angetroffen wurde, hatte mit Gefängnis, in schweren Fällen sogar mit Todesstrafe zu rechnen.

Samstag, den 12. Januar
=====

Das Gelsenkirchener Konservatorium der Musik wurde unter der Leitung von Musikdirektor Hans Sredenschek in fast allen Abteilungen im Stadtteil Buer, Breddestraße 39, wieder eröffnet. Dem Konservatorium waren ein Seminar zur Vorbereitung auf die staatliche Musiklehrprüfung, eine Orchesterschule, eine Abteilung für Kirchenmusik, eine Singschule und eine Abteilung für Volksmusik angegliedert.

Die Militärregierung veröffentlichte eine erste Aufstellung über das Ergebnis der Kleidersammlung in Rheinland und Westfalen (s.S. 162, 172 und 181 des Bandes 1945 der Stadtchronik). Danach war das Ergebnis in Bettüchern und Männerkleidung, insbesondere größeren Mänteln und Stiefeln, enttäuschend. Dennoch war es möglich, in Fällen wirklicher Bedürftigkeit zu helfen. 70 000 entlassene Wehrmachtsangehörige (Bergarbeiter) erhielten je eine Jacke, Hose, Hemd, Stiefel, Handtuch, Unterhemd, Unterhose und Socken. 40 000 Bettücher wurden an Insassen von Internierungslagern in den beiden Provinzen und 1 000 an deutsche Polizeiübungslager in Westfalen verteilt. Krankenhäuser erhielten 80 000 Bettücher und Überzüge, 30 000 Kleidungsstücke und 6 000 Kissenbezüge.

Sonntag, den 13. Januar
=====

Die Bergwerkskapelle Dahlbusch und der MGV. "Harmonie" Rotthausen gaben wieder ein Konzert in der Lichtburg Rotthausen.

In Essen wurde der Westdeutsche Fußballverband aus der Taufe gehoben, ein Amateurspielerverband, dessen I. Liga 16 Vereine umfaßte, an ihrer Spitze den F.C. Gelsenkirchen Schalke 04.

Montag, den 14. Januar
=====

Aus der amerikanischen Zone kehrten 62 Personen nach Gelsenkirchen zurück, aus der französischen 40, aus Österreich 55, aus dem Sudetenland 24, zusammen 181 Personen.

Am 14. Januar nahm die Vestische Straßenbahn den Verkehr auf der Autobuslinie Buer - Dorsten wieder auf; in jeder Richtung fuhren sechs Omnibusse.

Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn hatte im Kriege den Totalverlust von 150 Wagen zu verzeichnen. Dazu kamen starke Beschädigungen eines weiteren großen Teiles des Fahrzeugparkes. Da die Waggonfabriken ihre Arbeit inzwischen wieder aufgenommen hatten, sicherte sich die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn einen ihrer Größe entsprechenden Anteil an den ebenfalls rationierten Lieferungen von Straßenbahnwagen. Im übrigen konnte sie den Ruhm für sich in Anspruch nehmen, zu den Bahnen zu gehören, die nach dem Zusammenbruch den Wiederaufbau ihrer Strecken und Anlagen am schnellsten und umfangreichsten gefördert hatten.

In der zweiten Januarwoche wurden im Städt. Schlachthof 85 Rinder, 54 Kälber, 233 Schweine geschlachtet. Damit konnte der Fleischbedarf der Stadt indessen nicht gedeckt werden, sodaß aus dem Gefrierhaus der Firma Kalthoff noch 600 Rinderviertel ausgelagert werden mußten. Das aber bedeutete wiederum eine Erschwerung der Versorgung in den späteren Monaten.

Der Oberbürgermeister wies darauf hin, daß nach einer Anordnung der Militärregierung die bisher gültigen Preisvorschriften unverändert in Kraft geblieben seien. Jede Art von Preiserhöhung sei daher verboten. Gesteigerte Fabrikationskosten sowie erhöhte Handels- und Transportkosten, die eine Preiserhöhung bedingten, bedürften der Genehmigung der Preisbildungsstelle beim Oberpräsidenten. Unerlaubte Preiserhöhungen würden bestraft. Auch die Koppelung von Gewerbeleistungen mit Sachleistungen sei strafbar.

Über die Geflügelhaltung und die Eierablieferung erließ das Landesernährungsamt Westfalen eine ausführliche Anordnung. Danach durfte Geflügel nur von Personen oder Betrieben behalten werden, die das Futter aus eigener Erzeugung gewannen. Hühner durften unter dieser Voraussetzung nur in folgendem Umfange gehalten werden: In landwirtschaftlichen Betrieben außer einem Hahn für jeden Selbstversorger bis zu drei Hühner je Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche, in allen übrigen Fällen, sofern vor dem

3. Dezember 1943 ständig Hühner gehalten wurden, höchstens ein Huhn für jede zum Haushalt gehörige Person. Eine nach diesen Bestimmungen eventuell notwendig werdende Verminderung des Hühnerbestandes mußte bis zum 31. Dezember durchgeführt werden. Neueinrichtung von Hühnerhaltung wurde nur in Ausnahmefällen auf schriftlich begründeten Antrag genehmigt. Alle aus der Hühnerhaltung anfallenden Eier (ausgenommen die für die Selbstversorger freigestellten) unterlagen restlos der Ablieferungspflicht. Es waren mindestens abzuliefern: 100 Eier je Huhn und Jahr von anerkannten Geflügelzüchtern, 80 Eier je Huhn und Jahr von anerkannten Bruteierbetrieben, 70 Eier je Huhn und Jahr von allen übrigen Hühnerhaltern. Die Mindestablieferung betrug: 18 Eier je Huhn vom 1. Oktober bis 31. März, 36 Eier je Huhn vom 1. April bis 30. Juni, 16 Eier je Huhn vom 1. Juli bis 30. September.

---.--

Dienstag, den 15. Januar

=====

Im "Theater an der Bochumer Straße" fand die Erstaufführung des Volksstücks "Die große Chance" von Möller und Lorenz statt.

---.--

Die Arbeiten zur Winterfestmachung von Wohnungen wurden durch den starken Frost erheblich gehemmt. Trotzdem wurden in der ersten Januar-Hälfte 593 Bergarbeiterwohnungen und 362 Zivilwohnungen fertiggestellt. Die Delog, die Ende Dezember wieder in Betrieb genommen worden war, konnte in größerer Menge Glas liefern. Da bei der Verteilung die Bergarbeiterwohnungen indessen mit 78 % berücksichtigt werden mußten, blieb für die zivilen Wohnungen nicht viel übrig. Die bereits im Oktober vorigen Jahres gestellten Anträge auf Glaslieferung konnten bis Mitte Januar noch nicht alle erledigt werden. Von den in Aussicht gestellten Mengen Holz zur Winterfestmachung wurden erst rund 12 % angeliefert.

---.--

Mittwoch, den 16. Januar

=====

Das größte Werk und eines der wichtigsten Industrieunternehmen Gelsenkirchens, die Deutschen Eisenwerke AG., Werk Schalker Verein, konnte dank des verständnisvollen Entgegenkommens der Militärregierung und der vorbildlichen Zusammenarbeit zwischen Werkleitung, Betriebsrat und Belegschaft seine Tore der Arbeit wieder öffnen. Das weitverzweigte Werk war durch die Einwirkungen des Krieges stark zerstört; monatelang dauerten die Aufräums- und Instandsetzungsarbeiten. Für den Arbeitseinsatz, die Gasversorgung und für die Steuerkraft Gelsenkirchens war die Wiederaufnahme des Betriebs von größter Bedeutung. 3 000 Mann konnten in den Arbeitsprozeß wieder eingereiht werden. Aus dem Gußeisen des Hochofens wurden in der Eisengießerei Rohre für Bergbau, Gas- und Wasserwerke sowie für Kanalisationszwecke hergestellt. Da-

neben wurden Formstücke für die Reichsbahn, die chemische Industrie und Versorgungsindustrie gegossen. Die Hochofenschlacke wurde zu Hochofen- und Eisenportlandzement verarbeitet, wovon zunächst monatlich etwa 6 000 t an die Bauwirtschaft geliefert werden konnten.

-.-.-

Donnerstag, den 17. Januar

=====

Der Unterricht an der Knabenmittelschule wurde am 17. Januar im Schulgebäude Ückendorfer Straße 64 wieder aufgenommen.

-.-.-

Die Reichsautobahn Köln-Berlin konnte von Mitte Januar an wieder durchweg befahren werden. Auf dem 164 km langen Streckenabschnitt Düsseldorf - Gütersloh, der zur obersten Bauleitung Essen gehörte, und der die Stadt Gelsenkirchen in ihrer Mitte durchquerte, waren im ganzen 80 Brücken (Über- oder Unterführungen) gesprengt worden, Artilleriebeschuß hatte das weitere getan, um diese Hauptschlagader des motorisierten Verkehrs bei Kriegsende völlig ausfallen zu lassen. Die behelfsmäßige Wiederherstellung stieß durch den großen Gerätemangel auf fast unüberwindliche Schwierigkeiten, so daß die Militärregierung starke britische Pioniereinheiten mit Großbaugeräten zur Hilfe einsetzte.

-.-.-

Der Kontrollratsbefehl Nr. 3 vom 17. Januar regelte die Registrierung von in Arbeit stehenden und arbeitslosen Arbeitern und ihre Unterbringung in Arbeit durch die Arbeitsämter. Alle arbeitsfähigen Männer im Alter von 14 bis 65 Jahren und alle arbeitsfähigen Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren mußten registriert werden. Nur gegen eine Bescheinigung über die erfolgte Registrierung wurden Lebensmittelkarten an die Betroffenen ausgegeben.

-.-.-

Freitag, den 18. Januar

=====

In der dritten Januar-Woche war kein Weizenmehl verfügbar, so daß die Bäckereien kein Weizenbrot herstellen konnten. Die Anfuhr von Kartoffeln und Steckrüben fiel infolge des Frostwetters ganz aus. Die vorgesehene Kalorienmenge wurde unter diesen Umständen kaum erreicht. Aber selbst wenn die Anlieferungen reichlicher gewesen wären, konnte man die zugebilligte Kalorienmenge zur Aufrechterhaltung eines guten Gesundheitszustandes in der kalten Jahreszeit angesichts des Mangels an Heizmaterial und warmer Kleidung nicht als ausreichend ansehen.

-.-.-

Samstag, den 19. Januar
=====

Der Ausbau des Straßenbahnnetzes wurde ständig weiter durchgeführt. Von den früher befahrenen 58 Streckenkilometern waren 38 wieder in Betrieb. Auf den Hauptstrecken war der 20-Minutenverkehr in einen 10-Minuten-Verkehr umgewandelt worden.

--- --

Die kleinlichen Zensurbestimmungen der Militärregierung hatten zur Folge, daß zahlreiche Postsendungen an den Absender zurückgingen. Am häufigsten wurde gegen folgende Bestimmungen verstoßen:

1. Genaue und vollständige Anschrift des Empfängers und des Absenders, und zwar mit Schreibmaschine oder in Blockschrift.
2. Absenderangabe bei Briefen auf der Rückseite des Umschlags, bei Postkarten in der linken oberen Ecke der Vorderseite.
3. Unterhalb des Absendervermerks Angabe der Sprache in Englisch. z.B.: "German".
4. Unterhalb der Sprachangabe bei geschäftlichen Mitteilungen die Angabe des Wortes "Geschäftlich" in Druck- oder Maschinenschrift.
5. Bei Privatsendungen nur Mitteilungen von der als Absender bezeichneten Person.
6. In Geschäftsbriefen keinerlei persönliche Mitteilungen, weder des Absenders, noch für dritte Personen.
7. Bei allen Mitteilungen Unterschrift mit dem vollen Namen des Absenders, also Vor- und Zuname; bei geschäftlichen Mitteilungen Name des Unterzeichners mit Schreibmaschine oder in lateinischer Druckschrift unter der Unterschrift.
8. Verboten sind Geheimschriften aller Art, Kurzschrift, Blindenschrift, Kreuzworträtsel, Schachprobleme, Kettenbriefe usw.

Auch für die Genehmigung von Druckschriften bestanden ähnliche kleinliche Zensurvorschriften. Sie sahen u.a. folgende Bestimmungen vor:

1. Die einzigen Stellen, die Drucksachen zur Zensur annehmen, sind: Verlage, die eine Lizenz von der Kontrollkommission für Deutschland erhalten haben, und Drucker, die bei ihrer örtlichen Militärregierung registriert oder im Besitze einer Bescheinigung der Publication Control Information Formular MG/IC/BB sind.
2. Nicht zugelassene Verleger oder Drucker, Autoren, Zeichner, Vertreter, Anzeigenagenten oder irgendwelche anderen geschäftlichen oder politischen Organisationen können selbst keine Erlaubnis beantragen.
3. Zwei gedruckte Probeexemplare des zu zensierenden Materials müssen der Publications Control zugesandt werden. Ein Exemplar wird dann mit dem Beschluß der Sektion zurückgesandt.
4. Unter keinen Umständen dürfen Manuskripte zur Zensur vorgelegt werden.
5. Genehmigung oder eine besondere Erlaubnis berechtigen einen Drucker oder Verleger nicht dazu, Papiervorräte zu verlangen oder zu benutzen.
6. Publications Control Section N-Rheinland ist in Benrath, Hospitalstraße 8. Publications Control Sub-Section Westfalen ist in Oelde in Westfalen, Poststiege 6.
7. Lizenzierte Verleger sind zuständig für die Vorlage folgender Druckschriften: Eigenschöpferische Werke, wie Bücher,

Broschüren, Aufsätze und Abhandlungen. Registrierte Drucker können zur Zensur vorlegen: Fahrpläne, Kataloge, Prospekte, Land- und Postkarten, Adreß- und Fernsprehbücher, Gesellschaftsberichte, Veranstaltungs- und Unterhaltungsprogramme.

8. In folgenden Fällen kann die örtliche Militärregierung, 113 Mil Gov Det, den zugelassenen politischen Parteien die Genehmigung zum Druck und zur Veröffentlichung erteilen: zur Ankündigung von politischen Versammlungen auf Plakaten, oder Bekanntmachungsblättern und zur Feststellung direkter politischer Richtlinien. Auch in diesem Falle muß der Druck "eingefrorener" Papiervorrat verwendet werden.

--- --

Ein ernstes Problem der Nachkriegszeit war die Verwahrlosung der Jugend. Unter schwierigen Verhältnissen und in intensiver Arbeit konnte das städtische Jugendamt seinen Wirkungskreis neu aufbauen. Sämtliche Unterlagen waren vernichtet und konnten nur mit Mühe wieder beschafft werden. Dadurch war besonders der Kinderpflegeschutz erschwert. 70 eheliche und 1 800 uneheliche Kinder standen unter der Betreuung des Jugendamtes. Im Kampf gegen die Verwahrlosung der Jugend mußten 30 Minderjährige Fürsorgeanstalten zugewiesen werden. Die chaotischen Zustände vor und nach der Besetzung nutzten viele Fürsorgezöglinge aus, um aus den Anstalten zu entkommen. Sie trieben sich in Gelsenkirchen und in anderen Städten des Reviers herum und waren nur schwer zu erfassen. Dann kam das ernste Problem der jugendlichen Ostflüchtlinge, von denen ein Teil der Verwahrlosung anheimzufallen drohte.

Die intensive Mitarbeit der freien Wohlfahrtsverbände ermöglichte es dem städt. Jugendamt, seinem Wirkungskreis wieder eine breitere Grundlage zu geben. Das machte sich vor allem auf dem Gebiet des Vormundchaftswesens bemerkbar, das in der Verwaltungsarbeit des Jugendamtes den größten Raum einnahm. Mitte Januar wurden in Alt-Gelsenkirchen rund 1 500 Amtsvormundschaften geführt, in Gelsenkirchen-Buer etwa 900, in Gelsenkirchen-Horst etwa 300. Rund 600 Sparkonten mit Mündelgeldern waren in Alt-Gelsenkirchen angelegt, die insgesamt einen Einlagenbestand von 250 000 RM aufwiesen. Die Verwaltungsstelle Buer besaß 450 Sparkonten mit 200 000 RM Einlagen.

--- --

Sonntag, den 20. Januar
=====

Eine Uraufführung brachte das 4. städt. Sinfoniekonzert am Sonntag, dem 20. Januar, in der Schauburg Buer: die "Humoreske für Orchester" von Karl-Otto Schauerte, Wattenscheid. Auf dem Programm standen im übrigen noch folgende Werke: Debussy: "L'après - midi d'un Faune", Saint-Saens: Cello-Konzert, Mendelssohne: Hebriden-Ouvertüre und 3. Sinfonie; Solist war Ernst Grote, Wuppertal (Cello).

--- --

Montag, den 21. Januar
=====

Der "Westdeutsche Künstlerdienst", zu dem sich eine Anzahl von Bühnen- und Konzertkünstlern unter der Führung von Bert van der Velde in Gelsenkirchen zusammengeschlossen hatte, mit dem Ziel, weitesten Volkskreisen in einer durch die Zerstörung der Kulturstätten kulturarm gewordenen Stadt Kunst und Unterhaltung in gepflegter Form zu bieten, brachte es in knapp vier Monaten auf rund 200 Veranstaltungen in über 30 Städten der britischen Zone. Das Unternehmen umfaßte 85 künstlerische Kräfte unter der musikalischen Leitung von Kapellmeister Karl Riebe. Am 21. Januar brachte der "Westdeutsche Künstlerdienst" eine Revue "Konfetti" heraus (Leitung: Bert van der Velde).

-.-.-

Der Mangel an Grubenlampen machte sich bei der Vergrößerung der Zechenbelegschaften in steigendem Maße unangenehm bemerkbar. Auf einer einzigen Gelsenkirchener Schachanlage fehlten im Januar 1946 noch über 1 500 Grubenlampen, die die Zechen Privaten aus-hilfsweise zur Benutzung überlassen hatten, als in den letzten Kriegswochen die Stromversorgung weitgehend ausfiel. Ein drin-gender Appell forderte dazu auf, solche Grubenlampen umgehend an die Schachanlagen, denen sie gehörten, zurückzugeben. Ge-schäftsleute, die Ladestationen für Akkumulatoren unterhielten, wurden aufgefordert, die Bestrebungen zur Wiedererlangung der Grubenlampen dadurch zu unterstützen, daß sie in Zukunft die Akkumulatoren der Grubenlampen nicht mehr aufluden.

-.-.-

Die Bochum-Gelsenkirchener-Straßenbahn nahm am 21. Januar auf der Linie 21 die Strecke von Buer-Süd bis Horst mit einem Wagen wieder in Betrieb.

-.-.-

Dienstag, den 22. Januar
=====

Am 22. Januar abends brannte zum ersten Male nach dem Zusammenbruch wieder die Straßenbeleuchtung auf dem Bahnhofsvorplatz und dem Machensplatz. Die im Interesse der Verkehrssicherheit drin-gend notwendigen Arbeiten zur Beleuchtung der Hauptdurchgangs-strassen waren seit längerer Zeit bereits im Gange.

-.-.-

Für Januar wurden an die Haushaltungen zwei Zentner Feinkohle ausgegeben. Die Kohlenhändler erhielten ihr Kontingent für Alt-Gelsenkirchen auf der Zeche Alma, für die Stadtteile Buer und Horst auf der Zeche Hugo und Westerholt.

-.-.-

Die Bevölkerung wurde aufgefordert, alle in ihrem Besitz befindlichen Stahlhelme abzuliefern, da es sich um Staatseigentum handelte. Die Ablieferung mußte bis zum 30. Januar auf den Polizeirevierern erfolgen.

Infolge des Rückganges des Reiseverkehrs, der durch die kalte Jahreszeit bedingt war, konnte die Reichsbahndirektion Essen den Zulassungskartenzwang in ihrem Bezirk fühlbar lockern. Es blieben nur noch zwei Personenzüge nach Hannover und drei Personenzüge nach Osnabrück zulassungskartenpflichtig; alle anderen Beschränkungen wurden aufgehoben.

Im "Theater an der Bochumer Straße" fand die Erstaufführung des Schauspiels "Liebelei" von Arthur Schnitzler statt.

Mittwoch, den 23. Januar
=====

Die Arbeitsmarktlage Gelsenkirchens spiegelte sich in einem Bericht der "Ruhr-Zeitung" wider; darin hieß es u.a.: Die auffällige Massierung der Schachtanlagen bringt es mit sich, daß Gelsenkirchen der bedeutendste Bergbaubezirk Westdeutschlands ist. Eine große Zahl deutscher Kriegsgefangener aus der englischen Besatzungszone wird dem Bergbau zugeführt, um den Kräftermangel zu beheben. Der Umfang des Einsatzes hängt von der rechtzeitigen Beschaffung von Unterkünften ab. Außerdem müssen die Kriegsgefangenen mit Bettwäsche, Grubenzeug, Kleidungsstücken, Spinden und anderen Dingen des notwendigsten Lebensbedarfs versehen werden.

Auf industriellem Gebiet hat die Schwerindustrie das Übergewicht. Es gibt in Gelsenkirchen 25 bis 30 metallverarbeitende Betriebe, die rund 20 % aller Beschäftigten auf sich vereinigen. Sie haben nicht nur die Wiederaufbau-, sondern auch die Produktionsgenehmigung erhalten. Die Arbeitseinsatzlage auf dem Gebiet der heimischen Industrie ist im Augenblick noch ungeklärt.

Im Hochbau wie im Tiefbau sind außerordentliche Leistungen vollbracht worden. Aber es bleibt noch sehr viel zu tun übrig, wenn das Arbeitsprogramm durchgeführt werden soll. Die Frist für die Wiederherstellungsarbeiten an den Krankenhäusern, Kühlhäusern und am Schlachthof sowie für die Wetterfestmachung der Wohnungen mußte verlängert werden. Das Arbeitsamt ist sich darüber klar, daß bezüglich des Arbeitseinsatzes neue Wege beschritten werden müssen, um den dringlichsten Anforderungen zu genügen. Es hat, wie es anderenorts schon mit Erfolg geschehen ist, die Beschäftigung von Frauen in Erwägung gezogen.

Die Versorgungsbetriebe des Handwerks, die Bäckereien und Metzgereien, sind mit Arbeitskräften ausreichend versehen, während es an Schmieden, Schuhmachern und Friseuren fehlt. Die Glasindustrie meldet nach Beseitigung der Bombenschäden wieder einen verheißungsvollen Beginn der Produktion. Aber auch die durch Kriegsschäden stark in Mitleidenschaft gezogene Glashütte der Delog, die größte und modernste ihrer Art in Deutschland, hat

Anfang Dezember ihre Produktion wieder aufgenommen und wird ihren Betrieb laufend vergrößern. Fachlich ausgebildete Arbeitskräfte stehen zur Verfügung.

Durch die einseitige Wirtschaftsstruktur von Bergbau und Schwer-eisen gehörte Gelsenkirchen zu den Bezirken, die, beruflich gesehen, den geringsten Frauenanteil aufweisen. Diese Lage hat sich auch heute noch nicht geändert, so daß Frauen auch in der gewerblichen Wirtschaft Beschäftigung finden können. Gelsenkirchen ist überwiegend Abgabebezirk für weibliche Arbeitskräfte gewesen. Der Forderung auf Beschäftigung der Kriegsversehrten hat das Arbeitsamt Gelsenkirchen durch Bestellung besonderer Sachbearbeiter Rechnung getragen. Betriebe und Verwaltungen werden, soweit sie nicht von sich aus Versehrte eingestellt haben, durch Auflagen veranlaßt, solche zusätzlich zu beschäftigen. Es will für Gelsenkirchen viel bedeuten, daß bereits 500 Kriegsversehrte durch Vermittlung des Arbeitsamtes Arbeit und Verdienst erhalten haben.

Die staatlich anerkannte Vestische Musikschule unter der Leitung von Eusebius Kayser begann wieder mit dem Unterricht in den Fächern Kunstgesang, Klavier, Violine, Viola, Cello, Kontrabaß und Theorie.

Donnerstag, den 24. Januar

=====

Der bisherige Präsident des Landesarbeitsamtes Westfalen, August Halbfell, wurde zum Generalreferenten für Arbeit in der Westfälischen Provinzialregierung ernannt. Damit unterstand ihm das gesamte Arbeitswesen der Provinz Westfalen und des Landes Lippe. Zu seinem Arbeitsbereich gehörte der Arbeitseinsatz im Rahmen des Landesarbeitsamtes, die Sozialfürsorge und die Gewerbeaufsicht. Halbfell, der gebürtiger Gelsenkirchener ist, war vor der Ernennung zum Präsidenten des Landesarbeitsamtes Direktor des Arbeitsamtes in Essen.

Mehr als hundert Fußballvereine Westfalens vollzogen die Gründung des Westfälischen Fußballbundes. 1. Vorsitzender wurde Studienrat Dr. Kuhlmann, Münster, 2. Vorsitzender Amtsgerichtsrat Paul Eichmann, Marl, Verbandsjugendleiter Richard Overmann, Recklinghausen Verbands-Schiedsrichterobmann Karl Rosenkranz, Gelsenkirchen. Der Organisation und Verfassung des Fußballbundes lag die vor 1933 gültige Satzung des WSV zugrunde. Die Klasseneinteilung erfolgte nach dem Stande von 1939 und unter Berücksichtigung der im Kriege erworbenen Klassenzugehörigkeit. Danach gehörten der obersten Spielklasse folgende Vereine an: Gruppe I: FC Schalke 04, VfL Bochum 48, Westfalia Herne, SV Röhlinghausen, Alemannia Gelsenkirchen, SV Höntrop, Union Gelsenkirchen, STV Horst-Emscher, DSC Hagen; Gruppe II: Borussia Dortmund, Arminia Marten, Preußen Münster, Arminia Bielefeld, VfB Bielefeld, Spvg Herten, VfL Altenböge, Spvg Erkenschwick, VfB Alemannia Dortmund. Der Sitz des Westfälischen Fußballbundes war Gelsenkirchen.

Der Haupt- und Finanzausschuß beschloß die Bildung eines Ausschusses für die Pflege der Leibesübungen und eines Kulturausschusses. Der Ausschuß beschloß ferner einen Nachtrag zur Vergrünungssteuerordnung. Er sah bei der Kinosteuer die Erhebung einer Grundsteuer von 15 % des Eintrittspreises und einer Ergänzungssteuer vor. Diese betrug 25 % des Eintrittspreises, wenn Eintrittspreis und Grundsteuer den Betrag von 1,50 RM nicht überschritten, bei Überschreitung dieser Grenze aber 33,3 %. Der Haupt- und Finanzausschuß beschloß ferner, vom kriegszerstörten und kriegsbeschädigten Grundbesitz 80 % der Grundsteuer zu stunden und die Mehrbelastungen für Entwässerung, Straßenreinigung und Müllabfuhr ganz zu stunden, solange diese Einrichtungen nicht benutzt wurden.

Der Wirtschafts- und Ernährungsausschuß beschloß die Einsetzung eines dreiköpfigen Ausschusses, um Beschwerden gegen das Straßenverkehrsamt zu prüfen.

Der Wohnungsausschuß befaßte sich eingehend mit der Frage der Anrechnung der sogen. "Steinküchen" (Küchen mit Steinboden oder Steinplattenboden). In den Fällen, in denen solche Küchen gleichzeitig als Wohn- und Schlafräum benutzt wurden, sollten sie nicht angerechnet werden. War jedoch ausreichender Wohnraum vorhanden, und war etwa ein zusätzlicher Arbeitsraum bewilligt worden, sollten die Steinküchen voll angerechnet werden, wenn sie größer als 12 qm waren.

Der Bauausschuß nahm einen eingehenden Bericht von Stadtrat Quick über wichtige Bauarbeiten entgegen. Danach wurden im Rahmen des Sofortprogramms bisher von 7 483 Bergarbeiterwohnungen 3 176, von 3 699 Zivilwohnungen 2 623 wetterfest gemacht, das Gesamtprogramm somit zu etwas über 50 % durchgeführt. Auf Bergarbeiterwohnungen entfielen von dem angelieferten Bedachungsmaterial 90 Prozent, vom Glas 78 Prozent, vom Holz 94 Prozent. Der Mangel an Material für Zivilwohnungen werde wahrscheinlich auch in nächster Zeit nicht überbrückt werden können, zumal für Gärtnereien mindestens 18 000 qm Glas zur Verfügung gestellt werden müßten, damit die Frühzucht von Gemüsepflanzen erfolgen könne. Trotz des Mangels an Material und Handwerkern wurden an 28 Volksschulen Arbeiten ausgeführt und zum Teil vorläufig abgeschlossen, ferner an 8 höheren Schulen, an 28 anderen öffentlichen Gebäuden und an 340 Wohnhäusern des Städt. Grundstücksamtes.

Die 130 km Durchgangs- und Ausfallstraßen seien in beiden Richtungen wieder befahrbar. Die Beseitigung von Trümmern hätte in noch weit größerem Maße durchgeführt werden können, wenn nicht dauernder Mangel an Arbeitskräften dem entgegengestanden hätte. Von 1 045 festgestellten Bruchstellen im Kanalsystem seien bisher

415 beseitigt worden, eine der allerdringendsten und wichtigsten Arbeiten, bei der es auch wieder leider an Arbeitern und Baustoffen (Zementrohren) fehle. Das Wiederaufbauprogramm für 1946 sehe eine Instandsetzung von weiteren 11 500 Wohnungen im Rahmen des Sofortprogramms vor, daneben die von Verwaltungsgebäuden, Krankenhäusern, Schulen, Lebensmittellagern usw. Die Durchführungsmöglichkeit werde freilich weitgehend vom guten Willen der Bevölkerung abhängen; nur dadurch, daß jeder selbst mit Hand anlege, werde es möglich sein, die Arbeiten durchzuführen, wie die Allgemeinheit es erwarte.

Die Abdichtung des Gasrohrnetzes in den schon wieder angeschlossenen Stadtbezirken nahm deshalb geraume Zeit in Anspruch, weil das Arbeitsamt die als vordringlich angeforderten Erdarbeiter nicht stellen konnte. Für den Stadtbezirk Altstadt wurden 30 Mann angefordert, aber nur einer gestellt. Besonders stark im Rückstand war der Stadtteil Horst.

Der "Westdeutsche Künstlerdienst" brachte am 24. Januar einen Liederabend mit Else Vogel (Sopran), Kammersänger Alfons Eccarius (Bariton) und Karl Riebe am Flügel.

Freitag, den 25. Januar
=====

Oberbürgermeister Zimmermann übernahm den stellvertretenden Vorsitz im Landesverband Westfalen des Deutschen Jugend-Herbergswerks. Bis 1933 war er Vorsitzender des Gaues Sauerland-Münsterland für deutsche Jugendherbergen (Sitz Iserlohn). 1. Vorsitzender wurde Landeshauptmann Salzmann.

Um die Verkehrsdisciplin war es in Gelsenkirchen schlecht bestellt. In einem Bericht über eine Verkehrserziehungswoche hieß es u.a.: "Die Verkehrsdisciplin auf den Straßen hat Formen angenommen, die jeder Beschreibung spotten. Jeder fährt wie er will und geht wie er will, ohne sich im geringsten um die Verkehrsvorschriften zu kümmern." Bei Verstößen gegen die Verkehrsvorschriften wurde Vorladung zur Teilnahme am Verkehrsunterricht angedroht, im Wiederholungsfalle empfindliche Geldstrafen.

Samstag, den 26. Januar
=====

Die Ernährungslage gab nach wie vor zu sehr ernststen Besorgnissen Anlaß. Die Kartoffelversorgung drohte wegen des Frostes gänzlich zusammenzubrechen. Nach Verbrauch des letzten Zentners Einkellerungskartoffeln war keine Zuteilung mehr möglich. Allein die für den laufenden Bezug notwendigen Mengen betragen rund 80 t in der Woche; sie erhöhten sich nach Verbrauch der Einkellerungskartoffeln auf 305 t. Entrahmte Frischmilch konnte nur noch einmal

in der Woche ausgegeben werden. Dem Bedarf von rund 230 000 Personen stand ein wöchentlicher Anfall von nur 25 000 l Milch gegenüber. Die Schulkinderspeisung konnte mit Trockenmilchpulver aufrechterhalten werden. Gemüse war überhaupt nicht zu haben.

In der Nacht zum 26. Januar fuhr gegen 1 Uhr nachts ein Lastkraftwagen vor einem Lebensmittelgeschäft in Heßler vor. Ihm entstiegen fünf Männer, die Tücher vor ihre Gesichter gebunden hatten. Sie zertrümmerten eine Schaufensterscheibe, drangen in das Geschäft und versuchten, Lebensmittel herauszuschaffen. Der neben dem Laden schlafende Besitzer erwachte und trat den Einbrechern entgegen. Sie verletzten ihn mit einem Pistolenschuß am Unterschenkel. Ein anderer Mann, der dem Geschäftsinhaber zu Hilfe kam, verletzte einen der Einbrecher mit einem Stein. Die Beute bestand nur in einigen Broten.

Sonntag, den 27. Januar

=====

Die Schachtanlage Alma bestand am 27. Januar 75 Jahre.

Zum ersten Male nach dem Kriege spielte der sechsfache deutsche Fußballmeister, der FC. Gelsenkirchen-Schalke 04, nach einer Reihe siegreicher auswärtiger Spiele am Sonntag, dem 27. Januar, wieder in seiner Heimatstadt Gelsenkirchen. In der Bismarck-Kampfbahn an der Waterloostraße schlug die Meisterelf mit Szepan und Kuzorra vor 12 000 Zuschauern eine Stadtelf aus Spielern der Vereine Alemannia, SC. 07, Spvg. 1912 Rotthausen und VfB. mit 6:2 Toren.

Montag, den 28. Januar

=====

Das staatliche Eichamt Gelsenkirchen, das sich früher in der Hohenzollernstraße 43, befand, eröffnete seinen Betrieb wieder im Hinterhaus der Firma Rörsch, Bochumer Straße 53. Dienststunden waren montags von 8-11 Uhr sowie vorläufig dienstags und mittwochs von 8-11 Uhr.

Die Stadtbücherei eröffnete am Montag, dem 28. Januar, die Zweigstelle in Rotthausen wieder. Es war neben den Zweigstellen in Bismarck (Bismarckstr. 170) und in Buer (früheres Heimatmuseum an der Horster Straße) die dritte Zweigstelle nach dem Kriege. Vorerst wurden Bücher nur an Erwachsene ausgegeben.

Die Schulspeisung für die 6 bis 10 Jahre alten Kinder begann am Montag, dem 28. Januar. Sie erhielten täglich ein Achtelliter Milch mit Nährmittelzusatz. Gleichzeitig wurde die laufende medizinische Betreuung durch Schularzt und Schulzahnarzt wieder aufgenommen.

Im "Westdeutschen Künstlerdienst" gab es am 28. Januar eine Erstaufführung "Quer durch die Operette".

Eugen Klein (Bariton) gab am 28. Januar im Alten Aloysianum einen Liederabend mit Musikdirektor Hans Liebe am Flügel.

Die Zahl der angemeldeten Jugendgruppen erhöhte sich in der 4. Januarwoche auf 78, die Zahl der Mitglieder auf 6 265.

Im Stadthafen gingen in der 4. Januarwoche 32 Waggons Heringe, gleich 3 000 Fässer, ein. Ob sie nur für die Stadt Gelsenkirchen oder auch für die umliegenden Gemeinden bestimmt waren, mußte das Landesernährungsamt entscheiden. Weiter liefen 49 Waggons Gerste ein mit zusammen etwa 750 t. Die Gerste wurde zu Grieß verarbeitet, der dann auf ganz Westfalen verteilt wurde.

Die von der Militärregierung für die Bevölkerung bei den Deutschen Eisenwerken in Auftrag gegebenen "Kanonenöfen" (s.S. 195 des Chronikbandes 1945) waren jetzt fertiggestellt und an die Verteilerstellen abgeliefert worden. Sie wurden gegen eine geringe Vermittlungsgebühr an solche Haushaltungen abgegeben, die noch über keine Heizmöglichkeiten verfügten. Die Öfen bestanden aus Blech oder Gußeisen (Schleuderrohrmantel von 40 cm Höhe und 30 cm Durchmesser mit Rüttelrost und Aschenkasten). Während die Öfen aus Blech nur mit Holz befeuert werden konnten, konnte man die gußeisernen Öfen auch mit anderen Brennstoffen wie Kohlen, Koks und Briketts, heizen.

Gelsenkirchen stand auf dem Gebiete des Gesundheitswesens an erster Stelle unter den Städten des Ruhrgebietes. Die hygienische Betreuung lag in den Händen von sechs beamteten Ärzten, 26 Gesundheitspflegerinnen und sechs Desinfektoren. Die ärztliche Betreuung der Bevölkerung wurde von 140 Ärzten, darunter 39 Krankenhausassistentenärzten, 34 Zahnärzten und 21 Dentisten durchgeführt. Die Zahl der Hebammen betrug 39. In 34 Schwesternstationen waren 49 Gemeindeschwestern tätig. 26 Apotheken teilten sich die Arbeit der Medikamentenversorgung.

Für die stationäre Behandlung von Kranken standen zehn Krankenhäuser mit 2 432 Betten zur Verfügung. Infolge der Kriegseinwirkungen mußten diese aber teilweise unter sehr schwierigen Bedingungen arbeiten. Das völlig zerstörte Evangel. Krankenhaus

war behelfsmäßig in dem Bunker an der Arminstraße untergebracht. Das stark beschädigte Knappschaftskrankenhaus in Ückendorf beherbergte den größten Teil seiner Kranken ebenfalls in einem Bunker. Auch das Bergmannsheil in Buer war gezwungen, einen Teil seiner Patienten in den Bunker zu legen. An allen beschädigten Krankenhäusern machten die Instandsetzungsarbeiten gute Fortschritte. Das schwer beschädigte St. Josephs-Hospital im Stadtteil Horst verfügte schon wieder über 200 Aufnahmemöglichkeiten. Das Marienhospital, das als Reservelazarett eingerichtet war, wurde der Allgemeinheit wieder zur Verfügung gestellt. Verschiedene Infektionskrankheiten traten trotz vorbeugender Maßnahmen gehäuft auf. Durch Flüchtlinge aus dem Osten und durch Personen, die aus den Lagern kamen, wurde der Unterleibstypus eingeschleppt. Eine ernste Rolle spielte die Diphtherie, die Erwachsene und Kinder befiel, Scharlach und Ruhr traten nur vereinzelt auf. Durch das Fehlen von Badegelegenheiten waren Krätze und andere Schmutzkrankheiten weit verbreitet. Besondere Maßnahmen unternahm das Gesundheitsamt gegen das weitere Umsichgreifen der auch in Gelsenkirchen stark verbreiteten Geschlechtskrankheiten.

Dienstag, den 29. Januar

=====

Bei der Ausgabe der Lebensmittelkarten für die 85. Zuteilungsperiode wurde eine neue Altersgruppe von 6 bis 10 Jahre eingeschoben. Kinder bis zu zehn Jahren erhielten Berechtigungsmarken für Lebertran-Emulsion und Vitamin-A-Drops. Nach wie vor war die Aushändigung der Lebensmittelkarten an die männlichen Personen vom 14. bis 60. Lebensjahr und an weibliche Personen vom 14. bis 50. Lebensjahr an die Vorlage der gelben Meldekarte gebunden; bei Schülern und Schülerinnen der Oberschulen genügte der Schulstempel.

Der 1933 von der NSDAP. aufgelöste Westdeutsche Spielverband (WSV) wurde von der Interessengemeinschaft westdeutscher Fußballvereine, dem Westfälischen Fußballbund und den Vertretern der Fußballvereine aus den Regierungsbezirken Köln, Düsseldorf, Aachen und Koblenz neu gegründet. Er umfaßte die Sportarten Fußball, Handball und Leichtathletik.

Eine Beratungsstelle für Kriegsoffer nahm ihre Tätigkeit in zwei Räumen des Hauses Hindenburgstraße 43 auf. Täglich suchten etwa 60 bis 70 Kriegsoffer hier Rat und Hilfe. In Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und dem Arbeitsamt wurden alle Möglichkeiten erwogen, um den besonders schwer betroffenen Kriegsversehrten erträgliche Arbeits- und Lebensbedingungen zu schaffen. Die Stadt Gelsenkirchen zählte rund 20 000 Kriegsoffer, darunter 7 bis 8 000 aus dem ersten Weltkrieg. Dem Versorgungsamt lagen rund 20 000 Neuanträge zur Bearbeitung vor.

Im Alter von 77 Jahren starb am 29. Januar Propst i.R. und Ehren-
dechant Joseph Preising, im 53. Jahre seines Priestertums und im
22. Jahre seines Wirkens in Gelsenkirchen.

-.-.-

Mittwoch, den 30. Januar

=====

Der Bürgerrat hielt am Mittwoch, dem 30. Januar, seine 3. (öffent-
liche) Sitzung ab. An ihr nahm zu Beginn auch der Kommandant der
Militärregierung, Major Robinson, und Capt. Kingsley teil. Er-
sterer richtete folgende Worte an die Bürgerratsmitglieder: "Ich
habe die erste Gelegenheit, seit ich in Gelsenkirchen eingetrof-
fen bin, wahrgenommen, um Sie hier zu besuchen. Mein Besuch soll
dazu dienen, mein Interesse an Ihrer Arbeit zu zeigen. Ich hoffe,
daß Ihre Arbeit von Erfolg gekrönt sein wird. Soweit es in mei-
ner Macht steht, werde ich immer bemüht sein, Ihnen zu helfen."

Wichtigster Punkt der Tagesordnung war ein Bericht über die Fi-
nanzlage der Stadt und die Aufstellung des Haushaltsplanes 1946.
Über die Finanzlage der Stadt machte Bürgermeister Hammann u.a.
folgende Ausführungen: Das voraufgegangene Rechnungsjahr hat mit
einem Überschuß von etwa 300 000 RM abgeschlossen. Der Haushalts-
plan für 1945 wies einen ungedeckten Fehlbetrag von etwa 23,5
Mill. RM auf. Nach Abschluß des ersten Halbjahres des laufenden
Rechnungsjahres haben die Ausgaben die Einnahmen um 2,2 Mill. RM
überschritten. Für die Aufstellung des neuen Haushaltsplanes sind
uns bestimmte Richtliniengegeben worden: die Zuschüsse, die aus
der Generalkasse erwartet werden, durften nicht eingesetzt werden
alle Ausgaben, die nicht unbedingt notwendig sind, müssen unter-
bleiben. Der größte Ausfall auf der Einnahmeseite ist durch die
Einwirkung des Krieges auf unsere Industrie, Gewerbe und Handel
bedingt. Infolgedessen muß damit gerechnet werden, daß bei der
Gewerbsteuer ganz erhebliche Ausfälle entstehen. Auch die Er-
höhung der Gewerbesteuer von 230 auf 250 % des Grundbetrages mach-
den Ausfall nicht wett. Bei den Ausgaben kommt hinzu, daß neue
Verwaltungsaufgaben aufgetreten sind: für die Instandsetzung von
Notwohnungen 1,6 Mill. RM., für die Flüchtlingsfürsorge 5 Mill.
RM., für das Wohnungsamt etwa 0,5 Mill. RM. Kosten der Besatzung
über 0,26 Mill. RM., sogen. Hilfgelder (anstelle des früheren
Familienunterhalts) 4 Mill. RM., für die Beseitigung von Kriegs-
schäden an gemeindeeigenen Gebäuden und Einrichtungen 7,25 Mill.
RM. Bei den kulturellen Ausgaben ist äußerste Beschränkung ein-
getreten. Das Theater ist weggefallen, das Orchester wurde auf
ein Minimum verkleinert mit der Verpflichtung, seinen Unterhalt
wesentlich selbst zu verdienen. Das Ergebnis des Haushaltsplanes
ist, daß ein Betrag von 33,5 Mill. RM. ungedeckt ist. Das ist
bei einer Gesamtausgabe von 57,9 Mill. RM. weit mehr als die Hälf-
te und ein Zustand, der nicht normal ist, hervorgerufen durch
die Vorschrift, gewisse Einnahmeposten nicht einsetzen zu dürfen.

Nach kurzer Aussprache billigte der Bürgerrat den vorgelegten
Haushaltsplan 1946, der mit 56 834 000 RM abschloß; in der Ein-
nahme waren aber 33 481 700 RM enthalten, die aus einem neuen
Finanz- und Lastenausgleich erwartet wurden.

Der Bürgerrat billigte auch die Haushaltssatzung, die folgende Steuersätze festsetzte: Grundsteuer 265 %, Gewerbesteuer nach dem Ertrag und Kapital 250 %, Lohnsummensteuer 1 180 %.

Über den geplanten Wiederaufbau der Stadt berichtete Stadtrat Fuchslocher, wobei er folgende Generalideen entwickelte: Der Gesamtplan für den Wiederaufbau liegt in seinen Hauptgrundzügen in dem Wirtschaftsplan fest, der eine klare Aufteilung in Arbeits-, Wohn-, Erholungs- und Freiflächen zeigt. Die Führung einzelner Hauptverkehrsstraßen, die früher wegen der Schwierigkeiten bei der Beseitigung bestehender Bauten nicht voll befriedigte, ist nunmehr, da diese Bauten in Trümmern liegen, einfacher und besser zu gestalten. So wird die Verbandsstraße OW III a südlich des Hauptbahnhofes am Nordrand von Ückendorf verlaufen. Die Verbandsstraße OW III, die im Zuge der Grillostraße südlich der Emschertalbahn verläuft, kann infolge der dort bestehenden starken Zerstörungen die erforderliche Verkehrsbreite erhalten. Auch die Wilhelminen-, Kaiser- und Bismarckstraße können nunmehr infolge der Zerstörung der Bauten die erforderliche Verkehrsbreite erhalten. Die Richthofenstraße wird die über die Wiese hinweg von Norden kommende Kaiserstraße aufnehmen, nach dem Realgymnasium weiter führen und von dort über die Wanner und Bulmker Straße nach Osten führen, während die Nord-Süd-Straße im Zuge der Ringstraße den Hauptbahnhof erreicht. Zwischen dem Machensplatz und dem Hans-Sachs-Haus wird die Ahstraße, die an den beiden Kirchen in einer dem Verkehr dienlichen Verbreiterung die Bahnhof- und Kirchstraße aufnimmt, durch die Bankstraße die neue Ost-West-Verkehrsstraße auf der Wiese erreichen.

Bei der derzeitigen Wirtschaftslage wird sich der Wiederaufbau auf sehr lange Zeit erstrecken müssen; grundsätzlich muß er einen endgültigen Charakter haben. Im ersten Bauprogramm kann die Fertigstellung der Brücken im Zuge der Münsterstraße im Mai erwartet werden; ihr sollen zwei massive Notbrücken im Zuge der Sutumer und Eggemannstraße im Laufe des Jahres folgen. Die Unterbringung der Verwaltung und der örtlichen Behörden ist schwierig. Auch hier ist ein Notbauprogramm aufgestellt worden, das die behelfsmäßige Wiederherstellung der zerstörten Verwaltungsgebäude vorsieht, zunächst die der weniger zerstörten Teile des Hans-Sachs-Hauses.

Über das Sofortprogramm und andere Baumaßnahmen berichtete anschließend Stadtrat Quick u.a. folgendes: So sehr die Inbetriebnahme einzelner Industriewerke zu begrüßen war, so war sie doch für die Durchführung öffentlicher Arbeiten hemmend, weil diesen dadurch zahlreiche Arbeitskräfte entzogen wurden. Daher hat auch die allgemeine Schippaktion nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt. Eine der vordringlichsten Maßnahmen war die Instandsetzung der Kanalisation. Im Stadtteil Alt-Gelsenkirchen wurden 627 Bruchstellen, in den Stadtteilen Buer und Horst 418 Bruchstellen festgestellt. Davon wurden bis Ende des vergangenen Jahres in Alt-Gelsenkirchen 256, in Buer und Horst 213 oder rund 45 % aller Bruchstellen wiederhergestellt, wobei wegen Mangel an Zementrohren die Kanäle teilweise gemauert wurden. Von 400 km Straßen wurden 130 km Hauptdurchgangs- und Ausfallstraßen wieder befahrbar gemacht. Für die Trümmerverwertung soll zunächst in Schalke eine besondere Anstalt errichtet werden, die jedoch Arbeitskräfte, Kohle, Brennstoff und Strom erfordert.

In dem Sofortprogramm für die Instandsetzung von Wohnungen, mit dem im Oktober begonnen wurde, mußten zunächst die Bergarbeiterwohnungen berücksichtigt werden. Im ersten Bauabschnitt wurden von 7 483 Bergarbeiterwohnungen 3 769 fertiggestellt, von 3 699 Zivilwohnungen wurden 2 985 fertiggestellt. Im zweiten Bauabschnitt sollen 11 500 Wohnungen wiederhergestellt werden. Die Ausführung von Neubauten und der eigentliche Wiederaufbau waren noch nicht möglich; das wird erklärlich, wenn man sich folgende Zahlen vor Augen hält: Die Schutt- und Trümmernmassen werden auf 3 Millionen Kubikmeter, das sind 200 000 Waggon zu je 15 t, geschätzt. Der sofortige Glasbedarf beträgt 140 000 qm, der dringendste Bedarf an Dachziegeln in den nächsten zwei Jahren beträgt 22 Millionen Stück.

Zu der dringlichen Notwendigkeit, die Straßen von Trümmern und Schutt freizumachen, führte Oberbürgermeister Zimmermann folgendes aus: Für diese vordringliche Aufgabe Arbeitskräfte zu beschaffen ist unmöglich; es muß also eine gemeinnützige Zusammenarbeit einsetzen. Wir haben als erste Stadt im Juni des vergangenen Jahres versucht, auf freiwilliger Grundlage zu einer solchen Zusammenarbeit zu kommen. Diese Aufgabe hat damals nicht den gewünschten Erfolg haben können, weil eine gewisse Stimmung dagegen gemacht worden ist, und weil es später die Jahreszeit unmöglich machte, die Stunden von 6 bis 8 Uhr abends auszunutzen. Wir müssen also noch einmal an diese Aufgabe herangehen. Die Parteien, Gewerkschaften und sonstigen Verbände müssen mit uns überlegen, wie wir die gesamte Bürgerschaft dazu bringen können, daß sie aufräumen hilft; anders geht es nicht. Ich richte an Sie und an die gesamte Öffentlichkeit jetzt schon einen Appell, Sobald die Jahreszeit für diese Arbeiten günstig ist, werden wir mit neuen Plänen an Sie herantreten müssen, um eine Organisation zu schaffen und die gesamte Öffentlichkeit dazu heranzuziehen.

Welchen Umfang der Schwarzmarkt angenommen hatte, zeigte eine Aufstellung der im Dezember von der Polizei und den Nahrungsmittelbehörden in Westfalen beschlagnahmten Waren, die für Zwecke des Schwarzhandels bestimmt waren. Allein die Beschlagnahme von lebendem Vieh war so groß, daß mehrere Städte eine Wochenration Fleisch aus den beschlagnahmten Beständen hätten liefern können. Auch in Gelsenkirchen blühte der Schwarze Markt. Beschlagnahme wurden an lebendem Vieh hier: 397 Schweine, 64 Rinder, 65 Schafe, 26 Pferde. An Genußmitteln und Lebensmitteln wurden sichergestellt: 4 260 Zentner Kartoffeln, 36 Zentner Obst, 120 Zentner Gemüse, 230 Zentner Getreide, 80 Zentner Mehl, 120 Zentner Fleisch, 92 Zentner Wurst, Schinken und Speck, 25 Zentner Fett, 12 Zentner Büchsenfleisch, 3 Zentner Konservengemüse, 34 Zentner Fisch, 35 kg Tabak, 21 500 Zigaretten und 15 145 Zigarren.

Donnerstag, den 31. Januar

=====

Die Erfassung der Fahrräder wurde mit dem 31. Januar beendet. Fahrradbesitzer, die ihr Rad bis dahin nicht polizeilich ange-

meldet hatten und ohne Polizeinummer und Fahrradkarte angetroffen wurden, mußten mit Bestrafung und Einziehung ihrer Räder rechnen.

-.-.-

Die Verkehrspolizei meldete für Januar 1 662 Verkehrsübertretungen und 25 Verkehrsunfälle. 14 Personen wurden verletzt, davon zwei tödlich.

-.-.-

Im Januar kehrten 576 ehemalige Soldaten aus der Gefangenschaft nach Alt-Gelsenkirchen zurück, darunter sieben weibliche Wehrmachtsangehörige, und 422 nach Gelsenkirchen-Buer (acht weibliche), 76 nach Horst (4 weibliche), zusammen 1 074 Kriegsgefangene, darunter 19 weibliche Wehrmachtsangehörige.

-.-.-

Der "Westdeutsche Künstlerdienst" brachte am 31. Januar eine Erstaufführung unter dem Titel "Vorhang auf!" heraus (Opernszenen). Die Veranstaltungen des "Westdeutschen Künstlerdienstes" fanden im Saale Serres, Bülowstr. 16, statt. Unter den ersten Mitwirkenden befand sich auch der später schnell zu großer Berühmtheit gelangte Tenor Helmut Krebs. Die Künstlerpuppenspiele H. M. Denneborg spielten "Der Teufel mit den drei goldenen Haaren".

-.-.-

Freitag, den 1. Februar
=====

Im "Theater an der Bochumer Straße" fand die Erstaufführung des Schwanks "Der Mustergatte" von Avery Hopwood statt.

-.-.-

Samstag, den 2. Februar
=====

Zum Standesbeamten des Standesamtsbezirks Gelsenkirchen bestellte der Oberbürgermeister den Stadtoberinspektor Heinrich Dreimann, zu stellvertretenden Standesbeamten die Stadtinspektoren Peter Schwarzwald und Hans Zweigner.

-.-.-

Ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager erhielten nach einer Anordnung der Militärregierung jetzt gewisse Vergünstigungen. Die dabei vorgesehene finanzielle Unterstützung war nicht als Ausgleich für erlittenes Unrecht anzusehen, sondern als eine Gratifikation, die den ehemaligen Häftlingen einen Lebensstandard ermöglichen sollte, wie sie ihn sich bis jetzt nicht erlauben konnten. Daraus erklärt sich auch ^{der} verhältnismäßig geringe Betrag der den Häftlingen zugedachten Geldmittel. Die Sondervergünstigung erstreckte sich im übrigen auf Ernährung, Wohnung und Arbeit. Das Verfahren für die Inanspruchnahme dieser Vergünstigungen lief über den Kreissonderhilfeausschuß.

-.-.-

Stadtrat Neysters richtete bei der Stadtverwaltung ein maschinentechnisches Betriebsdezernat ein, das alle maschinentechnischen Aufgaben der Verwaltung in einer Hand vereinigen sollte. Jedoch blieben die Stadtwerke nach wie vor selbständig. Bisher hatten der Städt. Fuhrpark, die Feuerwehr, das Kanalbauamt und die Heizungsabteilung eigene Werkstätten. Der gesamte Materialeinkauf und die Materialüberwachung sollten nunmehr zusammengefaßt werden, ebenso Arbeitseinsatz und Maschinenausnutzung, um ein rationelles Arbeiten zu gewährleisten.

In einem Erlaß des Oberpräsidenten von Westfalen über die Entnazifizierung vom 2. Februar hieß u.a.:

In den letzten Monaten sind im Wege der Entnazifizierung zahlreiche Beamte entlassen worden, an die auf Anordnung der Militärregierung keine Bezüge gezahlt werden dürfen. Die Bereinigung der Verwaltung von Personen, die nach Charakter, Haltung und politischer Vergangenheit keine Gewähr für eine vorbehaltlose Mitarbeit an den Aufgaben der Zukunft bieten, stellt ein vordringliches Erfordernis für die Erneuerung des deutschen Staatslebens dar. Ihre Durchführung muß jedoch von dem Grundsatz unbedingter Gerechtigkeit und der gleichmäßigen Behandlung aller Staatsbürger getragen sein und kann daher nur nach einheitlichen Richtlinien, unter gewissenhafter Berücksichtigung der Besonderheiten des Einzelfalles erfolgen. Zu diesem Zweck ist die Errichtung von Ausschüssen geplant, die die Gewähr dafür bieten sollen, daß jeder Fall individuell nach den Grundsätzen demokratischer Rechtsfindung überprüft wird; den betreffenden Beamten soll auch die Möglichkeit gegeben werden, vor diesen Ausschüssen persönlich zu erscheinen.

Wie Oberbürgermeister Zimmermann in der öffentlichen Ratssitzung mitteilte, durften die Mitglieder dieser Ausschüsse nicht gleichzeitig Mitglieder des Bürgerrats sein. Es sollten Unterausschüsse eingesetzt und auch ein Berufungsausschuß gebildet werden, der aus vier Mitgliedern und einem Rechtsanwalt als Vorsitzendem bestand. Diese Ausschüsse sollten bis zum 15. März gebildet sein. Alle bisher abgewickelten Fälle sollten nicht noch einmal vor die neuen Ausschüsse kommen; dagegen sollte auch den bisher abgelehnten Personen die Berufung an den Berufungsausschuß zustehen.

Die erste städtische Kunstausstellung nach dem Kriege war dem heimischen Kunstschaffen gewidmet. Zu der zweiten Kunstausstellung wurden alle im Raume zwischen Emscher und Lippe und in den angrenzenden Gebieten beheimateten Künstler durch das Städt. Kulturamt aufgerufen, sich mit ihren Arbeiten für diese Ausstellung zur Verfügung zu stellen. Der Vorsitz der Jury lag in Händen von Oberschulrat Winkel.

Das "Theater an der Bochumer Straße" brachte als Erstaufführung Arthur Schnitzlers "Liebelei" heraus (Regie: Alfred Terluch).

Sonntag, den 3. Februar

Die Bestimmungen über den Fernsprechverkehr wurden innerhalb der britischen Zone neu geregelt. Die Fernsprechteilnehmer wurden in die Klasse "A" und Klasse "B" eingeteilt. Teilnehmer, deren Anschlüsse lebenswichtigen oder wirtschaftswichtigen Zwecken dienten, konnten die Zulassung zur Klasse "A" beim Postamt beantragen. Die Entscheidung über die Anträge behielt sich die örtliche Militärregierung vor. Teilnehmer der Klasse "A" durften mit jedem Teilnehmer innerhalb der britischen Zone sprechen. In der Zeit von 9 bis 18 Uhr waren nur Gespräche in geschäftlichen oder beruflichen Angelegenheiten zulässig, von 18 bis 9 Uhr durften auch private Gespräche geführt werden. Zur Klasse "B" zählten alle übrigen Fernsprechbenutzer. Sie waren zum Gesprächsverkehr bis einschließlich Fernzone 4 (bis 75 km von der Vermittlungsstelle des Anmeldenden aus) zugelassen. Die Gesprächsdauer war für alle Gespräche auf sechs Minuten beschränkt; im Bedarfsfalle konnte sie auf drei Minuten herabgesetzt werden.

Um den Wiederaufbau des Fernsprechdienstes zu fördern, forderte die Reichspostdirektion Münster auf, alle Apparate und Kabel, die noch unter Trümmern lagen, bei Aufräumungsaktionen sofort beim nächsten Postamt oder Fernsprechamt abzuliefern oder wenigstens zu melden. Eine Zurückhaltung von Fernsprecheinrichtungen, um sich etwa eine bevorzugte Behandlung bei der Wiedereinschaltung zu sichern, wurde unter Strafe gestellt.

Da es den Schuhcreme-Fabriken an leeren Dosen fehlte, rief der Oberbürgermeister zur Sammlung aller leeren Dosen und Flaschen auf, um die Versorgung der Bevölkerung mit Schuhcreme sicherzustellen. Die Bevölkerung wurde gebeten, das Sammelgut der Abholung durch Schulkinder bereitzuhalten.

Montag, den 4. Februar

Am Montag, dem 4. Februar, begann in den Gelsenkirchener Schulen die Schulspeisung für 12 258 Kinder im Alter von 6 bis 10 Jahren und für 7 509 Kinder im Alter von 11 bis 14 Jahren. Jedes Kind erhielt täglich 1/8 Liter entrahmte Frischmilch, an zwei Tagen in der Woche außerdem Trinkschokolade und an vier Tagen eine Nährspeise als Zusatz. Gekocht wurde für alle Volksschulen, mit Ausnahme derjenigen, die eine eigene Küche besaßen, in der Molkerei "Schweizerhof".

Ehemalige Schüler der Knabenmittelschule, die während des Krieges infolge Dienstverpflichtung oder vorzeitiger Einberufung zum Reichsarbeitsdienst, zur Heimatflak oder zur Wehrmacht kein vollständiges Abschlußzeugnis erhalten konnten, konnten zu diesem Zweck an einem Förderkursus teilnehmen, der sechs Monate dauerte. Anmeldungen mußten bis zum 10. Februar erfolgen.

In der ersten Woche der 85. Zuteilungsperiode (4. bis 10. Februar) wurden alle Abschnitte des Bezugsausweises für Kartoffeln mit je 2 000 g Kartoffeln beliefert. Die Kartoffeln mußten allerdings für die 85. und 86. Zuteilungsperiode reichen, da die Abschnitte der 86. Zuteilungsperiode nur mit je 500 g Brot beliefert werden konnten. Für den Verkauf von Nahrungsmitteln wurden besondere Geschäfte bestimmt, und zwar 23 Geschäfte in Alt-Gelsenkirchen, 9 Geschäfte in Gelsenkirchen-Buer und zwei im Stadtteil Horst.

-.-.-.-

Dienstag, den 5. Februar
=====

Die Gasleitungen weiterer Straßenzüge der Gelsenkirchener Innenstadt (vom Hauptbahnhof bis zum Alten Markt) wurden wieder mit Gas beschickt. Auch die Beleuchtungsanlagen an den wichtigsten Verkehrsstraßen wurden wieder in Betrieb genommen.

-.-.-.-

Mittwoch, den 6. Februar
=====

In der Künstlersiedlung Halfmannshof, deren Werkstätten und Ateliers durch Bomben im Kriege schwer gelitten hatten, regte sich neues Leben. Die bewährte Kameradschaft der Künstler schloß sich unter dem "Hofesältesten", Bildhauer Hubert Nietsch, zu einem Werk der Selbsthilfe zusammen mit der Parole: Wir packen an, wo anzupacken ist, und bauen auf, wo aufzubauen ist! Freilich wirkte sich der Mangel an Material und Rohstoffen als ein sehr starkes Hemmnis aus; doch suchte und fand man Wege zu einer Überwindung. So stellte sich Hubert Nietsch von der Großplastik auf die Holzschnitzerei um. Kunstbuchbinder Heinz Klein übernahm bis zum Erscheinen neuer Bücher eine Fachlehrerstelle. Die Architekten Ludwig Schwickert und Otto Prinz gaben ihre Meldungen zu der vom Regierungspräsidenten von Arnsberg geplanten Ausstellung "Unser Wiederaufbau" ab.

-.-.-.-

Die Mandolinen-Konzertgesellschaft Gelsenkirchen (Ma-Ko-Ge) nahm nach der Vereinigung mit der Mandolinen-Konzertgesellschaft "Goldklang" ihre Tätigkeit wieder auf.

-.-.-.-

Die Stadtverwaltung bemühte sich, die im Stadtgebiet errichteten Bunker der Friedenswirtschaft dienstbar zu machen. Über die Einrichtung eines Notkrankenhauses im Bunker an der Arminstraße durch das Evangl. Krankenhaus ist bereits berichtet worden (s.S. 19/20 dieses Bandes). Der Erdbunker in der Gabelsbergerstraße diente Zwecken des Gesundheitsamtes, der Bunker an der Marschallstraße dem Fürsorgeamt für die Unterbringung von Obdachlosen. Gewerblich genutzt wurden die Bunker an der Hochstraße, Emmastraße und Blumendelle sowie der an der Bochumer Straße. In Buer richtete

das Bergmannsheil einen in der Nähe befindlichen Bunker für Krankenhauszwecke ein.

Im "Theater an der Bochumer Straße" fand die Erstaufführung der Operette "Der Vetter aus Dingsda" von Eduard Künneke statt.

Der "Westdeutsche Künstlerdienst" brachte einen Abend unter dem Motto "Schöne Stimmen - beliebte Arien". Es wirkten mit: Else Vogel, Irmgard Miebert, Sonni Knickrehm, Helmut Krebs, Alfons Eccarius und Gottfried Göke; am Flügel: Karl Riebe.

Freitag, den 8. Februar
=====

Von einer Hochwasserkatastrophe, die schwere Schäden verursachte, wurde die Bevölkerung von Gelsenkirchen-Horst betroffen. Infolge der seit Tagen anhaltenden schweren Niederschläge wurde in den Abendstunden des 8. Februar der Damm der Emscher auf Karnaper Gebiet in unmittelbarer Nähe der Horster Grenze in einer Breite von 38 m durchbrochen. Die Wassermassen des überfüllten Emscherlaufes ergossen sich in die erheblich tiefer liegenden Gebiete von Karnap und besonders Horst und überfluteten eine Fläche von rund 300 ha. Etwa 120 ha des Stadtteils Horst lagen unter dem Mittelwasserspiegel der Emscher und wurden durch besondere Pumpwerke entwässert. Das eingedrungene Wasser überflutete das Horster Gebiet bis zum Nordteil. Im Überschwemmungsgebiet befanden sich rund 1 500 Häuser, die von etwa 5 000 bis 6 000 Menschen bewohnt waren. Die Zahl der obdachlos gewordenen betrug etwa 3 500. Die übrigen Bewohner zogen es vor, trotz der damit verbundenen Gefahr in ihren Wohnungen zu bleiben und höher gelegene Gebäudeteile aufzusuchen.

Polizei und Feuerwehr leiteten sofort Rettungsmaßnahmen ein. Mit Unterstützung der Militärregierung ergriff die Stadtverwaltung sofort Maßnahmen zur Linderung der Notlage der Betroffenen. Schloß Horst wurde als Auffangstelle bestimmt. Die Bergung der gefährdeten Personen ging mit Booten, die von allen Teichen im Stadtgebiet herbeigeholt wurden, und mit Flößen verhältnismäßig schnell vonstatten. Die Katastrophe rief auch das Wohnungsamt auf den Plan. Die anfängliche Befürchtung, daß alle Häuser im Überschwemmungsgebiet geräumt werden müßten, erwies sich bald als nicht zutreffend. Der größte Teil der Bevölkerung blieb in seinen Häusern, um seine Habe vor Diebstahl zu schützen. Wo das Wasser in die Keller und unteren Stockwerke eindrang, zogen die Bewohner teils in die oberen Stockwerke, teils zu Bekannten oder Verwandten in die nicht gefährdete Umgegend. Die übrigen Obdachlosen wurden vom Wohnungsamt untergebracht, und zwar 200 Personen im Oberlyzeum (Hilfskrankenhaus) Buer, 20 im Schloß Horst, 50 im Eßsaal der Zeche Nordstern und weitere 50 Personen in beschlagnahmten Privatquartieren. Für Eventualfälle standen weitere 540 Betten zur Verfügung.

Der Verkehr auf der Hauptstraße Essen - Buer nördlich der Zweigertbrücke wurde durch die Überschwemmung lahmgelegt. Die Pumpwerke

Horster Mark und Horst-Süd fielen sofort aus. In Horst-Süd wurde ein Behelfspumpwerk mit zwei Schraubenschaufflern und einer Gesamtleistung von 750 l in der Sekunde in Betrieb genommen. Es war die größte Naturkatastrophe in diesem Gebiet seit 20 Jahren. Die andauernden Regenfälle riefen am gleichen Tage größere Überschwemmungen auch im Stadtbezirk Bismarck hervor, wo der Damm des Sellmannsbaches brach.

--- --

Samstag, den 9. Februar

Am Vormittag des 9. Februar setzte die Verpflegung der von der Hochwasserkatastrophe in Horst Betroffenen ein. Sie geschah durch Volks- und Werksküchen. Verpflegt wurden rund 2 000 Personen, am folgenden Tage 4 500 Personen. Beträchtliche Lebensmittelmengen, die in den überfluteten Geschäften und Wohnungen lagerten, wurden vernichtet. Die Verluste an Menschen betragen einen Toten; vier Personen wurden leicht verletzt. Durch zwei von der Militärregierung zur Verfügung gestellte Amphibienwagen wurden Bedarfsgüter für die Bevölkerung herangebracht, da die zunächst eingesetzten neun Kähne bei weitem nicht genügten. Die Schäden, die durch die Hochwasserkatastrophe verursacht wurden, wurden in einem ersten Überschlag wie folgt geschätzt: 2,5 Mill. RM. für die Instandsetzung und den Neubau von etwa 520 betroffenen Wohnungen, 35 000 RM. für die Instandsetzung der städtischen Entwässerungsanlagen, 1 216 000 RM. Fürsorgekosten (Beschaffung von Einrichtungsgegenständen, Bekleidung, Notfallunterstützung usw.), im ganzen also über 3 750 000 RM.

--- --

Nachdem die Militärregierung die Wiederaufnahme der Schiedsmannstätigkeit gestattet hatte, wurden auch in Gelsenkirchen wieder Schiedsmänner eingesetzt. Das Stadtgebiet wurde in 22 Schiedsmannsbezirke eingeteilt; 14 entfielen auf Alt-Gelsenkirchen, die Bezirke 15 bis 21 auf Gelsenkirchen-Buer, den 22. Bezirk bildete der Stadtteil Horst. Die Vertreter der Parteien im Bürgererrat wurden gebeten, geeignete Vorschläge für die Besetzung dieser Stellen zu machen, da die früheren Schiedsmänner in irgendeinem Verhältnis zur NSDAP. gestanden hatten.

--- --

Alle Angehörigen der deutschen Wehrmacht und der militärähnlichen Organisationen, die aus diesen entlassen wurden, mußten sich auf Grund einer Anordnung der Militärregierung zur Eintragung melden. Die Anordnung hatte folgenden Wortlaut:

1. Alle männlichen Personen, die aus der deutschen Wehrmacht, (Heer, Marine und Luftwaffe) seit dem 3. September 1939 durch deutsche Stellen entlassen oder freigegeben worden sind, haben sich gemäß den folgenden Bestimmungen zur Eintragung zu melden.
2. Alle aktiven männlichen Angehörigen der deutschen Wehrmacht (Heer, Marine und Luftwaffe), der Waffen-SS, der NSKK., des NSFK,

des RAD und der OT, die nicht im Besitz eines amtlichen britischen Entlassungsscheins (Vordruck D 2) sind, haben ihre Entlassung und Eintragung gemäß den folgenden Bestimmungen zu beantragen.

3. Alle in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Personen, die sich im Stadtkreis Gelsenkirchen an einem der unten festgelegten Tage aufhalten, müssen sich zur Eintragung oder Entlassung an Nr. 48 DCU (Wehrmachtsauflösungsüberwachungseinheit) in Gelsenkirchen-Buer, Horster Straße 10 (Rottmann), zwischen 9.30 und 15.30 Uhr, vom 4. Februar bis 4. März 1946 melden.

4. Alle in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Personen, die sich in den Stadtkreis Gelsenkirchen, nach dem 4. Februar 1946, ohne im Besitz eines britischen Entlassungsscheines zu sein, begeben, müssen bei der Nr. 48 DCU in G.-Buer, Horster Straße 10, innerhalb sieben Tagen nach erfolgtem Eintritt zur Eintragung und Entlassung vorstellig werden.

5. Personen, die sich zur Eintragung oder Entlassung melden, haben folgende Urkunden vorzulegen:

a) deutschen Entlassungsschein (soweit es sich um im Absatz 1 aufgeführte Personen handelt),

b) alle Dokumente, die sich auf den Militärdienst beziehen,

c) alle Personalpapiere, gleichviel ob sie von zivilen oder anderen Behörden ausgestellt sind.

6. Zur Zeit der Meldung müssen die Meldungspflichtigen alle Uniformteile und Ausrüstungsstücke, Abzeichen, Medaillen, Ordensbänder und andere Distinktionen, die von einer der in den Absätzen 1 und 2 aufgeführten Organisationen herausgegeben worden sind, diesen gehören oder ein Dienstverhältnis in diesen kennzeichnen, vorlegen, damit sie untersucht werden können, und auf Verlangen abgeben.

7. Wer den Bestimmungen dieser Bekanntmachung nachkommt, wird wegen Fahnenflucht von den in Absatz 2 aufgeführten Organisationen nicht belangt werden, vorausgesetzt, daß diese vor dem 16. Juni 1945 stattfand.

8. Wer den Bestimmungen dieser Anordnung nicht nachkommt, kann angeklagt werden, und das Gericht kann auf jede gesetzliche Strafe einschließlich des Todes erkennen, wenn es von der Schuld des Angeklagten überzeugt ist.

--- --

In Gahlen bei Dorsten, wo er seine Wirksamkeit als Volksschullehrer begann, starb an den Folgen eines Schlaganfalls Oberstudiendirektor Dr. Bruns, der 1927 Direktor der Oberrealschule in Buer wurde und 1932 die Leitung der Oberschule für Mädchen in Alt-Gelsenkirchen übernahm. Neben seiner pädagogischen Tätigkeit erwarb er sich besondere Verdienste um die Förderung junger künstlerischer Talente.

--- --

Sonntag, den 10. Februar

=====
Das 5. städtische Sinfoniekonzert fand am Sonntag, dem 10. Februar in der Schauburg Buer statt. Solist war Ewald Kaldeweier (Köln), Bariton. Auf dem Programm standen: Sinfonische Dichtung

"Tasso" von Liszt, 5. Sinfonie von Tschaikowsky, "Lieder und Tänze des Todes" von Modest Mussorgsky.
Am gleichen Tage war ein Cello-Abend von Jürgen Gildemeister (Essen) im Alten Aloysianum; Begleitung am Flügel: Hein Siepmann (Opernhaus Essen).

--- --

Montag, den 11. Februar
=====

Infolge der Hochwasserkatastrophe in Gelsenkirchen-Horst und der dadurch erschwerten Heranschaffung von Milch war die Belieferung der Kinder, Kranken und Wöchnerinnen mit Vollmilch gefährdet. Für diesen Personenkreis wurde Kondensmilch ausgegeben.

--- --

Der "Westdeutsche Künstlerdienst" brachte als Erstaufführung einen Abend unter dem Motto: "Meine Lieblingsmelodie" heraus.

--- --

Oberbürgermeister Zimmermann erließ gemeinsam mit den Parteien und den freien Wohlfahrtsverbänden einen Aufruf zur Sammlung von Kleidung, Wäsche, Möbeln, Haus- und Küchengeräten, Petroleum- und Karbidlampen für die Opfer der Hochwasserkatastrophe in Horst und Bismarck.

Die Zweigstelle des Schwedischen Roten Kreuzes in Gladbeck leitete ein Hilfswerk für die Hochwassergeschädigten ein. Sie übernahm gleichzeitig die zusätzliche Speisung von etwa 4 000 Schulkindern.

Der Horster Rennverein stiftete für die Hochwassergeschädigten einen Betrag von 50 000 RM.

--- --

Dienstag, den 12. Februar
=====

Die Militärregierung gab durch die Erziehungs-Anweisung Nr. 1 Richtlinien für die Einrichtung oder Wiedereinrichtung konfessioneller Volksschulen. Sie waren als provisorische Maßnahme gedacht, bis eine repräsentative Regierung in Deutschland Endgültiges beschließen würde. Die Wiedereinrichtung sollte auf Grund von Willenserklärung der Eltern oder Erziehungsberechtigten erfolgen. Die Schulverwaltungsbehörde sollte diesen Elternanträgen zu Beginn des Schuljahres 1946/47 (d.h. im April 1946) oder so bald danach wie möglich nachkommen, es sei denn daß die Anzahl der in Frage kommenden Kinder als zu gering anzusehen war, um einen zufriedenstellenden Unterricht zu gewährleisten, oder der Mangel an Gebäuden oder Lehrkräften die Einrichtung nicht gestattete. Die Willenserklärungen der Eltern konnten in der Zeit vom 21. Februar bis 20. März auf den Kartenstellen des Ernährungsamtes auf einem Vordruck abgegeben werden. Zur Entgegennahme mündlicher Willenserklärungen stand ein Beamter während der Dienststunden der Kartenstellen zur Verfügung.

--- --

Mittwoch, den 13. Februar

Der Haupt- und Finanzausschuß befaßte sich mit der Lage der von der Hochwasserkatastrophe in Horst betroffenen Bevölkerung. Bei dieser Gelegenheit wurde mitgeteilt, daß die zuständigen Stellen mit Unterstützung der Militärregierung alle Hilfsmaßnahmen getroffen haben, um die Notlage der Geschädigten zu lindern. Auch der Wohnungsausschuß befaßte sich mit Maßnahmen zur Linderung der Not. 36 Geschäfte, darunter 5 Bäckereien und 10 Metzgereien, mußten in Horst ihren Betrieb schließen. Da auch die Trinkwasseranlagen durch das Hochwasser in Mitleidenschaft gezogen waren, wurde dringend empfohlen, Wasser nur in abgekochtem Zustand zu genießen und im Haushalt zu verbrauchen.

-.-.-

Auf Anordnung der Militärregierung wurden die Leistungen der Krankenkassen für die Angehörigen von Militärpersonen eingestellt; es bestand jedoch die Möglichkeit der freiwilligen Weiterversicherung.

Im übrigen traten als wichtige Änderungen bzw. Vereinfachungen in der Sozialversicherung einheitliche Beiträge für alle Orts-, Betriebs-, Innungs-, Ersatz- und Knappschaftskassen ein, und zwar in Höhe von 6 % für alle ordentlichen Pflichtversicherten, 5,4 % für alle diejenigen Pflichtversicherten, die unter § 189 der Reichsversicherungsordnung fielen, 4,8 % für ordentliche freiwillige Versicherte und 4 % für freiwillige Versicherte, die unter die §§ 189 bzw. 215 der RVO. fielen. Krankengeld bzw. Hausgeld wurde vom achten Tage an gezahlt. Alle Mehrleistungen der Kassen wurden aufgehoben. Eine Krankenscheingebühr wurde bis auf weiteres nicht erhoben; daher wurde der Arzneikostenanteil von 0,25 auf 0,50 RM. erhöht, für Familienangehörige 0,30 RM. Die Versicherungsfreiheit der Rentner wurde aufgehoben; sämtliche beschäftigten Rentner waren wieder versicherungspflichtig wie entsprechende Arbeiter oder Angestellte.

-.-.-

In der Lösung des Schulproblems sah die Stadtverwaltung eine ihrer wichtigsten und dringlichsten Aufgaben. In Verbindung mit dem Schulamt wurde ein besonderes Notprogramm ausgearbeitet. Bis jetzt waren 23 Schulen mit 175 Schulräumen wieder für Schulzwecke hergerichtet worden. Die Instandsetzungsarbeiten an weiteren 34 Schulgebäuden mit 260 Klassenräumen sollten in Kürze in Angriff genommen werden.

Die Knabenmittelschule war mit 451 Schülern in der Volksschule Ückendorfer Straße 65 untergebracht, 621 Schülerinnen der Mädchenmittelschule fanden in der Alten Schule, Ückendorfer Straße 147, eine Unterkunft. Die Arbeiten für die höheren Schulen waren soweit gediehen, daß auch hier die Wiederaufnahme des Unterrichts bevorstand. Für Alt-Gelsenkirchen und Buer lagen bereits 3 000 Anmeldungen für die Oberschulen vor. Auf ihre Aufnahme in die Berufsschule warteten 663 Schülerinnen und Schüler.

In den Stadtteilen Feldmark, Heßler, Horst, Scholven und Hassel konnten 3 086 Volksschüler noch nicht eingeschult werden, weil die notwendigen Schulgebäude fehlten.

-.-.-

Der "Westdeutsche Künstlerdienst" gab unter der musikalischen Leitung von Karl Riebe unter dem Titel "Vorhang auf!" einen Opernabend mit Ausschnitten aus der "Zauberflöte", "La Bohème", "Zar und Zimmermann" und "Martha".

Die Vestische Musikschule veranstaltete am 13. Februar in Buer und am 14. Februar in Alt-Gelsenkirchen einen Violinsonaten-Abend mit der Kölner Geigerin Keller-Müllmerstaedt; am Flügel: Dr. Josef Keller, Dozent für Musikwissenschaft an der Universität Köln.

Donnerstag, den 14. Februar

Auf Anregung des Deutschen Städtetages trat im Magistratssitzungssaal im Rathaus Gelsenkirchen-Buer am 14. Februar unter dem Vorsitz von Überbürgermeister Zimmermann (Gelsenkirchen) ein vorläufiger Energie-Ausschuß des Deutschen Städtetages zusammen. Zu den Aufgaben dieses Ausschusses sollten Fragen des Wiederaufbaues der Erzeugungsanlagen, Instandsetzung der Leitungsnetze, Finanzfragen, Absatzmöglichkeiten, Materialbeschaffung, Fragen der Konzessionsabgabe usw. gehören. Nach eingehender Aussprache hielt man für die zweckmäßigste Form der Organisation der kommunalen Energiewirtschaft die Bildung eines Gesamtverbandes auf technisch-wissenschaftlichem Gebiet sowie eines Verbandes gemeindlicher Unternehmungen, die für einzelne Sparten (Gas, Wasser, Elektrizität) Fachgruppen zu bilden hätten. Die Tagung erbrachte die für das weitere Vorgehen auf diesem wichtigen kommunalen Gebiet erforderliche Klarheit.

Die Knappheit an Lebensmitteln führte dazu, daß Einzelhändler schon auf die Kartenabschnitte der nächsten Woche in der Vorwoche Waren abgaben. Dieser Vorgriff wurde vom Ernährungsamt verboten. Frühestens am Samstagnachmittag durften auf die Karten der kommenden Woche Lebensmittel abgegeben werden.

Auf Abschnitt 3 der Kohlenkarte wurden je Haushalt zwei Zentner Feinkohle abgegeben. Verbraucher, die bis zum Ablauf des Monats Februar ihre Brennstoffe nicht abgenommen hatten, konnten später nicht mehr beliefert werden.

Die Kisten, die während des Krieges in der sogen. "Kistenaktion" in der Zeche Consolidation eingelagert worden waren, wurden jetzt wieder herausgegeben. Die in Frage kommenden Personen wurden aufgefordert, sich mit der Bescheinigung über die Einlagerung im Hauptmagazin der Schachtanlage 1/6 zu melden. Kisten durften allerdings erst dann herausgegeben werden, wenn die Militärregierung es genehmigt hatte.

Das "Theater an der Bochumer Straße" brachte als weitere Erstaufführung die Operette "Der Vetter aus Dingsda" von Eduard Künneke heraus.

Freitag, den 15. Februar
=====

Durch die Einrichtung einer Autobuslinie von der Kanalbrücke Sutum bis zum Hauptbahnhof durch die Fa. Sauer wurde jetzt eine Verbindung der beiden Stadtteile Alt-Gelsenkirchen und Buer über Sutum mit Straßenbahn und Autobus wiederhergestellt. Die Straßenbahn verkehrte von Buer Rathaus bis zur Emscherbrücke alle halben Stunden, der Autobus von 6.20 bis 19.20 Uhr alle Stunden.

Die Speisekartoffelabschnitte wurden in der 86. Zuteilungsperiode nur mit Brot beliefert, und zwar 500 g Brot auf einen Wochenabschnitt. Die ohnehin nur sehr dürftig ernährte Bevölkerung brachte für diesen durchaus unzureichenden Ersatz kein Verständnis auf. Die Arbeitsleistungen ließen weiterhin stark nach.

Samstag, den 16. Februar
=====

Das Gelsenkirchener Gewerkschaftsleben nahm wieder Gestalt an. Nachdem die Militärregierung die Erlaubnis zur Einrichtung von örtlichen Gewerkschaftsorganisationen gegeben hatte, fand in einer Halle des Schalker Vereins eine erste große Gewerkschaftskundgebung statt, die der zweite Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Herr Sommerfeld, leitete. Das Hauptreferat hielt Parteisekretär Melcher, Mitglied des Bürgerrates. Er wies besonders darauf hin, daß die neuen Gewerkschaften im Gegensatz zu den früheren deutschen Gewerkschaften den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund als Dachorganisation für die verschiedenen Industriegewerkschaften haben werden. Nach der Anordnung der Militärregierung sollten die Gewerkschaften auf einheitlicher Grundlage gebildet werden, mit rein wirtschaftlichen Zielen, konfessionell und weltanschaulich neutral.

Der Innungsausschuß Buer, dessen Vorsitz der frühere Geschäftsführer Syndikus Confer wieder übernommen hatte, zählte in 19 Innungen wieder 830 Betriebe mit 1.241 Gesellen und 931 Lehrlingen; 195 Betriebe ruhten noch.

Die Denneborg-Künstlerpuppenspiele spielten bis zum 2. März das Puppenspiel "Das Zauberauto".

In der Woche vom 8. bis 16. Februar wurden im Städt. Schlachthof nur 19 Rinder, 55 Kälber und 2 Schweine geschlachtet. Dieser ungewöhnliche Rückgang war zum größten Teil dadurch hervorgerufen, daß die Viehanfuhr durch die Hochwasserkatastrophe in Horst gestört war. Es mußten daher wiederum die Vorräte im Kühlhaus Kalthoff angegriffen werden, aus dem 108 000 kg Fleisch ausgelagert wurden. Die Kohlenversorgung des Schlachthofes wurde dadurch von Tag zu Tag schlechter, daß die Zuteilungsmenge erheblich gekürzt und außerdem zum großen Teil Braunkohle geliefert wurde, die sich für die Verfeuerung in Flammrohrkesseln sehr schlecht eignete.

Sonntag, den 17. Februar
=====

Arnold Merkelbach gab im Alten Aloysianum einen Lieder- und Arienabend; am Flügel begleitete ihn Richard Heime.

Das Deutsche Rote Kreuz (Kreisverband Gelsenkirchen) nahm mit Versammlungen der Bereitschaften Alt-Gelsenkirchen, Buer und Horst am Sonntag, dem 17. Februar, seine Tätigkeit wieder auf. In dem Aufruf dazu hieß es u.a.: "Unabhängig von allen Regierungsformen und Parteirichtungen bleibt die Aufgabe des Rotkreuz-Angehörigen stets die gleiche: er soll Helfer in der Not seiner Mitmenschen sein. Der Krieg hat uns alle auseinandergerissen. Viele von uns waren während des Krieges an der Front und in der Heimat im Sanitätsdienst eingesetzt; mancher ist im Einsatz für seine Heimat gefallen. Es gilt nun, die verlorengegangenen Bindungen der Vorkriegszeit wieder aufzunehmen. Die Not und damit die Notwendigkeit der Rotkreuz-Arbeit ist größer geworden als je zuvor. Daher ergeht an jedes alte Rotkreuz-Mitglied und an diejenigen, die es werden wollen, der Ruf, sich zur Verfügung zu stellen."

Montag, den 18. Februar
=====

Für die Bevölkerung des Überschwemmungsgebietes in Horst wurde auf Grund der Freigabe durch das Landesernährungsamt ein halbes Pfund Butter im Austausch gegen 1/2 Pfund Mehl ausgegeben. In den Lebensmittelgeschäften in Horst gingen bei der Überschwemmungskatastrophe große Mengen Lebensmittel verloren; eine Zusammenstellung ergab folgende Verluste: 1.940 kg Fleisch, 47 kg. Käse, 500 kg Butter, 489 kg Margarine, 883 kg Weizenmehl, 17.600 kg Roggenmehl, 1.800 kg Nahrungsmittel, 150 kg Kindernahrungsmittel, 1700 kg Zucker und 160 kg Kaffeersatz.

Die Stadtwerke ließen die Arbeiten am Gasrohrnetz im Stadtteil Buer ruhen und setzten die dafür bestimmten Arbeiter im Stadtteil Horst ein, da die Arbeiten dort in Folge des Hochwassers vordringlich waren. Hier wurde am Gas- und Wasserrohrnetz mit Hochdruck gearbeitet.

Dienstag, den 19. Februar
=====

Obwohl die Belieferung der Bäckereien mit Mehl für die Brotherstellung einigermaßen prompt durchgeführt werden konnte, konnte den Kolonialwarenhändlern jetzt schon zwei Wochen lang kein Mehl zugeteilt werden, so daß die Belieferung mit Haushaltsmehl weiter im Rückstand blieb, weil die in der 84. und 85. Zuteilungsperiode aufgerufenen Mehlmengen auf Nahrungsmittelscheine nicht ausgegeben werden konnten.

Das Städt. Orchester veranstaltete unter der Leitung von Richard Heime im Alten Aloysianum ein Kammerorchester-Konzert. Auf dem Programm standen Werke von Philipp Emanuel Bach, Mozart und Haydn; Solist war Heinrich Alves (Klarinette).

Mittwoch, den 20. Februar
=====

Die Ortsgruppe Gelsenkirchen des "Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands" veranstaltete im Westfalenkaufhaus eine Kunstaussstellung unter dem Titel "Aufbruch" mit modernen Gemälden und Graphiken aus Gelsenkirchener Privatbesitz.

Folgende dringende Bitte um Hilfe für die Opfer der Überschwemmungskatastrophe in Horst richteten der Oberbürgermeister, die politischen Parteien und die freien Wohlfahrtsverbände an die Gelsenkirchener Bevölkerung:

"Eine Naturkatastrophe größten Ausmaßes hat unsere schon schwer beschädigte Stadt getroffen. Durch Dammbüche in den Stadtteilen Horst und Bismarck hat das Hochwasser große Teile der betroffenen Stadtteile unter Wasser gesetzt. Tausende Einwohner sind wiederum obdachlos geworden und haben Hab und Gut verloren. Diesen Mitmenschen müssen und wollen wir in ihrer großen Not helfen.

Wir richten daher an die Bevölkerung der Stadt Gelsenkirchen, insbesondere an diejenigen Einwohner, die von den Schrecken des Krieges verschont geblieben sind, die dringende Bitte, durch Hergabe von Kleidung, Wäsche, Möbeln, Haus- und Küchengeräten, insbesondere Petroleum und Karbidlampen, den betroffenen Mitbürgern zu helfen.

Die Beauftragten der freien Wohlfahrtsverbände werden in den nächsten Tagen bei Euch vorsprechen und die Sachen, die Ihr freiwillig und gern gebt, abholen. Jeder Sammler und jede Sammlerin führt einen von den Wohlfahrtsverbänden ausgestellten Ausweis bei sich, der sie als für die Sammlung beauftragt ausweist."

Donnerstag, den 21. Februar

=====

Eine Konferenz der Verwaltungsleiter von Rheinland-Westfalen, zu der der Deutsche Städtetag eingeladen hatte, fand unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Zimmermann (Gelsenkirchen) am 21. Februar im Rathaus Buer statt. Anwesend waren die Oberbürgermeister Dr. Geyer, Bochum, Spoelgen, Bonn, Reckmann, Bottrop, Dr. Weitz, Duisburg, Schulte, Gladbeck, Sasse, Hagen, Dr. Meyerhoff, Herne, Dr. Pünder, Köln, Dr. Stepkes, Krefeld, Dr. Hasenjäger, Mühlheim (Ruhr), Elfes, München-Gladbach, Dr. Kaessler, Oberhausen, Dr. Hellermann, Recklinghausen, zur Hellen, Remscheid, Dr. Klüber, Solingen, Dr. Schaub, Viersen, Jakobi, Wanne-Eickel, ferner die Oberstadtdirektoren, Dr. Ostrop, Dortmund, Dr. Kolb, Düsseldorf, Dr. Rosendahl, Essen, Dr. Nagel, Neuß und Dr. Bremme, Wuppertal. Außerdem nahmen teil Verbandsdirektor Dr. Rappaport, Essen und Direktor Dr. van Aubel, Godesberg.

Oberbürgermeister Elfes, München-Gladbach, berichtete über seine Erfahrungen bei der Beschäftigung von Frauen in leitenden Ämtern der Stadtverwaltung. Professor Dr. Pirlet hielt einen ausführlichen Vortrag über die Technik des Wiederaufbaues. Er gab dabei Beobachtungen und Erfahrungen aus seiner Tätigkeit in Kön wieder und stellte dabei zwei Hauptaufgaben heraus: die Aufräumung der Grundstücke sowie den Abtransport des Schutts und die Möglichkeiten der Trümmerverwertung. Er hielt einen Meinungsaustausch auf diesem Gebiet für dringend erforderlich und schlug vor, dafür eine Zentralstelle beim Deutschen Städtetag einzurichten, die in drei Abteilungen gegliedert sein sollte: 1) Bautechnische Abteilung (neue Baustoffe und Bauweisen, Schuttverwertung, Konstruktionstechnik, patentrechtliche Fragen), 2) Maschinentechnische Abteilung (Schuttbeseitigung, Schuttaufbereitung, Baumaschinen, Transportanlagen, Normung von Bauteilen), 3) Verwaltungsabteilung (Schriftverkehr, Nachrichtenwesen, Veröffentlichungen, Vorträge, Versammlungen, Herausgabe einer technischen Zeitschrift). Die Versammlung beschloß in dieser Angelegenheit zunächst die Baudezernenten der Städte zu hören.

Ein weiterer Verhandlungspunkt war ein Erfahrungsaustausch aus der täglichen Arbeit und die Frage der Baupolizeigebühren beim Wiederaufbau kriegsbeschädigter Gebäude. Berichterstatte dazu war Oberbürgermeister Zimmermann (Gelsenkirchen); er wandte sich dagegen, daß der Wegfall der Baupolizeigebühren - sie wurden während des Krieges von der Reichskasse erstattet - auf dem Rücken der Gemeinde ausgetragen werde. Die Versammlung übertrug die Weiterbehandlung dieser Angelegenheit der Finanzdezernentenvereinigung. Im weiteren Verlauf der Sitzung machte Dr. van Aubel noch eine Reihe von Mitteilungen über den Deutschen Städtetag (Neubildung kommunaler Spitzenverbände, Fragen der Geschäftsstelle, Bildung von Fachausschüssen, Kontigentierungsfragen und Fragen der kommunalen Unternehmungen).

--- --

Der große Mangel an Saatgut und an Saatkartoffeln machte eine scharfe Kontrolle bei der Ausgabe an die Kleingärtner notwendig. Der Oberbürgermeister ordnete an, daß Saaterbsen erst Anfang April, Saatbohnen erst Mitte Mai verkauft werden durften. Die Kleingartenbesitzer konnten Erbsen und Bohnen nur erhalten, wenn sie eine

Erklärung vorlegten, daß sie Gemüse und Kartoffeln anbauten. Diese Erklärung mußte der Besitzer des Gartenlandes oder der Kleingärtnerverein mit einem Richtigkeitsvermerk und die zuständige Kartenstelle mit dem Dienstsiegel versehen.

Freitag, den 22. Februar
=====

Bei der Ausgabe der neuen Lebensmittelkarten für die 86. Zuteilungsperiode erhielten alle Versorgungsberechtigten, soweit sie keine Hühner hielten, auch eine Eierkarte.

Im Städt. Schlachthof wurden in der Woche vom 17. bis 22. Februar 44 Rinder, 183 Kälber, 32 Schweine und ein Schaf geschlachtet. Die für den Bedarf noch notwendigen Fleischmengen wurden durch Einfuhr von 300 Rindervierteln im Gewicht von rund 20 000 kg aus Hamburg gedeckt.

Samstag, den 23. Februar
=====

Der Innungsausschuß in Alt-Gelsenkirchen zählte jetzt wieder 24 Innungen mit rund 1.500 Betrieben und 5.000 beschäftigten Personen. 600 Betriebe, die nach den Kriegswirren ihre Arbeit einstellen mußten, haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Rund über 400 Lehrlinge standen vor der Gesellenprüfung, die seit 1944 nicht mehr abgehalten worden war; 350 Gesellen bereiteten sich in besonderen Lehrgängen auf ihre Meisterprüfung vor. 150 Angehörige anderer Berufe ließen sich zu Maurerhandwerkern umschulen, und zwar in Lehrgemeinschaften von 20 bis 25 Mann. Die Kosten der Umschulung trug die Innung; das Arbeitsamt zahlte einen Zuschuß dazu. Die Lehrzeit betrug zwei Jahre, mit der Gesellenprüfung als Abschluß.

Unter dem Vorsitz von Dr. Große-Boymann hielten die in der Arbeitsgemeinschaft der Ernährungs- und Wirtschaftsämter des westfälischen Industriegebietes zusammengefaßten Großstädte, Mittelstädte und Landkreise in Gelsenkirchen eine Arbeitstagung ab. Sie befaßte sich vor allem mit der Frage der Volks- und Gemeinschaftsküchen, aber auch mit der vollkommen zusammengebrochenen Kartoffelversorgung. 85 % der gesamten Kalorienmenge mußten dadurch auf Brot und Mehl entfallen, eine Einseitigkeit der Ernährung, die Gefahren in sich barg.

Der Gelsenkirchener Puppenspieler Heinrich Maria Denneborg stellte in Verbindung mit dem Stadtschulamt und der Verkehrspolizei sein Kasperlespiel "Das Zauberauto" auch in den Dienst der Verkehrserziehung. In laufenden Werbeveranstaltungen wurden bis zum 2. März die Gefahren der Straße rund 12.500 Schulkindern veranschaulicht. Die Aufführungen trugen so in fesselnder Weise zur Verkehrsdisziplin bei.

Sonntag, den 24. Februar
=====

Walter Dignas, ein junger Pianist aus Buer, spielte am Sonntag, dem 24. Februar, in der Aula der Oberschule von Bottrop Klavierwerke von Beethoven, Schumann, Chopin, Ravel und Debussy.

Montag, den 25. Februar
=====

Da der Reifensammelaktion im Oktober 1945 nicht alle Eigentümer nachgekommen waren, wurden sie jetzt an ihre Ablieferungspflicht erinnert. Bis zum 15. März mußten alle Kraftfahrzeugdecken und -schläuche, gleichgültig ob brauchbar oder Altgummi, einschließlich solcher, die auf Pferdekarren aufgezogen waren, abgeliefert werden. Ausgenommen waren nur Reifen und Schläuche, die auf zugelassenen Fahrzeugen montiert waren. Die Polizei überwachte durch Kontrolle die Ablieferung.

Auf Grund einer Anordnung der Militärregierung wurde der Oberbürgermeister ermächtigt, Kraftfahrzeuge für bestimmte Zwecke zu beordern. Er erinnerte daran, daß solche Beorderungsverfügungen notfalls mit polizeilichem Zwang durchgeführt würden.

Die Fahrzeughalter, die sich während des Krieges in den Besitz von Wehrmachtsfässern für Treibstoffe gesetzt hatten, wurden aufgefordert, sie bis zum 15. März im Städt. Fuhrpark abzuliefern. Der Mangel an Treibstofffässern hatte zu Schwierigkeiten beim Abfüllen und zu Stockungen in der Treibstoffversorgung geführt.

Der "Westdeutsche Künstlerdienst" brachte in Erstaufführung eine Sonderveranstaltung heraus unter dem Titel "Lob der Liebe in edler Musik und Dichtung".

Dienstag, den 26. Februar
=====

Zu einem Konzertsaal wurde die Aula der Mädchen-Mittelschule an der Rotthäuser Straße hergerichtet. Dadurch wurde die Möglichkeit geschaffen, auch in Alt-Gelsenkirchen Sinfonie-Konzerte zu veranstalten, während bis jetzt nur Kammerorchester-Konzerte im Alten Aloysianum stattfinden konnten.

Mittwoch, den 27. Februar
=====

Der vorläufige Energieausschuß des Deutschen Städtetages hielt im Rathaus Buer eine Arbeitstagung ab. Sie beschloß, einen technisch-wissenschaftlichen Gesamtverband zu schaffen, der nach Gas, Wasser und Elektrizität untergeteilt und regional gegliedert sein sollte. Diese Organisation sollte den Namen "Verband"

gemeindlicher Unternehmungen" tragen. Lebhaftige Klage wurde über die Stromdiebstähle geführt, weil vor allem die Schwarzanschlüsse in Hausruinen nur schwer festzustellen waren. Die Netzverluste betragen durchschnittlich 50 %.

Zur Anmeldung aller Kinder, die bis zum 31. März 1940 geboren waren, also Ostern 1946 schulpflichtig wurden, forderte eine Bekanntmachung des Oberbürgermeisters auf; aus ihr ging hervor, daß wieder folgende Schulen zur Verfügung standen:

Alt-Gelsenkirchen:

In der Neustadt: Kath. Volksschule Ottilienstraße und Ev. Volksschule Josefstraße,
in der Altstadt: Kath. Volksschule und Ev. Volksschule im Schulgebäude Im Lörenkamp,
in Ückendorf: Kath. Volksschule Parkstraße, Ev. Volksschule Stefanstraße,
in Rotthausen: Kath. Volksschule Am Koprath, Ev. Volksschule Rotthauser Straße,
in Hessler: Kath. und Ev. Volksschule Fürstinnenstraße 53,
in der Feldmark: Kath. und Ev. Volksschule Fürstinnenstraße 53,
in Schalke-West: Kath. und Ev. Volksschule Antoniusstr. 2,
in Schalke-Ost,: Kath. und Ev. Volksschule Antoniusstr. 2,
in Bismarck-West: Kath. und Ev. Volksschule Caubstraße,
in Bismarck-Mitte: Kath. und Ev. Volksschule Gneisenaustraße,
im Haferkamp: Kath. und Ev. Volksschule Lenaustraße,
in Bulmke-Hüllen: Kath. und Ev. Volksschule Irmgardstraße,
in Horst: Kath. und Ev. Volksschule im neuen Amtshaus;

Gelsenkirchen-Buer:

in Buer-Mitte: Kath. Volksschule Pfefferackerstraße, Ev. Volksschule, Urbanusstraße.,
in Buer-Bülse und Bergmannsglück: Ev. und Kath. Volksschule Beisenstraße,
in Beckhausen: Ev. und Kath. Volksschule Horster Straße 310,
in Resse: Ev. und Kath. Volksschule Lange Straße und Ahornstr.,
in Erle: Ev. und Kath. Volksschule Wodanstraße, Heinrichstraße, Heistraße und Schulstraße,
in Hassel: Ev. und Kath. Volksschule Mährfeldstraße,
in Scholven: Ev. und Kath. Volksschule Feldhauser Straße 185,
in Oberscholven: Ev. und Kath. Volksschule im Saale May.

Donnerstag, den 28. Februar

=====

Im Februar kehrten 453 ehemalige Soldaten aus der Kriegsgefangenschaft nach Alt-Gelsenkirchen zurück, darunter 8 weibliche Wehrmachtsangehörige, 238 nach Gelsenkirchen-Buer, 58 (1 weiblicher) nach Gelsenkirchen-Horst, zusammen 749. Rechnet man die vom Mai bis Dezember 1945 zurückgekehrten Soldaten hinzu (s.S. 204 des Chronikbandes 1945), so kehrten im ganzen aus der Kriegsgefangenschaft zurück: nach Alt-Gelsenkirchen 16.473, darunter 520 weib-

liche Wehrmachtsangehörige, nach Gelsenkirchen-Buer 8.253, darunter 50 weibliche, nach Gelsenkirchen-Horst 1.903, darunter 24 weibliche; das sind im ganzen 26.629 (darunter 594 weibliche) ehemalige Soldaten, die nach Gelsenkirchen zurückkehrten. Unter ihnen befanden sich 609 Entlassene, die vor ihrer Einziehung zur Wehrmacht nicht in Gelsenkirchen gewohnt hatten.

-.--.

Die Hochwasserkatastrophe in Horst beschäftigte am 28. Februar den Bürgerrat in seiner 4. (öffentlichen) Sitzung. Zunächst berichtete Oberbürgermeister Zimmermann über den Deichbruch des Sellmannsbaches in Bismarck am Vormittag des 8. Februars und über den Bruch des Emscherdammes am Nachmittag des gleichen Tages an der Stadtgrenze von Horst, wodurch die Wohnstätten von rund 7.000 Menschen vom Wasser eingeschlossen wurden. Er schilderte eingehend die Rettungsmaßnahmen, durch die unter schwierigsten Verhältnissen rund 2.000 Personen geborgen werden konnten, und gedachte mit besonderem Dank der Hilfe, die Polizei und Feuerwehr, nicht zuletzt aber die Militärregierung, leisteten, von der Col. Spottiswoode, Major Robinson und Capt. Kingsley zur Unglücksstätte eilten. Als erfreuliches Zeugnis uneigennütigen Bürgersinnes nannte der Oberbürgermeister den Einsatz der Bürgerratsmitglieder Hohnke, Hüther und Löbbert, der Mitglieder des Horster Wohnungsausschusses sowie die Tätigkeit des Bürodirektors Kölling, bei dem alle Fäden der Rettungsaktion zusammenliefen. Er dankte den Schwestern des Gesellenhauses für ihre unermüdliche Arbeit bei der Verpflegung der Obdachlosen, dem englischen und schwedischen Roten Kreuz für die Speisung der Horster Kinder sowie den freien Wohlfahrtsverbänden für ihre Betreuung und nannte namentlich noch besonders den Bergmann Wilhelm Löwing, der einen unter Wasser stehenden Bunker, auf den Schultern eines Tauchers sitzend, durchsuchte, sowie Bäckermeister Geenen, Grubeninspektor Tewes von der Zeche Nordstern und Betriebsleiter Siebert vom RWE. Die Belegschaft der Zeche Consolidation spendete 6.000 Stuten für die Hochwassergeschädigten, der Westdeutsche Traber-, Zucht- und Rennverein stellte 50.000,-- RM zur Verfügung. Das abgesunkene Gebiet könne zur menschlichen Besiedlung nicht wieder herangezogen werden.

Dann schilderte Stadtrat Dr. Große-Boymann die bis jetzt eingeleiteten Hilfsmaßnahmen. Im Hilfskrankenhaus Buer wurden 230 Personen untergebracht, im Schloß Horst 30 Personen, in einer Baracke der Zeche Nordstern 67 Personen; durch Vermittlung des Wohnungsamtes wurden 135 Personen in Einzelquartieren untergebracht. Im Gesellenhaus wurden unentgeltlich und ohne Marken am ersten Tage 2.300, am zweiten Tage 4.290 und am dritten Tage 5.200 Essensportionen ausgegeben. An männliche Geschädigte wurden zusätzlich Rauchwaren verabfolgt. Die Militärregierung gab aus dem Aufkommen der Kleidersammlung außerhalb Gelsenkirchens 3.500 Kleidungsstücke und 400 Paar Strümpfe und Socken frei; das englische Rote Kreuz lieferte über 400 Wäsche- und Bekleidungsstücke. Beim Landwirtschaftsamt wurde eine Sonderzuteilung von 1.000 Schlafsäcken und 1.000 Matratzen sowie je 400 Garnituren für Männer, Frauen und

Kinder beantragt, ferner je 500 Paar Arbeits-, Männer-, Frauen- und Kinderschuhe sowie je 1.000 Kochtöpfe, Bestecke und Kochgeschirre. Als Ausgleich für den Stromausfall wurden 3.000 Liter Petroleum und 1.100 Kerzen verteilt; eine zusätzliche Versorgung mit Kohlen sei vorgesehen. Das Ergebnis der örtlichen Sammlung werde auf 50.000,-- RM geschätzt. Die Kreishandwerkerschaft Buer habe zu einer Sammlung von Handwerkszeug für die geschädigten Horster Handwerker aufgerufen.

Über die Neubauplanung in Horst führte Stadtbaurat Fuchslocher folgendes aus: Die Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe sollen bei der Planung des Wiederaufbaues Beachtung finden. Das Gebiet südlich der Zechenbahn und nördlich der Emscher darf nicht wieder als Wohnbaugebiet genutzt werden; das Gebiet zwischen Devensstraße, Schloßstraße und Strundenstraße kann nur eine weiträumige Bebauung erhalten. Der Ausfall dieser Baugebiete soll durch eine stärkere Nutzung der günstigeren Bezirke des Stadtteils Horst ersetzt werden.

Über gesundheitsfürsorgerische Maßnahmen berichtete Medizinalrat Dr. Grütter: Es wurde eine Warnung vor dem Gebrauch unabgekochten Wassers erlassen; das Trinkwasser erhielt einen starken Chlorzusatz; die Gefahr der Verseuchung des Trinkwassers sei in Horst aber nicht größer als anderswo. Das Gesundheitsamt war noch im Besitz von Säuglingswäsche, die in kleinen Mengen zur Verfügung gestellt werden konnte. Wenn auch die Gefahr einer Typhusepidemie nicht sehr groß sei, so wurden doch vier öffentliche Impftermine abgehalten; sie wurden aber nur von wenigen besucht, so daß die Militärregierung in Münster beschloß, den Typhusschutz der Bevölkerung durch eine Zwangsimpfung der Horster Einwohner zu verstärken.

Schließlich berichtete Bürgermeister Hammann noch über die finanzielle Auswirkung der Horster Katastrophe. Zur Heranschaffung von Mitteln aus der öffentlichen Hand sei der Regierungspräsident um Überweisung eines namhaften Betrages zur Linderung der Not gebeten worden; für solche Zwecke, wozu auch die Wiederherstellung behelfsmäßiger Übergänge über die Emscher und die Instandsetzung von Schulen gehörten, seien 3,8 Millionen RM angefordert worden.

Die Horster Bürgerratsmitglieder fanden Worte herzlichen Dankes für die von allen Seiten zuteil gewordene Hilfe, übten allerdings auch scharfe Kritik an der Emschergenossenschaft, die seit 1933 an dem Damm nichts getan habe. Auf Antrag der Fraktion der CDU wurde ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, der die Ursachen der Katastrophe in Bismarck und Horst feststellen und die Frage des Verschuldens irgendeiner Stelle sowie die Zweckmäßigkeit der eingeleiteten Maßnahmen prüfen soll.

In der Bürgerratssitzung am 28. Februar teilte Oberbürgermeister Zimmermann mit, daß die Militärregierung ihn gefragt habe, ob er bereit sei, den Posten des Oberstadtdirektors (Zweitteilung der Gewalten nach englischem Muster) zu übernehmen; er habe diese Frage bejaht.

Der Bürgerrat beschloß einstimmig den Abschluß eines Vertrages mit der Firma Schäfer (Ibbenbüren) über die Trümmerbeseitigung und Trümmerverwertung in der Stadt Gelsenkirchen. Auf Grund dieses Vertrages sollten nicht nur Trümmer aufgeräumt und fortgeschafft, sondern auch die entstehenden Kosten dadurch produktiv gestaltet werden, daß die Trümmer zur Herstellung neuen Baumaterials verwertet wurden. Diese Arbeit sollte durchweg auf maschinellen Wege erfolgen. Gelsenkirchen war eine der ersten Städte die mit einem solchen Versuch auf den Plan traten. Daneben sollte aber der gemeinnützige Einsatz der Bürger in der Trümmerbeseitigung als Ehrendienst weiter laufen.

Für den Monat Februar meldete die Polizei nur 26 Verkehrsunfälle, darunter zwei tödliche, und 550 Verkehrsübertretungen. Die Neuaufstellung und Überholung von Verkehrsschildern war im Gange, so daß man mit einer erhöhten Verkehrssicherheit in den Hauptdurchgangsstraßen der Stadt rechnen zu können glaubte.

Im Februar standen 1.247 Lastkraftwagen unter der Kontrolle des Straßenverkehrsamtes. Sie legten in diesem Monat über 626.000 km zurück und beförderten 24.500 Tonnen Güter. Der verhältnismäßig kleine Wagenpark erreichte also ziemlich hohe Leistungen, besonders wenn man berücksichtigt, daß das Straßenverkehrsamt von den rund 2.600 Anträgen auf neue Reifen nur 10 % bewilligen konnte. Zum Vergleich seien hier die Zahlen vom 1. August 1939 angeführt. Zu diesem Termin gab es in Gelsenkirchen 3.780 Personenkraftwagen, 2.050 Lastkraftwagen und 14.120 Motorräder.

Freitag, den 1. März

=====

Stadtdirektor Dinger schied auf Grund seiner mit Zustimmung der Militärregierung erfolgten Pensionierung am 1. März aus der Leitung der Stadtverwaltung aus.

Gegen den Schwarzhandel und die Hamsterfahrten wandte sich ein längerer Artikel in den "Bekanntmachungen der Stadt Gelsenkirchen" (Nr. 48 vom 2. März); darin hieß es u.a.: "Der Schwarzhandel ist eine der größten Gefahren für die Ernährung der dicht bevölkerten Gebiete Westfalens. Die Erzeugnisse, die nach Erfüllung des Solls dem Erzeuger noch verbleiben, sind nicht frei verfügbar, sondern ebenfalls beschlagnahmt und dürfen nur an die zugelassenen Verteilerstellen abgeliefert werden. Auch diese Mengen reichten nicht aus, um die Versorgung sicherzustellen, wenn das britische Oberkommando nicht erhebliche Lebensmittelmengen zur Verfügung stellen würde. Der Schwarzhandel entzieht die Erzeugnisse der geregelten Erfassung. Vielfach stammen solche Waren aus Diebstäh-

len und Plünderungen. Hier gilt es, der schwer arbeitenden Bevölkerung, die zu Hamsterfahrten keine Zeit hat, zu helfen und mit scharfen Maßnahmen einzugreifen. Wesentlich würde geholfen, wenn alle Bevölkerungskreise sich mit einsetzen und den dazu berufenen Stellen Hinweise geben würden, den Schwarzhandel zu erfassen. Wenn auch nur kleine Mengen gehamstert werden, so ist doch die ungeheuerere Zahl der Hamsterer entscheidend. Zweifellos handelt ein Teil von ihnen aus Not; trotzdem aber darf in der Erfüllung der Pflicht das Mitgefühl den Kontrollbeamten nicht dazu bringen, seinen Pflichten nur mäßig nachzugehen. Wenn ein Selbsterzeuger aus seinem Überfluß abgeben kann, so soll es der Allgemeinheit zu Gute kommen.

Wenn die deutsche Ernährungswirtschaft zusammenbricht, werden Tausende in den Städten hungern. Es wäre auch nicht zu verhindern, daß die Stadtbevölkerung in ihrer Not die Bauernhäuser plündert. Diese Gefahr ist sehr groß. Der Schwarzhandel und die Hamsterei können erfolgreich nur dann bekämpft werden, wenn sich alle den Vorschriften entsprechend verhalten. Der Kontrollbeamte erfüllt manchmal schweren Herzens seine Pflicht. Wenn er es tut, dann will er der Bevölkerung des gesamten Gebietes helfen. Deshalb wiederholen wir noch einmal die Bitte an alle: Unterstützt den Kampf gegen den Schwarzhandel und unterlaßt die Hamsterfahrten! Gemeinsame Arbeit wird uns auch über diesen schweren Winter hinweghelfen."

Die Postgebühren wurden auf Anordnung der Militärregierung vom 1. März an verdoppelt. Ausgenommen waren nur die Gebühren für Postanweisungen und Zahlkarten sowie die Versicherungsgebühr für Wertsendungen, die allerdings noch nicht wieder zugelassen waren, sowie die Fahrgebühren.

Für die Zensur von Drucksachen gab die Militärregierung folgende Richtlinien bekannt:

1. Drucker, die im Besitze des Registrierungsformulars MG-IC-BB sind, können folgende Drucksachen ohne vorherige Vorlage bei einer Dienststelle der Militärregierung drucken: Vordrucke, Formulare, Schreibwaren usw., die keinen Text (ausgenommen Erläuterungen oder Gebrauchsanweisungen) tragen, z.B.: Kopfbogen, private Schreibpapiere, Verzeichnisse und ähnliche Geschäftsformulare, Postkarten (einfach und mit Fotografie), Kontobücher, Spiele, Fahrkarten und Fahrscheine, dienstliche Formulare von Behörden, Speisekarten, Visitenkarten, Einladungskarten, Kalender ohne Texte.
2. Alle anderen Drucksachen bedürfen einer Genehmigung der Militärregierung. Nur lizenzierte Verleger oder registrierte Drucker können Drucksachen in zweifacher Ausfertigung der Publication Subsection Oelde zur Zensur vorlegen. Als Beispiel für solche Drucksachen kommen in Betracht: Anzeigen und Reklameveröffentlichungen, Kataloge, Prospekte, Land-

karten, Gesellschaftsberichte, Programme und Ankündigungen von Veranstaltungen, Fernsprech- und Adressbücher, Postkarten (mit Ausnahme der unter 1. erwähnten).

3. Die Bestimmungen hinsichtlich der Druckschriften politischer Parteien bleiben unberührt. Nur die Ankündigungen politischer Versammlungen und direkte politische Richtlinien können der örtlichen Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt werden, während alle anderen politischen Druckschriften dem unter 2. erwähnten Verfahren unterliegen.

Samstag, den 2. März

=====

Die ungünstige Versorgungslage machte eine starke Kürzung, ja teilweise Halbierung der Lebensmittelrationen notwendig. Die entsprechende Mitteilung der Militärregierung hatte folgenden Wortlaut:

"Nach Überprüfung der Versorgungslage und nach Ermittlung der für Deutschland verfügbaren Nahrungsmittelmengen ist eine Kürzung der Rationen in der britischen Zone unvermeidlich. Diese Maßnahme ist auf eine unerwartete und ungünstige Entwicklung der Getreidezufuhren und ihrer Verteilung zurückzuführen, die sich auf alle Länder, auch auf Großbritannien, fühlbar auswirkt.

Auf Grund der Versorgungsschwierigkeiten muß die Brotzuteilung in der 86. Zuteilungsperiode vom 4. März an für den Normalverbraucher von 10.000 auf 5.000 g und die Nahrungsmittelzuteilung von 2.000 auf 1.000 g herabgesetzt werden. Auch die anderen Zuteilungen müssen gekürzt werden. Die Brot- und Nahrungsmittelrationen für alle Arbeiter, für stillende und werdende Mütter werden auf die gleiche Menge wie die Rationen der Normalverbraucher herabgesetzt. Die Brotzuteilung für Kinder von 6 bis 18 Jahren wird eine Kürzung um 3.000 g und die für Kleinkinder eine Kürzung von 1.000 g im Versorgungsabschnitt erfahren.

Nach den erwähnten Kürzungen wird der Kalorienwert der täglichen Lebensmittelzuteilung in der 86. Periode folgende Höhe haben: Normalverbraucher 1.014 Kalorien, werdende und stillende Mütter 2.139 Kalorien, Kinder bis zu 3 Jahren 1.041 Kalorien, Kinder von 3 bis 6 Jahren 1.182 Kalorien, Kinder von 6 bis 10 Jahren 1.348 Kalorien, Kinder von 10 bis 18 Jahren 1.448 Kalorien, Schwerarbeiter 1.714 Kalorien, Schwerstarbeiter 2.264 Kalorien und Bergarbeiter unter Tage 2.864 Kalorien.

Die Militärregierung hat in den vergangenen Monaten alles getan, um die Lebensmittellieferungen aufrechtzuerhalten in einer Zone, die landwirtschaftlich ärmer ist als andere Zonen. Keine Maßnahmen könnten indessen erreichen, daß die jetzigen Zuteilungen bis zur nächsten Ernte gesichert wären; selbst die Aufrechterhaltung der gekürzten Rationen setzt die äußersten Anstrengungen aller deutschen Bauern und aller Deutschen auf den anderen Gebieten des Lebens voraus."

Diese einschneidenden Maßnahmen traten mit Beginn der 86. Zuteilungsperiode in Kraft. Der Tageshöchstwert für Erwachsene wurde von 1.550

auf 1.014 Kalorien, also um 536 Kalorien täglich herabgesetzt. Dieser Satz lag weit unter dem Existenzminimum. In Wirklichkeit aber wurde nicht einmal dieser Satz erreicht, da Gemüse mit 10,7 Kalorien, entrahmte Frischmilch mit 28,7 Kalorien seit Wochen fast vollständig ausgefallen waren. Mehllieferung standen seit der 84. Zuteilungsperiode noch aus. Auch der Ersatz von Kartoffeln durch Brot konnte wegen des fehlenden Brotaufstrichs nicht als vollwertig bezeichnet werden. Die neuen Zuteilungssätze gaben daher zu den schwersten Befürchtungen für die Volksgesundheit Anlaß, da bei der Herabsetzung der Widerstandskraft in so hohem Maße die Gefahr von Epidemien drohte.

Speisekartoffeln wurden in der 86. Zuteilungsperiode nur für die Werksküchenverpflegung der Bergschwer- und Bergschwerstarbeiter ausgegeben. Alle anderen Verbrauchergruppen erhielten an Stelle von Speisekartoffeln einen Brotausgleich, und zwar 1.000 g Brot an Stelle von 4.000 g Kartoffeln. Folgende Brotrationen wurden ausgegeben: Verbraucher über 18 Jahre: 3.000 g, 10 bis 18 Jahre: 6.000 g, 6 bis 10 Jahre: 3.500 g, 3 bis 6 Jahre: 1.500 g, 0 bis 3 Jahre: 500 g. In der 86. Zuteilungsperiode wurden außerdem 900 g Fisch, 900 g grüne Heringe, 450 g Marinaden und 2 Salzheringe ausgegeben. Laut Anordnung der Militärregierung mußten die bisher alle Vierteljahre fälligen Bestandsmeldungen für Lebensmittel nunmehr wöchentlich erfolgen.

Die geschilderten Kürzungen bildeten natürlich das Tagesgespräch. Wie die Stimmung in der Bevölkerung war, ging etwa aus folgenden Beschriftungen an Anschlagssäulen hervor: "Suche Hitler, biete Militärregierung", oder: "Herr, schicke uns das 5. Reich, das 4. ist dem 3. gleich". Bei dem vollständigen Ausfall von Kartoffeln und der Kürzung der Nahrungsmittel um 50 % waren die Hausfrauen nicht mehr in der Lage, eine warme Mahlzeit mit auch nur einigem Sättigungswert herzustellen.

Am 2. März waren 20.343 Volksschulkinder und 451 Knaben der Mittelschule eingeschult. Noch nicht eingeschult waren 699 Grundschulkinder im Stadtbezirk Feldmark - Heßler, 1.019 im Stadtteil Horst und 474 Grundschulkinder in den Stadtbezirken Scholven und Hassel. In Horst machte die Hochwasserkatastrophe einen Strich durch die für den 18. Februar vorgesehene Eröffnung der Schulen. In den anderen Stadtbezirken fehlte es an Material für die Dach- eindeckung und die Fensterverglasung. Weite Wege machten die Einschulung in benachbarten Schulen oft unmöglich.

Im Städt. Schlachthof wurden in der Woche vom 24. Februar bis 2. März 86 Rinder, 289 Kälber, 89 Schweine und 4 Schafe geschlachtet. Die für die volle Belieferung fehlenden Fleischmengen wurden durch 5 Tonnen Gefrierfleisch gedeckt.

Sonntag, den 3. März
=====

Das 6. Städt. Sinfoniekonzert fand am Sonntag-Vormittag in der Schauburg Buer mit folgendem Programm statt: Coriolan-Ouvertüre, Violinkonzert (Solist: Anton Schoenmaker) und 7. Sinfonie von Beethoven.

--- --

Montag, den 4. März
=====

Am Aufbau des kulturellen Lebens der Stadt nahm auch die Stadtbücherei, deren Leitung Stadtbibliothekar Schiffers hatte, wieder teil. Die zerstörten Zweigstellen Buer und Bismarck konnten behelfsmäßig im Heimatmuseum in B-uer und in Bismarck, Bismarckstraße 170, neu eingerichtet werden. In Rotthausen, Hilgenboomstraße 14, wurde erstmalig eine Zweigstelle eröffnet. Der Wiederaufbau der vernichteten Hauptbücherei und weiterer Zweigstellen sollte folgen, sobald Räume zur Verfügung standen. Die neu eingerichteten Zweigstellen waren - außer an Samstag-Nachmittagen - täglich von 9 bis 12 und von 15 bis 18 Uhr geöffnet. Der Bücherbestand von rund 50.000 Bänden war auf etwa 8.000 Bände zusammengeschrumpft, und auch diese waren infolge von Band- und Wasserschäden und wegen ihres oft nationalsozialistischen Inhaltes nur noch teilweise einsatzfähig. Sichtung und Reparatur waren noch nicht abgeschlossen; sie wurden in der Josefschule in der Neustadt durchgeführt.

--- --

Der Wohnungsausschuß nahm einen Bericht von Stadtrat Ricken über die Maßnahmen entgegen, die zur Linderung der Not der von der Hochwasserkatastrophe in Horst betroffenen rund 6.300 Personen eingeleitet wurden. Soweit diese sich nicht selbst in Privatquartieren unterbringen konnten, wurden sie vorläufig in Massenquartiere eingewiesen, doch brauchten nicht alle zur Verfügung gestellten Massenquartiere in Anspruch genommen zu werden.

--- --

Der Caritas-Verband nahm in 14 Kirchengemeinden mit einem großen Kreis von Helfern und Helferinnen sein uneigennütziges Werk wieder auf. In zwei Krankenhäusern, mehreren Heimen und 10 Schwesternhäusern steuerte er der leiblichen und seelischen Not. Das Waisenhaus an der Ahstraße, das im Kriege stark zerstört worden war, wurde wiederhergestellt. In 15 Kindergärten wurden rund 1.400 Kinder betreut. Im Bunker am Alten Aloysianum wurde ein Übernachtungsraum für Durchreisende mit zunächst 15 Betten eingerichtet, die rege in Anspruch genommen wurden. Alle Fäden dieser Arbeit im Dekanat Gelsenkirchen liefen im Caritas-Sekretariat, Kirchstraße 7 a, zusammen, von dem aus auch die übergemeindlichen Aufgabenbereiche, wie die Betreuung erholungs-

bedürftiger Mütter und Kinder, verwaltet wurden. Viele und große Aufgaben waren den in jeder Pfarrei tätigen Vinzenz- und Elisabethvereinen zugewiesen.

Mittwoch, den 6. März
=====

Das städt. Schulamt zog von der Zeppelinallee in die Industrieschule an der Dessauerstraße um.

Donnerstag, den 7. März
=====

Da der Stadtteil Horst auch in Zukunft hochwassergefährdet blieb, damit aber auch die Möglichkeit des Ausbruchs von Typhus gegeben war, ordnete der Oberbürgermeister an, das alle Einwohner des Stadtteils Horst vom Beginn des 7. bis zum Ende des 60. Lebensjahres gegen Typhus geimpft wurden. Nur wer sich der dreimaligen Typhusschutzimpfung unterzog, erhielt die Lebensmittelkarten der nächsten Zuteilungsperiode. Die Bewohner der Markenstraße und aller südlich davon gelegenen Straßen wurden im Lokale Krause, Devensstraße 121, geimpft, die Bewohner aller Straßen nördlich der Markenstraße im Agnesstift an der Essener Straße. Um Ansammlungen größerer Menschenmassen zu vermeiden, wurden die Impftermine über eine ganze Woche verteilt.

Das "Theater an der Bochumer Straße" brachte als Erstaufführung Goethes Schauspiel "Iphigenie auf Tauris" heraus. Denneborgs-Künstlerpuppenspiele spielten von der 2. Märzwoche an das Märchenspiel "Jorinde und Joringel".

Freitag, den 8. März
=====

Die feierliche Wiedereröffnung aller Oberschulen für Knaben und Mädchen fand am 8. März statt. Der Unterricht begann wieder am 11. März, und zwar in Alt-Gelsenkirchen in folgenden Gebäuden: für die Schüler des Gymnasiums im Schulgebäude Hammerschmidtstraße 13, für alle sonstigen Oberschüler im Schulgebäude Hochstraße 60, für alle Oberschülerinnen im Schulgebäude Schultestraße 50, im Stadtteil Buer für alle Oberschüler (auch diejenigen aus Horst) im Museum an der Horster Straße und für alle Oberschülerinnen in der Frauenschule an der Urnenfeldstraße. Aus Anlaß der Wiedereröffnung fand in der Mädchenmittelschule ein schlichter Festakt statt. In den Ansprachen, die der Kommandant, Major Robinson, Oberbürgermeister Zimmermann, Oberschul-

rat Dr. Müller als Vertreter des Oberpräsidenten und Studienrat Spengler als Beauftragter der Lehrerschaft hielten, kam die Freude über dieses Ereignis zum Ausdruck, das einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Höheren Schulen Gelsenkirchens einleitete. Oberbürgermeister Zimmermann mußte allerdings in die Freude einen Wermutstropfen schütten, als er darauf hinwies, daß der Unterricht zunächst nur in stark beschränkter Form wieder aufgenommen werden könne, weil von den früher vorhandenen neun Höheren Schulen erst fünf wieder zur Verfügung gestellt und von 103 früheren Lehrkräften erst 38 von der Militärregierung wieder zugelassen seien. Major Robinson gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Jugend in Disziplin und Selbstzucht ihre Pflichten erfüllen werde. Oberschulrat Dr. Müller machte die erfreuliche Mitteilung, daß die Militärregierung sich entschlossen habe, alle Lehrkräfte Höherer Schulen, die sich in englischer Kriegsgefangenschaft befinden, für den Schuldienst freizugeben. Auch Schüler der ehemaligen nationalpolitischen Bildungsanstalten (Adolf-Hitler-Schulen) dürften jetzt wieder aufgenommen werden.

Die Osterferien wurden vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen für alle Schulen wie folgt festgesetzt: Letzter Schultag: Mittwoch, den 17. April, 1. Schultag: Donnerstag, den 25. April.

Samstag, den 9. März

=====

Für gestohlene Lebensmittelkarten wurde jtz kein Ersatz mehr gewährt. Bisher bestand dazu die Möglichkeit, wobei die ersetzten Lebensmittel durch Kürzungen wieder eingespart werden mußten. Bei den jetzt geltenden Rationen war aber keine Möglichkeit zur Kürzung mehr gegeben. Die Bevölkerung wurde daher darauf hingewiesen, die Lebensmittelkarten so aufzubewahren, daß ein Diebstahl unmöglich war. Besondere Vorsicht wurde beim Einkaufen und während der Straßenbahn- oder Eisenbahnfahrten angeraten. Die Geschäfte wurden aufgefordert, besondere Warnplakate anzubringen, in denen das Publikum an die Gefahr von Diebstählen erinnert wurde.

In Gelsenkirchen entwickelte sich in den letzten Monaten ein starker Reiseverkehr. Täglich wurden 6.000 bis 7.000 Fahrkarten verkauft, gegenüber 3.500 Karten in der Vorkriegszeit. Besonders starke Nachfrage bestand nach den Zügen in Richtung Osnabrück und Hannover, die in Gelsenkirchener Umquartierungsgebiete führten. Um den kaum zu bewältigenden Andrang in etwa einzudämmen, wurde der Zulassungskartenzwang eingeführt. Trotzdem aber überstieg die Nachfrage nach Fahrkarten das Fünffache der vorhandenen Zulassungskarten. Von den etwa 250 Zügen, die in der Vor-

kriegszeit den Gelsenkirchener Hauptbahnhof passierten, verkehrte erst wieder ein Drittel. Während früher fünf Fahrkartenschalter zur Verfügung standen, konnten jetzt nur die noch intakt gebliebenen drei Schalter benutzt werden. Der Dienst-D-Zug 312, der von Dortmund über Gelsenkirchen nach Düsseldorf verkehrte, brachte für den Geschäftsverkehr eine wesentliche Erleichterung.

Die im Westfalenkaufhaus seit zwei Jahren bestehende Tauschzentrale wurde jetzt privat weiterbetrieben. Der fast völlige Mangel an neuen Gebrauchsgegenständen ließ das Interesse am Tauschverkehr unentwegt stark sein. Das vielseitigste Tauschobjekt waren zu dieser Zeit Schuhe. Im Monatsdurchschnitt wurden etwa 1.500 Tauschgeschäfte abgeschlossen; als Gebühr dafür wurde ein Betrag in Höhe von 10 % des Wertes der Gegenstände erhoben. Ein weiteres Tauschgeschäft bestand in der Ückendorfer Straße, ein Schuhtauschgeschäft am Bahnhofsvorplatz.

Sonntag, den 10. März

=====

Die Gewerkschaft für das graphische Gewerbe hielt am Sonntag, dem 10. März, ihre Gründungsversammlung im Lokale Brandt am Machensplatz ab. Vorsitzender wurde Ewald Kaiser, Wiehagen 67.

Montag, den 11. März

=====

Die bei der Zeche Consolidation (Schacht 1/6) eingelagerten Kisten aus der sogenannten "Kistenaktion", die nach Feststellung der Vermögensverwaltung der Militärregierung Eigentum enthielten, das unter das Gesetz 52 der Militärregierung fiel, wurden am 11. März unter Mitwirkung eines Beauftragten der Militärregierung abgeholt und einstweilen in der Mädchen-Mittelschule in Verwahr genommen. Im Anschluß daran wurden die Kisten der Belegschaftsmitglieder der Zeche und im weiteren Verlauf die der übrigen Bevölkerungskreise herausgegeben.

Die Baustoffverteilung wurde von der Militärregierung jetzt den deutschen Behörden übertragen. Die geringe Zuteilung von Kohlen zur Produktion von Baustoffen verschlechterte die Lage weiter, so daß die Bevölkerung durch eindringendes Wasser sehr zu leiden hatte.

Im Städt. Schlachthof wurden in der Woche vom 4. bis 11. März 34 Rinder, 321 Kälber, 52 Schweine, 2 Schafe und 2 Pferde geschlachtet. Die trotzdem noch vorhandene Fehlmenge von 49.680 kg Fleisch wurde als Gefrierfleisch ausgegeben, das über Hamburg im Kühlhaus Kalthoff eingelagert worden war.

Dienstag, den 12. März

=====

Um dem Mangel an Papier für den Lebensmittelhandel und den Bürobedarf abzuhelpen, wurden die Kleinverteiler, Behörden und Industriebetriebe gebeten, das anfallende Altpapier der Papierverwertung M. Hüllen, Rotthausener Straße 50, gegen Bezahlung zur Verfügung zu stellen. Die Ablieferer erhielten dann eine Gutschrift in Höhe der halben Menge des abgelieferten Altpapiers, die zum Einkauf von neuem Papier bei einem Gelsenkirchener Papiergroßhändler berechnete.

Die Urteile des Militärgerichts Gelsenkirchen wurden jetzt mit dem vollen Namen des Verurteilten veröffentlicht. So wurden am 12. März sechs namentlich genannte Personen wegen verschiedener Straftaten zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurteilt.

Mittwoch, den 13. März

=====

Die Stadtverwaltung nahm mit der Wasserstraßenverwaltung, der Emschergenossenschaft und der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn Verhandlungen auf und erreichte dabei, daß massive Notbrücken über den Kanal gebaut werden sollten. Als erster Bauabschnitt wurden die Arbeiten an den Brücken im Zuge der Münsterstraße, Sutumer Straße und Eggemannstraße begonnen. Diese Brücken wurden einheitlich in neun Meter Breite mit einer sechs Meter breiten Fahrbahn gebaut, in deren Mitte die Straßenbahn fuhr. Auch die Wiederherstellung der Eisenbahnüberführung in der Sutumer Straße gehörte im Rahmen dieses Bauprogramms zu den vordringlichen Arbeiten.

Der Oberbürgermeister richtete an die Bevölkerung die Aufforderung, die nicht mehr benötigten Luftschutzbetten zur Unterbringung von Ostflüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Da der Provinz Westfalen in größerem Umfange Ostflüchtlinge zugewiesen wurden, stieß die Beschaffung der Einrichtungsgegenstände für diese Flüchtlinge, die ihr gesamtes Hab und Gut verloren hatten, auf große Schwierigkeiten; besonders fehlte es an Betten.

Donnerstag, den 14. März
=====

Auf Anordnung der Militärregierung mußten alle natürlichen oder juristischen Personen, die Werkzeugmaschinen besaßen oder über sie verfügten, in ihrem Betrieb eine Bekanntmachung mit Durchführungsbestimmungen zur Werkzeugmaschinenenerfassung aufhängen, die sie zwischen dem 13. und 15. März vom Wirtschaftsamt erhielten.

Freitag, den 15. März
=====

In nichtöffentlicher Sitzung wählte der Bürgerrat am 15. März den neuen Oberbürgermeister. Es waren zwei Wahlgänge und eine Stichwahl erforderlich. Aus dieser ging das Bürgerratsmitglied Robert Geritzmann (SPD) mit 14 Stimmen gegenüber dem Bürgerratsmitglied Robert Butz (CDU), das nur 10 Stimmen erhielt, als Gewählter hervor. Oberbürgermeister Zimmermann beglückwünschte ihn zu der Wahl und gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß sie sich zum Wohle der Stadt auswirken werde. Zum ersten Stellvertreter des Oberbürgermeisters wählte der Bürgerrat in zwei Wahlgängen und einer Stichwahl, bei der wegen Stimmgleichheit sogar das Los entscheiden mußte, Herrn Berger (KPD), zum zweiten Stellvertreter unter den gleichen Formalitäten Herrn Weiser (Zentrum). Die Aufwandsentschädigung für den Oberbürgermeister wurde auf 450 RM monatlich festgesetzt.

In der gleichen Sitzung wurde auch die neue Stadtverfassung eingeführt und der lt. Erlass des Oberpräsidenten vom 2. Februar (s.S. 25 dieses Bandes) zu bildende Entnazifizierungsbeirat gewählt. Er sollte nach dem Willen der Militärregierung kein parteipolitisch zusammengesetzter Ausschuß sein, sondern ein Gremium, in dem alle Gesellschaftsschichten vertreten waren, und das mit einem Höchstmaß an Wahrheit, Anständigkeit und Unparteilichkeit gewissermaßen als Geschworene urteilen sollte. Unter Berücksichtigung dieser Gesichtspunkte wurden folgende Personen in den Entnazifizierungsbeirat gewählt:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>	
Schmidt, Paul, Direktor der Schalker Eisenhütte	Dr. Bode, Gutehoffnungshütte	Vors.
Komesker, Heinrich Schreinermeister	Siebel, Willi, Friseurmeister	CDU
Kaschke, Karl, Kaufmann	Sandmann, Franz, Kaufmann	CDU
Hassel, Fritz, Hausbesitzer	Stein, Erich, Meister	KPD
Kochmann, Hermann, Angestellter	Hampe, Ernst, Metallarbeiter	KPD
Kassing, Wirt	Pieper, Paul	SPD
Dahlke, Joh., Schreinermeister	Simanek, Fritz	SPD
Bertling, Hermann, Stadtoberinspektor a.D.	Hinz, Eduard, Sozialinspektor a.D.	Zentrum
Sellhorst, Landwirt	Rohmann, Wilh., Bauer	Zentrum

Der Beirat seinerseits sollte die aus je drei Mitgliedern bestehenden Unterausschüsse bilden. Dann wählte der Bürgerrat noch folgende Personen in den Berufungsausschuß:

<u>Mitglieder</u>	<u>Stellvertreter</u>	
Klosak, Rechtsanwalt	Dr. Pohlmann, Rechtsanwalt	Vors.
Keller, Betriebsratsvorsitzender der Stadtverw.	Bohlau, Otto, Rohrschlosser	SPD
Müller, Steiger	Strauß, Walter, Anstreicher	KPD
Tente, Emil, Kaufmann	Hegemann, Heinr., Kaufmann	Ztr.
Vogt, Josef, Handlungsbevollmächtigter	Walter, Heinrich, Ausbildungsleiter	CDU

Der Bürgerrat mußte in seiner Sitzung am 15. März auch über einen Nachtrag zum Polizeihauhalt beraten, weil ein Erlaß des Oberpräsidenten vom 5. Januar angeordnet hatte, daß die Stadt- und Landkreise die persönlichen und sachlichen Kosten der Exekutivpolizei zu tragen hätten. Die dadurch entstehenden Ausgaben betragen für Gelsenkirchen nach Mitteilung von Bürgermeister Hamann 3 651 500 RM. Der Bürgerrat beschloß folgende Neufassung des § 1 der Haushaltssatzung:

"Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1946 wird im ordentlichen Haushalt in der Einnahme auf 60 486 000 RM,
in der Ausgabe auf 60 486 000 RM
festgesetzt. In der Einnahme sind 36 924 400 RM enthalten, die aus einem neuen Finanz- und Lastenausgleich erwartet werden."

-.-.-

Der Oberbürgermeister rief zur Neugründung von Ortsvereinen für Deutsche Jugendherbergen und Jugendwandern in Alt-Gelsenkirchen und Gelsenkirchen-Buer auf. Das Jugendwandern solle sich wieder zu einer allgemeinen Volkssache entwickeln und mit seinen gesundheitlichen, heimatverbindenden und den Gemeinschaftssinn fördernden Werten zum Wiederaufbau nach Kräften beitragen.

-.-.-

Die E.S.-Scheine für Kraftfahrzeuge liefen am 31. März ab. Vom 1. April an durften nur noch solche Kraftfahrzeuge verkehren, die im Besitz von Benutzungsbescheinigungen waren. Das städtische Straßenverkehrsamt vermittelte die Ausgabe dieser Bescheinigungen durch die Militärregierung.

Für Fahrten von Personenkraftwagen über 80 km oder an Samstagen nach 18 Uhr und an Sonntagen mußte eine Ausnahmebescheinigung beantragt werden. Die Anträge waren beim Straßenverkehrsamt einzureichen und wurden durch die Militärregierung in Münster genehmigt. Mit dem Fahrtenbuch mußte auch eine Empfehlung des für den Gewerbebezweig des Antragstellers zuständigen Offiziers der Militärregierung eingereicht werden. Anträge auf Dauergenehmigung wurden nur in besonders dringenden Ausnahmefällen genehmigt. Nach Ablauf ihrer Gültigkeit mußten sie dem Straßenverkehrsamt zurückgegeben werden. Wer noch drei Tage nach Ablauf der Gültigkeit im Besitz eines solchen Ausweises war, wurde bestraft.

-.-.-

Samstag, den 16. März

=====
In der Woche vom 9. - 16. März nahmen die schweren Diebstähle und Einbrüche nach längerer Zeit wieder wesentlich zu. 89 Einbruchsdiebstähle gelangten zur Kenntnis der Polizei. Dabei fielen den Einbrechern Kleinvieh, Lebensmittel, Wäsche und Bekleidungsstücke, Wertgegenstände, Radiogeräte und Geldbeträge in die Hand. Durch einen schweren Bandeneinbruchsdiebstahl wurde ein Lebensmittelgeschäft ausgeplündert. Eine andere Bande erbrach einen Kühlwagen der Reichsbahn und stahl 30 Zentner Gefrierfleisch; 19 zu dieser Bande gehörende Personen wurden festgenommen. - Ein Beamter der Stadtverwaltung wurde gegen 22 Uhr an der Ecke Hölscher- und Breddestraße von zwei Personen in schottischer Uniform überfallen und ihm die Uhr entwendet. - Gegen zwei Uhr nachts drangen drei maskierte Männer nach Auskiten einer Fensterscheibe in eine Wohnung im Hause Dürerstraße 9 ein. Mit vorgehaltener Pistole wurden gestohlen: eine Geldkassette mit Inhalt, eine Briefftasche mit 2.000 RM, eine goldene Herrenuhr, und der gesamte Schmuck. - Ebenfalls nachts überfiel eine bewaffnete Bande von Polen das Anwesen Gossmann in Buer-Resse und plünderte es aus. Neben Kleidung und Schmuck wurden auch zwei Schweine gestohlen. Die Hausbewohner wurden in die Keller getrieben und bis zur Beendigung der Plünderung bewacht.

-.-.-

Im städtischen Schlachthof wurden in der Woche vom 9. - 16. März geschlachtet: 114 Rinder, 406 Kälber und 68 Schweine. Über den Fleischgroßmarkt wurden außerdem verteilt: 33 770 kg Rindergefrierfleisch und 70 500 kg Schweinegefrierfleisch. Ferner wurden 10 600 kg Freibankfleisch in Dosen ausgegeben, in denen auch Pferdefleisch enthalten war.

-.-.-

Die Bahnhofstraße wurde aus verkehrspolizeilichen Gründen für den Durchgangsverkehr für alle Fahrzeuge in der Zeit von 8 bis 20 Uhr gesperrt und als Einbahnstraße aufgehoben.

-.-.-

Der Gelsenkirchener Pianist Walter Dignas gab im alten Aloysianum ein zweites Klavierkonzert mit Werken von Schumann und Chopin.

-.-.-

Sonntag, den 17. März

=====
Die Vestische Musikschule in Buer veranstaltete in der Schauburg Buer ein Kammerorchester-Konzert. Solisten waren Gerda Keller-Müllmerstaedt (Violine) aus Köln und Eusebius Kayser (Cello), Buer; Dirigent war Dr. Karl-Otto Schauerte.

-.-.-

Die Kunst- und Buchhandlung Dr. Fränzi Wegener zeigte eine kleine, aber geschmackvoll zusammengestellte Ausstellung von Aquarellen des Gelsenkirchener Journalisten und Malers Dr. Wilhelm Brepohl.

-.-.-

Montag, den 18. März
=====

Für die Erträgnisse der Kleidersammlung wurde eine Ausgabestelle bei der Firma Sinn, Bahnhofstraße, eingerichtet. Manchem Bedürftigen konnte aus seiner dringendsten Not geholfen werden. Die Kartenstellen gaben dafür Bezugsscheine gegen eine Bescheinigung folgender Organisationen aus: Hilfsausschuß für heimkehrende entlassene Kriegsgefangene, Komitee der politisch Verfolgten und Flüchtlingsamt. Private Anträge - ausgenommen von Juden - wurden nicht berücksichtigt.

Die Meldepflicht wurde auf Anordnung der Militärregierung auf ausnahmslos alle Männer im Alter von 14 bis 65 Jahren und alle Frauen im Alter von 15 bis 50 Jahren erweitert, so daß sich nunmehr auch die bisher nicht meldepflichtigen Personen wie Ärzte, Zahnärzte, Tierärzte, Geistliche, Studenten, Schüler, die ohne Arbeit waren, Diakonissen und Angehörige geistlicher Genossenschaften melden mußten.

Für den Wiederaufbau und die Instandsetzung von Wohnungen waren an erster Stelle Kalk, Zement und Gips erforderlich. Diese Stoffe waren zwar in beschränktem Umfang vorhanden, konnten aber wegen der wachsenden Schwierigkeiten in der Beschaffung von Papiersäcken nicht versandt werden. Der Oberbürgermeister rief deshalb dazu auf, alle leeren Kalk- und Zementsäcke an den Baustoffhändler wieder abzuliefern. Zement und Kalk konnte von den Händlern und aus dem Auslieferungslager in absehbarer Zeit nur lose abgegeben werden; die Bezugsberechtigten mußten leere Gefäße mitbringen. Da aber bei der Lagerung und dem Transport von losem Kalk und Zement ein außergewöhnlich hoher Verlust entstand, der bei der Knappheit der Baustoffe auf die Dauer nicht tragbar war, war der Appell verständlich, alle leeren Kalk- und Zementsäcke, auch halbe und zerrissene, zurückzugeben.

Das Militärgericht verhängte folgende Strafen: In einem Falle wegen unbefugten Besitzes von alliierterem Eigentum vier Monate Gefängnis, in einem Falle wegen achtungswidrigen Verhaltens gegenüber den alliierten Streitkräften eine Geldstrafe von 1.700,-- RM.

Dienstag, den 19. März
=====

Das Sekretariat der Arbeiterwohlfahrt wurde in seinem alten Heim in Margaretenhof wieder eröffnet. Da das Haus schwer beschädigt war, stand zunächst nur ein Raum zur Verfügung.

Das 5. Kammerorchesterkonzert des Städt. Orchesters fand unter der Leitung von Richard Heime im Alten Aloysianum statt. Auf dem Programm standen Werke von Wolf-Ferrari, Debussy, Rossini und Mozart; Solistin war Dina von Ryk (Harfe).

Mittwoch, den 20. März

=====

Am 20. März erschien die erste Ausgabe der "Westfälischen Rundschau" mit dem Untertitel "Nachrichten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Sport". Sie wurde in Dortmund, Bremer Straße 16, gedruckt und hatte zahlreiche Kopfausgaben, unter ihnen auch eine für Gelsenkirchen. Lizenzträger waren: Fritz Henssler, Paul Sattler und Heinrich Sträter; Hauptschriftleiter war Walter Poller. Die Gesamtauflage betrug 264.000 Exemplare. Die Zeitung stand der SPD nahe und erschien jeden Mittwoch und Samstag.

Gefälschte Lebensmittelkarten tauchten in Gelsenkirchen auf. Verbraucher und Kleinverteiler wurden vor der Annahme der Karten gewarnt. Sie waren dadurch zu erkennen, daß sie nicht auf Papier mit Wasserzeichen gedruckt waren. Dieses trat bei den echten Karten deutlich hervor, wenn man sie gegen das Licht hielt. Da an den gefälschten Karten der Stammabschnitt fehlte, durften die Kleinverteiler von jetzt an nur dann Waren auf Lebensmittelkarten a-bgeben, wenn die ganze Karte vorgelegt wurde.

Der Gelsenkirchener Volkschor, der vor dem Hitler-Regime im Musikleben der Stadt eine geachtete Stellung eingenommen hatte, tat nach seiner vor einigen Monaten vollzogenen Neugründung (s.S. 133 des Chronikbandes 1945) jetzt seine erste Schritte in die Öffentlichkeit. Er gab in der Ev. Kirche in Rotthausen unter der Leitung seines früheren Dirigenten Musikdirektor Hermann Esser ein Konzert mit Telemanns "Tageszeiten" sowie Mozarts "Ave verum" und "Exultate, jubilate". Mitwirkende waren Helscha Ingnaschak (Sopran), Eugen Klein (Barriton), Siegfried Reda (Orgel) und das Städt. Orchester Gelsenkirchen. - Auch der Buersche Volkschor nahm nach zwölfjährigem Schweigen seine Arbeit wieder auf.

Der "Westdeutsche Künstlerdienst" vermittelte die Bekanntschaft mit dem jugoslawischen Sänger Milorad Jowanowitsch (Bassbariton), der Lieder in deutscher, französischer, italienischer und serbischer Sprache sang. In die Begleitung teilten sich Karl Riebe (Klavier), Johannes de Klein (Violine) und Karl Voss (Cello).

Donnerstag, den 21. März
=====

Am 21. März brachte das "Theater an der Bochumer Straße" als Erstaufführung Georg Kaisers "Oktobertag" heraus; die Regie hatte Alfred Terluch.

--- --

Freitag, den 22. März
=====

Alle Eigentümer und Fahrer von Motorfahrzeugen mußten ein Fahrtenbuch führen, in das täglich alle Fahrten und der Brennstoffverbrauch einzutragen waren. Von Zeit zu Zeit mußten die Bücher den Fahrbereitschaften zur Kontrolle vorgelegt werden.

--- --

In der Einschränkung des Verbrauchs von Haushaltsgas wurde eine Klärung dahingehend herbeigeführt, daß jedem Haushalt nunmehr 15 cbm Gas im Monat zustanden. Auf der für jeden Haushalt ausgestellten Haushaltskarte mußte die zulässige Gasmenge verzeichnet sein.

--- --

Samstag, den 23. März
=====

Die Zuteilung von 500 g Gemüse je Person wurde bei der kritischen Ernährungslage von der Bevölkerung dankbar begrüßt. Auf dem Gelsenkirchener Großmarkt wurden für dessen Bereich (Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck, Wanne und Wattenscheid) im ganzen 386 Tonnen Gemüse angeliefert; erwartet wurden allerdings 1.140 Tonnen. Die Hoffnungen auf Mehlanlieferungen zur Abdeckung des rückständigen Haushaltsmehls aus der 84. und 85. Zuteilungsperiode erfüllten sich leider nicht. Der Bedarf an Zucker konnte nur zu einem Viertel gedeckt werden. In den Lebensmittelgeschäften wurden in großem Umfange Vorgriffe auf Brot gemacht.

--- --

In der Woche vom 17. bis 23. März wurden im Städt. Schlachthof geschlachtet: 76 Rinder, 571 Kälber, 146 Schweine, 1 Schaf und 1 Pferd. Die Instandsetzungsarbeiten, die während der Schlechtwetterperiode ausgesetzt worden waren, sollten jetzt wieder aufgenommen werden. Es stellte sich jedoch heraus, daß die Arbeiter kein großes Interesse daran hatten, im Schlachthof zu arbeiten, nachdem sie in der Zwischenzeit an privaten Stellen gearbeitet hatten. Als Grund für diese Haltung vermutete man mit Recht, daß sie dort zusätzliche Zuwendungen an Lebensmitteln oder sonstigen Begehrenswerten Gegenständen erhalten hatten, wozu die Behörde nicht in der Lage war. Auch die Kürzung der Lebensmittelrationen und der Mangel an fester Bekleidung und Schuhwerk machte sich ungünstig bemerkbar.

--- --

Die Bandentätigkeit war auch in der Woche vom 17. bis 23. März noch rege. 51 Diebstähle wurden der Polizei gemeldet. Den Einbrechern fielen dabei Kleinvieh, Lebensmittel, Kleidungsstücke, Schuhe, Leder, Fahrräder, Elektromotore, Handkarren und Radiogeräte in die Hand. 14 Personen wurden wegen Diebstahls festgenommen.

--- --

Sonntag, den 24. März
=====

Der St. Urbanus-Kirchenchor in Gelsenkirchen-Buer führte unter der Leitung von Alfred Berghorn am 24. März in der Schauburg Buer Bruckners Messe in E-Moll auf. Mitwirkende waren die Bläser des Bottroper Städt. Orchesters.

--- --

Montag, den 25. März
=====

In der vierten Woche der 86. Zuteilungsperiode (25. bis 3. März) erhielten Kinder bis zu sechs Jahren vier Tabletten Vitamin C. - Diabetiker konnten gegen Vorlage einer Genehmigung der ärztlichen Genehmigungsstelle vier Dosen Gemüsekonserven beziehen. Folgende Tabakwaren wurden für die ganze 86. Periode zugeteilt: Auf die Männ-er-Raucherkarte 40 Zigaretten oder 24 Zigarillos oder 12 Zigarren oder 50 g Tabak oder 1 Rolle Kautabak, auf die Frauen-Raucherkarte 20 Zigaretten.

Vom 25. März an wurde die erweiterte Schulspeisung "M" eingeführt; die Kinder mußten Geschirr für einen halben Liter Flüssigkeit mitbringen. - Bei der Ausgabe der Karten für die 87. Zuteilungsperiode wurde eine neue Altersgruppe für Säuglinge bis einschließlich ein Jahr eingeführt.

--- --

Dienstag, den 26. März
=====

Für Hausbrandzwecke erhielt die Stadt für den Monat März eine größere Menge Schlammkohlen zugeteilt, die aber wegen technischer Schwierigkeiten nur zu einem geringen Teile abgenommen werden konnten. Da das Kontingent an Feinkohle sehr niedrig bemessen war, sollten damit in erster Linie Kinderreiche, Schwerkriegsbeschädigte, Kranke und Flüchtlinge beliefert werden.

--- --

Das "Theater an der Bochumer Straße" veranstaltete am 26. März seinen ersten Tanzabend unter dem Motto "Getanzte Gedichte". Unter der Leitung von Tancred Friederichs und Lilo Patzig wirkten erstmalig auch Schüler und Schülerinnen der seit Anfang 1946 bestehenden Ballett- und Bühnentanzschule des Theaters mit.

--- --

Mittwoch, den 27. März
=====

Über die Trümmerbeseitigung erließ der Oberbürgermeister folgende Bekanntmachung:

"Mit der Trümmerbeseitigung und Trümmerverwertung im Ortsteil Alt-Gelsenkirchen wird am 1. April begonnen. Die Trümmermassen werden entschädigungslos zu Gunsten der Stadt enteignet. Der Enteignung unterliegen:

1. alle losen, nicht mehr mit den Hausruinen verbundenen Schutt-, Trümmer- und Müllmassen;
2. alle nicht mehr in ihrem ursprünglichen Zustand mit den Hausruinen verbundenen Bauteile;
3. alle Bauteile, die nicht mehr standfest sind.

Ausgenommen von der Enteignung sind Haushaltsgegenstände und persönliche Wertgegenstände.

Die Beseitigung der Trümmer erfolgt bis zu den Kellersohlen und auf den Grundstücken insoweit, als sie sich in zusammenhängenden Massen vorfinden. Eine Belastung der Hausbesitzer wird voraussichtlich nicht erfolgen.

Nach der auf Erfahrungen begründeten Auffassung überörtlicher Behörden wird die Trümmerbeseitigung etwa das Acht- bis Zehnfache der Kosten erfordern, die für die Wiederbeschaffung der Baustoffe aufgewendet werden müßten, so daß die Trümmerbeseitigung gegen Abtretung der Trümmermassen für die Hausbesitzer von Vorteil ist. Bei dem Ankauf der aufbereiteten Baustoffe wird den Hausbesitzern bei der Ausführung behördlich genehmigter örtlicher Bauvorhaben ein Vorzugsrecht eingeräumt.

Innerhalb einer Woche vom Tage dieser Veröffentlichung an kann jeder Hausbesitzer über die Baustoffe auf seinem Grundstück frei verfügen. Er ist aber verpflichtet, die Baustoffe, über die er verfügen will, innerhalb der gestellten Frist auszusortieren und sie auf dem Grundstück so zu lagern und aufzustapeln, daß die Aufräumungsarbeiten nicht behindert werden.

Nach Ablauf der Frist von einer Woche ist das Sortieren und Entfernen von Bautrümmern, überhaupt jegliches Arbeiten auf den Trümmerstätten ohne Zustimmung des mit der Trümmerbeseitigung beauftragten Städt. Straßenbauamtes, verboten".

-.-.-

Mit dem 27. März trat in Gelsenkirchen die Berufsschulpflicht wieder in Kraft. Jeder Schüler erhielt eine besondere Aufforderung, aus der alles weitere zu entnehmen war.

-.-.-

Im Laufe der Woche begann die Schulspeisung für die 6 bis 14 Jahre alten Schüler. Die notwendigen Lebensmittel stellte das englische Rote Kreuz zur Verfügung. Durch Vermittlung der Militärregierung erhielten ferner 5.000 Gelsenkirchener Kinder sog. "Pazifik-Pakete" mit hochwertigen Lebensmitteln über die Wohlfahrtsverbände.

-.-.-

Ein Bild von dem Umfang der Mengen, die für die Lebensmittelversorgung Groß-Gelsenkirchens notwendig waren, gaben die Zahlen der in der Woche vom 17. bis 24. März verteilten Lebensmittel. Die Zuteilung an Fleisch betrug 41,3 Tonnen, an Fisch 238,5 Tonnen, an Brotgetreide 333,6 Tonnen, an Mehl 224,8 Tonnen, an Butter und Margarine 38 Tonnen, an Gemüse 151 Tonnen, an entrahmter Frischmilch 243.000 l, an Kartoffeln 39 Tonnen, insgesamt 1.300 Tonnen. 53.100 Personen in Gelsenkirchen erhielten eine Lebensmittelzulage. Die Vorräte an Brotgetreide und Mehl reichten jeweils nur für 10 Tage. Große Sorge bereitete den zuständigen Stellen das überhandnehmen der Lebensmittel Diebstähle während des Bahntransports. In den letzten vier Monaten mußten rund 30 Tonnen Lebensmittel auf die Verlustliste gesetzt werden. Bei 99 Polizeikräften für das gesamte Stadtgebiet war es sehr schwierig, in der Bekämpfung dieser Diebstähle durchgreifende Erfolge zu erzielen.

Die Städt. Berufsfeuerwehr übernahm vom 27. März an das gesamte Krankentransportwesen im Stadtgebiet.

Donnerstag, den 28. März
=====

Für das Rechnungsjahr 1945 wurde eine Nachtragshaushaltssatzung erlassen, die auch die Genehmigungen des Regierungspräsidenten erhielt. Der ordentliche Nachtragshaushaltsplan wurde in Einnahme und Ausgabe auf 49.726,800,-- RM (gegenüber 49.685.200,-- RM im ordentlichen Haushaltsplan) festgesetzt. In der Einnahme waren 5.801.900,-- RM enthalten, deren Deckung aus einem verbesserten Finanz- und Lastenausgleich erwartet wurde. Der außerordentliche Haushaltsplan wurde aufgehoben. Die Steuersätze für das Rechnungsjahr 1945 wurden auf Grund des Erlasses des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 26. November 1945 und des Beschlusses des Bürgerrates vom 30. Januar 1946 mit Wirkung vom 1. Januar 1945 wie folgt geändert: Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 250 % (20 % mehr wie die ursprüngliche Festsetzung); die Lohnsummensteuer erfuhr keine Änderung.

Die Postleitgebiete 21 und 22 wurden auf Anordnung der Militärregierung aufgeteilt, so daß es künftig die Postleitzahlen 21a, 21b, 22a und 22b gab. Gelsenkirchen gehörte mit dem Reichspostdirektionsbezirk Münster künftig zum Postleitgebiet 21a, während der Reichspostdirektionsbezirk Dortmund Postleitgebiet 21b wurde. Die Reichspostdirektionsbezirke Köln und Düsseldorf wurden Postleitgebiet 22a, der Reichspostdirektionsbezirk Koblenz wurde Postleitgebiet 22b.

Ein Bild von dem Umfang der Mengen, die für die Lebensmittelversorgung Groß-Gelsenkirchens notwendig waren, gaben die Zahlen der in der Woche vom 17. bis 24. März verteilten Lebensmittel. Die Zuteilung an Fleisch betrug 41,3 Tonnen, an Fisch 238,5 Tonnen, an Brotgetreide 333,6 Tonnen, an Mehl 224,8 Tonnen, an Butter und Margarine 38 Tonnen, an Gemüse 151 Tonnen, an entrahmter Frischmilch 243.000 l, an Kartoffeln 39 Tonnen, insgesamt 1.300 Tonnen. 53.100 Personen in Gelsenkirchen erhielten eine Lebensmittelzulage. Die Vorräte an Brotgetreide und Mehl reichten jeweils nur für 10 Tage. Große Sorge bereitete den zuständigen Stellen das überhandnehmen der Lebensmittel Diebstähle während des Bahntransports. In den letzten vier Monaten mußten rund 30 Tonnen Lebensmittel auf die Verlustliste gesetzt werden. Bei 99 Polizeikräften für das gesamte Stadtgebiet war es sehr schwierig, in der Bekämpfung dieser Diebstähle durchgreifende Erfolge zu erzielen.

Die Städt. Berufsfeuerwehr übernahm vom 27. März an das gesamte Krankentransportwesen im Stadtgebiet.

Donnerstag, den 28. März
=====

Für das Rechnungsjahr 1945 wurde eine Nachtragshaushaltssatzung erlassen, die auch die Genehmigungen des Regierungspräsidenten erhielt. Der ordentliche Nachtragshaushaltsplan wurde in Einnahme und Ausgabe auf 49.726,800,-- RM (gegenüber 49.685.200,-- RM im ordentlichen Haushaltsplan) festgesetzt. In der Einnahme waren 5.801.900,-- RM enthalten, deren Deckung aus einem verbesserten Finanz- und Lastenausgleich erwartet wurde. Der außerordentliche Haushaltsplan wurde aufgehoben.

Die Steuersätze für das Rechnungsjahr 1945 wurden auf Grund des Erlasses des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 26. November 1945 und des Beschlusses des Bürgerrates vom 30. Januar 1946 mit Wirkung vom 1. Januar 1945 wie folgt geändert: Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital 250 % (20 % mehr wie die ursprüngliche Festsetzung); die Lohnsummensteuer erfuhr keine Änderung.

Die Postleitgebiete 21 und 22 wurden auf Anordnung der Militärregierung aufgeteilt, so daß es künftig die Postleitzahlen 21a, 21b, 22a und 22b gab. Gelsenkirchen gehörte mit dem Reichspostdirektionsbezirk Minster künftig zum Postleitgebiet 21a, während der Reichspostdirektionsbezirk Dortmund Postleitgebiet 21b wurde. Die Reichspostdirektionsbezirke Köln und Düsseldorf wurden Postleitgebiet 22a, der Reichspostdirektionsbezirk Koblenz wurde Postleitgebiet 22b.

Die Krätzeerkrankungen in Gelsenkirchen nahmen erheblich zu. Die bisherigen Behandlungsmittel befriedigten nicht immer; daher wurde ein neues Mittel aus Holland begrüßt, das schon nach ein- bis zweimaliger Einreibung sichere Erfolge verbürgte. Das Städt. Gesundheitsamt richtete in folgenden Krankenhäusern Behandlungsstellen ein: Marienhospital Gelsenkirchen, Altersheim Rotthausen, Marienhospital Buer und St. Hedwigskrankenhaus Resse. Die Behandlung mit dem neuen Mittel, das im freien Handel noch nicht erhältlich war, war kostenlos.

Freitag, den 29. März

=====

Die frühere Linie 3 der Bochum Gelsenkirchener Straßenbahn verkehrte vom 29. März an wieder vom Hauptbahnhof bis Uckendorfer Platz, so daß jetzt zusammen mit der Linie 24 eine durchgehende Straßenbahnverbindung von der Kanalbrücke Heßler bis zum Uckendorfer Platz bestand.

Um den ständig steigenden Bedarf an Erzeugnissen aus der Knochenverwertung zu befriedigen, setzte der Oberpräsident der Provinz Westfalen für die Ablieferung von 5kg Knochen ein Stück Kernseife als Prämie aus.

Samstag, den 30. März

=====

Die Verordnung Nr. 16 der Militärregierung über das Wohnungswechselverbot wurde in neuer Fassung bekannt gegeben. Danach galt als verbotener Wohnungswechsel, wenn jemand für mehr als drei aufeinander folgende Nächte aus seiner Wohnung fern blieb (Ausnahme: Krankenhausaufenthalt). Strafbar war nicht nur, wer sich ohne Genehmigung außerhalb seiner Wohnung aufhielt, sondern auch derjenige, der ihn als Mieter, Gast oder Besucher für mehr als drei Nächte hintereinander aufnahm. Genehmigungen eines Wohnungswechsels erfolgten durch das Wohnungsamt. Mit Kontrollen der Wohnungen nach der an jeder Haustür auszuhängenden Bewohnerliste mußte gerechnet werden.

Die Militärregierung genehmigte im britischen Kontrollgebiet die Gründung von Produktions- und Konsumgenossenschaften unter folgenden Bedingungen:

1. Die Mitgliedschaft ist freiwillig und steht jedem ohne Unterschied der Rasse und Religion offen.
2. Jedes Mitglied einer Konsumgenossenschaft verfügt nur über eine Stimme.
3. Die Bestimmungen über die Mitgliedschaft dürfen keinerlei Bedingungen an die politischen und religiösen Anschauungen der Mitglieder knüpfen.

4. Gewinne sind unter den Mitgliedern im Verhältnis zu ihren Einkäufen zu verteilen.
5. Im Gegensatz zu den Rückvergütungen auf Einkäufe sind die Zinszusätze für Mitgliedereinlagen zu beschränken.
6. Das Verhältnis von genossenschaftlichen Großeinkaufsgesellschaften zu Konsumgenossenschaften hat sich im Rahmen der normalen Genossenschaftsgrundsätze zu halten.
7. Kein gewesener aktiver Nationalsozialist darf eine amtliche Stellung in irgendeiner Genossenschaft inne haben.
8. Vorbehaltlich des Abschnittes 3 ist den Genossenschaften erlaubt, ihre Mitglieder in genossenschaftlichen Grundsätzen auszubilden und ihnen zu diesem Zwecke Möglichkeiten zu Ihrer Ausbildung zu gewähren.

Dr. Gaston Dejmek, der vor 1933 bei der Stadtverwaltung Gelsenkirchen als Musikreferent tätig war, begann in der Vestischen Musikschule Buer eine Vortragsreihe "Ethos und Eros in der deutschen Oper". Sie war als Einführung in eine Übersicht über die Geistesströmungen des 17. und 18. Jahrhunderts gedacht.

Um den Einbruchsdiebstählen und Raubüberfällen schlagkräftiger als bisher begegnen zu können, richtete die Polizei in Alt-Gelsenkirchen und in Gelsenkirchen-Buer je ein Überfallkommando der Ordnungspolizei ein.

Dem Städt. Fürsorgeamt wurde Ende Januar das Flüchtlingsamt angegliedert. Es hatte bereits 5.000 Ostflüchtlinge zu betreuen. Täglich mußte mit 40 bis 50 neuen Flüchtlingen gerechnet werden, für die eine Unterkunft und Arbeitsmöglichkeit geschaffen werden mußte, wobei das Arbeitsamt sich vermittelnd einschaltete. Wer sich in der Landwirtschaft betätigen wollte, fand Aufnahme im Kreise Beckum, wohin täglich 20 bis 30 Flüchtlinge, in der Hauptsache Frauen und Kinder, fahren. Das Flüchtlingsamt legte auch eine Suchkartei an; sie wurde eifrig in Anspruch genommen, um über gesuchte Flüchtlinge Auskunft zu geben. Auch die freien Wohlfahrtsverbände schalteten sich in die Betreuungsarbeit ein; ein Flüchtlingsausschuß sorgte für eine reibungslose Zusammenarbeit.

In der Nähe des Forsthauses in Erle fanden Jungen in einem ehemaligen Unterstand liegendebliebene Panzerabwehrmunition. Statt die Polizei davon zu verständigen, spielten sie damit, wobei eine der Panzerabwehrwaffen explodierte. Dabei wurden drei Jungen im Alter von sieben Jahren getötet, ein vierter Junge schwer verletzt.

Sonntag, den 31. März

Städt. Medizinaldirektor Dr. Huebner, der erste kommissarische Oberbürgermeister der Stadt nach dem Zusammenbruch, trat am 31. März in den Ruhestand.

--

Das 6. Sinfoniekonzert des Städt. Orchesters, das in der Schauburg Buer stattfand, wurde am Sonntag, dem 31. März, in der Aula der Mädchen-Mittelschule wiederholt.

Programm und Solist blieben unverändert. Damit wurde die Aula der Schule nach gründlicher Instandsetzung als Städt. Konzertsaal offiziell ihrer Bestimmung zugeführt.

--

Vom Sonntag, dem 31. März an, durften die Inhaber von Teilmonatskarten die Eisenbahnwagen für Zeitkarteninhaber nicht mehr benutzen; sie mußten außerdem zur Fahrt in zulassungskartenpflichtigen Zügen eine Zulassungskarte lösen.

Grund für diese Maßnahme der Reichsbahn war der zunehmende Mißbrauch von Teilmonatskarten durch Hamsterer und Schwarzhändler, die die Erleichterungen, die mit der Teilmonatskarte für den Berufsverkehr verbunden seien sollte, für ihre Zwecke ausnutzten.

--

In Folge der Neuordnung der gesamten Bauwirtschaft durch die Mißbrauchsbekämpfung des englisch besetzten Gebietes wurde auch in Deutschland ein Bauleitungsamt eingerichtet, das die Aufgaben des bisherigen Bauwirtschaftsamt übernahm. Es hatte auch die Neuordnung des bauwirtschaftlichen Streitlösungsverfahrens zu beauf-

tragen dürfen im II. Bauprogramm nur Bauarbeiten an Gebäuden des I. Beschädigungsgrades (bis 15 %) und des II. Beschädigungsgrades (16 bis 40 %) ausgeführt werden. Der Gang des Genehmigungsverfahrens richtete sich nach der Höhe der Baukosten. Für Arbeiten von 200 bis 1.000,-- RM wurde der Stadt ein Bauvolumen in Höhe von 200 000,-- RM zur Verfügung gestellt. Einzelanträge über 10 000,-- RM bis 100 000,-- RM mußten dem Bezirksbauaufsichtungsamt Ruhr vorgelegt werden, solche über 100 000,-- RM dem Provinzialbauaufsichtungsamt. Das Verfahren im einzelnen wurde durch eine kaufmännische Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen über die bauwirtschaftliche Genehmigung, die Überwachung von Bauarbeiten und die Bauaufsichtsbildung geregelt.

Am 1. April waren bei der Stadtverwaltung (ausschließlich Polizei und Lehrkräfte) 471 Beamte, 667 Angestellte, 552 Aushilfsangestellte und 1.157 Arbeiter beschäftigt, im ganzen also 2.847 Dienstkräfte.

Das betrugte bei den Beamten nur einen Bestand von 51 % des Standes vom 1. April 1930, bei den Angestellten und Aushilfsangestellten dagegen eine Zunahme von 164 %.

Montag, den 1. April

Die Militärregierung setzte mit Wirkung vom 1. April eine revidierte deutsche Gemeindeordnung in Kraft.

Die deutsche Gemeindeordnung von 1935 war auf den Grundsätzen des Nationalsozialismus aufgebaut und daher mit der Politik der Demokratisierung und Dezentralisierung der Militärregierung unvereinbar. Die revidierte Gemeindeordnung sollte die Übergangszeit der ernannten Gemeinderäte überbrücken und lediglich eine Zwischenlösung darstellen. Sie brachte indessen grundlegende Neuerungen für den Aufbau der Stadtverwaltung. Die wichtigste war die Trennung der Legislative und Exekutive. Nach dem Vorbilde des englischen Gemeinderechts bestimmte nunmehr die Gemeindevertretung den Ablauf des Verwaltungsgeschehens; nur die Durchführung der Beschlüsse war Sache des Hauptgemeinbeamteten. In dem bis dahin geltenden deutschen Gemeinderechts war der leitende Verwaltungsbeamte gleichzeitig auch Vorsitzender des Stadtparlaments gewesen.

Mit dem gleichen Tage trat auch die Loslösung der "Verwaltungspolizei" von der Exekutivpolizei und ihre Eingliederung in die städt. Verwaltung in Kraft. Dabei wurde gemäß einer Anordnung der Militärregierung das Wort "Polizei" allgemein durch "Schutz" ersetzt. Die betreffenden Aufgaben wurden jetzt vom Gewerbeschutzamt, der Preisbehörde, dem Ordnungsamt, dem Straßenverkehrsamt, dem Einwohnermeldeamt und dem Ermittlungsamt wahrgenommen.

-. -

Im Zuge der Neuordnung der gesamten Bauwirtschaft durch die Militärregierung des englisch besetzten Gebietes wurde auch in Gelsenkirchen ein Baulenkungsamt eingerichtet, das die Aufgaben des früheren Bauwirtschaftsamtes übernahm. Es hatte auch die Neuregelung des bauwirtschaftlichen Genehmigungsverfahrens zu bearbeiten.

Nunmehr durften im II. Bauprogramm nur Bauarbeiten an Gebäuden des I. Beschädigungsgrades (bis 15 %) und des II. Beschädigtengrades (16 bis 40 %) ausgeführt werden. Der Gang des Genehmigungsverfahrens richtete sich nach der Höhe der Baukosten. Für Arbeiten von 200 bis 10 000,-- RM wurde der Stadt ein Bauvolumen in Höhe von 200 000,-- RM zur Verfügung gestellt. Einzelanträge über 10 000,-- RM bis 100 000,-- RM mußten dem Bezirksbaulenkungsamt Ruhr vorgelegt werden, solche über 100 000,-- RM dem Provinzialbaulenkungsamt. Das Verfahren im einzelnen wurde durch eine umfangreiche Anordnung des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen über die bauwirtschaftliche Genehmigung, die Überwachung von Bauarbeiten und die Baustoffbeschaffung geregelt.

-. -

Am 1. April waren bei der Stadtverwaltung (ausschließlich Polizei und Lehrkräfte) 473 Beamte, 662 Angestellte, 552 Aushilfsangestellte und 1 157 Arbeiter beschäftigt, im ganzen also 2 844 Dienstkräfte.

Das bedeutete bei den Beamten nur einen Bestand von 53 % des Standes vom 1. April 1938, bei den Angestellten und Aushilfsangestellten dagegen eine Zunahme von 164 %.

-. -

Am 1. April erhöhte die Reichsbahn in der britischen Zone die Normalfahrpreise, die Preise für Monats- und Teilmonatskarten, die Zuschläge für Eil- und Schnellzüge sowie die Gepäck- und Expressgutfrachten um 100 %.

--

Auf der Strecke Gelsenkirchen Hauptbahnhof - Kanalbrücke Sutum wurde vom 1. April an ein zweiter Autobus eingesetzt, so daß jetzt von 6,20 bis 19,20 Uhr vom Hauptbahnhof ab und von 6,50 bis 19,50 Uhr von Kanalbrücke Sutum ab ein Halbstundenverkehr möglich war.

--

Der Unterricht an der Mädchenmittelschule in Alt-Gelsenkirchen wurde am 1. April in den Räumen der Alten Schule, Ückendorfer Straße 147, wieder aufgenommen.

--

Am 1. April begann die Firma Schäfer (Ibbenbüren), der diese Arbeiten von der Stadt übertragen worden waren, mit der Trümmerbeseitigung und Trümmerverwertung, zu der alle Trümmer entschädigungslos enteignet worden waren (s.S. 43 und 59 dieses Bandes). Der Anfang wurde in der Altstadt, Bismarck, Bulmke und Hüllen als den am stärksten betroffenen Stadtvierteln gemacht. Die große Aufbereitungsanlage für Trümmer wurde auf der sogenannten "Kuhwiese" zwischen Grenz-, Münchener, Liborius- und Karl-Kuhn-Straße eingerichtet.

--

Der vom Bürgerrat in seiner Sitzung vom 28. Februar eingesetzte Untersuchungsausschuß über die Ursache der Hochwasserkatastrophe in Horst (s.S. 42 dieses Bandes) hielt am 1. April seine 1. Sitzung ab.

Mitglieder des Ausschusses waren Stadtrat Quick, Stadtbaurat Fuchslocher, Baurat Bonn, der Aufbaukommissar für Horst, Herr Jostarndt, Verwaltungsdirektor Kölling, die Bürgerratsmitglieder Grau, Hohnke, Hüther und Löbbert, Bergwerksdirektor Tewes von der Zeche Nordstern, Rechtsanwalt Urselmann und der Geschäftsführer des Sozialen Bauvereins, Herr Kleinevoss.

Nach einer Aussprache über die Ursachen der Katastrophe, in der man sich über Richtung und Gesichtspunkte der Untersuchung und die dazu notwendigen Schritte klar wurde, beschäftigte sich der Ausschuß, der unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Zimmermann tagte, ausführlich mit den für den Wiederaufbau zu ergreifenden Maßnahmen. Stadtbaurat Fuchslocher und Stadtrat Quick berichteten über den Umfang des für den Wiederaufbau freigegebenen Materials und den Einsatz der Handwerkerhilfe. Eingehend wurde die Finanzierungsfrage behandelt unter Betonung der Notwendigkeit der Selbsthilfe: wer am Aufbau selbst mit Hand anlegte, sollte auch ein Anrecht auf eine Wohnung erhalten, wobei zunächst die Häuser instand gesetzt werden sollten, bei denen mit geringstem Aufwand an Material und Arbeitskräften am meisten Wohnraum geschaffen werden konnte.

Ein weiterer Verhandlungspunkt war die Instandsetzung bzw. Neubeschaffung von Möbeln usw.. Erfreulicherweise konnte mitgeteilt

werden, daß es auf verschiedenem Wege gelungen sei, schon eine ganze Reihe von Küchen- und Schlafzimmermöbeln sowie Wäsche zu beschaffen.

Ein Ausschuß, der sich aus einem Mitglied des Betriebsrats der Zeche Nordstern und je einem Vertreter der Gewerkschaften, der Zechenverwaltung und der Stadtverwaltung zusammensetzte, sollte bei der Sammlung von Mitteln und der Verteilung der Gegenstände mitwirken. Bei der Reparatur von Möbeln, die ebenso wichtig war wie die Neubeschaffung, sollte das Schreinerhandwerk tatkräftig eingesetzt werden.

-. -

Für Stellenanzeigen und Stellengesuche in den Zeitungen führte der Präsident des Landesarbeitsamtes Westfalen eine Genehmigungspflicht ein.

Solche Anzeigen durften nur veröffentlicht werden, wenn der Auftraggeber nachgewiesen hatte, daß er die für die Veröffentlichung vorgesehenen Stelle dem Arbeitsamt gemeldet hatte, bzw. bei Arbeitsgesuchen, wenn das Arbeitsamt vorher seine Zustimmung gegeben hatte.

-. -

Der Kommandant der Militärregierung, Major Robinson, wurde am 1. April zum Oberstleutnant befördert.

-. -

Die Bevölkerungsbewegung in den Monaten Januar bis März ergab in Gelsenkirchen folgendes Bild:

Im Januar: 113 Geburten, 62 Eheschließungen und 191 Sterbefälle;
im Februar: 98 Geburten, 84 Eheschließungen und 172 Sterbefälle;
im März: 127 Geburten, 87 Eheschließungen und 224 Sterbefälle.

Zu den Problemen, die von zuständiger Stelle mit besonderer Sorge beobachtet wurden, gehörte die Kindersterblichkeit.

Im März war ein sprunghaftes Ansteigen der Sterblichkeitsziffer festzustellen; von Kindern unter einem Jahr alt starben im Januar 14, im Februar 10, im März dagegen 23.

-. -

Dienstag, den 2. April

Vom 2. April an galten im Einzelhandel, im Handwerk und in den Apotheken folgende Verkaufszeiten:

Einzelhandel: Lebensmittelgeschäfte einschließlich Milchhändlern und Lebensmittelabteilungen der Kaufhäuser von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und von 15.00 Uhr bis 18.00Uhr;

Handwerk: Bäcker und Fleischer wie Lebensmittelgeschäfte; Friseur von 9.00 Uhr bis 18.00 Uhr durchgehend; Fahrradmechaniker, Schuhmacher und Herrenschnneider Montags, Mittwochs und Samstags von 8.30 Uhr bis 12.30 Uhr und von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr; Fotografen zu denselben Stunden, ausgenommen Dienstags und Freitags; die übrigen Betriebe des Handwerks, soweit sie mit einer

Verkaufsstelle verbunden waren, an allen Werktagen von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr, Samstags auch von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr; Apotheken: wie Lebensmittelgeschäfte.

-.-

Wie sehr sich die Einrichtung eines Sonderkommandos zur Bekämpfung des Schwarzhandels "gelohnt" hatte, ging aus Zahlen hervor, die der Chef der Gelsenkirchener Polizei mitteilte.

Danach konnten im März folgende Mengen Lebensmittel sichergestellt und der Allgemeinheit wieder zugeführt werden:

41 kg Butter, 45 kg Speck, 63 kg Fleisch, 28 kg Wurst, 2 Ferkel, 8 kg Schmalz, 155 kg Mehl, 123 Zentner Kartoffeln, 57 Büchsen Konserven, 445 Eier, 1 500 Zigarren und Zigaretten, 2 096 Pakete Tabak und 1 000 m Kleiderstoffe.

Bei einer einzigen Person wurden folgende Waren, die als Tauschobjekte gegen Lebensmittel verwandt werden sollten, sichergestellt:

125 Päckchen Süßstoff, 4 Hosenträger, 11 Damenstrumpfhalter, 4 Paar Sockenhalter, 5 Trachtenbänder, 4 Päckchen mit Gardinenspitzen, 12 verschiedene Bänder, 1 Paar weiße Schnürbänder, 16 Stück Gummibänder, 11 Paar Schuhriemen, 3 Drehbleistifte, 1 Krawatte und 6 Blatt Druckknöpfe.

Bei einer Kontrolle von Kraftfahrzeugen auf den Hauptzufahrtsstraßen und der ankommenden Züge auf allen Gelsenkirchener Bahnhöfen waren 23 Polizeitrupps in Stärke von je 4 bis 5 Beamten eingesetzt. Dabei wurden 2 830 Lastkraftwagen durchsucht, 1 891 Personenkraftwagen, 97 Krafträder, 12 Fuhrwerke und 84 Personenzüge.

Folgende Hamsterwaren wurden sichergestellt:

35 kg Butter, 1,5 kg Margarine, 28 kg Speck, 64 kg Fleisch, 27 kg Wurst, 2 Ferkel, 1 halbes Kalb, 2 kg Schmalz, 208 Eier, 105 kg Mehl, 93 Zentner Kartoffeln, 747 Zigaretten, 168 Zigarren, 3 Flaschen Schnaps, 57 Büchsen Konserven und 2 Sack Kunstdünger.

Auch außerhalb des Hamstererunwesens war eine Zunahme der Kriminalität zu verzeichnen. Vor allem wollte die Kette der Einbruchsdiebstähle nicht abreißen.

In der Woche vom 24. bis 31. März waren 83 Einbruchsdiebstähle gemeldet worden, ferner 48 einfache Diebstähle und 5 Raubüberfälle, 7 Fälle von Unterschlagung, 7 Fälle von Körperverletzung, 4 Fälle wegen Verdachts von Geschlechtskrankheiten. Zehn Einbrecher wurden auf frischer Tat ertappt.

-.-

Mittwoch, den 3. April

Der vollständig ausgebrannte Flügel des Hauptpostamtes an der Vohwinkelstraße konnte soweit wieder hergerichtet werden, daß mit dem Wiedereinbau der für den Fernmeldedienst notwendigen technischen Einrichtungen begonnen werden konnte. Die mit eigenen Kräften aufgenommenen Aufräumarbeiten ließen erwarten, daß die Hauptschalterhalle im Laufe des Sommers wieder eröffnet werden konnte.

Der Briefverkehr, der in den ersten Monaten nach der Besetzung rund 10 000 Briefe täglich betrug, hatte sich inzwischen verdreifacht. Die Erhöhung der Postgebühren blieb ohne nennenswerte Auswirkungen.

Vollständig neu aufgebaut werden mußten die Fernsprechvermittlungssämer in Alt-Gelsenkirchen mit 6 000 Anschlüssen und in Horst mit 600 Anschlüssen; einem Notamt konnten nur die wichtigsten Teilnehmer angeschlossen werden. Ein neues Vermittlungsamt, das zunächst aber nur 3 000 Anschlüsse besitzen würde, sollte nach Pfingsten in Betrieb genommen werden. Das Vermittlungsamt in Buer, das von Kriegseinwirkungen verschont geblieben war, war schon während des Krieges mit Anschlüssen voll belegt, so daß weniger wichtige Anschlüsse aufgehoben werden mußten. Die Wiederherstellung des Leitungsnetzes in seinem früheren Umfang dürfte noch geraume Zeit beanspruchen.

--

Donnerstag, den 4. April

In den zwölf Ausgabestellen der vor zwei Monaten eingerichteten städtischen Volksküchen wurden täglich 2 200 Portionen ausgegeben.

Das Essen wurde in einer Zentralküche in Alt-Gelsenkirchen zubereitet und von dort auf dem schnellsten Wege zu den Ausgabestellen gefahren. Die Zubereitung des Essens wurde täglich von Vertretern der Gewerkschaften geprüft; einmal wöchentlich nahm auch das städt. Lebensmitteluntersuchungsamt eine Prüfung vor, vor allem hinsichtlich des Kaloriengehaltes.

--

Freitag, den 5. April

Die Schulraumnot in Gelsenkirchen war nach wie vor groß, am stärksten in der Altstadt und in Schalke.

Die Zahl der nach dem Kriege wieder in Benutzung genommenen Schulgebäude betrug Anfang April in Alt-Gelsenkirchen 20, in Gelsenkirchen-Buer 16 und in Horst 1, zusammen 37.

An Lehrkräften waren zum gleichen Zeitpunkt vorhanden: für Volksschulen in Alt-Gelsenkirchen 289, in Gelsenkirchen-Buer, 217, in Gelsenkirchen-Horst 33, zusammen 539;

für Mittelschulen in Alt-Gelsenkirchen 32, in Gelsenkirchen-Buer 12, zusammen 44.

--

Der zur Betreuung früherer Insassen von Konzentrationslagern gebildete Kreissonderhilfssausschuß (s.S. 24 dieses Bandes) setzte sich aus folgenden Personen zusammen:

Amtsgerichtsdirektor Reckmann als Vorsitzender, Angestellter Heinrich Paetsch und Kaufmann Karl Deppner als Beisitzer sowie Stadtinspektor Alfons Holz als Geschäftsführer.

Die Geschäftsstelle des Ausschusses befand sich im Rathaus Buer. Wer wegen seiner Rasse, Religion oder Tätigkeit zu Gunsten der Vereinten Nationen in einem Konzentrationslager gewesen war,

konnte besondere Vergünstigungen hinsichtlich der Ernährung, Wohnung und Beschäftigung oder auch finanzielle Unterstützung erhalten. Damit sollte denjenigen, die während des Dritten Reiches gelitten hatten, nicht nur aus menschlichen, sondern auch aus politischen Gründen geholfen werden, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß diejenigen, die in ihrer Opposition zum Nationalsozialismus ihre Haut zu Markte getragen hatten, vernünftigerweise belohnt werden sollten. Ausgeschlossen von diesen Vergünstigungen waren Personen, die wegen aufrührerischer Tätigkeit in der Wehrmacht, auf Grund der letzten Säuberungsaktion der NSDAP. oder wegen Verbrechens in einem Konzentrationslager waren oder die dort bei der Bestrafung oder Verfolgung anderer Insassen Hilfe leisteten. Falsche Angaben vor dem Kreissonderhilfsausschuß wurden strafrechtlich verfolgt.

--

Samstag, den 6. April

Die "Westfälische Rundschau" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 6. April einen ausführlichen Gedenkartikel auf Alfred Zingler aus der Feder von G. A. Lehnert.

Alfred Zingler war vor dem Dritten Reich in Gelsenkirchen Redakteur des sozialistischen "Volkswillens" und hatte in der Geschichte der Arbeiterbewegung der Stadt eine führende Rolle gespielt. 1933 flüchtete er nach Holland, wo er sich lange Zeit bei Gesinnungsgenossen verborgen halten konnte. Er wurde dann aber doch entdeckt, von der Gestapo verhaftet und ins Zuchthaus Brandenburg gebracht; dort war er am 28. August 1943 hingerichtet worden.

--

Die Militärregierung änderte die Verordnung über die Bewohnerlisten in einigen Punkten ab.

Die Listen, die an jeder Haustür so angebracht werden mußten, daß sie von außen leicht lesbar waren, mußten folgende Angaben über sämtliche Bewohner eines Hauses enthalten: Name, Geburtsdatum, Geschlecht und Beschäftigung. Falls wegen der Art der Räume oder der darin betriebenen Geschäftstätigkeit der Aushang einer solchen Liste nicht möglich war, konnte bei der Ortspolizeibehörde Befreiung von der Vorschrift beantragt werden. In solchen Fällen mußte jedoch innerhalb der Räume eine Bewohnerliste zur Einsicht bereit gehalten werden. Bei Gästen mußte die Zeit ihrer Ankunft und ihre Anschrift des Ortes, von dem sie herkamen, angegeben sein. Die Anwendung deutscher Schrift war nicht gestattet. Krankenhäuser und andere öffentliche Anstalten brauchten keine Bewohnerlisten auszuhängen.

--

Das Militärgericht als Überprüfungsbehörde erhöhte die Strafe für einen Mann, der wegen ungesetzlichen Besitzes von alliiertem Benzin zu vier Monaten Gefängnis verurteilt worden war, unter Ablehnung der Berufung als leichtfertig auf acht Monate.

In zahlreichen Fällen wurden Personen wegen Übertretung der Ausgangssperrzeit zu 25,-- RM Geldstrafe verurteilt. Ein Mann aus Horst erhielt eine Geldstrafe von 300,-- RM, weil er während

der Ausgangssperre eine Autofahrt unternommen hatte, die er nicht in das Fahrtenbuch eintrug, und weil er während dieser Fahrt einen fremden Führerschein benutzt hatte. Der Führerscheininhaber, der dieses gestattete, erhielt 100,-- RM Geldstrafe. In allen Fällen wurden Name und Anschrift der Verurteilten veröffentlicht.

--

Die Arbeiten an der in den letzten Kampftagen im April 1945 zerstörten Brücke über die Emscher am Forsthaus wurden beschleunigt in Angriff genommen. Die beiden Brückenteile wurden gehoben, weggesprengte Teile sollten in Kürze durch neue Ansatzstücke ersetzt werden.

--

Der Verkehrsverein Gelsenkirchen wählte an Stelle des bisherigen Vorsitzenden Oberbürgermeister Zimmermann auf Grund einer Satzungsänderung, die besagte, daß in Zukunft nicht mehr der Oberbürgermeister, sondern ein Mitglied der Bürgerschaft Vorsitzender sein solle, den Werksdirektor Raven von den Gelsenkirchener Eisenwerken einstimmig zum neuen Vorsitzenden. Oberbürgermeister Zimmermann wies in der Mitgliederversammlung auf die Wichtigkeit der Wahrung der Verkehrsinteressen Gelsenkirchens hin. Geschäftsführer Dr. Friedrich berichtete über die Schwierigkeiten in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft.

--

Schuberts Liederzyklus "Die Winterreise" fand in einem Liederabend, den Eugen Klein (Bariton) und Hans Liebe (Klavier) veranstalteten, eine sehr beifällig aufgenommene Gestaltung.

--

Der "Westdeutsche Künstlerdienst" erfreute ein voll besetztes Haus mit dem Schwank "Hurra, ein Junge!".

--

Sonntag, den 7. April

Am Sonntag vormittag eröffnete der Städt. Kulturdezernent, Oberschulrat Winkel, die zweite Städt. Kunstausstellung nach dem Kriege.

Rund 500 Arbeiten waren für diese Ausstellung von Künstlern des Emscher-Lippe-Landes eingereicht worden; aber nur 150 Arbeiten (Gemälde, Graphiken und Plastiken) fanden in den Ausstellungsräumen Platz und gaben einen Querschnitt durch modernes Kunstschaffen. Die Ausstellung sollte eine 1933 unterbrochene Tradition wieder aufnehmen mit dem Ziel, die Wechselbeziehungen zwischen Künstlerschaft und Kunstfreunden, sowie Kunstfreunden wieder herzustellen.

--

Da die Errichtung fester Fußgängerbrücken über den Rhein-Herne-Kanal an der Unmöglichkeit scheiterte, die notwendigen Baustoffe zu beschaffen, blieb nur die Errichtung einer Fähre übrig. Sie wurde im Zuge der Münsterstraße eingesetzt und bestand aus zwei ehemaligen Pionier-Behelfspontons, die vom Lande aus durch zwei Winden gezogen und geführt wurden. Nach einer Betriebszeit von zweieinhalb Monaten gab es mit dieser Fähre am Sonntag, dem 7. April, gegen 14 Uhr, ein Unglück, das 21 Todesopfer forderte. Es war umso tragischer, als gerade diese Fähre in weitem Umkreise als die solideste unter den Behelfsbrücken galt.

Die stark besetzte Fähre legte sich etwa 10 - 12 Meter vom Ufer entfernt plötzlich schräg ins Wasser, so daß alle Fahrgäste abstürzten. Leider waren weder Rettungsringe noch sonstige Mittel der ersten Hilfe zur Stelle, auch hatte das Fährenhäuschen am Ufer keinen Telefonanschluß, so daß es geraume Zeit dauerte, bis Polizei und Feuerwehr zur Stelle waren. Bis zum Eintritt der Dämmerung konnten dreizehn Männer, fünf Frauen und zwei Kinder geborgen werden. Am Montagmorgen wurden die Bergungsarbeiten mit zwei Tauchern fortgesetzt, wobei noch ein weiterer Toter gefunden wurde..

Die Ermittlungen über den Hergang und die Ursachen des Unglücks wurden sofort aufgenommen. Zur Aufklärung wurden alle Fahrgäste, die sich auf der Fähre befunden hatten, gebeten, sich bei der Polizei zu melden; ebenso wurden Zeugen gesucht, die den Hergang des Unglücks vom Erler Ufer her gesehen hatten.

Vom Augenblick des Unglücks an bestand praktisch keine Verbindung mehr zwischen den Stadtteilen Alt-Gelsenkirchen und Buer über Bismarck-Erle. Wer über Bismarck nach Buer wollte, mußte einen Umweg über eine mehr als ein Kilometer westwärts gelegene Zechenbrücke machen. Unverantwortliche Elemente machten sich das zunutze und richteten einen wilden Fährbetrieb auf einem unzureichenden und gebrechlichen Floß ein.

--

Montag, den 8. April

Die Technik der Zuteilungen durch das Wirtschaftsamt erfuhr eine grundlegende Änderung.

Vom 8. April an wurden alle bisher geltenden Bezugsrechte (z.B. die Reichskleiderkarte) ungültig. Statt-dessen wurde dem Kreiswirtschaftsamt nach vorübergehender Blockierung sämtlicher Waren ein bestimmtes Kontingent an Bezugsmarken vom Bezirkswirtschaftsamt zugeteilt. Diese periodisch vorgenommenen Zuteilungen waren aber so gering, daß sich die Dienststellen des Wirtschaftsamt der wachsenden Menge berechtigter Antragssteller, die abgewiesen werden mußten, kaum mehr erwehren konnten. Selbst den völlig Ausgebombten, den zurückkehrenden Kriegsgefangenen, den Flüchtlingen und Vertriebenen und den aus den Konzentrationslagern gekommenen politischen Häftlingen konnte kaum mit dem Allernotwendigsten an Hausrat und Kleidung geholfen werden. Der normale Bedarf der übrigen Bevölkerung konnte überhaupt keine Berücksichtigung finden.

Das Wirtschaftsamt führte zunächst eine Teilbewirtschaftung in Schuhen durch.

Seit der Besetzung war die Stadt nur mit 4 100 Paar Leder- und Hausschuhe beliefert worden. Besonders groß war der Mangel an

Textilien; eine erste Zuteilung im Werte von insgesamt 35 000 RM war sozusagen nur einen Tropfen auf einen heißen Stein.

--

In der Papierbewirtschaftung trat folgende Neuregelung in Kraft: Alle Anträge auf Zuteilung von Papier waren ausschließlich von dem Letztverbraucher zu stellen. Für die Bearbeitung der Anträge war jeweils die betreffende Abteilung der Militärregierung in Münster zuständig, von der der Antragsteller betreut wurde. Die Anträge mußten sich auf den Bedarf eines Monats beschränken. Sie konnten formlos gestellt werden, mußten jedoch folgende Angaben enthalten:

Papiersorte, annäherndes Gesamtgewicht in Kilogramm, Gewicht je Quadratmeter in Gramm, Bogen- und Rollengröße und Anschrift des Empfängers.

Nach Festsetzung der Papierzuteilung für die einzelnen Branchen auf Grund der Entscheidung der Kontrollkommission bestimmte die Hauptabteilung Paper and Printing Control, von welcher Papier- bzw. Pappenfabrik die Lieferung vorgenommen wurde.

--

In der Mädchen-Mittelschule fand ein besonderes Konzert des Städtischen Orchesters für die Beamten und Angestellten der Stadtverwaltung statt.

--

Mittwoch, den 10. April

Die Aufnahmeprüfungen für die Anfängerklassen der Knaben- und Mädchen-Mittelschulen fanden am 10. April statt, für die Knaben im Schulgebäude Ückendorfer Straße 65, für die Mädchen im Schulgebäude Ückendorfer Straße 147.

--

Unter Anpassung an die im Saale Serres in Ückendorf gegebenen Raumverhältnisse brachte der "Westdeutsche Künstlerdienst" eine aner kennenswerte Aufführung von Lortzings Oper "Der Waffenschmied" in der Inszenierung von Willi Ruhrmann und unter der musikalischen Leitung von Karl Riebe.

--

Unter dem 10. April beschloß der Alliierte Kontrollrat ein neues Betriebsrätegesetz.

Es regelte in dreizehn Artikeln die Errichtung und die Tätigkeit von Betriebsräten zur Wahrnehmung der beruflichen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben, die Wahl des Betriebsrats sowie im einzelnen seine Aufgaben und Befugnisse. Ferner wurde darin bestimmt,

daß die Betriebsräte ihre Aufgaben in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ausüben sollten, daß mindestens einmal im Vierteljahr in einer Generalversammlung der Arbeiter und Angestellten des Betriebes ein Tätigkeitsbericht erstattet werden sollte. Die Militärregierung konnte Betriebsräte auflösen. Alle deutschen Gesetze, die zu dem neuen Betriebsrätegesetz im Widerspruch standen, wurden aufgehoben.

-. -

Donnerstag, den 11. April

Die Versorgung mit Haushaltsgegenständen war nach wie vor äußerst schlecht und schwierig, da die 200 Gelsenkirchener Einzelhändler seit Kriegsende nur für rund 10 000 RM Waren erhalten hatten. Das aber lag wiederum daran, daß die Produktion von Haushaltswaren noch nicht wieder in dem wünschenswerten Umfang ange-
laufen war.

Einigermaßen reibungslos gestaltete sich allerdings die recht geringe Versorgung mit Tabakwaren.

110 Fachgeschäfte, 80 Trinkhallen, 200 Gaststätten und 300 gemischte Geschäfte belieferten im Stadtgebiet rund 92 000 Raucherkarten für Männer und rund 82 000 Raucherkarten für Frauen mit Tabakwaren. Dazu kamen noch 20 000 Zusatzkarten für Bergarbeiter unter Tage. Von der Gesamtzuteilung entfielen rund 53 % auf Zigaretten, je 23 % auf Zigarren und Tabak und 1 % auf Kautabak. Für eine Zuteilungsperiode wurden rund 4 Millionen Zigaretten für die Stadt Gelsenkirchen benötigt.

-. -

Freitag, den 12. April

Auf einer Zusammenkunft der Schachvereine wurde der Schachkreis Gelsenkirchen gegründet.

Ihm gehörten acht Gelsenkirchener Schachvereine an; die Leitung des Schachkreises übernahm der Vorsitzende des Schachklubs "Königsspringer", Felix Witthege.

-. -

Im Interesse der Volksernährung forderte der Oberbürgermeister die Inhaber von Gärten und landwirtschaftlich genutzten Grundstücken zu einer gründlichen Unkrautbekämpfung auf.

Er stellte dabei fest, daß die Unkrautbekämpfung sehr zu wünschen übrig lasse und wies besonders auf die Notwendigkeit der Bekämpfung des "Knopfkrautes" hin, das sich in einem Umfang verbreitet habe, der nicht nur dem Besitzer des Grundstücks erheblichen Schaden zufüge, sondern durch Samenflug auch die angrenzenden Grundstücke mit verunreinige.

-. -

Samstag, den 13. April

Die Unzufriedenheit über die Kürzung der Lebensmittelrationen war nach wie vor groß.

Der Ausfall in der Produktionsleistung wurde ausschließlich auf die mangelnde Ernährung zurückgeführt. Es wurde erzählt, daß einzelne Arbeiter während der Arbeitszeit ihre Arbeitsplätze verließen, weil es ihnen vor Hunger nicht möglich war, ihre Arbeit weiterzuführen. Ein großer Teil der Arbeitszeit wurde daher auch zu Überlandfahrten verwandt, um sich zusätzlich Lebensmittel zu beschaffen. Der Austausch von Sachgütern gegen Lebensmittel nahm stark zu. Trotz aller behördlicher Ermahnungen und trotz der Erhöhung der Personentarife durch die Reichsbahn (s.S. 65 dieses Bandes) konnte eine Abnahme der Hamsterfahrten nicht festgestellt werden.

-. -

Auf einer Tagung der Kreissynode Gelsenkirchen, die sich mit innerkirchlichen Fragen befaßte und Richtlinien für die Aufbauarbeit in den einzelnen Kirchengemeinden gab, wurde Pfarrer Kluge (Schalke) zum Superintendent, Pfarrer Bischoff (Schalke) zum Synodalassessor und Pfarrer Donner (Resse) zum Scriba der Synode gewählt.

-. -

Die Denneborg-Künstlerpuppenspiele in der Rheinelbestraße spielten vom 13. April an das fröhliche Kasperle-Spiel "Die vertauschten Kinder".

-. -

Sonntag, den 14. April

Die Ausgangsbeschränkung wurde vom 14. April an auf die Zeit von 23.30 bis 4.30 Uhr festgesetzt.

Außerdem trat am 14. April um 2 Uhr morgens die Sommerzeit in Kraft.

-. -

Am Sonntagvormittag fand in der Schauburg Buer ein Opernkonzert unter dem Titel: "Aus italienischen Opern" ("Rigoletto", "La Traviata") statt.

Mitwirkende waren:

Lyssandro Joannides (Tenor), Martha Demarko (Sopran) und Karl Leibold (Bariton), alle von den Städtischen Bühnen Dortmund. Die Leitung hatte Richard Heime.

Am Nachmittag war ein Passionskonzert in der evangl. Kirche Rotthausen.

Ausführende waren die Männergesangvereine Sängerbund Melodia 1861 und Liederfreunde Hans-Sachs (Essen), Kirchenchor St. Ludgerus (Essen), Musikdirektor Viktor Kantert (Orgel); die Leitung hatte Musikdirektor W. Giesen, (Essen).

-. -

Montag, den 15. April

Von den sechs neuen Fernschnellzugpaaren, die die Reichsbahndirektion Essen vom 15. April einführte, verkehrten die D-Züge D 23 Köln-Deutz - Braunschweig, D 96 Kiel - Köln-Deutz, D 97 Köln-Deutz - Kiel, D 103 Aachen - Hamm und D 104 Hamm - Aachen über Gelsenkirchen-Hauptbahnhof.

--

Dienstag, den 16. April

Dem Haupt- und Organisationsamt der Stadtverwaltung wurde mit Verfügung vom 16. April eine "Politische Prüfstelle" angegliedert.

Ihre Tätigkeit betraf die Entfernung von Nationalsozialisten und von Personen, die den Zielen der Alliierten feindlich gegenüber standen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellen.

--

Das "Theater an der Bochumer Straße" hielt an der Gelsenkirchener Tradition fest, in der Osterzeit Goethers "Faust" (I. Teil) aufzuführen.

Trotz vieler notwendiger Einschränkungen kam eine Aufführung zustande, die den Schwerpunkt auf das dichterische Wort und die schauspielerische Darstellung verlagerte.

Unter der Spielleitung von Alfred Terluch wirkten in den Hauptrollen mit:

Erich Paul als Faust, Inge Pusch als Gretchen und Willi Fligge als Mefisto.

--

Mittwoch, den 17. April

Über den Charakter der neuen Gemeindepolizei teilte der Chef der Polizei folgendes mit:

Die Polizei hat jetzt kommunalen Charakter; eine staatliche Polizei gibt es nicht mehr. Auch die Verwaltungspolizei hat aufgehört zu bestehen; ihre Tätigkeit (Gewerbe-, Gesundheits-, Paß-, Bau-, Obdachlosenpolizei, Preisüberwachung, Fundsachen, Meldewesen usw.) stellt keine polizeiliche Tätigkeit mehr dar, sondern ist ein Arbeitsgebiet der allgemeinen Verwaltung geworden. Das bedeutet, daß künftig die Polizei ihre Aufgabengebiete ausschließlich in der Verbrechensbekämpfung (Kriminalpolizei) und in der Beseitigung von Ordnungs- und Verkehrsstörungen sowie in unmittelbarem Schutz der Person und des Eigentums vor wesentlichen Gefahren findet. Der Polizeibeamte ist damit Freund und Helfer der Bevölkerung und Schrecken der Verbrecherwelt geworden.

--

In der Zeit vom 3. - 16. April erfolgten in Gelsenkirchen sechs Raubüberfälle, 188 einfache Diebstähle.

Bei der Bekämpfung des Schwarzhandels wurden folgende Lebensmittelmengen sichergestellt:

129 kg Speck, 24 kg Butter, 328 Eier, 23,5 kg Schmalz, 108 Ztr. Kartoffeln, 102 kg Schweinefleisch, 68 kg Rindfleisch, 25 kg Wurst, 13 kg Schinken, 4 kg Talg, 2 Ztr. Weizen, 5 Ztr. Roggen, 30 kg Kaffeebohnen, 1 250 Zigaretten und 5 Flaschen Schnaps. Vier Personen wurden festgenommen, weil sie Zucker zu Schnaps verarbeitet hatten.

Beschlagnahmt wurden zwei Waggons, deren Inhalt als Umzugsgut deklariert war, die in Wirklichkeit aber 2 Ztr. Fleisch, 85 Ztr. Kartoffeln, 5 Ztr. Roggen und sonstige Lebensmittel enthielten. Mehrere Geschäftsinhaber wurden festgenommen, weil sie über Warenbestände keine Auskunft geben konnten und Kartenabschnitte über 500 g Brot für 15 bzw. 20 RM verkauft hatten.

--

In der Karwoche fand außer dem bereits erwähnten Passionskonzert am 14. April in der evangl. Kirche Rotthausen am Mittwoch, dem 17. April, eine weitere Passionsmusik statt.

Unter der Leitung von Manfred Büttner sang der Chor des Kreisverbandes evangelischer Kirchenchöre in der Ückendorfer Kirche Chöre aus der Matthäus-Passion von J.S. Bach.

Mitwirkende bei den Arien waren Magdalene Sieger (Sopran), Helmi Dohrmann (Alt), Erwin Röttgens (Baß) sowie das Philharmonische Orchester Gelsenkirchen und zwei Bläserchöre. Liturg war Reichsobmann Pfarrer Bachmann, Essen.

Die Veranstaltung wurde am 18. April in der evangl. Kirche Erle wiederholt.

--

Donnerstag, den 18. April

Die im sogenannten Schievenviertel in Gelsenkirchen-Buer nach der Festnahme zahlreicher Gewaltverbrecher eingetretene Beruhigung schwand wieder dahin, als der in den frühen Morgenstunden des 18. April an dem Bauern Beckmann begangene Mord bekannt wurde.

Da der Täter ein Ausländer war, wandte sich der Unmut der Bevölkerung erneut gegen die noch bestehenden Ausländerlager, die als Brutstätten krimineller Elemente betrachtet wurden.

--

Der Oberbürgermeister wies darauf hin, daß Anträge auf Zuweisung von Kraftfahrzeugen aus Beutebeständen oder aus Neuproduktion aus Gründen der derzeitigen Mangellage vor Ablauf eines Jahres nicht berücksichtigt werden könnten.

--

Im ganzen Bereich der Kreisbauernschaft Recklinghausen, zu der auch das Stadtgebiet Gelsenkirchen gehörte, wurden Obst- und Gemüse-Sammelstellen eingerichtet, an die alles von den Bauern erzeugte Obst und Gemüse abgeliefert werden mußte. Die Sammelstellen im Stadtbereich Gelsenkirchen waren: für Hassel und Scholven die Sammelstelle Polsum (Mühle J. Hermanns), für Resse und Erle die Sammelstelle Westerholt (H. Selm, Schloßstraße 17), für den übrigen Stadtbezirk die Sammelstelle Gelsenkirchen (Frau Cramer, Ritter-von-Stransky-Straße 12).

--

Freitag, den 19. April

Am Karfreitag war - als 3. Passionsmusik in der Karwoche - in der evangl. Kirche Ückendorf eine Aufführung der Johannes-Passion von Heinrich Schütz unter der Leitung von Musiklehrer Ernst Meyer.

Mitwirkende waren die evangelischen Kirchenchöre Ückendorf und Bulmke, Arnold Merkelbach (Tenor), Karl Schmidt (Bariton), Hans Rüngener (Bariton) und Hilde Austermühle (Orgel).

--

Samstag, den 20. April

Das Gelsenkirchener Lichtspielwesen konnte auf ein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken.

Ins Leben gerufen wurde es durch Wilhelm Sprenger, einem der Pioniere des deutschen Lichtspiels. Als erster in Westdeutschland erbaute er ein eigenes Kinotheater, das "Apollo-Theater" an der Bahnhofstraße, und wurde damit richtungweisend für andere Unternehmungen. Bis dahin wurden Filme nur in gemieteten Sälen gezeigt.

Aus Anlaß dieses Jubiläums lief in der "Schauburg" in Gelsenkirchen, die ebenfalls Herrn Sprenger gehörte, der Farbfilm "Große Freiheit Nr. 7".

Die "Ruhrzeitung" gedachte in ihrer Ausgabe vom 20. April der besonderen Verdienste Wilhelm Sprengers.

--

Der Kulturdezernent der Stadtverwaltung, Oberschulrat Winkel, legte in Besprechungen mit führenden Persönlichkeiten des kulturellen und geistigen Lebens der Stadt wieder den Grund zur Errichtung des Volkswbildungswerkes.

Er hoffte, bis Anfang des Sommers alle Schwierigkeiten, besonders in der Lösung der Raumfrage, überwunden zu haben und das Volkswbildungswerk, wenn auch erst im bescheidenen Umfange, wieder eröffnen zu können. Das Volkswbildungswerk sollte nach den Plänen des städtischen Kulturamtes die Vorstufe zu einer demnächst zu errichtenden Volkshochschule sein, wie sie im Jahre 1919 schon einmal bestanden hatte.

--

Der Oberbürgermeister ernannte den Stadtinspektor Heinrich Rickert mit Wirkung vom 20. April zum Standesbeamten des Standesamtsbezirks Gelsenkirchen-Horst.

-.-

Nach einer Verordnung der Militärregierung vom 20. April mußten alle natürlichen und juristischen Personen alle Nichteisenmetalle, die sich in ihrem Eigentum befanden, anmelden. Dazu mußten die Betreffenden innerhalb dreier Tage nach dem 6. Mai beim Wirtschaftsamt Vordrucke in Empfang nehmen und bis zum 16. Mai ausgefüllt wieder abliefern.

-.-

Die Küppersbusch-Werke hatten dank des tatkräftigen Einsatzes ihrer Werksangehörigen eine der im Kriege zerstörten Hallen soweit wieder hergestellt, daß sie eine beschränkte Position wieder aufnehmen konnten.

In der Hauptsache verlegte sich das Werk auf die Herstellung von Großküchen. Der Bedarf daran in der britischen Zone wurde überwiegend durch die Firma Küppersbusch gedeckt. Die erste Hotel-Großkücheneinrichtung nach dem Kriege war eine Produktion dieser Gelsenkirchener Firma. Infolge der angespannten Lage der Lebensmittel- und Brennstoffversorgung war die Massenverpflegung in Großküchen zu einem Zeichen der Zeit geworden und der Bedarf an solchen Kücheneinrichtungen stark gestiegen.

-.-

Am Karsamstag wurde im Zechengasthaus Hassel ein großer Theatersaal seiner Bestimmung übergeben. Er sollte später zu einem Lichtspieltheater ausgebaut werden. Der Eröffnungsabend brachte ein Varietéprogramm.

-.-

Der "Westdeutsche Künstlerdienst" änderte seinen Namen in "Neues Theater".

Er brachte am Karsamstag als Erstaufführung die Operette "Nur Du" von Walter Kollo heraus.

-.-

Sonntag, den 21. April/Montag, den 22. April

Ostern

Zum ersten Male nach dem Kriege konnte die Bevölkerung wieder friedliche Ostertage erleben, Feiertage, die frei waren von Sirenengeheul, Bombenkrachen und dem Kettengerassel rollender Panzer wie noch vor einem Jahre.

Seit langer Zeit war es das erste Mal, daß der Bürger wieder unbekümmert und frei von Kriegsgefahren seinen Osterspaziergang machen konnte, wozu ihm die frische Blütenpracht in diesem Jahre besonders einlud.

Das kulturelle Programm der Osterfeiertage war recht reichhaltig.

Das "Neue Theater" spielte auch am Ostersonntag die Operette "Nur Du". Die "Denneborg-Künstlerpuppenspiele" brachten das Märchenspiel "König Drosselbart" (nach Gebr. Grimm) heraus. Im "Theater an der Bochumer Straße" wurde am Ostersonntag "Faust" (I. Teil) gegeben.

--

Zu Ostern wurden für jeden Verbraucher zwei Eier ausgegeben, und zwar durch die zum Eierverkauf zugelassenen Kleinverteiler; ein Bezug der Eier direkt vom Hühnerhalter war unzulässig und verboten.

--

Dienstag, den 23. April

Der am 19. Oktober 1945 von der Militärregierung ernannte Bürgererrat (s.S. 159 des Chronikbandes 1945) wurde um vier Mitglieder erweitert, so daß er jetzt 28 Mitglieder umfaßte.

Die vier neuen Mitglieder waren:

Bankleiter Walter Franz (Gewerbe), Bergwerksdirektor Erich Reuss (Industrie), Redakteurin Thea Saefkow (KPD) und Geschäftsführerin Margarete Zingler (SPD).

--

Mittwoch, den 24. April

Die Stadtgruppe der Kleingärtner legte wieder den Grund zur Kleingartenbewegung in Gelsenkirchen.

Die Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung (Kleingartenamt, Gartenbauamt, Grundstücksamt und Planungsamt) sollte der Organisation ein festes Gefüge geben. An verschiedenen Stellen der Stadt waren bereits vorbildliche Kleingärten entstanden. Auf einer Tagung wies Stadtgruppenleiter Kohlmann eindringlich auf das Gebot der Stunde hin, der hemmungslosen Ausnutzung des Kleingartens durch nichtfachmännische Bewirtschaftung entgegenzutreten und sich dazu der Bestimmungen der Kleingartenverordnung zu bedienen. Er hob ferner die mühevollen, aber erfolgreiche Arbeit der Kleingartenvereinigung "Wildenbruch" hervor, die mit ihren 97 Mitgliedern aus Schutt und Trümmern wieder Gartenland schuf. Weitere Kleingärten waren in der Feldmark und an der Osterfeldstraße entstanden.

--

Nach einer Anordnung der Militärregierung mußten alle kulturellen und der Unterhaltung dienenden Veranstaltungen, mit Ausnahme von Filmvorführungen und Sportveranstaltungen, dem Städtischen Kulturamt gemeldet werden. Darunter fielen auch alle Veranstaltungen, die eine einmalige, vorläufige oder allgemeine Genehmigung bereits erhalten hatten oder anderweitig genehmigt waren. Für Einzelkonzertveranstaltungen genügte der Antrag auf eine Sonderzulassung.

--

Ein schwerer Raubüberfall ereignete sich in Resse.
In der Nacht fuhren mehrere Räuber mit einem Lastkraftwagen vor dem Bauernhof Beckmann vor, zerstörten die Lichtanlage, umstellten das Haus und drangen dann in Stallungen und Wohngebäude ein. Die Hausbewohner wurden mit vorgehaltenen Pistolen in Schach gehalten, während Wohnhaus und Stallungen geplündert wurden. Als der Hofbesitzer versuchte, Hilfe zu holen, wurde er von den Räufern erschossen. Die aus etwa 10 Mann bestehende Bande entfernte sich, nachdem sie alles Raubgut auf den Lastkraftwagen verladen hatten. Erst dann war es möglich, die Polizei zu verständigen.

--

Donnerstag, den 25. April

Der Fährbetrieb über den Rhein-Herne-Kanal im Zuge der Münsterstraße wurde am 25. April wieder aufgenommen, nachdem die Unglücksfahre erneut wasserpolizeilich abgenommen und durch bauliche Veränderungen betriebssicherer gemacht worden war.

--

Freitag, den 26. April

Am 26. April erschien die erste Ausgabe der "Westfalenpost" ("Ruhrnachrichten") mit dem Untertitel "Für demokratischen Ausbau im christlichen Geist". Lizenzträger war Dr. Artur Sträter, Hauptschriftleiter: Wilhelm Mogge.
Die Zeitung erschien im Verlag der "Westfalenpost" in Soest, Jakobstraße 46. Die Auflage betrug 85 000 Exemplare. Die Zeitung stand der CDU nahe; sie erschien einstweilen jeden Dienstag und Freitag. Die Kopfausgabe für Gelsenkirchen umfaßte auch die Nachrichten aus Bottrop und Gladbeck. Die Zeitung trat an die Stelle der "Ruhrzeitung".

--

Samstag, den 27. April

Zu den bereits bestehenden Parteien SPD, KPD, CDU und Zentrum trat als neue politische Gruppe die "Freie deutsche Liga" (FDL). Vorsitzender war Bauführer Otto Elias.
Das Programm der Partei nannte als Ziele:
Zusammenschluß Gleichgesinnter auf demokratischer Grundlage (parteipolitisch neutral), Mitarbeit an einem dauerhaften Welt- und Völkerfrieden, Wiederherstellung der Religions- und Gewissensfreiheit.

Als neue Jugendgruppe meldete sich die Freie Jugendbewegung "Die Falken".

Sie hatte die Erziehung der Jugend zu Bürgern eines demokratischen Staates ohne Unterschied von Rasse und Religion auf ihre Fahnen geschrieben, ferner Schutz der jungen Männer vor

moralischer und sittlicher Verwahrlosung, Freizeitgestaltung und Pflege der Geselligkeit durch Spiel, Tanz, Musik und Gesang. Leitgedanken der Jugendarbeit sollten Freundschaft, Hilfsbereitschaft, Ritterlichkeit und Solidarität sein.

--

Die Stadtverwaltung hatte allen Grund, sich über das Verhalten der Bürger, vor allem vieler Jugendlicher, in den städtischen Grünanlagen zu beklagen.

In den Stadtgärten wurden Tannengrün und grüne Zweige vielfach rücksichtslos abgeschnitten. Im Stadtgarten, im Nienhausen-Busch und auf den Friedhöfen wurden Hunderte junggepflanzter Bäume wahllos abgehackt und abgesägt. Versuchten einsichtsvolle Bürger, gegen ein solches Treiben einzuschreiten, so mußten sie oft genug erleben, daß sie angepöbelt, beschimpft und bedroht, ja sogar tätlich angegriffen wurden. Gegen solche unhaltbaren Zustände rief die Stadtverwaltung alle einsichtigen Bürger auf, sich selbst aktiv für den Schutz der Grünanlagen einzusetzen und jeden zur Ordnung zu weisen, der die noch erhaltenen Bäume und Sträucher beschädigte oder entfernte.

--

Wegen Verstoßes gegen die Arbeitsdisziplin - Bummelei - verhängte das Amtsgericht Gelsenkirchen gegen zahlreiche Personen Gefängnisstrafen von zwei Wochen bis 6 Monaten.

--

Eine konzertante Aufführung der Oper "Orpheus" von Gluck mit dem Städtischen Orchester fand unter der Leitung von Richard Heime in der Aula der Mädchen-Mittelschule statt. Den Orpheus sang Luise Wacker, die Eurydike Else Vogel, den Amor Anne Breuer; den Chor stellte der städtische Chor Wanne-Eickel.

--

In einer Sendung des Nordwestdeutschen Rundfunks sprach Puppenspieler H.M. Denneborg über die künstlerischen Aufgaben des Puppenspiels.

Seine Puppenspiele brachten in Gelsenkirchen seit Kriegsende 10 Stücke in rund 200 Aufführungen.

Bewährte Mitarbeiter waren Erna Habermehl in der Puppenführung, Hilde Denneborg mit Kostümen, Holzbildhauer Wilhelm Kapteina als Figureschnitzer und Klemens Tülling als Bühnenbildner.

--

Sonntag, den 28. April

Als eine mutige Tat bewerteten die Gelsenkirchener Musikfreunde die im 7. Städt. Sinfoniekonzert gespielte Sinfonie "Matthias der Maler" von Hindemith unter der Leitung von Richard Heime. - Im gleichen Konzert spielte Prof. Münch-Holland das Cello-Konzert von Dvorak; zu Beginn erklang Beethovens 5. Sinfonie.

Montag, den 29. April

Mit Beginn der 88. Zuteilungsperiode (29. April) wurde die Be-
wirtschaftung von Essig eingeführt.

Der Verkauf von Essig wurde bis zur Fertigstellung der Essig-
karten untersagt. Von der 2. Woche der 88. Zuteilungsperiode
an sollte jede Person $\frac{3}{4}$ Liter Essig erhalten. Leere Flaschen
mit Korken mußten mit den Bestellscheinen abgegeben werden.

--

Trotz der Möglichkeit, Asche und Abfälle durch die städtische
Müllabfuhr abfahren zu lassen, gab es viele Haushaltungen, die
Asche und Abfälle aus Bequemlichkeitsgründen auf Trümmer, Bür-
gersteigen und Straßenränder schütteten.

Diese Schutthaufen wurden dann leicht zu Brutstätten von Unge-
ziefer und damit vor allem in der warmen Jahreszeit zu einer
Gefahrenquelle für die Gesundheit der Anwohner. Der Oberbürger-
meister wies daher die zuständigen Stellen und die Polizei an,
diesen Mißständen ein besonderes Augenmerk zu widmen und gegen
die, die schlechten Willens waren, nunmehr mit Strafen vorzuge-
hen.

--

Dienstag, den 30. April

Im Hotel "Zur Post" wurde der "Arbeitgeberverband der Eisen-
und Metallindustrie für Gelsenkirchen und Umgebung" gegründet.
Der Beitritt war freiwillig. Zum Vorsitzenden wurde Direktor
Theodor Suess (Gutehoffnungshütte), zu seinem Stellvertreter
Direktor Eduard Raven (Deutsche Eisenwerke, Schalker Verein)
gewählt. Dem Vorstände gehörten ferner die Herren Fritz Küp-
persbusch, Dr. König und Paul Schmidt.

--

Das "Theater an der Bochumer Straße" spielte als Erstauffüh-
rung "Meine Schwester und ich", Operette von Ralph Benatzky.

Vom "Westdeutschen Künstlerdienst" gab es eine Sonderveran-
staltung im Alten Aloysianum: Willi Bussel las eine Auslese
der schönsten Dichtungen von Goethe bis Auburtin, u.a. das
Melodrama "Das Hexenlied" von Ernst von Wildenbruch mit der
Musik von Max von Schillings.

Den umrahmenden musikalischen Teil bestritten Karl Riebe und
Wilfried Hemmerling (Klavier), Johannes de Klein (Violine),
Josef Zumkowski (Violine) und Willi Arnold (Cello).

--

In der Zeit vom 17. - 30. April erfolgten vier Raubüberfälle,
145 Einbruchs- und Lebensmitteldiebstähle, 187 einfache Dieb-
stähle, 40 Anzeigen wegen Schwarzhandels.

Sichergestellt wurden 4,5 kg Speck, 3 kg Schinken, 1 kg Wurst,
35 kg Schweinefleisch, 35 kg Kaffeebohnen, 3 Ztr. Roggen, 45 Ztr
Kartoffeln, 35 kg Futterrüben, 250 g Tabak, 118 Zigarren, 2 Fla-
schen Schnaps, 23 Paar Strümpfe und 1 Faß Heringe.

--

Mittwoch, den 1. Mai

Der 1. Mai galt in diesem Jahre im Gegensatz zu den Vorjahren als bezahlter Feiertag.

Begünstigt von schönem Wetter, zogen daher am Vormittag die Mitglieder der Gewerkschaften mit Musik-Kapellen zum Flugplatz, um nach mehr als zwölfjähriger Unterbrechung nach alter Tradition wieder den 1. Mai als einen Tag der Solidarität aller Arbeiter der Welt zu feiern. Nach zwei vom Volkschor Gelsenkirchen gesungenen Liedern hielt Hubert Scharley vom Ortsausschuß der Gewerkschaften eine kurze Begrüßungsansprache. Dann sprach Kurt Lichtenstein aus Herne über die geschichtliche Entwicklung der Gewerkschaften, wobei er die Forderung nach einem ungeteilten Deutschland aufstellte.

Im Stadtteil Buer fand eine gleichartige Kundgebung auf dem Sportplatz Löchter-Heide statt mit einer Ansprache des Leiters des Bergarbeiterverbandes Schiwon.

Auf einer Maifeier der SPD in Schloß Berge stellte sich erstmalig der Volkschor Buer unter der Leitung von Heinz Roesberg wieder in der Öffentlichkeit vor.

-.-

Am 1. Mai gab es in Gelsenkirchen in allen Wirtschafts- und Handelszweigen insgesamt 85 948 Beschäftigte. Industrie und Handwerk zählten 65 042 Beschäftigte, von denen 32 155, also etwa 50 %, auf den Bergbau entfielen. Es waren aber immer noch 6 000 Bergleute weniger als im letzten Friedensjahre. Als zweitgrößte Berufsgruppe traten Bau- und Baunebengewerbe in Erscheinung. Hier, waren am 1. Mai 8 118 Personen beschäftigt, eine Zahl, die nicht mehr weit hinter den 9 805 Personen zurück blieb, die 1938 in diesen Berufen tätig waren.

Die Eisen- und Metallindustrie stand mit 5 858 Beschäftigten an dritter Stelle (1938: 9 600).

Gegenüber 4 688 Beschäftigten im Jahre 1938 wies der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau jetzt 5 138 Beschäftigte auf.

Die Zahl der unbeschäftigten Arbeiter und Angestellten war gegenüber den rund 11 000 zum Jahresbeginn mit 7 895 am 1. Mai erheblich zurückgegangen; davon waren fast 5 000 weibliche Arbeitskräfte. Die planvollen Bemühungen des Arbeitsamtes waren also nicht ohne Erfolg geblieben.

-.-

Im April 1946 erhöhte sich die Zahl der Verkehrsübertretungen von 172 im März auf 597.

Davon entfielen auf die Fußgänger 128, auf die Radfahrer 162, auf Fuhrwerke 26, auf Kraftwagen 279, auf Krafträder und sonstige Fahrzeuge je eine.

Ein besonders ernstes Wort richtete der Chef der Polizei an die Straßenbahnbenutzer, nach dem bei dem Ansturm auf einen Straßenbahnwagen ein junges Mädchen gegen den Wagen gedrückt worden war, wobei ihm ein Bein abgefahren wurde.

-.-

In der Zeit vom 17. - 30. April konnte die Polizei wiederum 40 Schwarzhändlern das Handwerk legen.

Dabei wurden u.a. sichergestellt:

45 Ztr. Kartoffeln, 3 Ztr. Roggen, 35 kg Kaffeebohnen, 35 kg Zuckerrüben, 35 kg Schweinefleisch, ein Faß Heringe und 23 Paar Strümpfe.

Im gleichen Zeitraum wurden der Polizei ein Bandenraubmord, vier Raubüberfälle, 145 Einbruchs- und Lebensmitteldiebstähle sowie 187 einfache Diebstähle gemeldet.

--

Donnerstag, den 2. Mai

Seit dem Deutschland vor einem Monat dem internationalen Postverkehr wieder angeschlossen worden war, lebte auch in Gelsenkirchen der Postverkehr mit dem Auslande wieder auf.

Das Hauptpostamt führte an drei Tagen eine Zählung der ein- und abgehenden internationalen Postsendungen durch. In diesen drei Tagen gingen beim Hauptpostamt Gelsenkirchen 77 Postsendungen aus dem Ausland ein, die aus Dänemark, Norwegen, England, Frankreich, aus der Schweiz, Luxemburg, Schweden, Rußland, Belgien, Polen, Lettland und aus Übersee kamen. 247 Postsendungen gingen ins Ausland.

--

Freitag, den 3. Mai

Die Dichterlesungen in Gelsenkirchen-Buer gehörten seit 25 Jahren mit zu den regelmäßigen kulturellen Veranstaltungen dieses Stadtteils.

An diese Tradition knüpfte jetzt die Buchhandlung Arenhold wieder an, als sie den Recklinghäuser Schriftsteller Hans Willi Linke einlud, aus seinen Werken zu lesen.

--

Samstag, den 4. Mai

Der Winter-Nothilfe-Ausschuß unter Leitung des Fürsorgedezernenten, Stadtrat Fortkamp, dem die privaten Wohlfahrtsverbände Caritas, Innere Mission, Arbeiter-Wohlfahrt und Rotes Kreuz angehörten, wurde aufgelöst.

Man wollte jetzt in selbständiger Arbeitsgemeinschaft in wöchentlichen Zusammenkünften, denen der Vertreter der britischen Hilfsorganisation "Friends Ambulance Unit", Mr. Mennel, und auch weiterhin Dezernent Fortkamp vom Fürsorgeamt beiwohnen sollten, in gemeinsamer Arbeit die großen Aufgaben lösen, vor die sich die caritativen Verbände in der durch die Kriegswirren schwer heimgesuchten Stadt gestellt sahen.

--

Sonntag, den 5. Mai

Der von Arnold Merkelbach gegründete und geleitete Gelsenkirchener Kinderchor trat in der Mädchen-Mittelschule zum ersten Male an die Öffentlichkeit.

Der Chor sang eine geschmackvoll zusammengestellte Folge aus der klassisch-romantischen Zeit.

Das Wortmann-Quartett (R. Wortmann, K. Lomp, W. Kropat und H. Socharszewski) des Städt. Orchesters steuerte Quartettsätze von Haydn und Mozart bei.

--

Montag, den 6. Mai

Mit Rücksicht auf die Späterlegung der Sperrstunde führte die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn einen neuen Spätfahrplan ein.

Nunmehr fahren von Gelsenkirchen-Hauptbahnhof die letzten Wagen nach Bochum um 21.15 Uhr, nach Bismarck um 21.30 Uhr, nach Uckendorf um 21.20 Uhr, nach Horst um 21.10 Uhr, nach Heßler um 21.50 Uhr.

--

Dienstag, den 7. Mai

Am 7. Mai erschien die erste Nummer des "Westdeutschen Volks-echos" mit dem Untertitel "Zeitung der Werktätigen für Ruhrgebiet Westfalen".

Sie war das Organ der kommunistischen Partei. Die Auflagenhöhe der neuen Zeitung war nicht angegeben.

--

Über die Unzulässigkeit der Annahme von Vorbestellungen durch den Einzelhandel erließ der Oberbürgermeister folgende Bekanntmachung:

"Das Ernährungsamt hat festgestellt, daß einige Geschäftsleute mit Hilfe der Vorbestellabschnitte eine Kundenwerbung durchgeführt haben. Diese Geschäftsleute haben damit eine gesetzwidrige Erweiterung ihres Geschäftsbetriebes angestrebt. Bestellscheine dienen im allgemeinen zur Feststellung des Bedarfs, sind aber nicht für die Bindung des Kunden(des Kunden)an ein Geschäft bestimmt.

Es erfolgt hierdurch letztmalig eine ernste Verwarnung. Gegen Geschäfte, die ohne Anweisung des Ernährungsamtes Vorbestellungen entgegennehmen in dem Bestreben, mit solchen Maßnahmen anderen Geschäften den Umsatz zu schmälern, wird nach der Verbrauchsregelungs-Strafverordnung eingeschritten werden."

--

Die Berufsnachwuchsfragen gestalteten sich in Gelsenkirchen recht schwierig, weil die Wünsche der meisten Jugendlichen dahin gingen, die kaufmännische, technische oder akademische Laufbahn einzuschlagen. Bergleute und Maurer, die viel notwendiger gebraucht wurden, waren nur schwer zu bekommen. Das Arbeitsamt konnte dem Bergbau seit Oktober vorigen Jahres 800 Nachwuchskräfte zuleiten. Die Zahl reichte aber bei weitem nicht aus, um den Abgang von Bergleuten infolge Invalidität oder Überalterung auszugleichen. Für die Unterbringung der Jugendlichen wirkte sich die Einführung des 9. Pflichtschuljahres günstig aus, da zu wenig Lehrstellen vorhanden waren, um den Berufswünschen der Jugendlichen nachzukommen. Auch in der Berufslenkung der weiblichen Jugend stand die Berufsberatung vor schwierigen Aufgaben. Der Drang zu den kaufmännischen Berufen überstieg bei weitem die Unterbringungsmöglichkeiten, dagegen waren offene Stellen in der Landwirtschaft und in der Hauswirtschaft nur schwer zu besetzen. Infolge der guten Verdienstmöglichkeiten im Baugewerbe konnte der Kräftebedarf durch weibliche Arbeiter teilweise gedeckt werden.

Auf Veranlassung der Militärregierung sollten Ausschüsse gebildet werden, die die Freilassung von Studenten und Studentinnen für das Hochschulstudium überprüfen sollten, um dadurch dem übermäßig hohen Andrang zu den Hochschulen entgegenzutreten.

--

Mittwoch, den 8. Mai

Unter der Überschrift: "Schalkes Glaube an die Zukunft" brachte die "Westfälische Rundschau" in ihrer Ausgabe vom 8. Mai eine Plauderei mit Szepan und Kuzorra über die Zukunftsaussichten des FC Gelsenkirchen Schalke 04.

--

Um auch die Buerschen Theaterfreunde in den Genuß von Theateraufführungen zu bringen, entschloß sich das "Neue Theater" in Alt-Gelsenkirchen, im Saale des Zechengasthauses Bergmannsglück, Gastspiele zu veranstalten.

--

Donnerstag, den 9. Mai

Zur Erhaltung, Vermehrung, Sichtung, Zuteilung und Ausnutzung des vorhandenen Wohnraumes erließ der Alliierte Kontrollrat das Gesetz Nr. 18, das sogenannte Wohnungsgesetz. Darin wurde bestimmt, daß die zum Vollzug des Gesetzes erforderlichen Maßnahmen den deutschen Behörden obliegen, die zu diesem Zwecke - soweit noch nicht geschehen - Wohnungsämter und Wohnungsausschüsse einrichten sollten. Die deutschen Wohnungsbehörden mußten in ihrem Amtsbereich eine Bestandsaufnahme des vorhandenen Wohnraums vornehmen und auf dem laufenden halten und sie mußte sich bemühen, Wohnraum zu beschaffen.

Dazu konnten sie zweckentfremdeten Wohnraum seinem ursprünglichen Zweck wieder zuführen, einen Wohnungstausch anordnen, Wohnraum um- oder ausbauen und dringende Reparaturen vornehmen. Sie konnten ferner Wohnräume erfassen. Die Hausbesitzer wurden verpflichtet, das Freiwerden einer Wohnung unverzüglich der deutschen Wohnungsbehörde zu melden. Für die Zuteilung von Wohnräumen stellte das Wohnungsgesetz ins einzelne gehende Grundsätze auf, wobei ein gewisser Personenkreis (Widerstandskämpfer, Alte, Invaliden, Körperbehinderte und Kinderreiche) bevorzugt berücksichtigt wurden. Die deutschen Wohnungsbehörden wurden verpflichtet, der Militärregierung Berichte in vorgeschriebener Form einzureichen. Die Militärregierung konnte auch bestimmte Gemeinden zu "Brennpunkten des Wohnungsbedarfs" erklären, was zur Folge hatte, daß die Wohnungsbehörden Zuzug verhindern und Abwanderung von solchen Bewohnern, die für die Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens der Gemeinde nicht erforderlich waren, erleichtern konnten. Verstöße gegen das neue Wohnungsgesetz wurden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 RM bedroht.

--

Durch einen Raubüberfall wurde das Stadtviertel Buer-Resse beunruhigt.

Vier bis fünf mit Pistolen bewaffnete Männer drangen nachts in das Gehöft des Bauern Johann Vollmer, Sienbeckstraße 69, ein. Die Bewohner wurden mit Schußwaffen bedroht und mißhandelt. Die Täter raubten einen Rundfunkapparat, Ringe, Uhren, Herrenanzüge, Damenkleider und vier Gänse. An der weiteren Tätigkeit wurden sie durch Alarmierung von Hilfe gehindert. Sie flüchteten und entkamen in Richtung Herten.

--

Freitag, den 10. Mai

Die Leiter der Städt. Lebensmitteluntersuchungsämter von Aachen, Bielefeld, Bochum, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Essen, Hagen, Hamburg, Hannover, Krefeld, Lüdenscheid, Moers, Mönchengladbach, Oberhausen, Osnabrück, Recklinghausen, Remscheid, Siegen und Wuppertal traten unter dem Vorsitz von Oberchemierat Dr. Strohecker (Gelsenkirchen) im Hotel "Zur Post" zu einer Arbeitstagung zusammen, auf der sie Stadtrat Neysters im Auftrage des Oberbürgermeisters herzlich begrüßte.

Die Beratungen befaßten sich im wesentlichen mit der Kontrolle der Werks- und Volksküchen und der Kinderspeisungen und erörterten einschlägige Maßnahmen der Milch-, Wurst-, Wein- und Bierkontrollen sowie der Überprüfung von Suppenpasten, Seifen und Waschpulvern.

--

Das Evangl. Hilfswerk, das im November 1945 die Arbeit der Inneren Mission übernommen hatte, hatte sich unter der örtlichen Leitung von Pfarrer Grolmann (Buer) den Ausbau der einzelnen Arbeitsgebiete sehr angelegen sein lassen. Alle Fäden dieser vielseitigen Arbeit liefen in der Dienststelle im Hause des Mütter- und Säuglingsheimes, Wiehagen 26, zusammen.

Neben der Sorge um die rückgeführten Frauen, die aus der Kriegsgefangenschaft heimgekehrten Soldaten und die Ausgebombten trat auch die Arbeit der Bahnhofsmision, die ihre Tätigkeit im Oktober vergangenen Jahres wieder aufgenommen hatte.

Von Dezember bis März 1946 konnte sie 1 150 Soldaten und Rückgeführte betreuen. Im gleichen Zeitraum wurden 500 Personen verpflegt, 41 Personen ein Obdach vermittelt und in 12 Fällen erste Hilfe geleistet.

Erst im Aufbau begriffen war das Werk der Kindererholungs-fürsorge, während die Entwicklung der fünf Kindergärten in Alt-Gelsenkirchen bereits einen erfreulichen Aufschwung genommen hatte.

--

Der Oberbürgermeister verbot auf Anweisung der Militärregierung den Verbrauch von Milch, Milchprodukten oder Fetten bei der Herstellung von Speiseeis sowie den Verkauf solchen Eises.

--

Das "Theater an der Bochumer Straße" spielte als Erstaufführung den Schwank "Die spanische Fliege" von Arnold und Bach.

--

Samstag, den 11. Mai

Die Bismarcker Fähre nahm ihren Betrieb wieder auf. Es wurde Vorsorge getroffen, daß die neuerdings festgesetzte Höchstzahl von 18 Personen auf keinen Fall überschritten wurde. Durch entsprechende Maßnahmen wurde auch dafür gesorgt, daß sich der Zu- und Abgang der Fahrgäste in geordneter Form abwickelte.

--

Zur Abwehr des Kartoffelkäfers ordnete der Oberbürgermeister eine verstärkte Suchaktion an.

Vom 14. Mai bis zur Beendigung der Ernte mußten die mit Kartoffeln oder Tomaten bestellten Flächen jeden Dienstag und Donnerstag abgesucht werden. Wer dazu nicht genügend Personal hatte, konnte sich wegen Hilfe an den Suchwart des Bezirks wenden.

In den Polizeiamtern in Alt-Gelsenkirchen und Gelsenkirchen-Buer wurde je ein Kartoffelkäferabwehrdienst eingerichtet.

--

Zeitungen aus anderen Gebieten durften nach einer Mitteilung in den "Bekanntmachungen der Stadt Gelsenkirchen" aus Gründen der Papierknappheit in Gelsenkirchen nicht verkauft werden; auch war es nicht erlaubt, Zeitungen und Zeitschriften aus anderen Besatzungszonen hier zu verkaufen.

-.-

Die Unzufriedenheit über die unzulänglichen Lebensmittelrationen war nach wie vor sehr groß.

In vielen Kreisen hatte man, angeregt durch zahlreiche Veröffentlichungen der UNRA, Hoffnungen auf eine Hilfe in der Ernährungslage gesetzt, doch hatten sich diese Hoffnungen mehr und mehr zerschlagen und einer tiefen Depression Platz gemacht. Man sah die Ursache der Ernährungskrise auch in der durch die Zoneneinteilung bedingten Abschließung der einzelnen Teile Deutschlands voneinander. Gerüchte wollten wissen, daß in Bayern große Mengen Kartoffeln lagerten, die zum Teil verfaulten, weil keine Stelle dafür sorgte, daß die Kartoffeln in die wirklichen Notstandsgebiete abtransportiert wurden.

Auch der Mangel an Bedarfs- und Gebrauchsgegenständen wurde von der Bevölkerung immer drückender empfunden, weil die durch die Kriegsergebnisse ohnehin schon stark zusammengeschrumpften Bestände auch bei noch so sorgfältiger Pflege sich durch den natürlichen Verschleiß immer mehr verringerten; so wurde immer stärker der Ruf nach Öffnung der Besatzungszonen laut.

-.-

Für die auf den 13. Oktober angesetzten ersten freien Wahlen zu einer Stadtverordnetenversammlung seit 1933 wurden jetzt schon die ersten Vorbereitungen getroffen, weil praktisch der gesamte Wahlapparat neu aufgebaut werden mußte.

Der Wahlausschuß, der sich aus den Bürgerratsmitgliedern Dr. Disse, Jansen, Berger, Butz und Weiser zusammensetzte, teilte das Stadtgebiet in zwölf Wahlbezirke ein; auf je 1 200 Einwohner war ein Stimmbezirk geplant.

Die Aufteilung der Wahlbezirke war folgende:

Wahlbezirk I: Altstadt / Schalke-Süd,

Wahlbezirk II: Hüllen / Bulmke,

Wahlbezirk III: Ückendorf,

Wahlbezirk IV: Neustadt,

Wahlbezirk V: Rotthausen,

Wahlbezirk VI: Heßler / Schalke-Nord,

Wahlbezirk VII: Bismarck,

Wahlbezirk VIII: Horst / Beckhausen,

Wahlbezirk IX: Erle / Resse-Süd,

Wahlbezirk X: Buer-Mitte / Beckerad / Hugo / Heege,

Wahlbezirk XI: Buer-Mitte-Ost / Resse / Schievenviertel / Schloß Berge,

Wahlbezirk XII: Hassel / Scholven / Löchter / Bergmannsglück / Buer-Nord.

Große Schwierigkeiten bereitete die Beschaffung von Wahlurnen in der benötigten Zahl, von Wahlzellen und - bei der herrschenden Papierknappheit - von Wahlumschlägen und Stimmzetteln.

-.-

Sonntag, den 12. Mai

Das Städt. Orchester veranstaltete in der Mädchen-Mittelschule ein Sonderkonzert mit Gerhard Taschner, dem ersten Konzertmeister der Berliner Philharmoniker. Es spielte das Violinkonzert von Johannes Brahms.

Auf dem Programm standen außerdem noch Beethovens Ouvertüre zu "König Stephan" und die 5. Sinfonie von Tschaikowsky.

--

Die "Gesellschaft für Literatur und Kunst" im Stadtteil Buer, die sich 1934 auflösen mußte, wurde neu gegründet.

Die Leitung wurde der Witwe des letzten Leiters der Gesellschaft, Frau Hentze, übertragen; die Kassenführung übernahm Buchhändler Ihmann; die Leitung des Vortragswesens lag in Händen von Fräulein Sonntag.

An dem ersten literarischen Abend der Gesellschaft sprach Dr. Fußholler über die beiden Begriffe "Ehrfurcht" und "Freude" als die Grundpfeiler Goetheschen Denkens.

--

Montag, den 13. Mai

Bürgerratsmitglied Hugo Löbbert, Horst, richtete an Oberst Spottiswoode, Münster, eine längere Eingabe, in der er auf die schwerwiegenden Folgen hinwies, die das weitere Stilllegen der Gelsenberg Benzin AG für den Stadtteil Horst haben müsse.

Da dieses Werk - abgesehen von den Zechen - die einzige industrielle Großanlage des Stadtteils sei, die Bevölkerung aber durch die Fliegerangriffe während des Krieges und durch die kürzliche Hochwasserkatastrophe schwer betroffen worden sei, wirkten sich die durch das Stilliegen hervorgerufenen nachteiligen wirtschaftlichen Folgen besonders hart aus. Das 1936 begründete und 1939 in Betrieb genommene Werk habe jährlich rund 440 000 Tonnen Treibstoff produziert, außerdem Dampf und Strom für benachbarte Zechen und das RWE. Die normale Belegschaft des Werkes belief sich auf 7 000 Beschäftigte, von denen etwa 4 000 in Horst ansässig waren. Einschließlich der Familienangehörigen lebte somit ein wesentlicher Teil der 26 000 Personen zählenden Einwohnerschaft von Horst unmittelbar durch die Arbeitstätigkeit bei Gelsenberg Benzin. Die Wiederaufnahme des Betriebes sei daher für Horst eine Lebensfrage.

--

Wegen planmäßiger Umgehung des Gesetzes Nr. 52 der Militärregierung (Sperrung und Beaufsichtigung von Vermögen) verurteilte das Militärgericht einen Kaufmann aus Gelsenkirchen-Buer zu einer Gefängnisstrafe von 5 Jahren. Er hatte sich kurz nach der Besetzung von Buer von dem stell-

vertretenden Bürgermeister eine Bestallung als Treuhändler besorgt und unbefugt die Verwaltung einer großen Firma übernommen.

--

In Buer-Beckhausen kam ein zehnjähriger Schüler durch eine beim Spielen gefundene Flakgranate, die er durch Aufschlagen auf einen Stein zur Explosion brachte, zu Tode. Ein neunjähriger Spielkamerad von ihm mußte schwerverletzt ins Horster Krankenhaus gebracht werden.

--

Dienstag, den 14. Mai

Der Verein zur Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrkohlengebiet, der Träger des Hygieneinstituts in Gelsenkirchen ist, hielt unter der Leitung von Oberbürgermeister Zimmermann als stellvertretenden Vorsitzenden im Hotel "Zur Post" am 14. Mai eine Mitgliederversammlung ab, an der auch das Ehrenmitglied des Vereins, der in Hannover im Ruhestand lebende frühere Leiter des Instituts, Prof. Dr. Hajo Bruns, teilnahm.

Dabei machten die beiden Oberärzte des Instituts, Dr. Wüstenberg und Dr. Heine, bemerkenswerte Mitteilungen über den derzeitigen Stand der Volkskrankheiten. Danach waren Typhus und Paratyphus sowie Geschlechtskrankheiten in ständigem Ansteigen begriffen. Von 300 bis 400 Blutuntersuchungen, die das Institut täglich vornehme, ergäben 25 % einen positiven Befund von Geschlechtskrankheiten gegenüber einem Normalstand von 8 - 10 %. Auch die Tuberkulose sei im Steigen begriffen; sie trete auch in Teilen des menschlichen Körpers auf (Schenkelbeuge, Achseldrüsen), die früher nicht oder nur selten von ihr befallen wurden.

Die Versammlung wählte den erweiterten Vorstand neu und nahm Ergänzungswahlen zum Geschäftsführenden Vorstand vor. Zum ersten Vorsitzenden wurde einstimmig Bergwerksdirektor Bergassessor a.D. Hueck gewählt, zum Stellvertretenden Vorsitzenden Oberbürgermeister Zimmermann (Gelsenkirchen), zum Schriftführer Bergwerksdirektor a.D. Wimmelmann und zum Rechnungsführer Direktor Imhoff (Gelsenkirchen).

--

Mit dem vorerst allerdings nur notdürftigen Wiederaufbau der Empfangshalle im Hauptbahnhof wurde jetzt begonnen. Die Halle erhielt eine Notbedachung, so daß der unhaltbare Zustand, daß sie bei regnerischem Wetter an vielen Stellen unter Wasser stand, jetzt endlich aufhörte.

--

Der Steinkohlenbergbau, das Fundament der heimischen Wirtschaft, machte Gelsenkirchen zur größten Kohlenstadt im europäischen Kontinent; durch seine Glasindustrie entwickelte sich die Stadt der Tausend Feuer aber auch zur bedeutendsten Glasstadt Deutschlands.

Gelsenkirchen besitzt die größten Flachglaswerke Deutschlands: die Delog (Deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft für maschinelle Glasherstellung) und die Glas- und Spiegelmanufaktur Schalke. Auf der Delog in Rotthausen waren von sechs vorhandenen Zieh- anlagen vier wieder in Betrieb; sie erzeugten monatlich 800 000 qm Fensterglas.

Auch die Glashütte der Glas- und Spiegelmanufaktur, die sich in der Hauptsache auf die Herstellung von spezial Flachglas für die verschiedensten Zwecke beschränkte, produzierte trotz der durch Kriegseinwirkung eingetretenen starken Beschädigung monatlich schon wieder 320 000 qm. Die Produktion von Spiegelglas war allerdings noch nicht wieder angelaufen.

--

Im Alten Aloysianum gab Luise Wacker einen Lieder- und Arien- abend, begleitet von Richard Heime. Sie sang Lieder und Arien von Handel, Gluck, Brahms und Schumann.

--

Mittwoch, den 15. Mai

Nach einer Verbotszeit von 12 Jahren konnten sich außer der Arbeiterwohlfahrt auch weitere Organisationen der SPD wie Frauenbewegung, Jungsozialisten und andere wieder neu konstituieren.

Das August-Bebel-Haus wurde der Partei für ihre Zwecke zurückgegeben.

Der SPD-Unterbezirk Gelsenkirchen umfaßte insgesamt 18 Ortsvereine (11 in Alt-Gelsenkirchen und 7 in Buer und Horst).

--

Auf Veranlassung der Militärregierung verteilte das Britische Rote Kreuz 19 100 "Pazifik-Päckchen" an unterernährte Kleinkinder, die durch die Wohlfahrtsverbände, durch Ärzte und Gesundheitsfürsorgestellen erfaßt wurden. Die Kindergärten erhielten zusätzlich täglich 1/8 Liter Nährspeise.

Bis jetzt kamen 32 700 Kinder in den Genuß einer regelmäßigen Schulspeisung.

Darüber hinaus stellte das britische Heer aus seinen Beständen 39 Tonnen Lebensmittel für Schulkinder zur Verfügung und für Kinder von 12 bis 14 Jahren, täglich 60 bis 80 g Keks.

--

Donnerstag, den 16. Mai

In der Zeit vom 1. bis 15. Mai erfolgten in Gelsenkirchen zwei Bandenraubüberfälle, 128 Einbruchs- und Lebensmittel- diebstähle sowie 248 einfache Diebstähle.

48 Personen wurden wegen Schwarzhandels bzw. Hamsterns angezeigt.

Bei Schwarzhandelskontrollen wurden u.a. sichergestellt:
400 Dosen Fischkonserven, 160 Dosen Olsardinen, 240 Dosen Kase, 160 Dosen Trockenobst, 80 Flaschen Lebertran, 80 kg Trockenfisch, 30 Zentner Kartoffeln, 2 Zentner Zucker, 140 Eier, 2 215 Zigarren und Zigaretten, 2 Mantelstoffe, 2 Kleiderstoffe und 1 Anzugstoff.

--

Freitag, den 17. Mai

Der "Konzertverein Gelsenkirchen" brachte unter der Leitung von Arnold Merkelbach eine Aufführung von Haydns "Jahreszeiten".

Mitwirkende waren neben dem Städt. Orchester Elisabeth Schmidt, Hagen, Sopran, Ernst Buckenmüller, Dortmund, Tenor und Clemens Kaiser-Breme, Essen, Baß.

--

Samstag, den 18. Mai

Der Wiederaufbau des Gelsenkirchener Schulwesens war soweit fortgeschritten, daß wieder 36 979 Jungen und Mädchen eingeschult waren.

Davon entfielen auf die Oberschulen 2 585 Schüler und Schülerinnen, auf die Mittelschulen 1 631, auf die Berufsschulen 6 814. 25 949 Schulkinder standen für den Unterricht an 23 Volksschulen zur Verfügung.

--

Sonntag, den 19. Mai

Nach 13 Jahren wurde der erste Wahlkampf nach dem Kriege eröffnet, und zwar durch die SPD Buer - Horst in der Schauburg Buer in einer Morgenfeier, am Sonntag, den 19. Mai. Verlagsdirektor Groß (Bielefeld) und der 72 Jahre alte ehemalige Reichstagsabgeordnete Karl Schreck waren die Redner der Wahlversammlung.

Durch Instrumental- und Chormusik, ausgeführt vom Städt. Orchester unter Richard Heime und dem Volkschor Buer unter Heinz Roesberg wurde die Feier musikalisch umrahmt.

--

Montag, den 20. Mai

Der Kindergarten der Evangl. Kirchengemeinde Gelsenkirchen in der sog. "Gabelsburg" an der Gabelsbergerstraße wurde nach Beseitigung der Kriegsschäden am 20. Mai wieder eröffnet.

--

Dienstag, den 21. Mai

Das Militärgericht verurteilte einen Buerschen Bürger wegen Besitzes von Schußwaffen und Munition zu 10 Jahren Gefängnis.

Wegen ungesetzlichen Schlachtens und wegen Verkaufs von Brotmarken verhängte das Gericht zwei Monate Gefängnis und 3 000 RM Geldstrafe.

Eine falsche Eintragung in einem Fragebogen kostete einem weiteren Angeklagten 2 000 RM.

--

Gegen die Faulenzer war die Tätigkeit eines Städt. Ausschusses gerichtet, der eingesetzt wurde, um sich mit der Beschaffung von Arbeitskräften für die Bauwirtschaft zu befassen. Da selbst für vordringliche Bauarbeiten keine Arbeiter aufzutreiben waren und alle Bemühungen der Militärregierung und des Arbeitsamtes in dieser Richtung ohne Erfolg geblieben waren, wollte man nunmehr auf die Arbeitskräfte zurückgreifen, die nicht voll eingesetzt waren. Ohne einen gewissen Druck ging es dabei nicht ab; es wurde aber als nicht mehr als billig und im Interesse der fleißigen und pflichtbewußten Arbeiter angesehen, daß nunmehr gegen die Müßiggänger und Faulenzer, die zum Teil sogar ihre Kontrollkarten zu fälschen wußten, energischer vorgegangen wurde.

Das Arbeitsamt forderte die um 30 und mehr Prozent erwerbsbeschränkten Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, sich zur Erfassung zu melden.

--

Vor Beginn des Krieges besaß Gelsenkirchen 21 900 Wohnhäuser mit 92 400 Wohnungen.

Davon wurden im Kriege 5 475 Gebäude und 49 000 Wohnungen total zerstört.

Schwer beschädigt waren nach Beendigung der Kampfhandlungen 5 810 Gebäude; 2 100 Häuser waren mittelschwer und 7 000 leicht beschädigt.

Nur 1 515 Gebäude blieben unversehrt.

Zur Zeit waren wieder 54 000 Wohnungen aufgebaut.

In Gelsenkirchen in der Zeppelinallee befand sich das Bezirksbaulenkungsamt für den westfälischen Teil des Industriegebietes.

--

Mittwoch, den 22. Mai

Von den ev. Vereinen in der Gelsenkirchener Altstadt nahm auch der Ortsverband des Deutsch-Evgl. Frauenbundes seine Tätigkeit wieder auf.

Vorsitzende wurde Frau Rumberg.

--

Auf Anordnung der Militärregierung fiel die bis dahin übliche allabendliche Bekanntgabe des Eintritts der Sperrstunde durch die Luftschuttsirenen jetzt fort.

--

Donnerstag, den 23. Mai

Alle früher genehmigten Lebensmittelzulagen für Halbschwer-, Schwer- und Schwerstarbeiter sowie Ergänzungskarten für Industrie und Gewerbe (mit Ausnahme des Bergbaus) verloren mit dem Ablauf der 89. Zuteilungsperiode (23. Juni) ihre Gültigkeit.

Neue Anträge mußten rechtzeitig im Gewerbeaufsichtsamt in Recklinghausen oder in dessen Außenstelle in der Hochstraße in Gelsenkirchen in dreifacher Ausfertigung zur Prüfung vorgelegt werden. Erst nach Überprüfung dieser Anträge erfolgte die Ausgabe von Zulagekarten für die 90. Zuteilungsperiode.

--

Freitag, den 24. Mai

Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn beförderte in einem Monat 2 413 153 Fahrgäste, das waren täglich rund 80 000 Personen.

Durch die ungewöhnlich hohe Beanspruchung der Straßenbahn entstanden an den Haltestellen immer wieder Zänkereien, die oft in Prügeleien ausarteten.

Schwarzfahrer blieben trotz strengen Verbotes auf den Trittbrettern stehen, und so artete die Überfüllung der Straßenbahnwagen zu einer Verkehrsgefahr aus.

--

Samstag, den 25. Mai

An die aufbauwillige Bevölkerung Gelsenkirchens richteten der Bürgerrat, das Arbeitsamt, die Gewerkschaften, die Industrie- und Handelskammer, die Kreishandwerkerschaft Gelsenkirchen und der Innungsausschuß Buer folgenden Aufruf:

"Gewaltig sind die Aufgaben, die auch in unserer Stadt zu erfüllen sind. Die Beseitigung der Trümmer, den Wieder- und Neuaufbau unseres Vaterlandes und damit auch Gelsenkirchen können wir nicht fremden Kräften oder einer späteren Generation überlassen. Das müssen wir schon in allen Teilen selbst tun, wenn die Gegenwart, die ja das Leben ist, einen Sinn haben soll.

Der Mangel an Arbeitskräften ist riesengroß, auch dann noch, wenn der letzte Kriegsgefangene zurückgekehrt und in Arbeit gekommen ist. Wir müssen also sofort alle gemeinsam alle Möglichkeiten ausschöpfen, die geeignet sind, Ordnung in das Chaos zu bringen. Daran haben sich bisher lobenswerterweise freiwillig viele aufrechte Männer und Frauen beteiligt. Es gibt

aber auch noch Volksgenossen, die noch nicht begriffen haben, daß alle ohne Ausnahme hier mithelfen müssen. Das sind solche, die einer zweifelhaften Tätigkeit, die nicht dem Gemeinwohl dient, nachgehen. Dann gibt es noch eine ganze Anzahl Arbeits- und Dienstverhältnisse, deren Aufrechterhaltung zur Zeit nicht vertretbar ist. Bei diesen Personenkreisen kann bei der Eingliederung in die Neuorganisation von einer Freiwilligkeit keine Rede sein.

Es wird hiermit jedem, der bis jetzt noch in keiner geregelten Beschäftigung steht, noch einmal eine letzte Möglichkeit gegeben, sich bis zum 1. Juni beim Arbeitsamt freiwillig zu melden, auch dann, wenn er im Besitz der Meldekarte ist.

Die schon tätige und aufbauwillige Bevölkerung wird aus Gründen der Gerechtigkeit aufgefordert, sich unnachlässig in ihrem Verwandten-, Bekannten- und Nachbarkreise danach umzusehen, ob hier noch männliche Volksgenossen sind, die keiner geregelten Arbeit nachgehen, oder deren "Arbeit" nicht dem Gemeinwohl dient. Alle Müßiggänger und Nichtstuer, deren Zahl sich ja aus allen Berufen und Ständen zusammensetzt, sind dem Amt für Arbeitseinsatz im Rathaus Buer, Zimmer 89, unter genauer Angabe des Namens, der Anschrift, des Berufes und der jetzigen Beschäftigung oder Nichtbeschäftigung bis zum 25. Juni laufend anzugeben. Die Meldungen können schriftlich oder mündlich sein und werden vertraulich behandelt. Anonyme Meldungen gelten als nicht erfolgt. Ferner nehmen Meldungen entgegen das Baulenkungsamt in der Augustastraße (Handelsschule) und für den Stadtteil Horst das Bauamt in der Hippolytusschule.

Die zu meldenden Leute sind wohl jedem bekannt, wie Stellenlose aus allen Berufen, oder auch solche, die noch auf eine sog. "große Berufung" warten, ferner Geschäftsleute, die kein Geschäft mehr ausüben, Wirte, und sog. "Vertreter" von Geschäften und Branchen aller Art, solche, die sich "selbständig" nennen, ohne es zu sein, oder wenn sie es sind, keine heute vertretbare Beschäftigung haben, Schwarzarbeiter und alle Personen, die immer noch zwischen Landwirtschaft und Stadt für "eigene" Geschäfte und Rechnung hin- und herpendeln, und vor allem die Leute vom "Schwarzen Markt".

Es darf keine Arbeitsunwilligen, Widerspenstigen und Drückeberger mehr geben; Schwarzhändler, Wucherer und alle, die die Not der Bevölkerung zu unverantwortlichen Profiten mißbrauchen, sollen mit ganz besonderen Arbeiten beschäftigt werden. An diese Aufforderung wird die Erwartung geknüpft, daß es nur so noch möglich ist, alle Volks- und Bevölkerungskreise zur opfernden und tätigen Mitarbeit heranzuziehen, damit uns das große Aufbauwerk gelingt."

-. -

Das "Theater an der Bochumer Straße" spielte als Erstaufführung das Schauspiel "Die heilige Flamme" von Somerset Maugham in der Inszenierung von Willi Fligge.

-. -

Sonntag, den 26. Mai

Das 8. Städt. Sinfoniekonzert unter der Leitung von Richard Heime brachte am Sonntag Vormittag in der Schauburg Buer folgendes Programm:

Ouvertüre zu "Idomeneo" von Mozart, 12. Londoner Sinfonie von Haydn, "Ariadne auf Naxos" von Haydn (Solistin: Margret Carnheim, Alt), Sinfonie Es-Dur von Mozart.

Das Konzert wurde, wie es jetzt üblich geworden war, am Dienstagabend in der Aula der Mädchen-Mittelschule in Alt-Gelsenkirchen wiederholt.

-. -

Montag, den 27. Mai

Die Gemüse- und Lebensmittelknappheit gab der Kleingartenbewegung einen starken Auftrieb.

Ein Rundgang durch die Städt. Grünanlagen bestätigte die frisch zupackende Unternehmungslust der Kleingärtner. Selbst das Aufmarschgelände auf dem Wildenbruchplatz wurde in sehr mühevoller Arbeit kleingärtnerischer Benutzung zugeführt.

Der Stadtverband der Kleingärtner zählte in der Gesamtstadt jetzt 27 Vereine, davon in Alt-Gelsenkirchen allein 16. In ihnen waren über 3 600 alte Mitglieder zusammengeschlossen; rund 1 600 Neuanmeldungen wurden erwartet.

-. -

Infolge Verknappung des Rohtabaks wurde ein Drittel Rauchwaren weniger zugeteilt, und zwar in der Form, daß die Raucherkarten nicht mehr vier, sondern sechs Wochen Laufzeit hatten.

Die Raucherkarte 89 galt daher vom 27. Mai bis 7. Juli.

-. -

Im Bulmker Park hatte sich ein "Schwarzer Markt" gebildet, der schnell weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt und zu einer traurigen Berühmtheit geworden war.

Zu Fantasiepreisen war hier alles zu haben; darüber hinaus hatten Glücksspieler eine regelrechte Spielbank mit Spieltischen eingerichtet. Die "Zigarettenwährung" hatte die Reichsmark abgelöst.

Welche Preise auf dem "Schwarzen Markt" im Bulmker Park gezahlt wurden, zeigt folgende "Preisliste":

1	500 g	Brot	20	RM
	500 g	Speck	200	RM
	500 g	Fleisch	25	RM
	500 g	Schmalz	220	RM
0,7	1	Oel	200	RM
	1	Zigarette, englisch	6	RM
	1	Zigarette, amerikanisch	7	RM
	1	Zigarette, deutsch	3	RM
	1	Zigarette, gedreht	2	RM
	50 g	Tabak	60	RM - 80 RM
0,7	1	Schnaps	180	RM - 200 RM

500 g Kaffee	300 RM - 400 RM
500 g Tee	600 RM
500 g Kakao	400 RM
500 g Zucker	60 RM
500 g Butter	180 RM - 200 RM
1 Ei	6 RM - 7 RM
1 Ztr. Kartoffeln	300 RM - 500 RM
1 Tafel Schokolade	30 RM
1 Paar Schuhe	400 RM - 800 RM
1 Feuerstein	5 RM
1 Tonne Kohlen	400 RM - 600 RM
1 Oberhemd	120 RM - 300 RM
1 Paar Damenstrümpfe	160 RM - 220 RM
1 Rolle Nähgarn	15 RM - 60 RM
1 Autoreifen	1 500 RM
1 Autoschlauch	750 RM
1 Fahrradbereifung	1 200 RM
3 Meter Anzugstoff	1 400 RM - 3 000 RM

Gegen diesen "Schwarzen Markt" im Bulmker Park führte die Polizei im Einvernehmen mit der Militärregierung am frühen Nachmittag des 28. Mai durch eine große Razzia einen überraschenden Schlag durch.

Das ganze Gebiet um den Park wurde vollkommen abgesperrt, als gerade Hochbetrieb herrschte. Vom Polizeiamt zum Bulmker Park und zurück rollten bis in die Abendstunden hinein die Polizeilastwagen, um die festgenommenen Personen zur Vernehmung abzuführen. Um der ständig steigenden Zahl Herr zu werden, sah sich die Polizei schließlich sogar genötigt, die Aula der Mädchen-Mittelschule mit Beschlag zu belegen, so daß das für diesen Abend angesetzte Sinfoniekonzert ausfallen mußte. Im ganzen wurden 4 153 Personen festgenommen, in der Hauptsache Neugierige und Zaungäste; 1 076 Personen wurden überprüft. 95 Personen, darunter 40 Frauen, waren ohne Ausweis. Wegen Verdacht, Schwarzhandel im großen Stil betrieben zu haben, wurden 9 Personen in Haft behalten. Von den insgesamt festgesetzten Personen wurden 29 800 RM sichergestellt. Viele hatten aber auch ihr Geld und ihre Ware im Bulmker Park weggeworfen. So fand man unter den Büschen Lebensmittel und Bekleidungsstücke aller Art, ferner 2 150 RM und 400 Gulden bares Geld herrenlos herumliegen.

Das tatkräftige Eingreifen der Polizei löste in der Gelsenkirchener Bevölkerung lebhaftes Genugtuung aus. Es wurde schärfste Bestrafung gefordert sowie Heranziehung zu den Schuttraumungsaktionen. Besonders groß war die Genugtuung in Arbeiterkreisen, deren durchschnittliches Monatseinkommen kaum ausreichte, um ein Pfund Butter "schwarz" kaufen zu können. Auf der anderen Seite waren die Rationen so knapp, daß ein Normalverbraucher seine Lebensmittel für vier Wochen bei normalen Preisen für rund 8 RM kaufen konnte; selbst der Bergmann, der zu den am besten versorgten Arbeitern gehörte, brauchte für seine Verpflegung in vier Wochen nur rund 35 RM, und das zu derselben Zeit, in der das Pfund Butter auf dem "Schwarzen Markt" 200 RM kosteten.

In der Zeit vom 15. - 28. Mai stellte die Polizei bei der Bekämpfung des Schwarzhandels in Gelsenkirchen folgende Lebensmittelmengen sicher:

74 Ztr. Kartoffeln, 12 Ztr. Mehl, 2 Ztr. Zucker, 59 kg Fleisch, 18 kg Fett, 17 kg Schinken, 70 Eier, 2 kg Butter, 2 kg Wurst, 1 100 Zigaretten. 42 Personen wurden angezeigt.

Mittwoch, den 29. Mai

Da die Zuteilung von Feinkohlen fortgefallen war, war eine regelmäßige Belieferung der Verbraucher über die Kohlenkarte nicht mehr möglich.

Dem Wirtschaftsamt standen nur geringe Kontingente an Schlammkohlen zur Verfügung, die aber wegen Transportschwierigkeiten nur zum Teil abgefahren werden konnten.

-. -

Der Ruderverein Gelsenkirchen 1920, die freie Rudervereinigung und der Schüler-Ruderverein schlossen sich zum Ruderverein Gelsenkirchen zusammen.

Den Vorsitz übernahm Studienrat Mönikes.

-. -

Der Ortsverein Gelsenkirchen für Jugendherbergen und Jugendwandern konstituierte sich neu.

Der vorläufige Vorstand bestand aus:

W. Sobottka, 1. Vorsitzender, H. König, 2. Vorsitzender, J. Nagorski, Geschäftsführer.

Es bestand ferner ein Arbeitsausschuß aus Vertretern der evangelischen und katholischen Jugend, der "Freien Deutschen Jugend der "Falken" und der "Naturfreunde".

-. -

Alle selbständigen Personen wurden vom Arbeitsamt aufgefordert, sich vor jeder Lebensmittelausgabe in der für ihren Beruf zuständigen Einsatzstelle zu melden.

Der Nachweis über eine feste, geordnete Beschäftigung war durch eine Bescheinigung der Industrie- und Handelskammer bzw. des Vereins selbständiger Kaufleute zu erbringen. Das Arbeitsamt wollte mit dieser Maßnahme das große Reservoir an Arbeitskräften anzapfen, die bisher nicht erfaßt werden konnten. Zu ihnen gehörten Geschäftsleute, die keine Tätigkeit mehr ausübten, Vertreter und Selbständige, die in Wirklichkeit ohne Beruf und ohne Arbeit waren, und nicht zuletzt solche, die dunklen Geschäften auf dem "Schwarzen Markt" nachgingen.

Diese Müßiggänger und Drückeberger wurden als Arbeitskräfte auf dem Baumarkt vom Amt für Arbeitseinsatz für die vordringlichen Aufgaben des Wiederaufbaus der Stadt dringend gesucht. Für den Wohnungsbau allein wurden 150 Arbeiter gesucht, für Kanalarbeiten 200, für den Straßenbau 150, für die Trümmerbeseitigung und Trümmerverwertung 500, für die allgemeine Trümmerbeseitigung auf Straßen und Plätzen 200, für ein Sprengkommando 50.

Bei diesen Arbeiten konnte man freilich nicht auf bequeme Weise viel Geld verdienen, aber man konnte Arbeit für den allgemeinen Wiederaufbau leisten.

-. -

Donnerstag, den 30. Mai

Am Himmelfahrtstage wurde in der evangl. Kirchengemeinde Gelsenkirchen der bisherige Hilfsprediger Pastor Helmut Quarz als Pfarrer der 1. Pfarrstelle der Gemeinde (Bezirk Altstadt) durch Superintendent Kluge in feierlichem Gottesdienst eingeführt.

Er trat damit die Nachfolge von Pfarrer Wörmann an.

--

Freitag, den 31. Mai

Die Frage der Geldentwertung wurde von Tag zu Tag häufiger in der Bevölkerung erörtert und das Gespenst einer Inflation mit großer Besorgnis betrachtet.

Als Ausweg bestand wenig Meinung für eine Verminderung der Zahl der im Umlauf befindlichen Banknoten im Wege einer allgemeinen Kaufkraftabschöpfung durch Erhöhung der Preise und der Lebenshaltungskosten als vielmehr für eine stärkere steuerliche Erfassung der hohen Einkünfte und für eine Abstempe- lung der Reichsbanknoten.

--

Als neue Partei bildete sich die Radikal-Soziale-Freiheitspar-
tei (RSF). Vorsitzender war Otto Großkopf.

In dem Programm der Partei hieß es über ihre Ziele u.a.:
Ausrottung der nationalen Überheblichkeit des deutschen Volkes und des Militarismus, Förderung des friedlichen Wettbewerbs auf der Grundlage des freien Handels, Rede-, Presse- und Religions- freiheit, Schutz des Privateigentums, Einführung einer Währungs- verwaltung, die die Kaufkraft des Geldes gewährleistet und In- flation und Deflationskrisen verhindert, neue Bodenreform, Zu- sammenarbeit mit der Militärregierung und Verhinderung einer ge- heimen Tätigkeit der Nationalsozialisten.

--

Im Briefverkehr waren jetzt auch Fensterbriefumschläge wieder zugelassen.

Bis dahin mußten die Anschriften des Empfängers auf den Brief- umschlägen selbst angebracht werden.

--

Arbeiter und Angestellte des Bergbaus waren jetzt nicht mehr wie bisher getrennt organisiert.

Über 5 000 Angestellte in Gelsenkirchen gehörten bereits der Industriegewerkschaft Bergbau als Mitglieder an.

Vor 1933 waren die technischen und kaufmännischen Angestell- ten des Bergbaus in drei verschiedenen Verbänden organisiert gewesen.

--

Samstag, den 1. Juni

Die Rationierung von Gas und Strom wurde zum Zwecke der Vereinheitlichung im gesamten britischen Kontrollgebiet vom 1. Juni an neu geregelt.

Verboten blieb der Verbrauch von Gas und Strom für folgende Zwecke:

Raumheizung, Schaufenster- und Reklamebeleuchtung, Benutzung elektrischer Heißwasserspeicher.

Für Haushaltungen galten folgende Grundmengen:

13/30 ($n/3 + 1$) cbm je Tag, wobei "n" die Kopfzahl der Hausangehörigen bedeutet; für Strom 500 Watt-Stunden täglich je Haushalt zuzüglich 50 Watt-Stunden je Haushaltsmitglied. Wo keine andere Kochgelegenheit bestand, wurden je Haushaltsmitglied 400 Watt-Stunden zusätzlich bewilligt. Kein Haushalt durfte Strom und Gas nebeneinander für Beleuchtungs- und Kochzwecke benutzen. Über die genannten Grundmengen hinaus durften verbraucht werden: 0,2 cbm Gas oder 500 Watt-Stunden Strom je Haushaltsmitglied unter 3 Jahren, 0,3 cbm Gas oder 400 Watt-Stunden Strom für jeden Haushalt, dessen Mitglieder in Kellern oder anderen Räumen ohne Tageslicht wohnten, 0,1 cbm Gas oder 250 Watt-Stunden Strom für jedes Haushaltsmitglied, das krank war und ein ärztliches Attest darüber besaß, schließlich noch 0,15 cbm Gas oder 200 Watt-Stunden Strom für jedes Haushaltsmitglied, das von der Militärregierung zur Heimarbeit angewiesen wurde. Der Verbrauch durch Beleuchtungskörper in Fluren, Gängen und Treppenhäusern durfte 80 cbm Gas je Stunde und Brennstelle oder 40 Watt Strom nicht übersteigen. Weitere Bestimmungen der neuen Anordnung betrafen Sondervorschriften für Schulen, Kirchen, Kinos, Theater usw. Verstöße gegen die Anordnung wurden mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder Geldstrafen bis zu 500 RM oder beiden gleichzeitig bedroht; außerdem traten hohe Zuschlaggebühren und evtl. Stromentzug in Kraft.

Die angeführten Verbrauchssätze bedeuteten gegenüber der bis dahin gültigen Regelung (s.S. 168 des Chronikbandes 1945) teilweise eine Erhöhung. Eine Inanspruchnahme der erhöhten Zuteilungen mußte aber beim Gaswerk bzw. Elektrizitätswerk besonders geltend gemacht werden.

--

Den verantwortlichen deutschen Stellen gingen von der Vier-Mächte-Behörde in Berlin ins einzelne gehende Anweisungen für das Verfahren der Entnazifizierung zu (Kontrollratsverordnung Nr. 24).

Diese Richtlinien bezweckten die "Entfernung aller Mitglieder der Nazi-Partei, die mehr als nur nominell in ihrer Parteitätigkeit beteiligt waren, sowie anderen Personen, die den Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus öffentlichen und halböffentlichen Ämtern und aus verantwortlichen Stellungen in wichtigen privaten Unternehmungen. Sie sollen durch andere ersetzt werden, die durch ihre politischen und moralischen Qualitäten als geeignet befunden werden, an der Entwicklung echt demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken."

Die praktischen Folgen dieser neuen Anweisungen waren für Gelsenkirchen die Schaffung folgender Körperschaften:

- a) Ausschüsse aus je drei Mitgliedern mit der Aufgabe, die Unterlagen von Personen und Firmen, Gewerben, Berufen usw. zu prüfen und die Ergebnisse dieser Prüfungen (Fragebogen, Zeugenanhörung) dem
- b) Entnazifizierungsbeirat weiterzugeben. Dieser setzte sich aus 12 vom Bürgerrat gewählten Mitgliedern zusammen mit einem Gewerkschaftler als Vorsitzenden und gab der Militärregierung Empfehlungen über die Behandlung der einzelnen Fälle (Entlassung oder Beibehaltung in der Stellung). Die Betroffenen konnten Berufung bei dem
- c) Berufungsausschuß einlegen. Er bestand aus vier Mitgliedern und einem Juristen als Vorsitzenden, die ebenfalls vom Bürgerrat gewählt wurden.

Die Mitglieder aller Ausschüsse wurden angewiesen, in Anbetracht der schwerwiegenden Folgen ihrer Entscheidungen (Entlassung, Vermögenskontrolle usw.) streng gerecht zu arbeiten. Der Sekretär des Beirats und des Berufungsausschusses hatte sein Büro in der Mädchen-Mittelschule; bei ihm konnten sich die Betroffenen Auskunft und Rat holen und die Fragebogen in Empfang nehmen (s.S. 52 und 53 dieses Bandes).

-.-

Das "Theater an der Bochumer Straße" spielte in den Sommermonaten auch auf der Freilichtbühne Wattenscheid. Als erste Vorstellung ging am 1. Juni die Operette "Der Vetter aus Dingsda" von Eduard Künneke über die Bühne.

-.-

Trotz des beschränkten Kraftfahrzeugverkehrs und der unablässigen Bemühungen der Verkehrspolizei blieb die Zahl der Verkehrsunfälle in Gelsenkirchen erschreckend hoch.

Im Mai ereigneten sich im ganzen 31 Verkehrsunfälle (im April 22), von denen zwei tödlich verliefen. Von 18 Verletzten hatte ein großer Teil sich selbst die Schuld zuzuschreiben. 785 Verkehrsübertretungen wurden festgestellt, und zwar bei 102 Fußgängern, 289 Radfahrern, 16 Fuhrwerken, 12 Krafträdern, 349 Kraftwagen und 17 sonstigen Fahrzeugen. Am 1. Juni wurde bei der Verkehrspolizei eine Verkehrsunfallabteilung eingerichtet.

-.-

Sonntag, den 2. Juni

Das Freibad Grimberg wurde nach dreijähriger Pause am Sonntag, dem 2. Juni, wieder eröffnet, vorerst allerdings nur mit dem Familienbad und dem Schwimmbecken. Die Besucher wurden gebeten, Vorhängeschlösser für den Verschuß der Kleiderschränke mitzubringen, da die Stadt trotz der Einstellung eines Wächters die Haftpflicht für die Kleiderablage nicht übernehmen wollte.

Der Badebetrieb wurde, soweit es die Witterung erlaubte, täglich von 10 - 20 Uhr durchgeführt.

--

Um auch die Bürger abgelegener Stadtteile in den Genuß von Orchestermusik kommen zu lassen, gab das Städt. Orchester am Sonntag, dem 2. Juni, im Zechengasthaus in Hassel unter der Leitung von Richard Heime ein volkstümliches Konzert mit Werken von C.M.v. Weber, Wagner, Puccini, Gounod, Suppé und Johann Strauß; Solistin war Else Vogel (Sopran).

--

Montag, den 3. Juni

Die Haushaltungsschule, Schule für Kinderpflege und Haushaltshelfinnen, sowie Frauenfachschule, nahmen am Montag, dem 3. Juni, ihren Unterricht wieder auf.

--

Der Bergbau-Industriearbeiterverband beabsichtigte, im Rahmen der Betreuung der Bergarbeiter-Jugend die im Kriege zerstörten Werksbüchereien wieder aufzubauen. Er wandte sich an die Bevölkerung mit der Bitte um Bücherspenden für die Bergbaujugend.

--

Ein Raubmord wurde in der Nacht zum 3. Juni verübt. Ein 52 Jahre alter Schneidermeister wurde im Hause Ückendorfer Straße 115 mit einem harten Gegenstand erschlagen. Geraubt wurden drei Anzüge, ein Mantel, zwei Jacketts und eine Taschenuhr.

--

Dienstag, den 4. Juni

Der Suchdienst nach Kartoffelkäfern hatte jetzt die ersten Funde zu melden:

Auf Feldern an der Bottroper Straße in Horst wurden 60 Käfer gefunden. Weitere Funde wurden von der Bußmannstraße in Buer-Hassel und von der Kronprinzenstraße in Buer-Erle gemeldet. Diese Funde waren Anlaß, erneut an die Gefährlichkeit dieses Pflanzenschädlings und an die Wichtigkeit der gegen ihn angesetzten Aktion zu erinnern, für die die Stadt in neun Suchbezirke aufgeteilt worden war.

--

Das Militärgericht verurteilte zwei Gelsenkirchener Polizisten zu einer Gefängnisstrafe von zwei bzw. drei Monaten, weil sie sich mit 20 Zigaretten hatten bestechen lassen.

--

Mittwoch, den 5. Juni

Der Bürgerrat hielt am 5. Juni eine weitere öffentliche Sitzung ab.

In ihr wurden zunächst die vier von der Militärregierung neu ernannten Bürgerratsmitglieder (s.S. 79 dieses Bandes) eingeführt, sowie das Bürgerratsmitglied Fritz Taraschewski, der an die Stelle des wegen Krankheit ausgeschiedenen Franz Geissler trat.

Der Bürgerrat beschäftigte sich mit der staatsrechtlichen Lage des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, setzte die neue Gemeindeverfassung in Kraft und faßte folgenden Beschluß über die Handhabung von Personalangelegenheiten:

1. Die Stadtverordnetenversammlung wählt den Oberstadtdirektor und die Gemeindebeamten (Beigeordnete) und stellt sie an; ferner bestellt sie den Kassenleiter und dessen Stellvertreter.
2. Der Personalausschuß beschließt über
 - a) die Neueinstellung von Beamten und Beamten-Anwärtern,
 - b) die Neueinstellung von Tarifangestellten sowie der Aushilfsangestellten der Gruppen I - VI der TO.A,
 - c) die Übernahme von Angestellten in das Beamtenverhältnis,
 - d) Beförderungen von Beamten, Angestellten und Aushilfsangestellten, der Gruppen I - VI,
 - e) die Pensionierung von Beamten,
 - f) die Beschwerde von Dienstkräften gegen eine Entlassung.
3. Der Oberstadtdirektor stellt Aushilfsangestellte der Gruppen VII - X der TO.A und Arbeiter ein; er entscheidet über die Beförderungen der Angestellten und Aushilfsangestellten der Gruppen VII - X der TO.A.

Der Bürgerrat bildete ferner eine Reihe von neuen Ausschüssen (s. weiter unten) und nahm eingehend zur Frage des Arbeitseinsatzes Stellung (s. weiter unten).

Schließlich beantwortete die Verwaltung unter Punkt "Verschiedenes" noch eine größere Reihe von Anfragen.

-.-

Die seit Mitte Mai in Paris stattfindenden Vorbereitungen für eine Konferenz der Außenminister der Alliierten wurden von der Bevölkerung mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Besonders gespannt war man auf die Behandlung des Ruhrgebietsproblems. Allgemein bestand der Wunsch, das Rhein-Ruhr-Gebiet nicht aus dem Bestande des Deutschen Reiches herauszulösen.

Auch der Bürgerrat befaßte sich in seiner Sitzung am 5. Juni mit dieser Frage und nahm einstimmig folgende EntschlieÙung sämtlicher Parteien an:

"Die zum 15. Juni einberufene Außenministerkonferenz der alliierten Großmächte wird sich voraussichtlich mit dem Problem des Ruhrgebietes befassen. In dieser für das Schicksal unserer Heimat entscheidenden Stunde wenden sich die Vertreter aller Parteien, die das traurige Erbe der nazistischen Gewaltherrschaft übernommen haben, im Bewußtsein ihrer geschichtlichen Verantwortung gegen alle separatistischen Bestrebungen, in denen sie eine ernste Gefahr für eine friedliche Entwicklung sehen.

Das Schicksal des Ruhrgebietes ist das Schicksal Deutschlands, das Schicksal unserer Heimat. Das Ruhrgebiet ist ohne den geschichtlich gewordenen Zusammenhang mit seinem rheinisch-westfälischen Hinterland nicht lebensfähig, und ohne die Kohle und den Stahl des Ruhrgebietes werden wir die Ruinen der deutschen Städte nicht wieder aufbauen können.

Nach den Podsdamer Beschlüssen der alliierten Mächte soll Deutschland als wirtschaftliche und politische Einheit erhalten bleiben. Wir sehen in der Verwirklichung dieser Beschlüsse und in der Erhaltung einer gemeinsamen deutschsprachlichen Kultur die Voraussetzung für die Wiederherstellung des Weltfriedens. Die Zerreißung geschichtlich gewordener Wirtschaftsräume würde den nationalistischen Gegnern einer friedlichen Entwicklung neuen Auftrieb geben. Die Nazipartei ist durch die friedensgefährdende Zerreißung Deutschlands populär geworden und hat sie zur Vorbereitung des Krieges mißbraucht. Wir sind Gegner des Krieges und verurteilen deshalb alle separatistischen Bestrebungen. Wir verurteilen alle Separatisten, besonders diejenigen, welche glauben, sich dem Schicksal des besiegten Deutschlands entziehen zu können. Wir wollen den Frieden und einen friedlichen Wiederaufbau. Deshalb erwarten wir, daß das Ruhrgebiet als ungeteilter Bestandteil Deutschlands erhalten bleibt."

-.-

Der Bürgerrat wählte in seiner Sitzung am 5. Juni folgende neue Ausschüsse:

1. einen Jugendamtsausschuß mit folgenden 12 Mitgliedern:
Amtsgerichtsrat Dr. Basta (Vormundschaftsrichter),
Regierungsrat Randen (Arbeitsamt),
Frau Stadtmed. Rätin Dr. Goetz (Gesundheitsamt),
Studienrat Fußhöller (Höhere Schulen),
Direktor-Stellvertreter Hasenclever (Berufsschule),
Pastor Grolmann (Innere Mission),
Vikar Pantel (Caritas),
Frau Margarete Zingler (Arbeiter-Wohlfahrt),
Pastor Becker (evangl. Jugendgruppen),
Erwin Hoffmann (kath. Jugendgruppen) und
Fritz König (freie Jugendgruppen) sowie
Kurt Litteck (Freie Deutsche Jugend);
2. einen Fürsorgeausschuß mit folgenden neun Mitgliedern:
von der CDU: Alois Reuter und Henny Donner,
von der SPD: Margarete Zingler und Emil Agatha,
von der KPD: Till Blum und Rocke,
von der Fraktion Freie Berufe/Wirtschaft: Emil Krenzer und
Friedrich Grau,
vom Komitee ehemaliger politischer Gefangener und Konzentrationäre: Dr. Levisohn;
3. einen Schulausschuß für das Volksschulwesen, dem folgende Personen angehören sollten:
drei Angehörige der Stadtverwaltung,
je ein evgl. und kath. Ortspfarrer,
vier Stadtverordnete,
drei Lehrer bzw. Lehrerinnen und
drei sonstige des Erziehungswesens kundige Personen.

-.-

Über die Frage des Arbeitseinsatzes bei der Trümmerbeseitigung führte Oberbürgermeister Zimmermann in der Sitzung des Bürgerrates vom 5. Juni u.a. folgendes aus:

"Wenn auch der im Vorjahr unternommene Versuch, die Trümmerbeseitigung auf freiwilliger Grundlage in Angriff zu nehmen, nur beschränkten Erfolg gehabt hat, so soll er jetzt doch in gleicher Weise fortgesetzt werden. Sämtliche männliche Einwohner von 16 bis 60 Jahren sollen sich wenigstens einmal in der Woche einen ganzen Tag mit 8 Arbeitsstunden dazu zur Verfügung stellen. Die Zeit soll bei den Lohnempfängern durch die Betriebe bezahlt werden. Ausgenommen von der Aktion sollen bestimmte Berufe sein, wie Bergarbeiter unter Tage. Die Stadtverwaltung selbst wird es sich zur besonderen Ehre machen, an erster Stelle mit der ganzen männlichen Belegschaft die Arbeit aufzunehmen, die in der 2. Woche nach Pfingsten beginnen soll. Ich hoffe, daß dieses Beispiel von anderen Behörden und von der privaten Wirtschaft nachgeahmt wird.

Die Firma H. Schäfer in Ibbenbüren, mit der ein Vertrag über die Trümmerbeseitigung und -verwertung abgeschlossen wurde, ist mit ihrer maschinellen Zurüstung fertig; es ist aber bis jetzt nicht möglich gewesen, die Arbeit aufzunehmen, weil die Arbeitskräfte fehlen. Es ist zu hoffen, daß in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsamt die nötigen Arbeitskräfte gestellt werden können. Auch die vor kurzem vorgenommene Razzia auf dem "Schwarzen Markt" wird hoffentlich eine ganze Anzahl von Drückebergern für diese Aufräumungsarbeiten verfügbar machen. Außer der Firma Schäfer haben sich noch die Arbeitsgemeinschaft Jäger & Spieker, Gelsenkirchen, für die Aufräumungsarbeiten in den Stadtvierteln Bulmke und Hüllen und die Arbeitsgemeinschaft Kreishandwerkerschaft Buer für den Stadtteil Alt-Gelsenkirchen beworben."

--

Donnerstag, den 6. Juni

In Rotthausen starb der langjährige 1. Vorsitzende des Tierchutzvereins Gelsenkirchen, Fabrikant Otto König. Sein Name war als Tierfreund weit über Gelsenkirchen hinaus vor allem durch seine Tiertötungsanlage bekannt geworden, die in ihrer Ausführung eine praktische Verwirklichung des Tierchutzgedankens darstellte.

--

Über die Wiedereinrichtung konfessioneller Volksschulen wurde die Elternbefragung durchgeführt.

Für die Einrichtung solcher Schulen sprachen sich 5 460 evangelische und 8 924 katholische Eltern aus. 6 846 stimmberechtigte Eltern gaben eine Willenserklärung nicht ab; sie entschieden sich damit für die Beibehaltung der Gemeinschaftsschule.

Auf Grund dieses Ergebnisses der Elternbefragung genehmigte die Militärregierung die Wiedereinrichtung konfessioneller Volksschulen. In Frage dafür kamen 13 425 katholische und 7 680 evangelische Kinder.

Eltern, die ihre Erklärung nicht innerhalb der ursprünglich angesetzten Frist abgegeben hatten, erhielten eine nochmalige Gelegenheit dazu in der Zeit vom 6. - 14. Juni.

--

Über die Sicherung von Lebensmittelvorräten, Bedarfsnachweisen und Bezugsscheinen erließ der Oberbürgermeister angesichts der sich ständig mehrenden Einbruchsdiebstählen in Einzelhandelsgeschäften folgende Bekanntmachung:

"Es gehört zu den Pflichten des ordentlichen Klein- und Großverteilers, daß er seine Ware so lagert und sichert, daß Diebstähle nicht vorkommen. Betriebe, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen oder die behaupten, ihr nicht nachkommen zu können, werden künftig bei der Zuteilung von Lebensmitteln ausgeschaltet. Es muß verlangt werden, daß der Klein- und Großverteiler seine Geschäfts- und Lagerräume durch Alarmvorrichtungen, Eisengitter oder in sonstiger Weise sichert, daß Einbrüche nicht mehr vorkommen. Falls andere Sicherheitsmaßnahmen nicht ausreichen, muß er sich den Wach- und Schließgesellschaften anschließen, die die Überwachung der wichtigen Versorgungsbetriebe übernehmen. Erst wenn der Groß- und Kleinverteiler überzeugend nachweist, daß er alle diese Vorsichtsmaßnahmen beachtet hat, liegt eine Pflichtverletzung nicht vor. Ersatz bei Diebstahl von Lebensmitteln kann nur dann gewährt werden, wenn der Geschäftsinhaber nachweist, daß er alle ihm zumutenden Sicherungsmaßnahmen getroffen hat. Bedarfsnachweise und Bezugsscheine müssen so aufbewahrt werden, daß Diebstähle nicht möglich sind. Soweit die Verschlussmöglichkeiten im eigenen Geschäftsbetrieb dazu nicht ausreichen, muß der Geschäftsinhaber eine anderweitige sichere Aufbewahrung veranlassen, z.B. in der Wohnung oder in Panzerschränken und Tresoren. Der Geschäftsinhaber kann auch die Bedarfsnachweise oder Bezugsscheine gegen Quittung bei der Abrechnungsstelle abgeben, wenn dort eine sichere Aufbewahrung möglich ist. Für gestohlene Bedarfsnachweise und Bezugsscheine kann bei der jetzigen Versorgungslage kein Ersatz gegeben werden."

--

Trotz der großen Razzia im Bulmker Park faßte der "Schwarze Markt" hier und in anderen Teilen der Stadt wieder Fuß, so am Hauptbahnhof, auf dem Platz der früheren Synagoge und in der Maelostraße in Buer.

Der Schwarzhandel beschränkte sich in der Hauptsache auf Tabakwaren. Lebensmittel konnten nur in geringen Mengen beschlagnahmt werden, die durchweg als Hamsterwaren für den Eigenbedarf mitgeführt wurden.

--

Freitag, den 7. Juni

Die Militärregierung bestätigte Robert Geritzmann als Oberbürgermeister, die Herren Berger und Weiser als Stellvertreter des Oberbürgermeisters und Emil Zimmermann als Oberstadtdirektor.

--

Ein Westdeutsches Schachmeisterturnier begann am 7. Juni in Gelsenkirchen.

--

Samstag, den 8. Juni

In einem längeren Brief an den Regierungspräsidenten in Münster, den die "Bekanntmachungen der Stadt Gelsenkirchen" in ihrer Ausgabe vom 8. Juni veröffentlichten, nahm der Kommandant des Hauptquartiers der Militärregierung in Münster, Colonel J. Spottiswoode, zu der Lage in der britischen Zone

Stellung.

Er ging dabei auf die Frage einer politischen Abtrennung des Ruhrgebietes ebenso ein wie auf die Finanzlage, das Gesundheits- und Erziehungswesen, die öffentliche Sicherheit und das Transportwesen. Hinsichtlich der Versorgung mit Gebrauchsgütern sah er für die nächste Zukunft keine Möglichkeit einer Besserung.

Besonders pessimistisch waren seine Ausführungen über die Ernährungslage und die Lage der Industrie.

Über die Ernährungslage führte Colonel Spottiswoode u.a. folgendes aus:

"Die augenblickliche Ernährungslage ist durch einen katastrophalen Mangel gekennzeichnet. Wir wissen, daß selbst bei allerfairster Aufteilung der vorhandenen Mengen die Vorräte nicht so sind, daß sie zu ausreichender Ernährung und Erhaltung der Gesundheit ausreichen. Für dieses sowohl wie auch für das nächste Jahr können geringe Verbesserungen nur dann erwartet werden, wenn sie die günstigsten Entwicklungsmöglichkeiten zur Grundlage haben. Sollten jedoch große ungünstige Faktoren, wie schlechte Ernten, politische Schwierigkeiten mit großen Produzenten usw. auftreten, so wird sich die Lage noch verschlimmern. Auf das Allerstrengste muß jede Meinung bekämpft werden, die auf der Annahme basiert:

Die Alliierten werden schon liefern, ganz gleich, was auch kommen mag.

Wir tun zwar unser Möglichstes, um eine Ernährungsgleichheit zu schaffen, aber selbst dieses wird unter Umständen nicht immer möglich sein.

Ihr Schwarzmarkt und Hamsterproblem ist eine der größten Gefahren."

Über die Lage in der deutschen Industrie schrieb Colonel Spottiswoode u.a.

"Allgemeine Richtlinien und Pläne sind über die in Zukunft erlaubten Größen und Ausmaße der deutschen Industrie ausgearbeitet worden. Gewiß haben Sie sich schon eingehend mit diesen Berichten befaßt. Ich zweifle nicht daran, daß es für Sie hart ist, diese zu lesen. Gewiß werden in Zukunft lange Artikel hierzu geschrieben werden, um den Beweis zu erbringen, daß dieses einen schädigenden Einfluß auf ganz Europa haben wird, während es für Deutschland gänzlich unmöglich sein wird, zu leben. Wie dem auch sei, dieser Plan wurde von Sachverständigen auf das Sorgfältigste durchgearbeitet unter voller Berücksichtigung und proportionaler Festlegung derjenigen deutschen Produktion, die

vor dem Kriege militärischen Zwecken zugeleitet wurde. Es ist durchaus möglich, daß geringe Abänderungen nach gewonnener Erkenntnis und neuen Erfahrungen getroffen werden; jedoch die Grundstruktur wird sicherlich bestehen bleiben, und es muß jede Anstrengung gemacht werden, um das Beste daraus zu machen. Es mag den Anschein haben, daß die großen ökonomischen Resultate jenseits der Kontrolle eines Einzelindividuums liegen; wenn jedoch eine genügende Anzahl von Menschen weitblickend genug ist, das Richtige zu tun, wird dies nicht der Fall sein. Das Wichtigste ist, daß diejenigen, die ihren Beruf durch die Umstellung der Wirtschaft verloren haben, dieses richtig erkennen und bereit sind, schnellstens ihren Beruf zu wechseln, den alten Beruf, der keine Zukunftsmöglichkeiten bietet, an den Nagel hängen und sich einen neuen Beruf wählen. In vielen Fällen wird dies außerordentlich schwierig und mit größter Härte verbunden sein; aber es wird auch nicht härter sein als das, was Millionen anderer Menschen bereits durch den Krieg erlitten haben."

--

Das Militärgericht verurteilte einen Horster Bürger wegen Besitzes und Gebrauchs von Feuerwaffen zu lebenslänglicher Gefängnishaft und zwei weitere Horster Bürger zu je 15 Jahren Gefängnis, weil sie in dem Besitz und im Gebrauch dieses Waffens verwickelt waren.

--

Sonntag, den 9. Juni, / Montag, den 10. Juni

Pfingsten

Der Garten des Glückauf-Kellers an der Leithestraße eröffnete am Pfingstsonntag wieder seine Pforten. Aus diesem Anlaß gab der Männerchor Neustadt unter Mitwirkung des MGV Sängerbund Lorheide unter der Leitung von Hermann Wolters ein großes Gartenkonzert unter Beteiligung der Bergwerkskapelle Consolidation.

--

In einer von musikalischen Darbietungen des Buerschen Musikkreises Sonntag umrahmten Feier wurde am ersten Pfingsttage die Jugendherberge am Halterner See durch die Militärregierung ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zur Verfügung gestellt. Major Schoales übergab die Schlüssel des Hauses an Bürgermeister Hammann, der den Dank der Stadt Gelsenkirchen aussprach. Bürgermeister Schmidt als Beauftragter des Landrats von Recklinghausen brachte gleichfalls in herzlichen Worten seinen Dank für die Unterstützung durch die Militärregierung zum Ausdruck.

--

Dienstag, den 11. Juni

Das "Theater an der Bochumer Straße" gab auch jetzt mit Erfolg auswärtige Gastspiele.

Neben die Bespielung der Freilichtbühne in Wattenscheid traten Gastspiele im Stadtteil Buer und in Recklinghausen.

-. -

Nach der erfolgreichen Razzia auf die Schwarzhändler im Bulmker Park unternahm die Polizei eine weitere Aktion gegen die dort stattfindenden unerlaubten öffentlichen Glücksspiele.

95 Personen wurden vorläufig festgenommen; von ihnen wurden 80 nach Überprüfung ihrer Personalien in den Abendstunden wieder freigelassen. Acht der Festgenommenen besaßen ungültige bzw. gefälschte Arbeiterkarten. 14 Personen wurden wegen Veranstaltung eines unerlaubten öffentlichen Glücksspiels und eine Person wegen Widerstandes in Haft behalten. 6 934,20 RM wurden sichergestellt.

-. -

Mittwoch, den 12. Juni

Der Oberbürgermeister veröffentlichte nach Billigung durch den Bürgerrat folgenden "Aufruf zum öffentlichen Ehrendienst am Volke":

"Ungeheure Mengen an Schutt- und Trümmern lagern noch auf den öffentlichen Plätzen und Straßen unserer Stadt und warten auf den Abtransport zu den vorgesehenen Lagerplätzen. Die Schutt- und Trümmernmassen bilden die Brutstätten für Ratten und sonstiges Ungeziefer und gefährden damit die Gesundheit des Volkes. Auch die Staub- und Fliegenplage, die sich besonders in der warmen Jahreszeit sehr unangenehm bemerkbar macht, kann nur durch die Beseitigung der Trümmernmassen bekämpft werden.

Wir können und dürfen die Hände nicht in den Schoß legen und die Beseitigung der Trümmernmassen nicht unseren Kindern überlassen, denn wir alle tragen eine gewisse Mitschuld an dem Geschehen des Krieges und damit auch an den großen Zerstörungen unserer Städte. Fest zupacken müssen wir alle, soweit es in unseren Kräften steht, und mit dazu beitragen, unser Stadtbild durch die Beseitigung der Schuttmassen von den öffentlichen Plätzen und Straßen zu verschönern.

Nach dem Vorbild anderer Großstädte Westdeutschlands soll nun mit der allgemeinen Beseitigung der Trümmernmassen auch in unserer Stadt begonnen werden. Es geht nicht an, daß Gelsenkirchen gegenüber anderen Städten ins Hintertreffen kommt und dann auch noch den Vorwurf hinnehmen muß, nicht die notwendige Energie aufgewandt zu haben.

Da die im vergangenen Jahre durchgeführte allgemeine Schippaktion in den Stunden des Spätnachmittags bei der verkürzten Zuteilung von Lebensmitteln in diesem Jahre nicht vertretbar ist, wird die gesamte männliche Bevölkerung im Alter von 16 bis 60 Jahren (ausgenommen Bergleute) zunächst für einen vollen Arbeitstag mit acht Stunden für die Aktion eingesetzt.

In dieser allgemeinen Aktion werden zunächst die Schutt- und Trümmernmassen von den öffentlichen Plätzen und Hauptstraßen beseitigt und zu den vorhandenen Abladeplätzen gefahren. Die einzelnen Personen werden durch die Berufsorganisationen zur Ableistung des Ehrendienstes schriftlich aufgefordert. Die Stadtverwaltung wird mit dem persönlichen Beispiel vorangehen und alle in der Verwaltung tätigen Beamten, Angestellten und Arbeiter in dem vorgesehenen Alter von Montag, dem 17. Juni an, zur Trümmerbeseitigung einsetzen. Es ist der Wunsch und der Wille des Bürgerrates und der Stadtverwaltung, daß jeder diesem Beispiele folgt und seine Arbeitskraft für die Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Auch alle männlichen Personen über 60 Jahre sowie alle Frauen, soweit sie dazu in der Lage sind, können sich für die Trümmerbeseitigung freiwillig zur Verfügung stellen und so mit dazu beitragen, unseren Kindern eine bessere Zukunft zu gewährleisten. Nicht Miesmachen und Besserkönnen, sondern fest zupacken, das soll unsere Losung bei der vorgesehenen Aktion sein."

--

Die "Westfalenpost" unterstützte diesen Aufruf durch einen Artikel in der Ausgabe vom 18. Juni unter der Überschrift: "Unsere Losung: Feste zupacken"!

--

Oberbürgermeister Geritzmann und seine beiden Stellvertreter Berger und Weiser wurden am Mittwoch, dem 12. Juni, vom Stadtkommandanten vereidigt.

--

"Unter der Geißel der Hungersnot" betitelte die "Westfalenpost" einen längeren Artikel in der Ausgabe vom 12. Juni. Er enthielt eine erschütternde Schilderung der Hungerzustände in den Großstädten des Ruhrgebietes und begründete die Forderung des westfälischen CDU auf die umgehende Einleitung unterschiedener Rettungsmaßnahmen.

--

In der Zeit vom 29. Mai bis 11. Juni wurden der Polizei 141 Einbruchs- und Lebensmitteldiebstähle sowie 197 einfache Diebstähle gemeldet, ferner ein Raubmord und zwei Raubüberfälle.

Wegen Schwarzhandels und Hamsterns erfolgten 33 Anzeigen und 103 Festnahmen; 11 Personen wurden dabei auf frischer Tat ertappt.

Bei der Bekämpfung des Schwarzhandels wurden sichergestellt: 105 Ztr. Kartoffeln, 29 kg Kalbfleisch, 23 kg Speck, 19 kg Butter, 23 Dosen Konserven, 260 Eier und 4 Anzugstoffe. Der Polizei gelang es auch, in einem Privathaushalt ein großes Hamsterlager auszuheben.

Es umfaßte neben Lebensmittel aller Art wie 17 Beutel Mehl, Grießmehl, Zucker, Milch, Margarine, Keks, Fleisch- und Wurstwaren auch andere "Raritäten" wie Kaffee, schwarzen Tee, Oel, Spirituosen und Tabakwaren.

Es wurden aber auch 10 kg verschimmelte Butter in Gläsern, ein verschimmelter Schinken von etwa 20 Pfd. Gewicht und gänzlich verdorbener Speck vorgefunden.

--

Donnerstag, den 13. Juni

Die Leiter der Jugendämter Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck und Recklinghausen hielten zusammen mit Jugendführern dieses Bezirkes eine Arbeitstagung im Rathaus Buer ab, an der auch Vertreter der Militärregierung teilnahmen.

Major Schoales stellte in den Bestrebungen der Militärregierung zur Unterstützung der Jugendbewegung in der britischen Zone als Ziel heraus:

Die Jugend zu guten Weltbürgern zu erziehen, die natürlichen Bande des Familienlebens zu stärken und demokratische Gepflogenheiten durchzubilden. Wirkliche Hingabe an die Gemeinschaft und nicht blinder Gehorsam dem Staate gegenüber müsse angestrebt werden. Dabei gehe es um die Entfaltung menschlicher Tugenden wie Mitgefühl, Hilfsbereitschaft, Verständnis und Freundschaft. Ein Mißbrauch der Jugendgruppen zu politischen Zwecken dürfe nicht stattfinden. Den Leitern der Jugendämter legte er ans Herz, unparteiisch, tolerant, mitfühlend und hilfsbereit zu sein.

In der lebhaften Aussprache, die Oberschulrat Winkel leitete, wurden wichtige Fragen und Aufgaben der Jugendgruppen geklärt.

--

Auf Grund einer Anordnung der Militärregierung fand in Westfalen eine Pferdezählung und -musterung statt.

Sie war in Buer-Mitte (Bäuerliche Bezug- und Absatzgenossenschaft, Gladbecker Straße) am 14. Juni, in Hassel auf dem Marktplatz am 15. Juni, für Beckhausen und Horst auf dem Fußballplatz an der Schule Horster Straße am 17. Juni, für Resse und Erle auf dem Marktplatz in Resse am 18. Juni, in Scholven bei der Schule Oberscholven am 19. Juni; weitere Termine waren auf dem Wildenbruchplatz für Neustadt, Ückendorf, Bismarck, Schalke, Bulmke, Heßler, Rotthausen, Altstadt und Feldmark an den Tagen vom 21. - 28. Juni.

--

Freitag, den 14. Juni

Die Dezernten der Stadtverwaltung unter Führung von Stadtdirektor Hammann fanden sich aus Anlaß des Amtsantritts des neuen Oberbürgermeisters zu seiner und seiner beiden Vertreter Begrüßung in den Diensträumen in der Mädchen-Mittelschule ein. wobei Stadtdirektor Hammann die Glückwünsche des verhinderten Oberstadtdirektors Zimmermann überbrachte.

--

15 meist jugendliche Angeklagte wurden vom Strafrichter des Amtsgerichts Buer wegen Schwarzschlachtung und Schwarzhandels mit Fleisch zu Gefängnisstrafen von 3 - 6 Monaten verurteilt; ihre Namen wurden in der Presse veröffentlicht.

-. -

Samstag, den 15. Juni

Die Station Gelsenkirchen der "Schweizer Spende", über deren Planung schon im Band 1945 der Städtchronik (S. 95) berichtet wurde, wurde am Samstag, den 15. Juni in Anwesenheit des Stadtkommandanten Oberst Robinson und seines Vertreters Cpt. Gordon, von Vertretern des Englischen Roten Kreuzes sowie Oberbürgermeister Geritzmann, Bürgermeister Berger und Stadtrat Fortkamp als Dezernent des Wohlfahrtwesens durch Dr. Ledermann mit einem herzlichen Grußwort im "Schweizer Dorf" auf dem Sportplatz an der Rotthäuser Straße feierlich eröffnet. Es war die erste im Ruhrgebiet geschaffene Anlage der "Schweizer Spende" der Baseler Evangelischen Kirche. Bis zu 2 000 Kleinkinder wurden hier täglich mit einer nahrhaften warmen Mahlzeit verpflegt.

-. -

Der Haupt- und Finanzausschuß beschäftigte sich eingehend mit der Anderung von Straßennamen, die noch aus der Nazizeit stammen.

Um Doppelbenennungen in den drei Stadtteilen zu vermeiden, konnte nicht in allen Fällen auf den früheren Straßennamen zurückgegriffen werden. Ein Antrag, auch die Kaiserstraße und den Kaiserplatz umzubenennen, wurde abgelehnt. Im einzelnen wurden folgende Umbenennungen beschlossen:

<u>Bisherige Bezeichnung:</u>	<u>Neue Bezeichnung:</u>
Adolf-Hitler-Straße (Alt-Gels.)	Hauptstraße
Adolf-Hitler-Platz (Buer)	Rathausplatz
Admiral-Scheer-Straße (Rotth.)	Robert-Schmidt-Straße
Alfred-Meyer-Kampfbahn (Heßler)	Ludwig-Jahn-Platz
Alter Markt (Alt-Gels.)	Hans-Sachs-Platz
Anton-Hechenberger-Straße (Schalke)	Königsberger Straße
August-Pfaff-Straße (Schalke)	Hellkampstraße (Forts.)
Andreas-Bauriedl-Straße (Feldmark)	Pothmannstraße
Bernhard-Gewert-Straße (Schalke)	Schwäbische Straße
Dietrich-Eckart-Straße (Alt-Gels.)	Gerichtsstraße
Emil-Kirdorf-Hain (Ückendorf)	Pestalozziheim
Felix-Allfahrt-Straße (Hüllen)	Alemannenstraße
Franz-Seldte-Straße (Alt-Gels.)	Florastraße
Fritz-Felgendreher-Straße (Schalke)	Breslauer Straße
Gorch-Fock-Straße (Bismarck)	Hölderlinstraße
Gottfried-Thomae-Straße (Schalke)	Herbertstraße (Forts.)
Graf-Schwerin-Straße (Ückendorf)	Hüssener Straße
Graf-Spee-Straße (Buer)	Am Markwald
Hans-Maikowski-Straße (Bulmke)	Sternstraße
Hans-Rickmers-Straße (Alt-Gels.)	Vattmannstraße
Hans-Schemm-Straße (Alt-Gels.)	Robert-Koch-Straße

<u>Bisherige Bezeichnung:</u>	<u>Neue Bezeichnung:</u>
Heinrich-Lersch-Straße (Neustadt)	Mindener Straße
Herbert-Norkus-Straße (Scholven)	Quellenstraße
Hermann-Göring-Allee (Buer)	Berger Allee
Horst-Wessel-Straße (Bulmke)	Olgastraße
Karl-Kuhn-Straße (Schalke)	Dresdener Straße
Karl-Laforce-Straße (Alt-Gels.)	Arminstraße
Karl-Prinz-Straße (Horst)	Wallstraße
Kirdorf-Straße (Ückendorf)	Virchowstraße
Klaus-von-Pape-Straße (Horst)	Drosteweg
Kurt-Neubauer-Straße (Ückendorf)	Munscheidstraße
Landsbergstraße (Schalke)	Leipziger Straße
Lichtschlagstraße (Horst)	Rüttgergasse
Litzmannstraße (Alt-Gels.)	Ebertstraße
Ludwig-Knickmann-Straße (Buer)	Goldbergstraße
Martin-Faust-Straße (Schalke)	Magdeburger Straße
Otto-Schlimme-Straße (Alt-Gels.)	Liebfrauenstraße
Platz der SA und SS (Alt-Gels.)	Elisabethplatz
Ritter-von-Stransky-Straße (Alt-Gels.)	Franz-Bielefeld-Straße
Robert-Ley-Siedlung (Resse)	Siedlung Resser Mark
Robert-Ley-Platz (Resse)	Westfalenplatz
Schlageterstraße (Horst)	Heinrich-Heine-Straße
Schumacherstraße (Horst)	Vestische Straße
Stürmerstraße (Alt-Gels.)	Gildenstraße
Theodor-Casella-Straße (Neustadt)	Wilhelm-Busch-Straße
Von-der-Pfordten-Straße (Neustadt)	Josefstraße
Von-Scheubner-Richter-Straße (Alt-Gels.)	Ringstraße
Wilhelm-Ehrlich-Straße (Bismarck)	Bickernstraße
Wilhelm-Gustloff-Straße (Alt-Gels.)	Weberstraße
Wilhelm-Wolf-Straße (Feldmark)	Rembrandtstraße
Woltmannstraße (Erle)	Frankampstraße

-.-

Das Wohnungsamt warnte davor, ohne seine Genehmigung in freigeordnete Wohnungen einzuziehen, in der irrigen Annahme, auf diese Weise schnell in den Besitz einer ausreichenden Wohnung zu gelangen. Die Wohnungen müßten wieder geräumt werden; außerdem waren noch Geld- oder Gefängnisstrafen zu erwarten. Das Wohnungsamt bezog sich dabei auf die Bestimmungen des Wohnungswechselverbotes der Militärregierung. Im Interesse einer geordneten Unterbringung der Wohnungssuchenden werde in Zukunft jeder Verstoß gegen das Wohnungswechselverbot zur gerichtlichen Bestrafung gemeldet und die widerrechtlich bezogene Wohnung zwangsweise geräumt werden. Die Namen der Schuldigen sollte öffentlich bekanntgegeben werden.

-.-

Nachnahme- und unversiegelte Wertpakete bis zu 7 kg Gewicht waren vom 15. Juni an in der ganzen britischen Zone wieder zugelassen. Während bei Nachnahmepaketen Einlösebeträge bis zu 1 000 RM erhoben werden konnten, betrug die Höchstsumme bei unversiegelten Wertpaketen 500 RM. Die Pakete unterlagen der Zensur.

-.-

In Gelsenkirchen traten zahlreiche falsche Kriminalbeamte auf, die mit gefälschten Kriminalmarken versehen waren. Es mußte sich um mehrere Gruppen handeln, da um die gleiche Uhrzeit an verschiedenen Stellen solche falschen Kriminalbeamten auftraten.

Ein besonders schwerer Fall ereignete sich am 15. Juni bei einem Tierarzt in der Holbeinstraße. Dort wiesen sich ein Stadtbote und ein zweiter Mann mit gefälschten Marken als Kriminalbeamte aus, nahmen eine Haussuchung vor und "beschlagnahmen" 34 000 RM.

-. -

Sonntag, den 16. Juni

Das 9. und letzte städtische Sinfoniekonzert der Konzertsaison fand am Sonntag, dem 16. Juni, unter der Leitung von Richard Heime in der Schauburg Buer statt.

Auf dem Programm standen:

"Meistersinger" - Vorspiel von Richard Wagner, Klavierkonzert in B-Moll von Tschaikowsky (Solist: Franzpeter Goebels) und die erste Sinfonie von Robert Schumann.

Das Konzert wurde am 18. Juni in der Mädchen-Mittelschule in Alt-Gelsenkirchen wiederholt. Für dieses Konzert hatten die für den 28. Mai gelösten Karten Gültigkeit; an diesem Tage mußte das Konzert wegen Beanspruchung der Aula der Schule durch die Polizei (s.S. 98 dieses Bandes) ausfallen.

-. -

Als erste größere Leichtathletik-Veranstaltung des Sommers fand auf dem Halfmannshof-Stadion ein Clubkampf der Turnvereine TC Gelsenkirchen 74, TV Gladbeck und TC Wanne statt, den die Gelsenkirchener Turner mit 79 Punkten vor TV Gladbeck (77 Punkte) und TC Wanne (68 Punkte) gewannen.

-. -

Montag, den 17. Juni

An dem Ehrendienst zur Beseitigung der Trümmerrmassen, zu dem Oberbürgermeister Geritzmann die Bevölkerung der Stadt aufgerufen hatte, nahmen seit Montag, dem 17. Juni, täglich 130 Beamte, Angestellte und Arbeiter der Stadtverwaltung in achtstündigem Schippdienst teil.

-. -

Um die Aufrechterhaltung der gegenwärtigen Lebensmittelrationen bis zur neuen Ernte zu sichern, erließen die Vorsitzenden aller Parteien in der britischen Zone, die Vertreter der Kirchen beider Konfessionen, die Gewerkschaften, die Genossenschaften einen Aufruf, in dem die Bauern aufgefordert wurden, ihren Eigenverbrauch soweit wie möglich einzuschränken, um Lebensmittel für die Bevölkerung der Großstädte freizumachen.

Der Aufruf hatte folgenden Wortlaut:

"Der Hunger klopft an unsere Türen. Ihr wißt, wie groß die Not in der Stadt ist. Es ist erschütternd, täglich Frauen mit hungernden Kindern zu sehen. Die britische Militärregierung hat das Menschenmögliche getan, um die Not zu lindern. Ihr selbst habt eure Pflicht erfüllt. Aber es muß mehr geschehen. Wir können diese furchtbare Notlage, die zu den schwersten Erschütterungen führen kann, nur dann überwinden, wenn ihr mehr als eure Pflicht tut. Wir müssen der Welt zeigen, daß der deutsche Landmann auch das letzte ihm irgendwie Entbehrliche an Lebensmittel hergibt, um die Not der Stadtbevölkerung zu lindern, und daß er selbst gewillt ist, ernsthafte Entbehrungen auf sich zu nehmen, um die Städter einigermaßen satt zu machen.

Deswegen wird jetzt vom 22. - 30. Juni eine Sammelwoche stattfinden, in der jeder anständige Bauer freiwillig das abgeliefert, was er noch irgendwie von den Vorräten seines eigenen Haushalts entbehren kann. Es hilft nichts: Auch der Bauer muß sich streng einschränken, damit die Stadt nicht verhungert. Alles Nähere werdet ihr durch die Bauernvorsteher erfahren. Wir vertrauen darauf, daß ihr euch dem schweren Ernst der Lage nicht verschließt. Zeigt der Welt und zeigt dem Stadtvolk, daß die Reste Deutschlands eine Notgemeinschaft sind, in der die notleidenden Mitmenschen nicht im Stich gelassen werden!"

--

Dienstag, den 18. Juni

Um die einsam gelegenen Bauerngehöfte unserer Stadt nach Möglichkeit vor Raubüberfällen und Diebstählen zu schützen, wurden verstärkte Polizeistreifen eingesetzt.

Die Bauernhöfe waren mit besonderen Alarmvorrichtungen versehen, damit im Bedarfsfalle die Polizei jederzeit auf schnellstem Wege Hilfe leisten konnte.

--

Mittwoch, den 19. Juni

In Bork, wo er seinen Lebensabend verbrachte, starb Pfarrer i.R. Franke, der von 1887 bis 1930 Pfarrer der evangl. Kirchengemeinde Buer-Mitte war.

Von den großen Sympathien, deren er sich in seiner früheren Gemeinde erfreute, legte die starke Teilnahme an der Trauerfeier in der Kirche Buer-Mitte Zeugnis ab.

--

In Gelsenkirchen-Buer wurde ein neues Amt "Ruhrkohlen-Bergbau" des Landesarbeitsamtes Westfalen eingerichtet.

Über seine Aufgaben veröffentlichte die "Westfälische Rundschau" in ihrer Ausgabe vom 19. Juni ein Interview mit dem Präsidenten des Landesarbeitsamtes Westfalen, August Halbfell.

Danach fiel diesem neuen Amt die Aufgabe zu, alle den bergbaulichen Arbeitseinsatz betreffenden Fragen wie Arbeitsvermittlung, Berufsberatung und Arbeitsrechtsfragen zu bearbeiten, und zwar in Verbindung mit der North German Coal Control und der Militärregierung ebenso wie mit den Bergwerksleitungen, den Gewerkschaften und den Betriebsräten. Hauptziel der Arbeit dieses Amtes war die Anwerbung von Bergarbeitern, besonders auch außerhalb des Ruhrgebietes. Präsident Halbfell gab der Zeitung gegenüber der Hoffnung Ausdruck, daß es gelingen werde, die für den Ruhrbergbau benötigten 80 000 bis 100 000 Bergarbeiter bald anwerben zu können. Als Voraussetzungen für einen Erfolg nannte er: Regelung der Lohnfrage und der Sozialversorgung, Unterbringung in geordneten Verhältnissen und bevorzugte Versorgung mit Konsumgütern.

-. -

Donnerstag, den 20. Juni

Zur Vorbereitung der Stadtverordnetenwahlen erließ die Militärregierung die Verordnung Nr. 28.

Danach mußten für jeden Wahlbezirk Wahlregister angelegt werden, in denen die Wähler, nach Stimmbezirken getrennt, aufzuführen waren. Zur Wahl zugelassen wurden alle Wähler beiderlei Geschlechts, wenn sie am 12. Mai unter ihrer Adresse in das Melderegister eingetragen waren, vom 12. Februar bis 12. Mai im Melderegister des zuständigen Wahlgebietes geführt wurden, am 12. Mai die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen und an diesem Tage das 21. Lebensjahr erreicht hatten. Für die Aufstellung der Wahlregister für die Wahlbezirke war der Oberstadtdirektor als "Wahlleiter" verantwortlich.

Die Wahllisten sollten vom 10. Juli an zur allgemeinen Einsicht veröffentlicht werden, um die Möglichkeit zu Einprüchen zu geben. Bis spätestens 9. August mußte dann über die Einsprüche entschieden sein. Die Listen galten dann als endgültig aufgestellt und mußten bis zum 19. August öffentlich ausliegen.

Von der Eintragung in das Wahlregister waren ausgeschlossen:

1. Wer politischer Leiter der NSDAP war oder dem Sicherheitsdienst der Gestapo, dem Generalstab, dem Oberkommando der Wehrmacht, der SS oder dem HJ-Streifendienst angehörte,
2. wer vor dem 1. März 1933 der NSDAP, SA, HJ, BDM, NS-Frauensschaft oder NS-Deutschen Studentenbund angehörte,
3. wer die folgenden oder höheren Ämter in den angeführten Organisationen inne hatte:
Blockleiter in der NSDAP, Truppführer in der SA, NS-Kraftfahrkorps oder NS-Fliegerkorps, Gefolgschaftsführer in der Hitlerjugend, Mädleringführerin im Bund Deutscher Mädel, Kameradschaftsführer im NS-Studentenbund,
4. wer Funktionär in folgenden Organisationen war:
Deutsche Arbeitsfront, NS-Gemeinschaft "Kraft durch Freude", NS-Volkswohlfahrt, NS-Kriegsopferversorgung, NS-Bund Deutscher Technik, NS-Deutscher Ärztenbund, NS-Lehrerbund oder NS-Rechtswahrerbund,

5. wer Betriebsobmann der Deutschen Arbeitsfront in Betrieben mit mehr als 50 Mann Belegschaft war,
6. wer im Reichsarbeitsdienst als Berufsoffizier diente,
7. wer durch einen Entnazifizierungsausschuß als zu einer Gruppe gehörig bezeichnet worden war, die von der Wahl ausgeschlossen war, und schließlich
8. wer von der Militärregierung wegen seiner Verbindung mit dem Nationalsozialismus verhaftet oder von einer Beschäftigung und einer einflußreichen Stellung in öffentlichen oder privaten Stellen entlassen, suspendiert oder ausgeschlossen worden war.

..-

Die Linie 21 der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn verkehrte vom 20. Juni an zusammen mit der Linie 31 durchgehend vom Betriebsbahnhof Horst über Buer - Buer-Erle bis zur Emscherbrücke.

Vom gleichen Tage an fuhr die Linie 2 von Bochum über Gelsenkirchen-Hauptbahnhof bis zum Hans-Sachs-Platz.

..-

Freitag, den 21. Juni

Die Berufsschulen hatten seit einigen Wochen ihren Unterricht wieder aufgenommen.

Die Gesamtstadt zählte zur Zeit 6 000 Berufsschulpflichtige, die teilweise wegen Platzmangels und mangels an geeigneten Lehrkräften jedoch noch nicht eingeschult werden konnten.

..-

Im "Theater an der Bochumer Straße" fand die Erstaufführung der Operette "Schwarzwaldmädel" von Leon Jessel statt.

..-

Der unmittelbare Verkauf von Frühkartoffeln vom Erzeuger an den Verbraucher wurde verboten, um die Versorgung der Industriegroßstädte mit Frühkartoffeln zu sichern, und um zu verhindern, daß die Stadtbevölkerung die ländlichen Kreise überliefe, um sich dort Kartoffeln zu besorgen.

..-

Wegen Schwarzhandels mit Lebensmitteln und unerlaubten Besitzes von alliierten Zigaretten verurteilte das Militärgericht in Schaumburg Lippe zwei Frauen und sechs Männer aus Gelsenkirchen zu Gefängnisstrafen von 1 - 4 Monaten.

..-

Sonntag, den 23. Juni

Die Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener und Konzentrationäre hielt in der Schauburg Buer ihr Jahresgedenken für die Opfer des Nazismus ab.

Die Totenehrung nahm der Vorsitzende der Vereinigung, August Vollmar, vor; sie war umrahmt von Darbietungen des städt. Orchesters.

-. -

Eine Sonnenwendfeier der SPD fand am Sonntag, dem 23. Juni, auf Schloß Berge statt.

Sie vereinigte zum ersten Mal nach 14 Jahren rund 20 000 Personen, Jung und Alt, zu froher Gemeinschaft. Im Mittelpunkt der Feier stand eine Ansprache von Reichsminister a.D. Karl Severing.

An der Feier nahmen auch Oberbürgermeister Geritzmann und Oberstadtdirektor Zimmermann teil.

-. -

Montag, den 24. Juni

Nach der Verordnung des Oberpräsidenten über das bauwirtschaftliche Genehmigungsverfahren (s.S. 64 dieses Bandes) mußten alle genehmigten und noch nicht genehmigten Bauarbeiten, die bis zum 1. Juni noch nicht zur Genehmigung neu eingereicht worden waren, auf Anweisung der Militärregierung still gelegt werden.

-. -

Die Westfälische Provinzialregierung veröffentlichte folgende "Soziale Bilanz der Nazierrschaft". Sie sollte durch Anschlag an den Litfaßsäulen kommentarlos der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden.

Opfer des Hitlerkrieges:

300 000 Westfalen fielen auf den Schlachtfeldern Europas, Asiens und Afrika.

200 000 Westfalen kehrten als Krüppel aus dem Hitlerkrieg heim.

10 285 Westfalen verloren ein Bein,

5 130 Westfalen verloren einen Arm,

901 Westfalen verloren Arm und Bein,

417 Westfalen verloren ihr Augenlicht.

Die Opfer der Heimat:

36 676 Westfalen, Männer, Frauen und Kinder, wurden im Bombenhagel getötet.

217 737 westfälische Kinder wurden zwangsverschickt.

454 000 westfälische Wohnungen wurden völlig zerstört oder so schwer beschädigt, daß ihre Instandsetzung nicht möglich war.

346 westfälische Kirchen wurden zerstört.

Westfalens jüdische Tragödie:

20 502 westfälische Juden wurden aus ihrer Heimat vertrieben und zum größten Teil ermordet.
103 westfälische Synagogen wurden geschändet.

Das Konzentrationslager-Verbrechen:

12 177 Westfalen wurden in Konzentrationslagern, zum größten Teil jahrelang, festgehalten.
Die Zahl der in diesen Lagern "Verstorbenen" läßt sich nicht genau feststellen, geht jedoch in die Tausende.
902 Westfalen wurden als "krank" in Konzentrationslager und besondere "Heilanstalten" verschleppt und dort ermordet.
272 Geistliche wurden in Konzentrationslager gebracht.
341 westfälische Familien erhielten die Totenasche ihrer Lieben aus den Konzentrationslagern zugeschickt.

Diese Zahlen waren der Auftakt zu einem Aufklärungsfeldzug der westfälischen Provinzialregierung größten Stils; sie wollte damit dem Volke die Wirkungen eines auf Macht und Diktatur aufgebauten Parteistaates vor Augen führen.

--

Vor einer übermäßigen Errichtung von Wellblechhütten und allzuvielen behelfsmäßigen Maßnahmen warnte der Verbandsdirektor des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk Dr. Rappaport auf einer Tagung der Obermeister, Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren des Ruhrgebietes.

Er forderte Neubauten statt Behelfsheime für Bergarbeiter und gab in diesem Zusammenhang bekannt, daß die Besatzungsmacht eine britisch-deutsche-Dienststelle im Ruhrgebiet errichten würde, die sich mit diesen Behausungsfragen beschäftigen sollte. Dadurch würde der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk seine früheren Aufgaben zurückerhalten. Von den etwa 1,2 Millionen Wohnungen des Ruhrgebietes seien rund 980 000 bei Kriegsende zerstört gewesen, und von den 170 000 zeheneigenen Bergarbeiterwohnungen rund 150 000 ebenfalls zerstört oder beschädigt. Daher müsse mit Neubauten begonnen werden. Die Bevölkerungsdichte im Ruhrgebiet betrage jetzt rund 1 600 Personen auf den Quadratkilometer gegenüber 220 in der gesamten britischen Zone. Niemals habe sich eine so günstige Gelegenheit geboten, die übermäßig enge Bebauung der Stadtzentren durch eine vernünftige und lockere Bauweise zu ersetzen.

--

Die Einzelhandelsgeschäfte durften - entsprechend einer Anordnung des Oberstadtdirektors - Einkochgläser nur gegen Vorlage des Haushaltsausweises verkaufen, und zwar auf den Kopf jeder Familie höchstens drei Gläser.

Haushalte, die eine Anbaufläche von mindestens 300 qm nutzten, erhielten gegen Vorlage einer Bescheinigung des Kleingartenverbandes zusätzlich drei Einkochgläser je Kopf.

--

Alle Kinder im Alter von drei bis sechs Jahren erhielten vom 25. Juni an je ein kg Gefriergemüse, und zwar in den Geschäften mit besonderen Kühltruhen.

--

Für ein ungeteiltes Westfalen setzte sich in einer Pressekonferenz Oberpräsident Dr. Amelunxen ein, wobei er der Gerüchtemacherei politischer Quertreiber energisch entgegentrat.

Eine territoriale Neugliederung der britischen Zone sei notwendig, um die verfassungsmäßige Gestaltung der verschiedenen Gebiete zu regeln. Die ehemaligen preußischen Provinzen seien, weil Preußen tot sei, keine Provinz mehr, sondern nur Gebietsteile. Die aus ihnen zu bildenden Länder dürften nicht zu klein, aber auch nicht zu groß sein, damit kein Übergewicht einzelner Länder entstehe und kein Land in die Versuchung gerate, nach Eigenstaatlichkeit zu streben. Das jetzige Westfalen mit rund 20 000 qkm und rund 6 Millionen Einwohnern entspreche gebiets- und bevölkerungsmäßig den Forderungen, die vom Standpunkte der Demokratie sowie von der Verwaltungspraxis und Verwaltungsreform her zu stellen seien. Der Hauptausschuß des Westfälischen Provinzialrates habe am 3. Juni einstimmig den Standpunkt vertreten, daß Westfalen, Lippe und einige kulturell und wirtschaftlich nach Westfalen tendierende Randgebiete zusammengehören. Das Verlangen Hannovers, die westfälischen Kreise Minden, Lübbecke, Bielefeld, Herford, Halle und Tecklenburg Hannover einzuverleiben, werde mit Entschiedenheit zurückgewiesen.

"Wir in Westfalen", so schloß Dr. Amelunxen, "haben für die kommende gebietsmäßige Neugestaltung, die wir uns als Neubildung des gesamten deutschen Raumes und nicht allein der britischen Zone denken und wünschen, nur eine Forderung, die wir mit der uns eigenen Hartschädlichkeit vertreten werden: Wir wollen, daß das Westfalenland ungeteilt bleibt! Wir in Westfalen denken dabei an Gesamtdeutschland. Wir halten es daher auch für selbstverständlich, daß das Ruhrgebiet politisch bei Deutschland bleibt".

--

Mittwoch, den 26. Juni

Unter der Leitung des Kreisvorsitzenden Keller fand im Lokale Brandt am Machensplatz die Gründungsversammlung des Kreisverbandes Gelsenkirchen des Verbandes der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen und des Personen- und Wagenverkehrs statt. Der frühere Vorstand des kleineren Kreisverbandes Gelsenkirchen, aus dem sich der neue Kreisverband entwickelte, wurde durch je zwei Mitglieder aus Recklinghausen, Herten, Gladbeck, Bottrop und einem Mitglied aus Dorsten erweitert. Oberbürgermeister Geritzmann und Stadtrat Neysters als Vertreter von Oberstadtdirektor Zimmermann nahmen an der Gründung der neuen Gewerkschaft teil.

--

Die Ernährungssorgen des Ruhrgebietes waren Gegenstand einer Konferenz der Vertreter von Verwaltungen, Parteien und Gewerkschaften mit dem Leiter des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft in Hamburg, Dr. Schlange-Schöningen, und dem Präsidenten der Landesbauernschaft Westfalen, Dr. Heukamp, Dortmund.

Die Verhandlungen fanden ihren Niederschlag in der Herausstellung folgender Grundforderungen:

1. Die Übergabe der Exekutive an die deutsche Verwaltung von der Zentrale herunter bis zur untersten Verwaltungsstelle;
2. die Ausschaltung der Zonengrenzen;
3. Schaffung eines beschließenden Beirats bei der Zentralstelle in Hamburg, der sich aus den verschiedenen Gruppen zusammensetzt, und bei dem unter keinen Umständen die Vertreter der Verbraucher und der kommunalen Selbstverwaltung fehlen dürfen;
4. Trennung der Aufgaben des jetzigen Reichsnährstandes in der Provinzialinstanz, und zwar in solche der rein berufsständigen Vertretungen der Bauern in eigener Zuständigkeit und Einbau der verbleibenden amtlichen Aufgaben des Landesernährungsamtes bei der provinziellen Staatsverwaltung;
5. Abbau der verschiedenen Wirtschaftsverbände in ihrer augenblicklichen aufgeblähten Form der Zuständigkeit und Bildung von Fachdezernenten beim Landesernährungsamt;
6. Bildung eines beschließenden Ernährungsbeirates beim Landesernährungsamt, in den neben den Verbrauchern, vertreten durch Parteien und Gewerkschaften, Vertreter der Erzeuger, des Handels und der Kommunalverwaltungen berufen werden sollen, und Bildung von Arbeitsausschüssen für die verschiedenen Fachgebiete (Kartoffeln, Getreide, Fleisch usw.);
7. Übertragung sämtlicher amtlicher Aufgaben der Ernährungswirtschaft in den Stadt- und Landkreisen an die unteren Verwaltungsbehörden, also Entbindung der bisherigen Kreisbauernschaften, die als reine Fachvertretungen ihres Berufsstandes angesehen werden müssen, von den amtlichen Aufgaben, die sie bisher über die Abteilung A der Ernährungsämter wahrnehmen. Damit müssen künftig die Führung der sogenannten Hofkartei, die Festsetzung des Ablieferungssolls und die Ablieferung der Erzeugnisse Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörden werden. Es ist ein untragbarer Zustand, daß bisher die Produzenten entscheiden können, wie hoch das Ablieferungssoll ist.

-. -

Die Stadt-Sparkasse verlegte ihre Geschäftsräume in "Schmidts Gute Stuben" an der Vohwinkelstraße.

-. -

Das Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in der britischen Zone wandte sich mit folgendem Aufruf an die Bevölkerung:

"Die Rodung der Frühkartoffeln hat in allen Anbaugebieten begonnen. Bis zum Beginn der Spätkartoffelernte ist beabsichtigt, wöchentlich jedem Verbraucher zwei kg Kartoffeln zuzuteilen. Diese Ration kann aber nur dann aufrecht erhalten werden, wenn das Hamsterunwesen restlos aufhört. Schon jetzt gibt es viele Ortschaften, die täglich von mehreren Tausend Kartoffelhamster überlaufen werden. Jeder, der aufs Land fährt, um über seine Zuteilung hinaus für sich selbst Kartoffeln zu beschaffen, muß sich darüber klar sein, daß die von ihm gehamsterten Kartoffeln an andere Verbraucher nicht mehr ausgegeben werden können.

Jeder, der in der Stadt der notleidenden Bevölkerung Kartoffeln zu Überpreisen verkauft, muß als ein verbrecherischer Schädling angesehen werden. Die arbeitende Bevölkerung, die für Hamsterfahrten keine Zeit hat, hat ein Anrecht auf gleichmäßige Erfassung und Verteilung der geernteten Kartoffeln. Nur wenn Erzeuger und Verbraucher Disziplin wahren, kann die geplante Versorgung mit Frühkartoffeln gewährleistet werden."

--

Donnerstag, den 27. Juni

Die Kleinverteiler durften Vorbestellungen und Verkäufe erst von dem vom Ernährungsamt hierfür festgesetzten Tage an vornehmen, und auch dann nur auf Abschnitte, die vom Ernährungsamt dazu aufgerufen waren. Einzelhändlern, die dagegen verstießen, wurden empfindliche Ordnungsstrafen angedroht, evtl. Entziehung der Verkaufserlaubnis.

--

Die Herabsetzung der Fleischrationen gab erneut Anlaß zu weitgehender Unzufriedenheit in der Bevölkerung und erheblichen öffentlichen Diskussionen.

Eine weitere Welle der Erregung gerade in weiten Kreisen der Arbeiterbevölkerung rief die Festsetzung neuer, erheblich höherer Steuern auf Tabakwaren und Spirituosen hervor. Der Kleinverkaufspreis für die frühere vier-Pfennig-Zigarette wurde auf 16 Pfennig je Stück heraufgesetzt; der Preis für 50 g Grobschnitt-Tabak lag zwischen 2,50 RM und 5 RM.

--

Freitag, den 28. Juni

Mitglieder des Entnazifizierungsausschusses durften nicht privat über den Fortgang von Fragebogen-Angelegenheiten bei den einzelnen Ausschüssen oder beim Beirat befragt werden. Bei Zuwiderhandlungen wurde Bestrafung durch die Militärregierung angedroht.

--

Samstag, den 29. Juni

In einer Veranstaltung des Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands sprach Oberstudienrat Dr. Berger (Wesel) über Ziel, Stoff, Lehre und Methode der Volkshochschule.

Oberstudienrat Fußhöller berichtete über die vom Städt. Kulturamt für die Wiedereröffnung der Volkshochschule geleistete Vorarbeit.

Leitsätze von Lehrer Leo Herwig über die Ausrichtung der Volkshochschule wurden dem Volksbildungsausschuß als Material überwiesen.

--

Das Militärgericht verurteilte einen Bürger aus Buer-Beckhausen zu 20 Jahren Gefängnis, weil er im Besitze einer Pistole nebst Munition befunden wurde, als er wegen eines Schweinediebstahls verhaftet wurde.

--

Sonntag, den 30. Juni

Der Städt. Musikverein führte unter der Leitung von Eugen Klein am Sonntagvormittag in der Schauburg Buer das Oratorium "Die Schöpfung" von Haydn auf.

Solisten waren:

Milly Fikentscher-Willach (Sopran), Helmut Krebs (Tenor) und Eduard Scherz (Bariton).

Die Aufführung wurde am Nachmittag in der Mädchen-Mittelschule in Alt-Gelsenkirchen wiederholt.

--

Das Städt. Orchester gab in der Zeit vom 6. August 1945, wo es seine Tätigkeit unter Richard Heime wieder aufnahm, bis zum 30. Juni 18 Sinfoniekonzerte, 7 Kammerorchesterkonzerte, und wirkte mit bei 37 Chorkonzerten, 18 Opernkonzerten, 5 Opernaufführungen, 32 Veranstaltungen verschiedener Art und 161 Veranstaltungen im "Theater an der Bochumer Straße", führte also in knapp 11 Monaten insgesamt 278 Veranstaltungen durch. Damit war erwiesen, daß Gelsenkirchen weit und breit das rührigste Orchester besaß.

Es spielte auswärts auch in Wanne-Eickel, Herne, Essen, Dortmund, Herten, Langenberg, Haltern, Wattenscheid, Marl und Castrop-Rauxel.

--

Im Zuge des Wiederaufbaus der Gewerkschaften schloß sich als 5. Bezirk der Westfälischen Baugewerkschaft der Bezirk Gelsenkirchen-Recklinghausen an.

Auf einer Delegiertentagung der Baugewerkschaftler der Kreise Gelsenkirchen, Buer, Gladbeck, Bottrop und Recklinghausen wurde die Gründung dieses Bezirks beschlossen und Schallbruch (Gladbeck) zum Bezirksvorsitzenden und Frank (Buer) zum Bezirksgeschäftsführer gewählt.

Die Versammlung wandte sich mit Nachdruck gegen das auch im Baugewerbe eingerissene Kompenpensieren und forderte die Zurückstellung der Bauten nicht lebenswichtiger Gaststätten und Geschäfte, um den privaten Wohnungsbau zu fördern.

--

Die Kreismeisterschaft der Leichtathleten des Kreises Gelsenkirchen, Buer, Gladbeck, Bottrop und Recklinghausen wurde von sommerlichem Wetter begünstigt, auf der Linnefant-Kampfbahn in Buer ausgetragen. Es beteiligten sich auch Sportler aus Wanne, Bochum, Dortmund und Dorsten. Kelbassa von den Sportfreunden Buer wurde erster Sieger im Weitsprung und Kugelstoßen, außerdem Zweiter im Hundert-Meter-Lauf.

-. -

Das Kilogramm Zucker wurde...
Der Grund für diese...
20. Juni von...
setz, durch...
je 100 kg...
...

Ab 1. Juli wurde...
3. Dezember 1945...
1 451 (1 708) Pferde, 1 338 (1 500) Rinder, 2 408 (2 448) Schweine, 571 (547) Schafe.
Die anderen Tiere wurden nicht gezählt.

Zur Wiederbelebung der Gruppe Gelsenkirchen des Westfälischen Heimatschutz fand in der Aula der Mädchen-Mittelschule unter dem Vorsitz von... eine Besprechung mit interessierten...
...

Bei mehreren Kontrollen der...
in der Umgebung...
10 kg Speck, 4 kg...
1 kg Wurst, für...
kan für 20 kg...
25. Std.), 21...
...

Montag, den 1. Juli

Das Städt. Wirtschaftsamt gab im Juni Kleidung und Hausrat aus. Es waren:

56 Männeranzüge, 53 Sakkos, 187 Männerhosen, 240 Unterhosen für Männer, 263 Frauenkleider, 185 Frauentaghemden, 52 Hüfthalter, 35 Knabenjacken, 6 Knabenwettermäntel, 7 Knaben-Nachthemden, 15 Mädchen-Nachthemden, 49 Säuglingshemden, 56 Säuglings-Jäckchen, 15 Matratzen-Garnituren, 69 Schlafdecken, 579 Paare Frauen- und Mädchenschuhe, 3 Kohlenherde, 5 Gaskocher, 450 Schüsseln, 42 Holzbetten, 3 Kleiderschränke und 3 Wohnzimmerschränke.

Das war indessen nur ein Bruchteil dessen, was in normalen Zeiten nicht monatlich, sondern an einem Tage in der Stadt verkauft wurde.

--

Die Bewirtschaftung von Nadel- und Laubschnittholz, Telegrafstangen, Masten, Tischlerplatten, Furnierplatten, Holzfaserplatten und Furnieren erfolgte vom 1. Juli an nach einem neuen Lizenzsystem, das mit den bereits sattsam bekannten umständlichen Antragsformularen arbeitete.

--

Das Kilogramm Zucker wurde vom 1. Juli an um 22 Pfennig teurer; je nach dem Verbrauchsgebiet kostete es 0,98 bis 1,- RM. Der Grund für diese Anordnung der Militärregierung war das am 20. Juni vom Alliierten Kontrollrat erlassene Zuckersteuergesetz, durch das die Zuckersteuer mit Wirkung vom 24. Juni für je 100 kg um 19 RM auf 40 RM erhöht worden war.

--

Ab 1. Juli wurde in Gelsenkirchen (in Klammern die Zahlen vom 3. Dezember 1945) folgender Viehbestand gezählt:
1 451 (1 708) Pferde, 1 488 (1 500) Rinder, 2 408 (2 448) Schweine, 571 (547) Schafe.
Die anderen Tiere wurden nicht gezählt.

--

Zur Wiederbelebung der Gruppe Gelsenkirchen des Westfälischen Heimatbundes fand in der Aula der Mädchen-Mittelschule unter dem Vorsitz von Oberschulrat Winkel eine Besprechung mit interessierten Kreisen statt, um eine Neugründung vorzubereiten.

--

Bei mehreren Kontrollen zur Bekämpfung des Schwarzen Marktes in der Umgebung des Hauptbahnhofes und im Bulmker Park konnte die Polizei folgende umfangreiche "Beute" sicherstellen:
10 kg Speck, 8 kg Schinken, 1 kg Schmalz, 5 kg Pökelfleisch, 1 kg Wurst, Fleischmarken für 7,5 kg Fleischwaren, Fettmarken für 20 kg Fettwaren, 180 Eier, 11 Eimer Marmelade (je 25 Pfd.), 21 Zentner Kartoffeln, 1 Zentner Hafer, 35 kg Rü-

benschnitzel, 25 kg Brot, 27 Dosen Kondensmilch, 10 Dosen Fischkonserven, 6 Flaschen Schnaps, 900 g Kakao, rund 5 000 Zigarren und Zigarillos, 250 Zigaretten, 2 800 g Tabak, 35 Päckchen Tabak, 5 Rollen Strang-Tabak, 268 Päckchen Zigarettenpapier, 14 Paar Pantoffel, 28 seidene Halstücher, 2 Paar Arbeitsschuhe, 2 Paar Herrenschuhe, 1 Paar Damenschuhe, 9 Paar Damenstrümpfe und 24 Aufnehmer.
45 Personen wurden wegen Schwarzhandels und Hamsterns angezeigt.

--

Dienstag, den 2. Juli

Bis zum 1. Juli waren bei der Stadt Gelsenkirchen 6 469 Gefallene aus dem Stadtbezirk gemeldet sowie 3 004 Tote aus dem Heimatkriegsgebiet (bei Luftangriffen usw.).

Nach den statistischen Unterlagen des Hygiene-Institutes wurden im ersten Halbjahr 1946 durch die Gesundheitsbehörden im Bereich des Regierungsbezirks Münster 4 608 neue Erkrankungsfälle an Tuberkulose festgestellt, ferner im gleichen Zeitraum 1 500 Todesfälle durch Tuberkulose.

Wie Oberarzt Dr. Heine vom Hygiene-Institut mitteilte, bedeutet das eine Zunahme der Tuberkulose um 80 bis 100 % gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres, verursacht durch die unzureichende Ernährung und die sehr schlechten Wohnungsverhältnisse.

Eine weitere bedrohliche Erscheinung war das starke Zunehmen der Typhusfälle um etwa 1 000 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

--

Oberbürgermeister Geritzmann wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahnen AG gewählt.

--

Mittwoch, den 3. Juli

Auf folgenden Plätzen wurde jetzt wieder Wochenmarkt abgehalten:

In Alt-Gelsenkirchen:

auf dem "Alten Markt" und auf der "Wiese", und zwar montags, mittwochs und freitags,
auf dem Schalker Markt dienstags, donnerstags und samstags,
auf dem Rotthauser Marktplatz dienstags und samstags,
auf dem Moltkeplatz in der Neustadt mittwochs und samstags und
auf dem Bürgerplatz in Bismarck donnerstags;

im Stadtteil Buer:

auf dem Marktplatz Buer-Mitte dienstags, donnerstags und samstags,
auf dem Marktplatz Buer-Erle montags, mittwochs und freitags;

im Stadtteil Horst:

auf dem Marktplatz Horst-Süd, freitags.

Gelsenkirchen war nicht als Aufnahmegebiet für Flüchtlinge bestimmt, und doch verschaffte die Tausend-Feuer-Stadt rund 7 000 Heimatlosen Unterkunft und Arbeit und damit eine neue Heimat.

--

Innerhalb von 14 Tagen kamen im Polizeibezirk Gelsenkirchen 7 Raubüberfälle vor, ferner 115 Einbruchs- und Lebensmittel-diebstähle sowie 202 einfache Diebstähle. Das Überfallkommando mußte in 8 Fällen eingreifen.

--

Donnerstag, den 4. Juli

Die seit August 1945 wegen Kohlenmangels stillliegende Badeanstalt an der Hindenburgstraße wurde am 4. Juli um 7 Uhr morgens mit sämtlichen Bädern, auch den Heilbädern, wieder eröffnet.

Badezeiten waren werktags von 7 - 19 Uhr, sonntags von 7 - 12.30 Uhr; die Schwimmhalle stand von Montag bis Mittwoch, das Heilbad am Dienstag und Freitag den Frauen zur Verfügung, an allen übrigen Tagen nur den Männern.

--

Freitag, den 5. Juli

Aus den Trümmerschuttmassen wurden in einem besonderen Schnellverfahren mit Hilfe einer von der Firma Schäfer gebauten Trümmerverwertungsanlage auf der sogenannten "Kuhwiese" die für den Wiederaufbau so notwendigen Ziegelsteine hergestellt.

--

Fußballer, Schwimmer, Handballer und Leichtathleten waren in Gelsenkirchen wieder recht aktiv. Der FC Gelsenkirchen Schalke 04 hatte innerhalb von 10 Tagen vier schwere Meisterschaftsspiele auszutragen.

--

Samstag, den 6. Juli

Nach einjährigem Bestehen hielt die CDU Gelsenkirchen in Buer einen Kreisparteitag ab; er stand unter dem Motto: "Neubau durch Wiederaufbau".

--

Der Vorsitzende der KPD des Ruhrgebietes, Max Reimann, sprach am 6. Juli auf einer öffentlichen Kundgebung auf dem Wildenbruchplatz, die von rund 8 000 Personen besucht war.

--

Ein Opfertag für das Evangl. Hilfswerk und die Caritas fand am 6. und 7. Juli statt.

Er stand unter der Parole:

"Christen reichen einander die Hände und fassen zu!"

--

Sonntag, den 7. Juli

In Buer fand eine Bezirksdelegiertentagung der deutschen Angestellten aus den Stadtkreisen Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop, Recklinghausen Stadt und Land statt.

Die Tagung genehmigte nach zwei Referaten die Satzung des Bezirksverbandes und wählte zum ersten Vorsitzenden Herrn Gatzen (gleichzeitig Geschäftsführer) und zum 2. Vorsitzenden Herrn Nickel.

--

Die "Glückauf-Kampfbahn", das größte vereinseigene Stadion Deutschlands, das dem mehrfachen deutschen Fußballmeister FC Schalke 04 gehörte, war soweit wieder hergestellt, daß es jetzt wieder eingeweiht werden konnte.

Mit dem Rückspiel des Altmeisters Schalke 04 gegen den derzeitigen Spitzenführer Westfalia Herne erlebte die Kampfbahn am Sonntag, dem 14. Juli, wieder einen Großkampftag. Vor rund 30 000 Zuschauern blieb Westfalia Herne nach großem Kampf mit 5 : 0 auf der Strecke.

--

Zu der Malergruppe "Die Hütte" schloß sich eine Reihe gleichgesinnter Gelsenkirchener Künstler zusammen.

Sie trat am Sonntag, den 7. Juli, mit ihrer ersten Ausstellung im Westfalen-Kaufhaus an die Öffentlichkeit. Die Ausstellung erhielt durch 15 Zeichnungen aus dem Mappenwerk "Im Osten 1945" von Professor Franz Marten (Halimannshof) eine weit über dem örtlichen Rahmen hinausreichende Bedeutung.

Die neue Malergruppe lehnte sich an den Kulturbund der demokratischen Erneuerung Deutschlands an.

--

Montag, den 8. Juli

Das Radfahren auf Bürgersteigen, das in Gelsenkirchen zu einer Unsitte geworden war, wurde jetzt mit 3 DM und höher bestraft.

--

Die Stadtverwaltung gab bekannt, daß gefälschte Lebensmittelkarten im Umlauf seien; sie warnte vor der Annahme und Verwertung solcher Karten.

--

Dienstag, den 9. Juli

Die Jugend der höheren Schulen beteiligte sich mit Eifer an der Beseitigung der Trümmernmassen.

--

Durch plötzlich einsetzendes heißes Wetter nahm das Baden im Kanal zwischen Bismarck und Heßler so stark zu, daß es zu einer Gefahr für die Bevölkerung wurde.

--

Mittwoch, den 10. Juli

Eine der schwierigsten Aufgaben, vor die sich die Stadtbücherei nach dem Zusammenbruch gestellt sah, war die Beschaffung neuer Räume, da sämtliche Zweigstellen ausgebombt oder schwer beschädigt waren.

Die erste Zweigstelle war in einem Nebengebäude der früheren Bücherei Bismarck in einem behelfsmäßig hergerichteten Raum im Hause Bismarckstraße 170 eröffnet worden; eine neue Zweigstelle wurde in Rotthausen auf der Hilgenboomstraße eingerichtet. Um die Bücherei Buer aus der Notunterkunft im Museumsgebäude in würdigere Räume verlegen zu können, hatte sich die Stadtverwaltung um ein Geschäftslokal im Zentrum von Buer im Hause Hochstraße 32 bemüht; es wurde nunmehr für die Zwecke der Bücherei hergerichtet, konnte aber infolge unvorhergesehener Schwierigkeiten noch nicht bezogen werden. Trotz größter Bemühungen und immer wieder aufgenommenen Verhandlungen war es der Stadtbücherei noch nicht möglich, ihre Hauptbücherei im Zentrum der Alt-Stadt wieder einzurichten. Sie besaß in der Schule Josefstraße 28 lediglich Verwaltungsräume für ihre weitere Aufbauarbeit.

--

Der Kammerchor Eugen Klein, ein Auswahlchor schöner Stimmen aus Gelsenkirchen, Wattenscheid und Essen, trat am Mittwoch, dem 10. Juli in der Aula der Mädchen-Mittelschule mit seinem ersten Konzert an die Öffentlichkeit.

Er sang Chöre von Isaac, Hasler, Lassus, Schein, Haydn und Brahms.

Mitwirkende waren Anneliese Nöfer (Sopran), Anneliese Schäfer (Alt) und Hilde Knümann (Klavier).

--

Eine Bombenräumkolonne entschärfte unter Einsatz ihres Lebens im Stadtteil Horst eine 2 000-Kilo-Bombe.

Im gesamten Stadtgebiet mußten seit April 1946 300 Bombenblindgänger in gefahrvoller Arbeit unschädlich gemacht werden.

--

Die Stadt Gelsenkirchen besaß in Walter Leske einen Blutspender, der schon 400 Mal Blutspenden abgegeben hatte. Insgesamt spendete er 249 Liter Blut. Im Kriege rettete er dadurch 161 verwundeten Soldaten das Leben; unter ihnen befanden sich 17 Engländer und 21 Amerikaner.

-. -

Am Nachmittag des 11. Juli führte die Polizei wiederum einen Überraschungsschlag gegen den Schwarzen Markt im Bulmker Park. Abermals wurde das ganze Gelände von Polizeikräften umstellt. In Lastkraftwagen wurden 1 600 Männer und Frauen zum Polizeirevier I transportiert, wo im Binnenhof die Feststellung der Personalien erfolgte.

Zwei Männer und 37 Frauen wurden ohne Ausweis angetroffen, vier Glücksspieler verhaftet, 14 Personen wegen Verdachts des Schwarzhandels festgenommen, 54 Männer und 26 Frauen ohne Arbeitsamtsmeldekarte festgestellt und 50 Meldekarten beanstandet.

Bei dieser Razzia wurde auch der Invalide Heinrich Nüsperling, ein Bankhalter der Spielhölle, von der Polizei gefaßt. Sie beschlagnahmte das bei ihm vorgefundene Bankgeld in Höhe von 1 271 Mark. Außerdem erhielt er eine Geldstrafe von 200 Mark.

-. -

Dem 62 jährigen Rudolf Werdelmann aus Gelsenkirchen konnten zehn Kauendiebstähle nachgewiesen werden.

Seine Arbeitskollegen waren darüber so empört, daß sie ihm ein Schild umhängten, mit dem er einige Stunden auf dem Zeichenplatz stehen mußte; es trug die Aufschrift:

"Ich habe meine Kameraden bestohlen!"

Das Gericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis.

-. -

Donnerstag, den 11. Juli

Eine Konferenz aller Betriebsräte der Gelsenkirchener Metallindustrie faßte einstimmig folgende EntschlieBung, die dem Oberpräsidenten von Westfalen zugeleitet wurde:

"Die erdrückenden Belastungen, die der Arbeiterschaft in letzter Zeit auferlegt wurden, sind nicht mehr zu ertragen. Der Verdienst reicht nicht mehr aus, um damit das Leben fristen zu können. Wir sind uns klar darüber, daß das deutsche Volk und damit auch die deutsche Arbeiterschaft den Krieg verloren hat. Wir sind auch gewillt, durch unseren Arbeitsfleiß, soweit es in unseren Kräften steht, den vom deutschen Volk angerichteten Schaden wieder gut zu machen. Diese Möglichkeit besteht aber nur dann, wenn den notleidenden Metallarbeitern das zum Leben Notwendige zur Verfügung gestellt wird. Der Bergarbeiter ist nicht in der Lage, Kohlen zu fördern, wenn der Metallarbeiter nicht durch seine Arbeit die Voraussetzungen dazu schafft. Darum wünscht der Metallarbeiter gleiches Recht in der Zuteilung von Lebensmitteln, Gebrauchsgegenständen und Kohlen für den Winter.

Die Metallarbeiter Gelsenkirchens können nicht verstehen, daß sie in der größten Kohlenstadt der Welt frieren sollen, wo zudem noch riesige Mengen Kohlen auf Lager und Halden wertlos werden. Wir unterstützen unsere Provinzialregierung in ihrem Bestreben, eine bessere Kohlenversorgung für die arbeitende Bevölkerung zu erreichen. An den heute herrschenden unerträglichen Zuständen hat die Arbeiterschaft Gelsenkirchens die geringste Schuld. Es kann unter Beweis gestellt werden, daß die Arbeiterschaft den Krieg Hitlers verabscheute und sich redliche Mühe gegeben hat, demselben entgegen zu arbeiten. Ungezählte Gelsenkirchener Arbeiter haben ihre Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus und damit gegen den Krieg in Zuchthäusern, Gefängnissen und Konzentrationslagern büßen müssen. Im Kampf gegen Hitler, der selbst von den Siegernationen mit ihren gewaltigen Hilfsmitteln erst nach sechs Jahren schwersten Krieges besiegt werden konnte, mußte die Arbeiterschaft unterliegen.

Trotz aller durch die knappe Lebensmittelzuteilung und durch die Wohnungsnot bedingten Erschwernisse zeigen die Metallarbeiter den Willen zur Wiedergutmachung. Sie glauben, nun auch Grund zu der Hoffnung zu haben, daß die maßgebenden Stellen etwas dazu tun, der im kommenden Winter zu erwartenden Not zu begegnen und die Metallarbeiter mit den nötigen Lebensmitteln und Kohlen zu versorgen."

-. -

Als erste Stadt im Regierungsbezirk Münster führte Gelsenkirchen ganzjährige Lehrerbildungslehrgänge ein, die den jungen Pädagogen das wissenschaftliche Rüstzeug für ihre künftige Erzieherstätigkeit verschaffen sollten. Sie waren ein besonderes Verdienst des Leiters des Gelsenkirchener Schulwesens, Oberschulrat Winkel.

In der Eröffnungsveranstaltung in der Mädchen-Mittelschule, der das Wortmann-Quartett des Städtischen Orchesters und der Kammerchor Eugen Klein den Rahmen gaben, begrüßte Regierungspräsident Hackethal die Ehrengäste, die Lehrgangsteilnehmer und ihre Dozenten. Ferner sprach der britische Schuloffizier Major Baker. Oberschulrat Winkel gab einen Überblick über die Entwicklung der Lehrerbildung.

Oberstadtdirektor Zimmermann dankte allen beteiligten britischen und deutschen Behördenstellen für die Förderung des Zustandekommens dieser neuen Lehrerbildungseinrichtung.

-. -

Freitag, den 12. Juli

In Essen-Heisingen starb am 12. Juli im 68. Lebensjahre der frühere Stadtverordnete der Deutschen Volkspartei Bergassessor Fritz Hohendahl.

-. -

Im Verhältnis zu der geringen Zahl der zugelassenen Kraftfahrzeuge war die Zahl der Verkehrsunfälle in Gelsenkirchen recht hoch.

Im Mai ereigneten sich 31 Verkehrsunfälle, die in 2 Fällen tödlich verliefen.

Im ersten Drittel des Monats Juni meldete die Polizei wieder 3 Verkehrstote.

--

Samstag, den 13. Juli

Auf dem Rhein-Herne-Kanal setzte die Schifffahrt wieder ein, nachdem der Kanal durch Beseitigung der Trümmer der eingestürzten Brücken wieder schiffbar gemacht worden war. Täglich passierten jetzt 40 - 50 Schiffe die Kanalschleuse in Heßler.

--

Bibliotheksdirektor Dr. Sulz (Essen) sprach auf einer Vortragsreihe der Gesellschaft für Literatur und Kunst über Friedrich Nietzsche.

--

Wegen allzu häufiger Übertretung der Sperrstunde ordnete die Militärregierung an, daß in Zukunft alle Personen, die nach 23,30 Uhr auf der Straße angetroffen wurden, mit Gefängnis bestraft wurden, ohne die Wahl zu haben, die Haft in eine Geldbuße umzuwandeln.

--

Sonntag, den 14. Juli

Vom 14. bis 29. Juli fand erstmalig nach dem Kriege wieder die vom Verband ambulanter Gewerbetreibender veranstaltete Sommerkirmes auf dem Wildenbruchplatz statt.

--

Im Freibad Grimberg fand am Sonntag, dem 14. Juli, ein großer Schwimmwettkampf zwischen dem Schwimmclub Gelsenkirchen, "Rote Erde" Hamm, "Westfalen" Dortmund und "Blau-Weiß" Bochum statt.

Bei volkstümlichen Schwimmdarbietungen wirkten Vertreterinnen der weiblichen Spitzenklasse im Turmspringen (Tatarek und Eckstein, Erkenschwick) mit, außerdem der Polizeisportverein Gelsenkirchen.

--

Der Schwimmclub Gelsenkirchen (früher "Poseidon" und "Aegir") nahm seine Tätigkeit wieder auf.

Den offiziellen Start bildete die Teilnahme an dem großen Schwimmwettkampf im Freibad Grimberg am 14. Juli.

--

In der Aula der Mädchen-Mittelschule wurde am Sonntag, dem 14. Juli, die Gründung des Kreises Gelsenkirchen des Deutschen Metallarbeiterverbandes vollzogen.

Der Kreis umfaßte die Städte Gelsenkirchen, Gladbeck und Bottrop. Erster Kreisbevollmächtigter wurde Herr Schrader, zweiter Kreisbevollmächtigter Herr Vogelreuter, Geschäftsführer Fritz Melchers.

--

Montag, den 15. Juli

Das Arbeitsgericht für den Arbeitsamtsbezirk Gelsenkirchen nahm am Montag, dem 15. Juli, seine Tätigkeit wieder auf. Zum Arbeitsgerichtsvorsitzenden wurde der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Gelsenkirchen, Fritz Melchers gewählt.

--

Bei der Ausgabe der Lebensmittelkarten für die 91. Zuteilungsperiode erhielten die Verbraucher Bezugsmarken über 10 g Stopfwolle oder Stopftwist.

Die Jugendlichen von 16 bis 18 Jahren erhielten außerdem noch eine Bezugsmarke über 200 m Nähgarn oder drei Röllchen Nähseide oder zwei Sternchen Leinenzwirn.

--

Bei überraschend durchgeführten Razzien auf dem Schwarzen Markt und bei Hamstererkontrollen konnte die Polizei in der Zeit vom 28.6. bis 12.7. unter a. 18 Ztr. Kartoffeln, 85 kg Hafer, 26 kg Brot, 203 Eier, 19 Flaschen Schnaps, 1 029 Zigaretten und 1 202 Zigarren und Zigarillos beschlagnahmen.

In der gleichen Zeit wurden ein Raubüberfall, 103 schwere Einbrüche und 270 Diebstähle verübt.

--

Dienstag, den 16. Juli

Durch die Liebestätigkeit der "Schweizer Spende" wurde ein immer größerer Teil der Gelsenkirchener Kinder erfaßt. Während bisher nur die bedürftigsten Kinder einzelner Stadtviertel berücksichtigt werden konnten, kamen jetzt alle Kinder der Gesamtstadt - ausgenommen die Stadtviertel Hüllen und Buer - in den Genuß der Speisungen. In den zwei genannten Stadtgebieten hatte die britische FAU (Friends-Ambulance-Unit) die Betreuung der Kinder übernommen.

--

Die berechtigten Beschwerden über Preisverstöße im Lebensmittelhandel veranlaßte die Preisbehörde, gegen die Preissünder rücksichtslos vorzugehen.

Im Zuge dieser Maßnahmen wurden in der Zeit vom 1. bis 15. Juli 34 Einzelhändler angezeigt. In 26 Fällen wurde das Verlangen auf Verfolgung durch die Staatsanwaltschaft gestellt.

--

Im Stadtteil Horst versuchten fünf Männer eine 5-Ztr.-Bombe auseinanderzunehmen, um sich in den Besitz des in der Bombe befindlichen Ammoniaks zu setzen. Dabei explodierte die Bombe. Drei Männer wurden getötet, einer verletzt.

-. -

Mittwoch, den 17. Juli

Der Vorsitzende des städtischen Volksbildungsausschusses, Bürgerratsmitglied Hugo Löbber, hatte die am Volksbildungswerk interessierten Kreise des Stadtteils Horst zu einer Besprechung geladen.

Nach einem Referat des mit dem Aufbau des Volksbildungswerks beauftragten Studienrats Fußhöller wurde ein Arbeitsausschuß unter dem Vorsitz von Rektor Höfer gebildet, der sich um die Verwirklichung der Volksbildungswerkpläne in Horst bemühen sollte. Dem Ausschuß gehörten auch Vertreter der Gewerkschaften und der Frauen an.

-. -

Die Wählerlisten für die Stadtverordnetenwahl lagen zur Einsicht öffentlich aus.

Letzter Termin für die Anmeldung von Einsprüchen oder für den Antrag auf Eintragung in die Liste war der 20. Juli. Wahlleiter war Oberstadtdirektor Zimmermann.

-. -

Die ersten Schritte zur Neubildung der "Britischen Zone" erfolgten am 17. Juli durch die von dem britischen Oberbefehlshaber in Deutschland, Luftmarschall Sir Sholto Douglas, aus wirtschaftlichen Gründen verfügte Zusammenlegung der Nordrhein-Provinz und der Provinz Westfalen zu einem Lande unter dem Namen "Nordrhein-Westfalen".

Die Grenzen der beiden Provinzen blieben dabei bestehen. Das Land Lippe, das bisher mit Westfalen verbunden war, fiel an Hannover. Regierungssitz wurde die Stadt Düsseldorf. Das neue Land umfaßte 32 800 qkm.

-. -

Das "Theater an der Bochumer Straße" brachte das Lustspiel "Im weißen Rössl" von Blumenthal und Kadelburg in einer wirklichen Inszenierung neu heraus.

-. -

Donnerstag, den 18. Juli

Der Haushaltsplan der Stadt Gelsenkirchen für das Rechnungsjahr 1946 schloß in Einnahmen und Ausgaben mit 60 484 000 RM ab.

Die Auswirkungen des Krieges machten sich in erhöhten Zuschußzahlen in einzelnen Positionen des Haushaltsplanes stark bemerkbar. Der Kulturretat, der als nicht vordringlich angesehen wurde wurde um 70 % gekürzt.

-. -

Die Militärregierung dementierte das in der Provinz Hannover verbreitete Gerücht, die Bürgermeister des Ruhrgebietes hätten bekanntgegeben, es sei jetzt erlaubt, auf's Land zu gehen und Kartoffeln durch Tausch oder auf andere Weise zu erwerben.

Das Hamstern von Kartoffeln auf dem Lande sei nach wie vor verboten.

--

Freitag, den 19. Juli

Um Raum für die Unterbringung städtischer Dienststellen zu gewinnen, nahm die Stadtverwaltung den Wiederaufbau des zerstörten Hans-Sachs-Hauses in Angriff, und zwar zunächst an den Flügeln an der Gerichtsstraße (später: Munckelstraße).

--

Zu den drei schon wieder eröffneten Lichtspieltheatern im Stadtteil Buer kam ein neues Lichtspielhaus, das im Zechengasthaus in Buer-Hassel unter der Bezeichnung Lichtspielhaus "Glückauf" eröffnet wurde, hinzu.

--

Ein noch nicht 18 Jahre alter Mann aus Buer wurde wegen Schwarzschlachtens von mehreren Pferden und einer Kuh zu 6 Monaten Jugendgefängnis verurteilt.

--

Samstag, den 20. Juli

Die Oberbürgermeister, Oberstadtdirektoren, Dezernenten und Leiter der Ernährungsämter in Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund und Hagen erhoben beim Landesernährungsamt in Unna ernste Vorstellungen gegen die katastrophalen Auswirkungen der Kürzung der Fettration.

Sie verlangten für die Bevölkerung des Ruhrgebietes, insbesondere für die großen Städte, nicht nur die Beibehaltung der bisherigen Rationen, sondern darüber hinaus eine Verbesserung der allgemeinen Versorgung. Sie wiesen dabei auf den bedenklichen Kräfteverfall, die Zunahme der Tuberkulose, auf den Rückgang der Leistung und auf das allgemeine Umsichgreifen von Mut- und Hoffnungslosigkeit in der Bevölkerung sowie auf deren politische Folgen hin. Die Städte verlangten die Wiederholung eines gemeinsamen Schrittes bei der Militärregierung. Sie trugen weiter ihre schon früher vorgebrachten Forderungen, auf grundsätzliche Änderung der Organisation der Ernährungswirtschaft erneut vor. Die administrativen Aufgaben des Reichsnährstandes müßten so schnell wie möglich auf die kommunalen und provinzialen Verwaltungsstellen übertragen werden.

--

Nunmehr konnten Familien doch ihre Kartoffeln direkt vom Erzeuger beziehen.

Unter Vorlage einer Bescheinigung eines dazu bereiten Bauern mußten sie bei ihrer Kartenstelle die Ausstellung eines Berechnungsnachweises beantragen. Dann galt die Familie mit 100 kg je Kopf von der 93. Zuteilungsperiode an für das Wirtschaftsjahr 1946/47 als mit Speisekartoffeln versorgt. Dabei rechnete man, daß 50 qm, von denen eine Mindesternte von 100 kg erwartet wurde, als Versorgung für eine Person galten. Die Bezahlung erfolgte bei der Ernte nach dem tatsächlichen Ernteergebnis zu den geltenden Höchstpreisen.

--

Wegen Verstoßes gegen die Arbeitsdisziplin - Bummelei - verhängte das Arbeitsgericht abermals gegen eine große Zahl von Arbeitern und Arbeiterinnen Gefängnisstrafen von 1 - 4 Monaten oder Geldstrafen von 10 - 150 RM.

Diese Gerichtsurteile riefen in Bergarbeiterkreisen große Unzufriedenheit hervor, da man hier annahm, daß diese Bestrafungen zum Zwecke einer erhöhten Kohlenproduktion erfolgt seien. Diese sei aber ohne die nötigen, bisher fehlenden technischen Hilfsmittel nicht möglich.

--

Sonntag, den 21. Juli

Die vorgesehene Kürzung der Fettration um 50 % trat am 21. Juli in Kraft, eine so schwerwiegende Verringerung der Ernährung, daß sie vor allem die städtische Bevölkerung ohne weitere schwere Schädigungen an ihrer Gesundheit und Arbeitsfähigkeit nicht mehr ertragen konnte, zumal ihr keinerlei Ausgleichsmöglichkeiten wie auf dem Lande zur Verfügung standen.

Die Schuld an dieser unpopulären Maßnahme wurde einem Versagen des Reichsnährstandes aufgebürdet, dem die Verantwortung für die Erfassung und Verteilung der im Lande erzeugten Lebensmittel übertragen war.

--

Eine Betriebsrätekonferenz des Bergbaues in Buer befaßte sich mit brennenden Fragen der Gegenwart, zu denen Ministerialrat Dr. Engler vom Arbeitsministerium in Groß-Hessen Stellung nahm.

Großen Beifall löste seine Mitteilung aus, daß die Bevölkerung von Groß-Hessen den Beschluß gefaßt habe, auf einen Teil ihrer Lebensmittel zu verzichten, um sie den Bergarbeitern an der Ruhr zur Verfügung zu stellen.

--

Dienstag, den 23. Juli

Die Industrieverbände des Bergbaues im Ruhrrevier und im Aachener Gebiet wurden zu einem einheitlichen Industrieverband Bergbau zusammengefaßt; ihm gehörten bereits 250 000 Bergarbeiter an

--

Montag, den 22. Juli

Das Ergebnis der Lebensmittel-Sammelwoche in den Dörfern der britischen Zone in der letzten Juni-Woche betrug nach den Feststellungen des Zentralamtes für Ernährungs- und Forstwesen, sowie Landwirtschaft in Hamburg : 6 630 Doppelzentner Getreide, Brot, Nährmittel, Hülsenfrüchte und Mehl, 10 500 Doppelzentner Kartoffeln, 89 200 kg Fett, Butter, Käse, Oel, Fleisch und Wurstwaren, 52 600 kg Obst, Gemüse, Zucker und Marmelade, 563 400 Eier und 213 Stck. lebendes Vieh. Die Lebensmittel sollten im Wege des Marktausgleichs vor allem den Industriegroßstädten an Ruhr und Rhein zugeleitet werden.

-. -

Die Gesamtfetttration (Margarine und Butter) in der 91. Zuteilungsperiode (22. Juli - 18. August) betrug für Erwachsene 200 g, für Jugendliche, Kinder, Kleinkinder und Kleinstkinder je 450 g, für Säuglinge 512,5 g. Schwerarbeiter erhielten zusätzlich 250 g, Schwerstarbeiter 500 g, Teilschwerarbeiter 195 g, werdende und stillende Mütter zusätzlich 512,5 g.

-. -

Mittwoch, den 24. Juli

Die "Westfälische Rundschau" brachte in ihrer Ausgabe vom 24. Juli eine Unterredung mit Oberbürgermeister Geritzmann über die Bedeutung der neuen Gemeindeordnung, die wichtigsten Funktionen der verantwortlichen Stellen der Stadtverwaltung und für die künftige kommunale Arbeit.

-. -

In der Zeit vom 10. bis 23. Juli ereigneten sich 10 Raubüberfälle, 113 Einbruchs- und Lebensmitteldiebstähle sowie 337 einfache Diebstähle.

59 Personen wurden wegen Schwarzhandels und Hamsterns angezeigt, 175 festgenommen und 7 Verbrecher auf frischer Tat ertappt.

-. -

Der Haupt- und Finanzausschuß faßte bezüglich der Umbenennung von Straßen folgende Beschlüsse:

Der Alte Markt in Alt-Gelsenkirchen wird entgegen dem Beschluß vom 15. Juni nicht in "Hans-Sachs-Platz" umbenannt, sondern behält die alte Bezeichnung Alter Markt;

die Mindener Straße im Stadtbezirk Buer-Resse wird in Warendorfer Straße umbenannt;

der Teil der Wilhelmstraße in Buer-Erle, der zwischen der Zeichenbahn von "Graf-Bismarck" und der Darler Heide liegt, erhält die Bezeichnung Heistraße, so daß die Heistraße jetzt von der Berger Allee bis zur Darler Heide diese Bezeichnung führt.

-. -

Der Haupt- und Finanzausschuß faßte in seiner Sitzung vom 24. Juli folgende EntschlieÙung zur Versorgungslage:

"Die Stadtvertretung nimmt mit größter Besorgnis davon Kenntnis, daß von der 91. Zuteilungsperiode an die Lebensmittelrationen erneut erheblich gekürzt worden sind.

Nach der seit dem 4. März zunächst nur als vorübergehende Notmaßnahme gedachten, dann aber dauernd durchgeführten Herabsetzung der Brotrationen auf die Hälfte ist die nunmehr angeordnete Kürzung der Zuteilung an Fett, Zucker, Fisch, vollends untragbar. Die geringfügige Aufbesserung der Brotration um täglich 71 g, kann als Ausgleich weder quantitativ noch vor allem qualitativ angesehen werden.

Die Stadtvertretung weist darauf hin, daß das ständige Absinken der Lebensmittelrationen schwerste Gesundheitsschäden für die Bevölkerung und nachteilige Auswirkungen auf den Arbeitseinsatz in Produktion und Wiederaufbau zur Folge haben muß. Diese Folgen sind umso schwerwiegender und müssen auf die Dauer den gesamten demokratischen Aufbau gefährden, als der Bevölkerung seit Monaten immer wieder in Presse und Rundfunk eine Ernährungsaufbesserung in Aussicht gestellt wurde. Die Nichterfüllung dieser Verlautbarungen muß in der Bevölkerung den Glauben an die Zukunft völlig untergraben.

In dieser sehr ernstesten Lage und in voller Erkenntnis der drohenden Gefahren unterstützt die Stadtvertretung die von dem Zonen- und Provinzialbeirat gefaßten EntschlieÙungen. Sie bittet diese Stellen und die politischen Parteien, sich mit allem Nachdruck dafür einzusetzen, daß die seit einiger Zeit erhobenen Forderungen auf Umbau der Ernährungsverwaltung sowie auf restlose Erfassung aller Lebensmittel nunmehr schleunigst durchgeführt werden. Gelingt die restlose Erfassung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und ihre ordnungsmäßige Lenkung in die Bedarfsgebiete nicht, so ist eine Zerstörung unserer Ernährungsgrundlagen zu befürchten.

An die Militärregierung richteten Stadtvertretung und Stadtverwaltung Gelsenkirchen die dringende Bitte, die Bemühungen der deutschen Verwaltungsstellen verständnisvoll zu unterstützen und ihren im Interesse der Erhaltung der Bevölkerung und der Förderung des Wiederaufbaues erhobenen Vorstellungen Rechnung zu tragen."

Die Gründe für die Kürzung der Fett ration waren nach Mitteilungen des Leiters des Wirtschafts- und Ernährungsamtes, Dr. Dr. Große-Boymann, darin zu suchen, daß ein großer Raubbau an Milchkühen betrieben wurde, die in unerwartet großer Zahl abgeschlachtet worden seien; andererseits fehle es an ölhaltigen Produkten, die als Ausgleich herangezogen werden könnten. Auch bei günstigsten Ernteaussichten könnten nur 60 % der Bevölkerung der britischen Zone mit 1 100 Kalorien beliefert werden.

Ohne Sorge konnte die Gelsenkirchener Bevölkerung dagegen in der Gemüseversorgung sein. Während im Juli vergangenen Jahres nur 200 000 kg Gemüse vorhanden waren, rechnete man jetzt in diesem Monat mit einer Anlieferung von 2 000 000 kg; dazu wurden noch Lieferungen aus Holland mit 316 000 kg erwartet.

Donnerstag, den 25. Juli

Die Industrie- und Handelskammer verlegte ihre Diensträume in das Haus Gerichtsstraße 17 (später: Munckelstraße).

-. -

Das Wahrzeichen von Buer, der Buersche Rathausturm, wurde wieder mit einer Kupferhaube belegt; auch die Turmuhr wurde repariert.

-. -

Die Süßkirschen, auf die sich vor allem die Gelsenkirchener Hausfrauen schon lange gefreut hatten - es sollte 500 g je Person ausgegeben werden - kamen nicht an. Der Grund wurde darin gefunden, daß Tausende von Hamsterern die Kirschengebiete südlich von Hamburg förmlich leergekauft hatten. Wen die Schuld dafür traf, daß das nicht verhindert werden konnte, danach fragten die Gelsenkirchener Hausfrauen vergeblich.

-. -

Freitag, den 26. Juli

Die Gerüchtbildung nahm einen täglich größeren Umfang an. So kursierte mehrfach das Gerücht, daß deutsche Butter nach England ausgeführt worden sei. Ein weiteres Gerücht besagte, daß Brasilianer ihren deutschen Bekannten mitgeteilt hätten, die brasilianische Regierung habe der britischen Militärregierung für Deutschland Kaffee zum Preise von 0,26 RM je Pfund angeboten, mit einer Kreditierung auf 10 Jahre. Die Militärregierung habe das Angebot aber abgelehnt.

-. -

Die Einreise in die amerikanische Zone stieß auf steigende Schwierigkeiten, weil jeder, der ohne einen Registrierschein der zuständigen amerikanischen Militärregierung oder ohne amtliche Einreisegenehmigung (Passierschein) der Militärregierung einzureisen versuchte, sich strafbar machte. Während bisher eine Geldstrafe bis zu 500 RM vorgesehen war, sah sich die amerikanische Militärregierung bei der Häufigkeit der Übertretungen zu der Anordnung genötigt, daß an Stelle von Geldstrafen künftig Haftstrafen verhängt werden und die Verurteilten zu öffentlichen Straßenbauarbeiten und zu Arbeiten in Steinbrüchen herangezogen werden sollten. Auf diese Lage machte eine Bekanntmachung des Oberstadtdirektors besonders aufmerksam.

-. -

Zur Mitarbeit am Volksbildungswerk erließ der Oberstadtdirektor folgenden Aufruf:

"In der Stadt der Arbeit kann an eine alte Kulturtradition nicht mehr angeknüpft werden. Wir stehen heute vor einer anderen Lage und vor anderen Aufgaben als in der Zeit vor 1933. Der geistige, seelische und sittliche Neubau ist aber ein ebenso brennendes Bedürfnis unserer Industriebevölkerung wie der wirtschaftliche Wiederaufbau. Da die umfangreichen und schwierigen Vorbereitungen der Stadtverwaltung inzwischen in ein vorgeschrittenes Stadium getreten sind, kann mit der Eröffnung des neuen Volkswbildungswerkes im Oktober gerechnet werden. Männer und Frauen aller Berufe, jeder Vorbildung und aller Lebenskreise vom vollendeten 18. Jahre an werden vor Beginn rechtzeitig durch öffentliche Bekanntmachung des Stoffplanes zur Mitarbeit aufgerufen; die Teilnehmergebühren werden so niedrig bemessen, daß sie für jeden erschwingbar sind.

Folgende Veranstaltungen sind vorgesehen:

1. Förderlehrgänge mit rein praktischen Zielen der Auffrischung der Umschulung, der Sonder- und Weiterbildung bestimmter Berufszweige (Rechnen, technisches Zeichnen, Betriebslehre, Schweißtechniken, Buchführung, Stenographie, Schreibmaschine, Fremdsprachen usw.).

2. Arbeitsgemeinschaften der Lebenskunde, der Lebensgestaltung, der Lebensfreude.

Sie bilden als "Volkshochschule" den Kern des Volkswbildungswerkes und sollen die Mitarbeiter, die nach Beruf, Alter, Geschlecht und äußerer Vorbildung verschieden seien können, durch achtungsvolle Begegnung im freien Meinungs austausch und durch persönliches Tun zu einer echten Volkswzelle hinführen. Sie dienen keiner Partei oder Richtung, doch soll jeder darin seine Überzeugung sachlich und ruhig zum Ausdruck bringen können. Vor allem die Leiter der Arbeitskreise werden daher ein gelassenes Überdeder-Sache-stehen mit Zielklarheit, Lebensnahe und jugendlichem Schwung verbinden. Ehrfurcht vor dem guten Kern im Menschen und vor den Mitmenschen, Ehrfurcht vor den übergeordneten Werten, Wahrhaftigkeit und Gerechtigkeitsliebe, innere Freiheit und Freude sind die Werte, die gepflegt werden sollen.

Die Lebenskunde soll in ihrem allmählichen Aufbau alle Lebensgebiete erfassen, die Fragen der Selbsterziehung und Selbstverwirklichung, der Hingabe an die Gemeinschaft und an das Werk und der höheren Wirklichkeit willen, Fragen nach dem Sinn des Lebens nach der sachlichen Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Geschehen der Gegenwart, Fragen der Jugendkunde, Jugendpflege und Jugendbewegung, der Heimatkunde und Geschichte, der Mathematik und der Naturwissenschaften, Fragen der Technik und der Wirtschaft, der sozialen- und politischen Lebensverhältnisse in ihrer geschichtlichen Entwicklung, Deutsch, fremde Sprachen im Sinne der Völkerverbindung und der geistigen Durchdringung, Musik, die bildenden Künste, Fragen des Arbeitsrechts, der Wohlfahrt, der Gesundheitslehre usw. In gemeinsamer Erarbeitung soll kein unlebendiges Stoffwissen, sondern ein klares, fröhliches, einfaches und selbständiges Denken erzielt werden, daß die Teilnehmer zu wahren Menschentum, zu sittlichem Handeln, zur Freude an allem Edlen und Schönen bewegt.

Der Lebensgestaltung dienen Arbeitskreise, die den Menschen durch praktisches Tun in seiner Ganzheit von Seele, Geist und Leib erfassen: Atem-, Stimm-, Sing- und Sprechbildung, Gymnastik, Hausmusik, Zeichnen, Malen, Basteln, Modellieren, praktische Gesundheits- und Krankenpflege, Heim-, Garten- und Kleintierpflege."

Samstag, den 27. Juli

Die Stadtbücherei, Zweigstelle Buer, wurde am 27. Juli aus ihrer ersten notdürftigen Unterkunft im Heimatmuseum ins Kaufhaus Weiser verlegt.

Die Stadtbücherei teilte die ihr zur Verfügung gestellte Fläche so auf, daß ein geräumiger Leseraum mit eingerichtet werden konnte. Während im Heimatmuseum nur erst der Romanbestand ausleihfertig war, standen jetzt den Lesern auch die belehrenden Abteilungen wieder zur Verfügung.

-. -

Um dem Maurerhandwerk den dringend benötigten fachlichen Nachwuchs zu sichern, wurden in der ehemaligen Schützenhalle im Bismarckhain, die ziemlich gut erhalten geblieben war, Lehrwerkstätten für Maurer eingerichtet.

Den Kursus, der 21 Tage dauerte, leitete Herr Steffen als Lehrherr. Zwei Tage der Woche gehörten dem theoretischen Unterricht.

-. -

In der Aula der Mädchen-Mittelschule wurde der Stadtverband für Leibesübungen aus der Taufe gehoben.

An den Beratungen nahmen auch Oberbürgermeister Geritzmann und der Vorsitzende des Ausschusses für Leibesübungen, Herr Keuper, teil. Oberschulrat Winkel begründete die Notwendigkeit der Gründung eines solchen Stadtverbandes, während der Oberbürgermeister organisatorische Fragen behandelte und vor allem als Aufgabe des Stadtverbandes herausstellte, die Interessen der sporttreibenden Vereine Gelsenkirchens gegenüber der Stadtverwaltung zu vertreten. Ein Ausschuß aus Vertretern der einzelnen Sportarten wurde gebildet; er sollte die Satzungen ausarbeiten und die notwendigen organisatorischen Vorarbeiten erledigen. Die Wahl des Vorstandes wurde einer späteren Sitzung vorbehalten.

-. -

Die Kartoffelversorgung besserte sich, nachdem die ersten Kartoffeln aus der neuen Ernte zur Verfügung standen.

So konnten für Erwachsene und Kinder über drei Jahre jetzt je Person sechs Kilogramm Kartoffeln ausgegeben werden. Die Verbraucher konnten jetzt auch Speisekartoffeln anstelle von Brot beziehen.

Dagegen verschlechterte sich die Butterversorgung.

Sämtliche Groß- und Kleinabschnitte aller Karten für Butter wurden für ungültig erklärt. Von der zweiten Woche der 91. Zuteilungsperiode an (29.7. - 4.8.) gab es für Erwachsene nur 62,5 g Butter, für Jugendliche, Kinder, Kleinkinder und Kleinstkinder je 187,5 g Butter. Die Ration der Selbstversorger mit Butter wurde von 600 g je Zuteilungsperiode auf 400 g herabgesetzt.

An Seife und Waschpulver erhielten alle Personen über drei Jahre in der 91. Zuteilungsperiode ein Stück Einheitsseife, ein halbes Normalpaket Waschpulver und ein Normalpaket Einheitswaschhilfsmittel.

Zündhölzer durften nur an Verbraucher über 18 Jahre abgegeben werden. Behörden, Krankenhäuser und Betriebe konnten besondere Berechtigungsscheine zum Bezug von Zündhölzern beim Wirtschaftsamt beantragen.

War die Höhe der Lebensmittelrationen schon seit längerer Zeit der Grund zur starken Unzufriedenheit in der Bevölkerung, so verleiteten die in kurzen Zeiträumen hintereinander erfolgten Herabsetzungen der Brot- und Fleischrationen sowie die hohe Besteuerung der Tabakwaren und nunmehr auch die Herabsetzung der Butterration weite Kreise zu kritischen Äußerungen gegenüber der Besatzungsbehörde, die ihr bis dahin wohlwollend gegenüber standen. Die allgemeine Parole ging dahin, daß die Siegermächte Deutschland systematisch zu Grunde richten wollten. Genährt wurden solche Anschauungen durch gelegentliche Presseveröffentlichungen über mangelnde Absatzmöglichkeiten von gewissen Lebensmitteln in manchen Ländern; auch die Gerüchte vom Export deutscher Lebensmittel nach anderen Ländern wollten nicht verstummen. Neben dem Vergleich mit den Rationen der Kriegsjahre trat in immer stärkerem Maße der Vergleich mit den Verhältnissen in der sowjetischen Besatzungszone. Verstärkt durch die allgemeine Unzufriedenheit durch die Tatsache, daß die Industrien von Bedarfs- und Verbrauchsgütern noch immer keine Produktionserlaubnis erhalten hatten, so daß sich der Mensch an dieser Mangelware betrogen fühlte.

Angesichts dieser Situation war es kein Wunder, wenn sich vor allem vor Lebensmittel- und Tabakwarenläden immer wieder lange Kauferschlangen bildeten, trotzdem das Schlangestehen offiziell verboten war. Der Oberstadtdirektor sah sich veranlaßt, auf dieses Verbot nochmals ausdrücklich hinzuweisen, weil die Menschen-schlangen die reibungslose Abwicklung des Verkaufsgeschäftes störten.

--

Sonntag, den 28. Juli

Um die Raumnot zu überbrücken, die sich für die Stadtverwaltung nach der Zerstörung des Hans-Sachs-Hauses stark auswirkte, entschloß sie sich, städtische Dienststellen ins Westfalenkaufhaus und in das Kaufhaus Weiser zu verlegen. Dadurch wurde die Möglichkeit geschaffen, die Handelsschule an der Augustastraße wieder schulischen Zwecken zuzuführen. Mit der Unterbringung des städtischen Steueramtes im Westfalenkaufhaus wurde jetzt der Anfang mit diesen Verlegungen gemacht.

--

Montag, den 29. Juli

Die Militärregierung ernannte den bisherigen Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Dr. Rudolf Amelunxen, zum Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Ernennung galt bis zu den kommenden Landeswahlen.

--

Zu den bei der Genehmigung von Bauanträgen aufgetretenen Schwierigkeiten teilte der Oberstadtdirektor folgendes mit:

Die beim Baulenkungsamt seit der Verordnung zur Neuregelung der Bauwirtschaft im Juni und Juli eingegangenen Anträge auf Baugenehmigung sind so zahlreich, daß davon nur ein kleiner Prozent-

satz genehmigt werden kann. Der Mangel an Baustoffen und Arbeitskräften bedingt schärfste Überprüfung der eingereichten Bauanträge. Die Behörden, die die Bauanträge bearbeiten, sind nicht mehr in der Lage, die Prüfung der Unterlagen durchzuführen, so daß die übergeordneten Behörden eine Sperre für die Vorlage weiterer Anträge angeordnet haben. Jeder Baulustige sollte sich daher vor einem Antrag auf Baugenehmigung vergewissern, ob die Möglichkeit dazu für das geplante Bauvorhaben besteht. Im allgemeinen haben nur solche Bauvorhaben Aussicht auf Genehmigung, wenn es sich um die Instandsetzung von Wohnungen handelt, die bis zu 40 % beschädigt sind. Für Geschäftslokale, Hintergebäude und ähnliche Bauarbeiten besteht vorerst keine Möglichkeit einer Baugenehmigung. Aber auch bei den Bauvorhaben, die evtl. genehmigt werden können, sind die Anforderungen von Baustoffen auf das allernotwendigste zu beschränken. Bei der augenblicklichen Wohnungsnot muß unter allen Umständen versucht werden, mit möglichst wenig Baustoffen und einem Mindesteinsatz an Arbeitskräften schnell Wohnraum zu schaffen. Für den großen Bedarf an Dachziegeln stehen nur ganz geringe Mengen Bedachungsmaterial zur Verfügung. Jeder Hauseigentümer und Mieter sollte daher in seinem eigenen Interesse die vorhandene provisorische Dacheindeckung so schützen und sichern, daß sie auch im kommenden Winter den Witterungseinflüssen noch standhält. Die Anforderungen an Bau- und Schnittholz können nur in ganz geringem Umfange befriedigt werden, so daß in den Anträgen hierfür sofort Ausweichstoffe vorzusehen sind. Es liegt im Interesse aller Baulustigen, nur solche Anträge auf Baugenehmigung einzureichen, die auch wirklich Aussicht auf Erfolg haben. Die Bauherren ersparen sich so die Kosten für die Anfertigung der Unterlagen und belasten die Behörden nicht mit unnötigen Arbeiten

--

Empfänger von Krankenzulagen bei Magen-, Lungen- und Asthmaleiden sowie bei gewissen Herzleiden waren vom Bezug von Rauchwaren ausgeschlossen.

Sie erhielten grundsätzlich keine Raucherkarten und mußten erst eine ausdrückliche ärztliche Zustimmungserklärung für den Bezug von Rauchwaren beibringen.

--

Das Militärgericht verurteilte zwei Bürger aus dem Stadtteil Buer wegen Besitzes und Gebrauchs von Feuerwaffen zum Tode, einen dritten zu zwölf Jahren Gefängnis und einen vierten zu fünf Jahren Gefängnis.

--

Auf Weisung der Militärregierung verfügte der Regierungspräsident eine strenge Trennung der Flüchtlingsfürsorge von den Fürsorgeämtern.

Daraufhin wurde bei der Stadtverwaltung mit dem 29. August das Flüchtlingsamt als selbständiges Amt eingerichtet.

--

Dienstag, den 30. Juli

Gegen ein offenes Unrecht wandten sich die Betriebsräte der Gelsenkirchener Metallindustrie, als sie in einem Schreiben an

den Oberpräsidenten von Westfalen dagegen protestierten, daß das Gewerbeaufsichtsamt nach Recklinghausen verlegt worden war und seine Rückverlegung nach Gelsenkirchen forderten. In der Begründung dazu hieß es u.a.:

"Das Gewerbeaufsichtsamt befand sich früher in Gelsenkirchen. Was zu seiner Verlegung nach Recklinghausen geführt hat, ist der Gelsenkirchener Arbeiterschaft ein Rätsel geblieben. Wenn ein solches Amt seinen Zweck erfüllen soll, muß es für die Kreise, die damit zu tun haben, erreichbar sein. Das Gros dieser Kreise ist aber zweifellos in Gelsenkirchen zu suchen. Dort befindet sich die Groß-, Mittel- und Kleinindustrie. Der überwiegende Teil der dem Gewerbeaufsichtsamt obliegenden Aufgaben entfällt auf Gelsenkirchen. Der Zustand, daß in Gelsenkirchen jede Woche nur eine Sprechstunde abgehalten wird, ist untragbar. Auch mehrere Sprechstunden vermögen den Anforderungen nicht gerecht werden. Gelsenkirchen ist die größte Industriestadt des Regierungsbezirks Münster; es hat dazu die größte Einwohnerzahl. Aus praktischen Gründen muß gefordert werden, daß das Gewerbeaufsichtsamt nach Gelsenkirchen verlegt wird. Der Einwand mangelnder Unterbringungsmöglichkeit ist nicht stichhaltig, denn bei gutem Willen läßt sich alles einrichten. Die Betriebsräte als Vertreter von rund 9 000 organisierten Metallarbeitern bitten Sie, Herr Oberpräsident, ihrem Anliegen stattzugeben und die Verlegung des Gewerbeaufsichtsamtes nach Gelsenkirchen zu veranlassen."

--

Mittwoch, den 31. Juli

Innerhalb von vier Tagen wurden auf dem Gelsenkirchener Hauptbahnhof bei Zug- und Hamstererkontrollen von der Polizei 3 500 Personen untersucht. Es konnte eine große Menge Hamsterwaren verschiedenster Art sichergestellt werden.

--

Der Cellist Jürgen Gildemeister gab in der Gesellschaft für Literatur und Kunst in Buer ein Konzert mit einem anspruchsvollen Programm, in dessen Mittelpunkt J.S. Bachs 6. Cello-Suite stand. Am Flügel begleitete ihn seine Frau Erna Gildemeister.

--

Als Nachfolger des im Oktober 1945 an das Ferdinand-Bauerbrück-Krankenhaus in Sappartal berufenen Leiters der chirurgischen Abteilung des Royal-Infirmeriens, Prof. Dr. Bohm, trat der 45-jährige Dr. med. habil. Hans Müller am 1. August 1946 an.

Donnerstag, den 1. August

Die britische Kontrollkommission ordnete mit Wirkung vom 1. August eine neue Auflagenverteilung für die Zeitungen an, weil die derzeitige nicht mehr der politischen Einstellung der Bevölkerung entsprach.

Dadurch wurde die Auflage der "Westfälischen Rundschau", die bis jetzt 264 000 betragen hatte, auf 360 000 heraufgesetzt, die der "Westfalenpost" von bisher 85 000 auf 242 000.

--

Die Reichsbahn nahm vom 1. August an im Bezirk der Reichsbahndirektion Essen die Beförderung von Fahrrädern als Reisegepäck und auf Fahrradkarten bis zu einer Entfernung von 100 km wieder auf, allerdings unbeschränkt nur in Eil- und Personenzügen. In D-Zügen und auf Entfernungen über 100 km erfolgte die Beförderung nur unter bestimmten Voraussetzungen nach besonderer Genehmigung.

--

Das städt. Steueramt, das Straßenverkehrsamt und das Grundstücksamt verlegten ihre Diensträume in das Westfalenkaufhaus an der Bahnhofstraße.

Im Kaufhaus Sinn, ebenfalls an der Bahnhofstraße, erhielt die Allgemeine Ortskrankenkasse Gelsenkirchen vom gleichen Tage an neue Diensträume.

--

Infolge der Aufhebung der Versorgungsämter durch die Militärregierung zum 1. August und der gleichzeitigen Einstellung der Versorgungsrenten für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene erfuhr die Kriegsfolgenfürsorge des städt. Fürsorgeamtes eine erhebliche Erweiterung.

An die Stelle der Versorgungsämter traten zunächst die Träger der reichsgesetzlichen Rentenversicherung, allerdings mit bedeutend niedrigeren Leistungen, die eine zusätzliche Fürsorgeunterstützung erforderten; sie wurde durch die neue Kriegsopferunterstützungsabteilung des Fürsorgeamtes gezahlt. Infolge der Abschaffung der Wehrmachts- und Kriegsrenten stieg die Zahl der Rentenansprüche in der Invaliden- und Angestelltenversicherung erheblich an. Während 1945 1 009 Ansprüche eingingen, betrug ihre Zahl im Jahre 1946 2 443. Als Folge des hohen Arbeitsanfalles mußten viele Rentenbewerber außergewöhnlich lange auf ihre Rentenfestsetzung warten.

--

Als Nachfolger des im Oktober 1945 an das Ferdinand-Sauerbruch-Krankenhaus in Wuppertal berufenen Leiters der chirurgischen Abteilung des Evangel. Krankenhauses, Prof. Dr. Boshamer, trat der 43 Jahre alte Dr. med. habil. Hans Päßler am 1. August sein Amt an.

--

Freitag, den 2. August

Zu dem Anspruch auf Mangelware teilte der Oberstadtdirektor in einer Bekanntmachung folgendes mit:

"Beschwerden aus dem Kreise der Verbraucher veranlassen das Wirtschaftsamt, darauf hinzuweisen, daß auf nichtbewirtschaftete Mangelware alle Verbraucher Anspruch haben, von denen ein Bedarf dafür anzunehmen ist. Der Handel wird daher angewiesen, an alle Verbraucher, die einen Haushaltsausweis vorlegen, aus dem die Zahl der Familienmitglieder ersichtlich ist, die der Kopffzahl entsprechende Menge an Mangelware abzugeben und zu Kontrollzwecken die abgegebene Ware mit Firmenstempel in die hierfür vorgesehene Spalte des Ausweises einzutragen. Die Abgabe darf nicht davon abhängig gemacht werden, daß der Verbraucher total fliegergeschädigt oder im Besitze der roten Ausweiskarte des Kriegsschadenamtes ist."

-.-

Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn, die nach Kriegsende von den früheren 200 nur noch 12 betriebsfähige Wagen besessen hatte, hatte jetzt wieder 62 Wagen (Triebwagen und Anhänger) in Betrieb. Leider fand die Direktion mit ihren Wiederaufbaubemühungen beim Publikum nicht immer auf das gewünschte Verständnis. Monatlich wurden etwa 300 qm Fensterglas durch Fahrgäste zertrümmert und immer wieder Glühbirnen aus den Wagen gestohlen.

-.-

Samstag, den 3. August

Die Militärregierung gab bekannt, daß Personen, die sich für die Stadtverordnetenwahl am 13. Oktober zur Wahl stellen wollten, dem Wahlleiter gegenüber in einem vorgeschriebenen Vordruck eine Erklärung abgeben mußten, damit die Militärregierung in der Lage war zu entscheiden, ob sich diese Person zum Kandidaten eignete. Falls das bejaht wurde, mußte der Betreffende bis zum 31. August dem Wahlleiter in einem weiteren Vordruck eine Nennungsurkunde abgeben, die von einem "Vorschlagsführer", einem Stellvertreter und 20 weiteren Wählern unterschrieben sein mußte.

-.-

Um dem Fettmangel zu begegnen, wurde ein fetthaltiger Brotaufstrich hergestellt, der zunächst in den Städten des Ruhrgebietes, später auch im erweiterten Industriegebiet ausgegeben werden sollte, und zwar so, daß auf 10 g Fettabschnitte 100 g Aufstrich abgegeben wurden.

Es handelte sich um ein Eiweißprodukt, das mit Fett angereichert wurde, das aber keine Lagerfähigkeit besaß, also alsbald verbraucht werden mußte.

-.-

Sonntag, den 4. August

Auf einer Hauptversammlung des Stadtverbandes der Kleingärtner, die am Sonntag, dem 4. August, im Rathaus Buer stattfand, erstattete nach herzlichen Begrüßungsworten von Stadtassessor Meese der Beauftragte des Stadtverbandes, Herr Kuhlmann, den Jahresbericht. Aus dem Bericht ging hervor, daß sich einer geregelten Arbeit der Kleingärtner noch zahlreiche Schwierigkeiten entgegenstellten. Im Stadtgebiet gab es 23 Kleingärtnervereine mit rund 5 000 Mitgliedern; dazu kamen noch 5 weitere Vereine, deren Aufnahme kurz bevorstand.

Beim Kleingartenschiedsgericht waren 233 Verfahren anhängig; davon endeten 56 mit dem Ausschluß.

Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender Lammers (Scholven), 2. Vorsitzender Pietron (Alt-Gelsenkirchen), Schriftführer Rosemeyer (Buer), Kassierer Halwas (Buer).

-. -

Eine Ortsgruppe der Freien Demokratischen Partei (FDP) wurde am 4. August im Stadtteil Buer gegründet.

Die Führung lag in den Händen von Herrn Rottmann, Steinstraße 28.

-. -

Montag, den 5. August

Das Baulenkungsamt brachte der Bevölkerung durch einen mahnenden Hinweis in Erinnerung, daß keine Bauarbeiten ohne Genehmigung begonnen werden durften.

In der Veröffentlichung hieß es:

"Die bei dem Baulenkungsamt seit der Verordnung zur Neuregelung der Bauwirtschaft in den Monaten Juni und Juli eingegangenen Anträge auf Baugenehmigung sind so zahlreich, daß davon nur ein kleiner Prozentsatz genehmigt werden kann. Der Mangel an Baustoffen und Arbeitskräften bedingt schärfste Überprüfung der eingereichten Bauanträge nach den gegebenen Richtlinien und Anweisungen. Mit den zur Verfügung stehenden Baustoffen und Arbeitskräften können die Anforderungen der eingereichten Bauanträge innerhalb der nächsten zwei Jahre nicht befriedigt werden. Die Behörden, die die Bauanträge bearbeiten, sind nicht mehr in der Lage, die Prüfung der Unterlagen durchzuführen, so daß die übergeordneten Behörden eine vorübergehende Sperre für die Vorlage weiterer Anträge angeordnet haben.

Jeder Baulustige sollte sich, bevor er einen Antrag auf Baugenehmigung einreicht, vergewissern, ob die Möglichkeit einer Genehmigung für das geplante Bauvorhaben besteht. Im allgemeinen haben nur solche Bauvorhaben Aussicht auf Genehmigung, die die Instandsetzung von Wohnungen betreffen, die bis zu 40 % beschädigt sind. Für Geschäftslokale, Hintergebäude und ähnliche Bauarbeiten besteht vorerst keine Möglichkeit einer Baugenehmigung. Bei der augenblicklichen Wohnungsnot muß unter allen Umständen versucht werden, mit möglichst wenig Baustoffen und einem Mindesteinsatz an Arbeitskräften schnell Wohnraum zu schaffen. Für den großen Bedarf an Dachziegeln stehen nur ganz geringe Mengen Bedachungsmaterial zur Verfügung. Jeder Hauseigentümer und Mieter sollte daher in seinem eigenen Interesse die vorhandene provisorische

Dacheindeckung so schützen und sichern, daß sie auch im kommenden Winter den Witterungseinflüssen noch stand hält. Die Anforderungen für Bau- und Schnittholz können nur in ganz geringem Umfange befriedigt werden, so daß in den Anträgen hierfür sofort Ausweichstoffe vorzusehen sind."

--

Dienstag, den 6. August

Durch eine Verordnung des Regierungspräsidenten über die Offenhaltung von Gast- und Schankstätten wurden die Gaststätten- und Beherbergungsbetriebe verpflichtet, ihren Schankbetrieb spätestens um 10 Uhr zu öffnen und nicht vor 21 Uhr zu schließen. Konditoreien mit Getränkeausschank mußten von spätestens 10 Uhr bis mindestens 19 Uhr offenhalten. Nach näherer Regelung des Verbandes für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe hatten die Betriebe einen freien Tag in der Woche (ausgenommen Samstag und Sonntag), die Speiselokale an Stelle eines Wochentages einen freien Sonntag.

--

Allen Bäckern war es verboten, gesammelte Ähren entgegenzunehmen und in Brot umzutauschen. Verstöße gegen dieses Verbot sollten nach Mitteilung des Ernährungsamtes künftig mit Geschäftsschließung, unter Umständen sogar wegen Hehlerei bestraft werden.

--

Mittwoch, den 7. August

Vom 24. Juli bis 6. August wurden im Polizeibezirk Gelsenkirchen zwei Raubüberfälle, 88 Einbruchs- und Lebensmitteldiebstähle und 343 einfache Diebstähle verübt. 199 Personen wurden festgenommen, 70 Personen wegen Schwarzhandels und Hamsterns angezeigt. An 3 Tagen fanden Zugkontrollen statt; dabei wurden 2 860 Reisende kontrolliert. In der genannten Zeit wurden folgende Mengen an Hamster- und Schwarzhandelswaren sichergestellt: 220 kg Rindfleisch, 161 kg verdorbenes Schweinefleisch, 42 kg Innereien, 12 Ferkel, 20 kg Speck, 33 Dosen Tabak, 23 Pakete Tabak, 1 052 Zigaretten, 5 Tonnen Kohlen, ferner Schinken, Schmalz, Butter, Rinderfett, Eier, Öl, Brot, Kartoffeln, Bohnenkaffee, Schokolade, Schnaps, Milch, Lebensmittelmarken, Fotoapparate, Schuhwaren, Gemüse, Kleidung, Kleiderstoffe usw. Bei einer Razzia im Bulmker Park nach Glücksspielern wurden 11 Personen festgenommen und rund 8 500 RM sichergestellt.

--

Donnerstag, den 8. August

Das "Theater an der Bochumer Straße" gedachte in einer schlichten Feierstunde, der auch Stadtdirektor Hammann und Oberschulrat Winkel beiwohnten, seines einjährigen Bestehens.

Der Abschlußbericht über das 1. Spieljahr meldete 138 000 Besucher in 409 Vorstellungen. Goethes "Faust" brachte es auf 25 durchweg ausverkaufte Vorstellungen. Am Abend gab es eine Festvorstellung mit dem Lustspiel "Junggesellensteuer" von Lorenz.

--

Freitag, den 9. August

In einer Sitzung des Wohnungsausschusses gab der Leiter des Wohnungsamtes, Stadtrat Niedermark, einen Überblick über die Tätigkeit des Wohnungsamtes.

Im Jahre 1945 erfolgten mehr als 30 000 Zuweisungen an wohnungssuchende Familien. Neuerdings verschärfte sich der Wohnungsman- gel dadurch, daß rund 50 000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet neu angelegt wurden, von denen ein großer Prozentsatz auf Gelsenkir- chen entfiel.

Zu der Frage der Möbelbeschaffung erklärte Amtsleiter Hussmann, daß die Bemühungen der Stadt und der Zechenverwaltungen um Be- schaffung von neuen Möbeln für die rund 8 500 Flüchtlinge in Gelsenkirchen kein zufriedenstellendes Ergebnis gehabt hätten. Daher sei die Verwaltung jetzt dazu übergegangen, herrenloses Gut sicherzustellen und gegen eine Kautions an Bedürftige abzu- geben. Es sei eine Sammlung von entbehrlichen Möbelstücken ge- plant, die in den nächsten Tagen beginnen würde. Auch von dem neuen Reichsleistungsgesetz erhoffte man Abhilfe.

--

Samstag, den 10. August

Der Entnazifizierungsausschuß rief folgende Personenkreise zur Abgabe von Fragebogen auf:

1. Handel: Der gesamte Großhandel aller Branchen und folgende Einzelhandelsunternehmen: Lebensmittelgeschäfte und Tabakwa- renhandlungen.
2. Gewerbliche Betriebe: Metzgereien, Bäckereien, Konditoreien, Gaststätten, Cafes und Hotels.
3. Freie Berufe: Alle im Gesundheitswesen tätigen Personen, Ärzte Zahnärzte, Dentisten, Naturheilkundige und Homöopathen, Hebam- men sowie alle in der Verwaltung von Krankenhäusern tätigen Personen, ferner Apotheker, Drogisten, pharmazeutische Groß- handlungen und einschlägige Geschäfte.

--

Die Preisüberwachungsstelle für Westfalen hatte in Gelsenkirchen eine Besprechung mit Vertretern der Regierung, des Groß- und Kleinhandels, der Gewerkschaften und Verbraucher. Dabei kam man überein, unter Berücksichtigung des augenblickli- chen Tiefstandes der Löhne die Preise auf ein Mindestmaß zu be- schränken. Die Regierungsstellen sowie die Gewerkschaften setzten sich für eine Preissenkung ein, mit der der Groß- und Einzelhan- del allerdings nicht in allen Fällen einverstanden war, während sich der Zwischenhandel bereit fand, einen Teil der Lasten und Unkosten zu tragen.

--

Mit einem Auftrieb von 10 Böcken, 54 Muttertieren und 36 Lämmern veranstaltete der Kreisverband Gelsenkirchen der Ziegenzuchtvereine am Samstag, dem 10. August, im "Luftigen" in Buer seine 1. Kreisverbandsschau nach dem Kriege.

Über die Entwicklung der Ziegenzucht in Gelsenkirchen gab eine am Eingang der Schau angebrachte statistische Aufstellung Aufschluß. Danach zählte der Kreisverband im Jahre 1935 zehn Vereine mit 765 Mitgliedern, denen 1 050 Ziegen und 18 Böcke gehörten. 1945 waren es nur noch acht Vereine mit 410 Mitgliedern, während der Tierbestand auf 385 Ziegen und 16 Böcke zurückgegangen war.

-. -

Sonntag, den 11. August

In der Kath. Pfarrgemeinde St. Georg konnte Pfarrer Emil Kleffner am Sonntag, dem 11. August, unter großer Anteilnahme der Gemeinde sein silbernes Priesterjubiläum feiern.

-. -

Auf einer Tagung von Vertretern der Sportvereine aller Sparten wurde ein Kreissportverband Gelsenkirchen gegründet. Vorsitzender wurde Schmedeshagen (Alt-Gelsenkirchen), Geschäftsführer Helling (Buer), Kassierer Münnich (Alt-Gelsenkirchen), Sportreferent Fröhlich (Alt-Gelsenkirchen).

-. -

Montag, den 12. August

Die katastrophale Ernährungslage, die Ausbeutung des Kohlenbergbaues und das Fehlen aller Bedarfsgüter und Haushaltswaren drückte stark auf die Stimmung in der Bevölkerung.

Sie lebte in einer sich mehr und mehr steigernden Apathie gegenüber allen politischen Geschehnissen, selbst gegenüber der Tagung der Außenminister in Paris. Man war der Meinung, daß die Siegermächte mit der Macht des Stärkeren dem besiegten Deutschland ihren Willen aufzwingen wollten und hielt für den einfachsten Weg, dieses Ziel zu erreichen, den Hunger, verschleiert durch das Wort von der "Ernährungskrise". Man fragte sich, ohne eine Antwort darauf zu erhalten, ob die Lebensmittelvorräte dazu da seien, um verbrecherischen Spekulationen zu dienen, oder ob sie gehortet würden, um auf alle Eventualitäten eines neuen Krieges vorbereitet zu sein. Demgegenüber stellte man das Naturrecht zu leben und nicht länger als Sündenbock für eine verfehlte Weltpolitik zu dienen. Zur Verbitterung in der Bevölkerung trug auch bei, daß im Stadtteil Buer immer mehr Wohnungen von englischen Dienststellen samt ihrer Einrichtungen beschlagnahmt wurden.

-. -

Dienstag, den 13. August

Auf der vom Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in Hamburg veröffentlichte Liste derjenigen Städte, in denen in der 92. Zuteilungsperiode eine zusätzliche Ration von 200 Kalorien je

Kopf ausgegeben werden sollte, befand sich auch die Stadt Gelsenkirchen; außer ihr noch Dortmund, Bochum, Hagen, Herne, Recklinghausen, Bottrop, Wanne-Eickel, Witten, Gladbeck, Wattenscheid, Castrop-Rauxel, Lünen, Hamm, Münster, Siegen und Lüdenscheid.

--

Mittwoch, den 14. August

Zu einem entscheidenden Schlag gegen den Schwarzen Markt im Bulmker Park holte die Polizei aus: Plakate des Chefs der Polizei verkündeten am Mittwoch, dem 14. August, daß auf Anordnung der Militärregierung aus ordnungspolizeilichen Gründen der unbefugte Aufenthalt im Bulmker Park einschließlich der angrenzenden Straßen mit sofortiger Wirkung verboten sei.

Diese vollkommene Sperrung sollte den Schwarzen Markt restlos beseitigen und den Park wieder zu einer Erholungsstätte für die Bevölkerung machen; er sollte für die Bevölkerung wieder geöffnet werden, sobald die Gewähr bestand, daß der Schwarze Markt endgültig beseitigt war.

Man hätte erwarten sollen, daß die unmißverständliche Aktion der Polizei die gebührende Beachtung gefunden hätte. Aber das Gegenteil war der Fall: am Abend des Tages, an dem die Bekanntmachung erfolgte, herrschte wieder Großbetrieb im Bulmker Park. Plötzlich erschien die Polizei, verstärkt durch Militärpolizei, und nahm eine gründliche Durchkämmung der Parkanlagen und ihrer nächsten Umgebung vor. 1 526 Männer und 798 Frauen wurden festgenommen und überprüft. Gegen 25 Personen erfolgte Anzeige wegen Beteiligung am Schwarzhandel. 45 Männer und 16 Frauen führten keinen Personalausweis bei sich; 118 Personen führten keine Arbeitsamtsmeldekarte mit, bei 27 Personen wurde diese Karte beanstandet. Zwei Männer wurden beim verbotenen Glücksspiel ertappt.

Eine Menge Gegenstände wurde bei dieser Razzia gefunden und sichergestellt, u.a. 1 Fahrrad, 1 Schreibmaschine, Lebensmittel aller Art, Schuhe, Textilien, Zigaretten, Tabak, Bezugscheine für Lebensmittel und über 6 600 Mark bares Geld.

--

Donnerstag, den 15. August

Die Stadtverwaltung suchte Gesellschaftszimmer und kleinere Säle von Gaststätten oder Ladenlokale, Lagerräume usw. zu mieten, um die noch in Schulen untergebrachten Kartenstellen des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes in andere Räume zu verlegen und die Schulgebäude wieder für den Unterricht freimachen zu können.

--

Freitag, den 16. August

Unter dem Titel "Gelsenkirchen im Spiegel der Zahl" gab das Statistische Amt der Stadtverwaltung Veröffentlichungen heraus, die in loser Folge - etwa 14 täglich - Wissenswertes über das Leben der Stadt Gelsenkirchen enthalten sollten, soweit es statistisch erfaßbar und von allgemeinem Interesse war.

Die erste Nummer dieser Veröffentlichungsreihe brachte Angaben über Einwohnerzahl und Bevölkerungsdichte der Stadt in den Jahren 1939 und 1946. Die einzelnen Blätter wurden so angelegt, daß sie gesammelt werden konnten und so ein brauchbares statistisches Nachschlagewerk der Stadt Gelsenkirchen ergaben.

-.-

Samstag, den 17. August

Auch die Zuteilung, die das Landeswirtschaftsamt der Stadt Gelsenkirchen an Bekleidungswaren und Haushaltsgegenständen für den August bewilligte, war wiederum vollkommen unzureichend. Da bereits zahlreiche dringende Anträge vorlagen, nahmen die Kartenstellen neue Anträge nicht entgegen, auch nicht schriftlich.

Der Stadt Gelsenkirchen wurden nur folgende Mengen zugeteilt: 56 Anzüge für Männer, 61 Arbeitsjoppen, 55 Arbeitsmäntel, 34 Arbeitsschürzen, 158 Berufsanzüge, 450 Kleider für Frauen, 112 Hüftalter, 337 Unterkleider, 225 Knabenanzüge, 7 Wettermäntel, 281 Sommerkleider für Mädchen, 34 Mäntel für Kleinkinder, 281 Sommerkleider für Kleinkinder, 90 Leibchen, 112 Jäckchen für Säuglinge, 70 Höschen für Säuglinge, 50 Matratzengarnituren, 480 Paar Lederstraßenschuhe für Männer, 267 Paar Lederstraßenschuhe für Frauen, 405 Paar Arbeitsschuhe für Männer mit Ledersohle, 585 Paar Arbeitsschuhe für Männer mit Gummisohle, 104 Paar Arbeitsschuhe für Frauen, 122 Öfen, 203 Herde, 49 Wasserkessel, 108 Eimer, 25 Wannen, 29 Waschtöpfe, 135 Holzbettstellen für Erwachsene, 99 Bettstellen für Kinder, 9 Kleider- und Wäscheschränke, 3 Kommoden, 13 Küchenschränke, 70 Fahrräder und je 200 Fahrraddecken und -schläuche.

-.-

Sonntag, den 18. August

Mit der Einführung des Sommerfahrplans der Reichsbahn wurden auf verschiedenen Strecken Verbesserungen im Berufs- und Fernverkehr durchgeführt.

Das machte sich besonders bei der Fernverbindung Ruhrgebiet - Hamburg bemerkbar. So fuhren jetzt täglich 9 Züge Essen - Osnabrück - Hamburg über Gelsenkirchen, darunter ein D-Zug; in der Gegenrichtung waren es 10 Züge, darunter 2 D-Züge.

-.-

Montag, den 19. August

Der Oberstadtdirektor als Wahlleiter gab bekannt, daß die Ansprüche auf nachträgliche Eintragung in die Wählerliste für die Stadtverordnetenwahl am 13. Oktober berücksichtigt worden seien.

Diese Ergänzungsliste und die ursprüngliche Wählerliste bildeten das "Wahlregister", das mit Wirkung vom 19. August an endgültig war. Es lag bis zum 31. August zur Einsichtnahme aus. Personen, die in diesem Wahlregister nicht aufgeführt wurden oder gestrichen waren, hatten bei der Wahl am 13. Oktober kein Wahlrecht. Wer trotzdem versuchte, seine Stimme abzugeben, wurde von der Militärregierung mit Bestrafung bedroht.

-.-

Dienstag, den 20. August

Die vorläufige Ministerliste des Landes Nordrhein-Westfalen, die den Parteien für das Kabinett Amelunxen aufgestellt und der Militärregierung zur Genehmigung vorgelegt worden war, sah folgende Personen als Kabinettsmitglieder vor:

Ministerpräsident: Dr. Rudolf Amelunxen (parteilos),
Innenminister: Dr. Walter Menzel (SPD),
Finanzminister: Dr. Hermann Höpker-Aschoff (FDP),
Wirtschaftsminist: Prof. Dr. Erik Nölting (SPD),
Landwirtschaftsmi: Dr. Hermann Heukamp (parteilos),
Kultusminister: Dr. Wilhelm Hamacher (Ztr.),
Sozialminister: Heinz Renner (KPD),
Arbeitsminister: August Halbfell (SPD),
Wiederaufbauminist: Hugo Paul (KPD),
Verkehrsminister: Fritz Stricker (Ztr.),
Justizminister: Dr. Kremer (parteilos).

Die Bestätigung durch die Militärregierung erfolgte am 27. August

--

Mittwoch, den 21. August

Im Haupt- und Finanzausschuß berichtete in der Sitzung vom 21. August Medizinalrat Dr. Küpper vom städt. Gesundheitsamt über das bedrohliche Ansteigen der Tuberkulose.

Im Jahre 1939 habe es in Gelsenkirchen 194 Tuberkulosefälle mit tödlichem Ausgang gegeben; 1942 seien es 240 gewesen, im ersten Halbjahr 1946 bereits 140. Gegen dieses bedauerliche Ansteigen, das in der Hauptsache auf die schlechten Wohnverhältnisse und die Ernährungskrise zurückzuführen sei, sei leider in absehbarer Zeit nur eine beschränkte Hilfe möglich; vor allem fehle es an Krankenhausbetten und Unterbringungsmöglichkeiten für die Lungenkranken. Zu Bedauern sei auch, daß den durch ihr Leiden ohnehin schwer getroffenen Tuberkulösen und den staublungenkranken Bergleuten die Raucherkarte vorenthalten werde, obwohl ein nennenswerter nachteiliger Einfluß auf die Krankheit bei der geringen Zuteilung an Rauchwaren nicht anzunehmen sei. Der Hauptausschuß beschloß, durch das Wirtschaftsamt beim Landeswirtschaftsamt zu beantragen, den Tuberkulosekranken die Raucherkarte wieder zu gewähren.

Auf den Antrag des Stadtbaurates Fuchslocher auf Verlängerung der Bausperre, so daß in Zukunft nur noch solche Bauten auf Genehmigung rechnen können, die im Rahmen des Wiederaufbauplanes der Stadt lagen, beschloß der Haupt- und Finanzausschuß nach lebhafter Aussprache folgende Anordnung einer befristeten Bausperre für das Stadtgebiet Gelsenkirchen:

"Nach Maßgabe der Verordnung über die Zulässigkeit befristeter Bausperren vom 29.10.1936 auf Grund des Gesetzes für einstweilige Maßnahmen zur Ordnung des deutschen Siedlungswesens vom 3.7.36 wird für das Gebiet des Stadtkreises Gelsenkirchen die Bausperre angeordnet. Die Bausperre tritt mit dem 1. September 1948 außer Kraft."

Einem von Landsgerichtsrat Hülsmann erstatteten Bericht über die Tätigkeit der Preisbehörde war zu entnehmen, daß vom 1. April bis 14. August 538 Anzeigen wegen Preisüberschreitung erstattet und in 299 Fällen die Strafverfolgung durch die Staatsanwaltschaft beantragt wurde.

Zum Leiter des Volksbildungswerks bestellte der Haupt- und Finanzausschuß auf Vorschlag von Oberschulrat Winkel den Studienrat Leo Fußhüller.

Am Schluß der Sitzung gab der Leiter des Ernährungs- und Wirtschaftsamt, Dr. Dr. Große-Boymann, einen Überblick über die Ernährungslage. Danach betrug die Gemüseeinfuhr in der zweiten Juli-hälfte 943 t. Auf den Kopf der Bevölkerung verteilt hätten erhalten: Alt-Gelsenkirchen 3,7 kg, Buer 3,4 kg, Horst 3,7 kg. In der Hauptsache kam das Gemüse aus Holland. Allein 19,4 % der holländischen Lieferung gingen nach Gelsenkirchen, wovon jedoch 5,4 % für Münster abgezweigt werden mußten.

--

Donnerstag, den 22. August

Eine Kürzung des Stromverbrauchs um 35 % trat für die Industrie in der Provinz Westfalen am 22. August in Kraft. Der Grund lag darin, daß die Kohlenversorgung nicht ausreichte, um den derzeitigen Elektrizitätsverbrauch aufrecht zu erhalten. Die Kürzung sollte solange in Kraft bleiben, bis wieder mehr Kohlen zur Verfügung standen.

--

Der Ernährungsbeirat beim Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft in Hamburg, der am 22. August zum ersten Male tagte, trat in einer Entschließung dafür ein, daß in Zukunft aus Gründen der Gerechtigkeit alle Verbraucher an Rationserhöhungen gleichmäßig beteiligt sein sollten.

--

Über die Brennholzversorgung im Winter erließ der Oberstadtdirektor folgende Bekanntmachung:
Die Kohlenknappheit wird auch bis zum kommenden Winter nicht behoben sein. Das Forst- und Holzwirtschaftsamt beim Regierungspräsidenten hat daher angeordnet, daß der Bevölkerung Gelegenheit gegeben werden soll, Brennholz für ihren Haushalt zu beschaffen. Die außerordentliche Belastung der Waldbestände durch die Inanspruchnahme von Nutzholz gebietet jedoch strengste Sparsamkeit und Beschränkung in der Gewinnung von Holz. Um die letzte Möglichkeit in der Brennholzbeschaffung auszuschöpfen, sollen in den städtischen Anlagen und Waldbeständen sowie an den öffentlichen Straßen die Stubben der eingeschlagenen Bäume durch Selbsthilfe gerodet werden. Interessenten, die sich auf diese Art für den kommenden Winter Brennmaterial sichern wollen, melden sich bis zum 14. September beim Garten- und Friedhofsamt. Die Aktion beginnt am 15. September und muß bis zum 15. November durchgeführt sein. Der Kaufpreis je Raummeter beträgt 1,-- RM.

--

Freitag, den 23. August

Das "Neue Theater" eröffnete nach dem finanziellen Zusammenbruch des "Westdeutschen Künstlerdienstes" die neue Spielzeit im Saale Serres an der Bülowstraße am 23. August mit der Erstaufführung der Oper "Madame Butterfly" von Puccini in der Inszenierung durch

Willi Ruhrmann (musikalische Leitung: Karl Riebe).
Das "Neue Theater" wollte sich in besonderer Weise der Pflege der Spieloper annehmen.

--

Samstag, den 24. August

Vom 24. - 26. August feierte die Kolpingsfamilie Horst ihr 75-jähriges Bestehen mit den Abordnungen von 71 auswärtigen Vereinen.

Nach der Wiedereinweihung des im Kriege zerstörten Saales im Kolpinghause am Samstag, folgte am Sonntag nach einem festlichen Hochamt ein Festzug zum DJK-Platz, wo in Gegenwart von Vertretern der Stadt und des Handwerks auf einer großen Kundgebung Generalpräses Dahl sprach.

--

Sonntag, den 25. August

Die Zugverbindung zwischen dem Ruhrgebiet und Süddeutschland wurde durch einen Nachtschnellzug wesentlich verbessert, der erstmalig am 25. August verkehrte und Gelsenkirchen um 16,41 Uhr verließ (auf der Rückfahrt Gelsenkirchen ab 13,33 Uhr).

--

Montag, den 26. August

Die Druckereien konnten nach einer neuerlichen Anordnung der Militärregierung jetzt Anschlagplakate für kulturelle und unterhaltende Veranstaltungen (Theater, Kinos, Konzerte, Sport usw.) drucken, wenn sie die Größe DIN A 3 nicht überschritten. Zwei fertige Exemplare mußten der Publication Sub Section in Ölde zugeleitet werden.

--

Alle Männer von 14 bis 65 Jahren und alle Frauen von 15 bis 50 Jahren, die infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen oder auf Grund häuslicher oder familiärer Verhältnisse keine Arbeit aufnehmen konnten, erhielten vom Arbeitsamt an Stelle der gelben Meldekarte einen "Befreiungsschein", gegen dessen Vorlage sie auch die Lebensmittelkarten bekamen.

--

Der Leiter der früheren "Bunten Bühne" im Bahnhofshotel, Bernhard Meisterfeld, plante in dem Theatersaal ein großes Operetten-theater einzurichten.

Für die künstlerische Oberleitung wurde der frühere stellvertretende Intendant des Stadttheaters, Hein Heuer, gewonnen.

--

Dienstag, den 27. August

In der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten am 27. August verabschiedete sich der Kommandant der Militärregierung, Oberstleutnant Robinson, mit folgenden Worten:

"Dieses ist das letzte Mal, daß ich das Vergnügen habe, die meisten von Ihnen zu sehen. In Kürze werde ich die Uniform wieder gegen die Melone und den Regenschirm eines Geschäftsmannes vertauschen. Vorher möchte ich Sie noch zu der Art beglückwünschen, in der Sie die Grundlagen einer demokratischen Verwaltung in dieser großen Stadt geschaffen haben. Ich glaube, daß Sie trotz großer Schwierigkeiten viel erreicht haben und möchte Ihnen dazu gratulieren. Auch möchte ich Ihnen meinen Dank für die Hilfe, die Sie mir in meiner Arbeit leisteten, aussprechen. Ich glaube, wir haben gelernt, uns gegenseitig zu verstehen und zu achten und ich werde noch oft an Sie zurückdenken. Ihnen allen und der Stadt Gelsenkirchen, der meine aufrichtige Zuneigung gehört, gilt mein Lebewohl und Glückauf!"

Oberbürgermeister Geritzmann erwiderte darauf folgendes:

"Herr Kommandant! Namens der Stadtvertretung habe ich die Ehre, anlässlich Ihres Fortganges von Gelsenkirchen einige Worte des Dankes an Sie zu richten. Es besteht unter den politischen Parteien der Stadtvertretung Einigkeit darüber, daß Sie, Herr Kommandant, alle Zeit bemüht waren, zu helfen und zu vermitteln in allen schwierigen Lagen in der Verwaltung unserer Stadt. Wir fanden immer Verständnis für unsere Belange und konnten lebhaft Anteilnahme bei großen Mißgeschicken, wie bei der Überschwemmung in Horst-Emscher und dem Führungsglück in Bismarck feststellen. Die Zusammenarbeit zwischen Ihnen und unserer Stadtvertretung ist stets gut gewesen; deshalb sehen wir Sie nur ungern scheiden. Unser Dank, verbunden mit den besten Wünschen, begleitet Ihren Fortgang (Nachfolger von Oberstleutnant Robinson als Kommandant der örtlichen Militärregierung wurde Colonel Russell).

Die Stadtverordnetenversammlung genehmigte dann ihre neue Geschäftsordnung und eine Gebührenordnung für die Dienstleistungen der städtischen Feuerwehr und wählte folgende Herren in den Verbandsausschuß des Sparkassenverbandes der Stadt Gelsenkirchen und der Gemeinde Westerholt:

Stadtverordneter Josef Weiser, Stadtverordneter Friedrich Grau und Herr Wilhelm Kassing, Buer.

Oberstadtdirektor Zimmermann sprach in längeren Ausführungen über die Aufgaben der örtlichen Selbstverwaltung, wie sie sich nach den staatsrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Veränderungen infolge der Neubildung des Landes Nordrhein-Westfalen ergeben werden. Er teilte dabei mit, daß eine Konferenz der Oberbürgermeister und Oberstadtdirektoren der westfälischen Städte, die Mitte August in Dortmund stattgefunden habe, zur Verwirklichung der Grundsätze einer echten Demokratie bei der Neugestaltung des Landes Nordrhein-Westfalen folgende Vorschläge gemacht habe:

1. Den Stadt- und Landkreisen sind im weitestem Umfange Aufgaben der bisherigen Sonderbehörden in der Unterstufe durch deren Eingliederung zu übertragen.
2. Bisherige Staatsaufgaben, die nicht unbedingt einheitlich für größere Bereiche wahrgenommen werden müssen und für eine Erledigung durch die kommunale Selbstverwaltung geeignet sind, sind im Wege der Dezentralisation auf die Stadt- und Landkreise zu überführen.

3. Zwischen den Stadt- und Landkreisen und dem Lande müssen für die gesamtwestfälischen und gesamtrheinischen Selbstverwaltungsaufgaben im Interesse einer standesverbundenen Verwaltung Provinzialverbände mit parlamentarischer Führung erhalten bleiben.
4. Die Kommunalaufsicht soll durch die Landesregierung unmittelbar ohne Einschaltung einer Zwischeninstanz ausgeübt werden. Die Stadtverordnetenversammlung machte sich diese Vorschläge nach kurzer Aussprache zu eigen.

Oberschulrat Winkel berichtete in der Stadtverordnetenversammlung über die Vereinheitlichungsbestrebungen im höheren Schulwesen; dabei seien drei Grundtypen vorgesehen: das klassische Gymnasium, das mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium sowie das Mädchen-Gymnasium und die Frauenschule. Diese Schulformen sollten auf die in Gelsenkirchen bestehenden fünf Anstalten wie folgt verteilt werden:

1. Das Gymnasium bleibt als klassisches Gymnasium ohne Nebenzüge im Französischen erhalten.
2. Die Oberschulen für Jungen in Alt-Gelsenkirchen und Buer werden als mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasien mit einem Nebenzug für Französisch eingerichtet.
3. Die Oberschule für Mädchen in Alt-Gelsenkirchen wird neusprachliches Mädchen-Gymnasium.
4. Die Oberschule für Mädchen in Buer wird Frauenschule, wenn der neunklassige Aufbau und die Fortführung der zweiten Fremdsprache in der Oberstufe gesichert sind.
5. Die Einrichtung eines sechs- oder siebenstufigen Aufbauzuges wird vom nächsten Schuljahr an in Aussicht genommen. Eine Entscheidung in dieser Frage wurde noch nicht gefällt, die Angelegenheit vielmehr an den Haupt- und Finanzausschuß zurückverwiesen.

Zur Verordnung über die Trümmerbeseitigung und Trümmerverwertung vom 27. März (s.S. 59 dieses Bandes) teilte Oberstadtdirektor Zimmermann mit, daß die Bedenken gegen die Rechtsgültigkeit der Verordnung inzwischen durch eine entsprechende Verordnung des Oberpräsidenten vom 28. März, die leider erst im Juli bekannt geworden sei, ausgeräumt worden seien. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß daraufhin eine neue Verordnung mit 17 Paragraphen, in denen die allgemein gehaltene Verordnung vom 27. März näher erläutert wurde.

Auf eine Anfrage über den Stand der Untersuchung über die Horster Hochwasserkatastrophe teilte Oberstadtdirektor Zimmermann mit, daß die Emschergenossenschaft einen Ausschuß zur Prüfung der Schuldfrage eingesetzt habe. Während die Städte Essen und Gelsenkirchen eine Untersuchung durch die neutrale Stelle beantragt hätten. Der Oberpräsident habe Mitte Juli den Baurat Breustedt von der Regierung Arnsberg damit beauftragt, der seinerseits zugesagt habe, auch den örtlichen Ausschuß zur Prüfung der Angelegenheit heranzuziehen, sowie auch Rechtsanwalt Urselmann, der bereits umfangreiche Ermittlungen in der Angelegenheit geführt habe. Für die nächsten Tage habe Baurat Treutle eine Besichtigung vorgesehen, um sich zunächst ein Bild von der Örtlichkeit zu verschaffen; er werde später auch an die Betroffenen herantreten.

Auf eine weitere Anfrage über die Gasversorgung und Kohlenzuteilung teilte Dr. Dr. Große-Boymann mit, daß die Zuteilungen so rückläufig gewesen seien, daß nicht einmal zwei Zentner je Familie in jedem Monat hätten zugeteilt werden können.

Die Zuteilungen an Schlamm- bzw. Feinkohlen hätten betragen:
im Januar 1 550 t, im Februar 6 000 t, im März 6 200 t, im April
1 500 t, im Mai 840 t, im Juni nichts, im Juli 1 065 t, im August
nichts, während die Stadt durchweg 6 000 t benötige. Es bleibe
also nichts anderes übrig, als einmal zwei Monate lang an nie-
mand anderes Kohlen zuzuteilen, als an die Anwohner der Straßen,
die noch kein Gas haben.

-.-

Die von der Stadtverordnetenversammlung am 27. August beschlos-
sene Verordnung über Trümmerbeseitigung und Trümmerverwertung im
Stadtgebiet Gelsenkirchen enthielt in vier Paragraphen allgemeine
und in weiteren 13 Paragraphen besondere Vorschriften.
In den allgemeinen Vorschriften wurde gesagt, daß die Trümmerbe-
seitigung und -verwertung nach folgenden Gesichtspunkten durch-
zuführen sei:

1. Freimachung der Straßen und Baugrundstücke von Schuttmassen und Gebäuderesten in der für den Aufbau und die städtebauliche Neugestaltung erforderlichen Weise;
2. Nutzbarmachung der unbebauten kriegsbetroffenen Grundstücke durch Beseitigung der Ablagerungen und durch Geländeplanie-
rung;
3. Verwertung der anfallenden Schutt- und Trümmernmassen zur Her-
stellung neuer Baustoffe;
4. Verteilung der gewonnenen Baustoffe entsprechend den Notwendig-
keiten des Aufbaues und der städtebaulichen Neugestaltung.

Unter den besonderen Vorschriften wurde im § 5 bestimmt, was zu
den Trümmer-, Müll- und Schuttmassen gehörte, nämlich:

1. Alle losen, nicht mehr mit den Hausruinen verbundenen Schutt-,
Trümmer- und Müllmassen.
2. alle nicht mehr in ihrem ursprünglichen Zustand mit den Haus-
ruinen verbundenen Bauteile,
3. alle Bauteile, die nicht mehr standfest oder für einen Wieder-
aufbau wirtschaftlich ungeeignet waren.

Die Trümmerräumung sollte zunächst in einem Großschadensgebiet
in Alt-Gelsenkirchen beginnen, dessen Grenzen folgendermaßen
verliefen:

im Norden entlang der Emschertalbahn von der Tannenbergsstraße
bis zur Stadtgrenze Wanne-Eickel,
im Osten entlang dieser Grenze zwischen der Emschertalbahn und
der Wanner Straße, weiter durch die Wanner Straße und entlang
den Nord- und Westgrenzen der Betriebsanlagen der Deutschen Ei-
senwerke bis zur Köln-Mindener Bahn,
im Süden entlang dieser Bahnstrecke bis zur Anschlußbahn Gelsen-
kirchen-Schalke-Süd bzw. der Anschlußbahn der Zeche Consolidation
und
im Westen entlang den beiden genannten Anschlußbahnen.

In dem wichtigen Paragraphen 11 hieß es:

"Die Grundeigentümer sind verpflichtet, die Durchführung der im
öffentlichen Interesse erfolgten Maßnahmen zu dulden; sie haben
insbesondere das Betreten der Grundstücke durch die Beauftragten
der Stadt zu gestatten, ebenso die Aufstellung der erforderlichen
Gerätschaften und Maschinen, sie haben ferner zu gestatten, daß
die bei der Abräumung anfallenden Massen zum Zwecke der vorgese-
henen Verwertung von der Stadt bzw. von deren Beauftragten ent-
schädigungslos entnommen und abgefahren werden."

Der § 15 regelte die Verwendung der aus den Trümmern gewonnenen neuen Bauelemente wie folgt:

"Die neuen gewonnenen Bauelemente dürfen nur unter schärfster Überwachung des Baulenksamtes freigegeben und nur zu den im Stadtgebiet Gelsenkirchen auszuführenden und genehmigten Bauvorhaben verwendet werden. Die von der Stadt mit der Enttrümmerung und Verwertung beauftragten Unternehmer haben bei der Ausführung dieser Bauvorhaben das erste Anrecht auf den Bezug von Baustoffen. Nur dann, wenn der Absatz stocken sollte und aus Gründen der Lagerhaltung das Material abgestoßen werden muß, ist auch ein Verkauf an auswärtige Interessenten gestattet."

--

Der Leiter der Volkshochschule, Oberstudienrat Fußhöller, hielt vom 27. August an in der Industrieschule, Dessauerstraße 12, dienstags, donnerstags und freitags am Nachmittag Sprechstunden ab, an den Vormittagen der gleichen Tage im Rathaus Buer.

--

Mittwoch, den 28. August

Die am 28. August in Herten tagende Arbeitsgemeinschaft der Ernährungs- und Wirtschaftsämter des Westfälischen Industriegebietes befaßte sich u.a. auch mit der Frage der Hausbrandversorgung. Die Versammlungsteilnehmer waren der Ansicht, daß die Bevölkerung ohne eine ausreichende Versorgung mit Hausbrandkohle den kommenden Winter nicht überstehen werde. Es müsse daher, um schwerste gesundheitliche Schäden zu vermeiden, die Versorgung jedes Haushaltes mit 30 Ztr. Steinkohle gefordert werden. Aus Transportgründen sei es zweckmäßig, Ausweichbrennstoffe wie Holz, Torf, Braunkohle und dergleichen nur in der unmittelbaren Umgebung der Lager- und Gewinnungsstätten zu verteilen. Im Interesse eines reibungslosen Wirtschaftsablaufes müsse der Beheizung der Verwaltungs- und öffentlichen Dienstgebäude besonderes Augenmerk geschenkt werden.

Die Ernährungsämter der genannten Arbeitsgemeinschaft begrüßten die Erhöhung der Lebensmittelrationen auf 1 550 Kalorien in der Erwartung, daß in absehbarer Zeit die Rationssätze entsprechend den Bedürfnissen der arbeitenden Menschen festgesetzt würden. Besonders betont wurde die Notwendigkeit einer erhöhten Zuteilung von Fett und eiweißhaltigen Nahrungsstoffen für den kommenden Winter. Die Arbeitsgemeinschaft vertrat die Auffassung, daß die erschwerten Lebens- und Arbeitsbedingungen in den Ruhrgebietsstätten auch nach allgemeiner Erhöhung des Kaloriensatzes eine Sonderzuteilung von mindestens 200 Kalorien täglich rechtfertigten.

--

Der Ausschuß der freien Wohlfahrtsverbände (Arbeiterwohlfahrt, Caritas, Innere Mission mit Evangl. Hilfswerk, Rotes Kreuz sowie Volkshilfe), der allwöchentlich zu einer Sitzung zusammentrat, um zusammen mit den Vertretern der ausländischen Hilfsorganisationen (Quäker, Schweizer Spende usw.) Maßnahmen für den Kampf gegen die Nöte der Bevölkerung zu beraten und durchzuführen, beschloß, eine Abordnung von Vertreterinnen der Wohlfahrtsverbände in Begleitung

eines Vertreters der englischen Quäker zum Landeswirtschaftsamt und zur Militärregierung nach Warendorf zu entsenden, um größere Zuteilungen an Bekleidung und Wäsche, vor allem auch an Säuglingsausstattungen, für Gelsenkirchen zu erwirken.

Eine zweite Abordnung sollte das Landesernährungsamt in Unna über den schlechten Ernährungs- und Gesundheitszustand der Gelsenkirchener Bevölkerung unterrichten.

Die hiesige Bevölkerung, mit ihren völlig unzureichenden Wohnverhältnissen und ihrer schweren Arbeit, könne erwarten, daß ihr die amtlichen Stellen die Lebensmittel zuteilten, die sich Bewohner der ländlichen Orte zusätzlich verschaffen könnten. Das englische Rote Kreuz wurde gebeten, sich in Zukunft der Stadtteile Horst und Buer besonders anzunehmen, denen bisher - abgesehen von der bei der Hochwasserkatastrophe in Horst - keine ausländische Hilfsaktion zuteil wurde, und weil von deutscher Seite eine Abhilfe wegen des Fehlens deutscher Erzeugnisse noch nicht möglich sei.

-.-

Donnerstag, den 29. August

Die Militärregierung erließ neue Bestimmungen über die Kontrolle von Sportvereinen und Sportverbänden.

Danach war folgendes zu beachten:

Alle Sportvereine und Sportverbände, die vor der Kapitulation bestanden hatten, waren unverzüglich aufzulösen, alle Vereine und Verbände, die nach den Bestimmungen der Verordnung Nr. 9 und der Anordnung Nr. 17 gebildet worden waren, wurden ersucht, bis zum 15. September die Genehmigung der Militärregierung, den Verein oder Verband weiterführen zu können, beim Oberstadtdirektor neu zu beantragen. Kein neuer oder bestehender Verein durfte ohne Genehmigung der Militärregierung seine Tätigkeit ausüben. Personen, die einen neuen Verein oder Verband gründen wollten, konnten nähere Einzelheiten beim Stadtamt für Leibesübungen in der Industrieschule, Dessauer Straße 12, erfahren.

-.-

Die Militärregierung ordnete eine Registrierung aller früheren Mitglieder der deutschen Wehrmacht und der früher in der Zivil- luftfahrt beschäftigten Personen an, und zwar mußten sich bis zum 21. September folgende Personen bei der Polizei registrieren lassen:

Alle früheren Berufsoffiziere des deutschen Heeres, der Marine und der Luftwaffe, alle früheren Piloten, Beobachter, Orter und Hilfsbeobachter ohne Rücksicht auf ihren Rang und alle früheren Unteroffiziere der technischen Laufbahnen der deutschen Luftwaffe im Range eines Feldwebels oder Oberfeldwebels sowie alle technischen Lehrer jedes Dienstranges.

Dieser Aufruf wurde in der Bevölkerung lebhaft diskutiert und von vielen Seiten als Vorbereitung zu einem neuen Krieg angesehen. Man fragte sich, ob England deutsche Soldaten als "Kanonenfutter" im nächsten Krieg einsetzen wolle, da es ja ohne eine starke kontinentale Landmacht jedem Ansturm aus dem Osten wehrlos ausgesetzt sei.

Solche Gerüchte wurden durch die starken außenpolitischen Spannungen dieser Wochen besonders genährt. Man faßte eine Rede Stalins als glatte Kriegserklärung an die angloamerikanischen Staaten auf und fragte sich, ob es wohl im Interesse der Vereinten Nationen liege, einen solchen Krieg zu verhindern, oder ob vielleicht nicht von dieser oder jener Seite bewußt darauf hingearbeitet werde, einen neuen Konflikt herbeizuführen.

--

Die knappe Zuteilung an Rauchwaren veranlaßte viele Gelsenkirchener Raucher zum Selbstanbau von Tabak. Sie mußten dafür allerdings auch Tabaksteuer bezahlen.

In diesem Sommer meldeten rund 4 900 Tabakanbauer aus Gelsenkirchen rund 390 000 Tabakpflanzen beim Hauptzollamt zur Versteuerung an. Manche Tabakanbauer waren inzwischen Meister in der Verarbeitung geworden; sie nannten ihr Erzeugnis mit Recht "Siedlerstolz". Sie brachten es teilweise sogar fertig, einen original englischen Duft nebst Geschmack zustande zu bringen. Manche allerdings rauchten ein selbstgezogenes Kraut von der Marke "Atombombe" (ein Rauchpils - und Tausende fallen um).

--

Freitag, den 30. August

In ihrer ersten Kabinettsitzung beschloß die neue Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen folgenden Aufruf an die Bevölkerung des Landes:

"Bei unserem Amtsantritt als Minister des neuen Kabinetts Nordrhein-Westfalen grüßen wir die gesamte Bevölkerung. Wir wissen, unter welcher Not weite Kreise unseres Volkes zu leben haben. Viele leiden bitteren Hunger. Krankheiten haben um sich gegriffen. Der dringendste Bedarf an Wohnraum, Kleidung und Hausrat konnte bisher nicht befriedigt werden. Die Produktion ist im langsamen Anlauf. Die Kohlenförderung ist zu gering, weil unseren Bergarbeitern nicht so geholfen werden konnte, wie es notwendig gewesen wäre. Dem Handel fehlen die Güter, der Landwirtschaft Maschinen und Dünger, dem Handwerker das Material. Das ist das traurige Ergebnis einer zwölfjährigen Mißwirtschaft. Wir sind entschlossen, unserem armen Volk tatkräftig zu helfen. Wir werden alle Kräfte und Möglichkeiten aufbieten, um der katastrophalen Lage, in der wir uns befinden, zu entrinnen. Wieder einmal müssen demokratische Männer das unselige Erbe nationalsozialistischer Machthaber antreten und abtragen. Unter Hintansetzung aller Gegensätze, parteitaktischer Erwägungen und Bedenken gehen wir ans Werk. Unsere Arbeit gilt Euch. Unseren Kindern und Kindeskindern wollen wir eine bessere Zukunft bereiten. Wir wollen zu erreichen versuchen, daß unsere Kriegsgefangenen bald in die Heimat zurückkehren, daß die Ernährung sich langsam bessert und im kommenden Winter auch Hausbrand zur Verfügung steht. Auf allen Gebieten des Lebens werden wir eine Politik verfolgen, die in erster Linie der Behebung der Linderung von Not-, Hunger und Elend gewidmet ist. Diese Politik wird auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit, der Geistesfreiheit und der Achtung vor der Menschenwürde beruhen. Wir glauben, daß die ewigen Sittengesetze der Menschheit wieder die Grundlage jedes Gemeinschaftsle-

bens werden müssen. Wir streben zu einem einheitlichen, in der Welt geachteten Deutschland, das als Ganzes dem Völkerfortschritt und dem Völkerfrieden dienen wird. Wir wissen, daß die Lösung dieser Aufgaben schwer ist, aber wir verzagen nicht. Wir haben die begründete Hoffnung, daß in absehbarer Zeit auf vielen Gebieten eine fühlbare Besserung eintreten wird. Wir werden die vor uns liegenden Aufgaben nur lösen, wenn wir neben der Hilfe von außen auch auf Eure Hilfe, besonders auf die Mitarbeit der jungen Generation, rechnen können. Wir rufen daher alle auf; Helft mit, ohne Unterschied der Partei, der Weltanschauung und des Standes! Bei Eurer rückhaltlosen Unterstützung wird es uns gelingen, auf dem steilen und steinigem Weg voranzukommen, den wir alle gemeinsam gehen müssen. Am anderen Ende dieses Weges winkt uns das Licht der Freiheit und Wohlfahrt. Die neue Landesregierung ist an die Arbeit gegangen. Die Einberufung eines aus den Vertretern aller politischen Parteien bestehenden Landtages wird in Kürze folgen."

--

Unter der Bezeichnung "Wohnungsstelle Ruhr" wurde auf Anordnung der Militärregierung beim Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk eine Dienststelle eingerichtet, zu deren besonderen Aufgaben die Unterstützung der örtlichen Ämter in der Beschaffung von Wohnraum für Bergarbeiter gehörte.

--

In einer Vorstands- und Beiratssitzung des Verkehrsvereins Gelsenkirchen berichtete der Vorsitzende, Hüttendirektor Dr. Ing. Raven, über die Tätigkeit des Vereins seit seiner Wiedergründung im Frühjahr 1946.

Dr. Wendenburg, der Vertreter der Stadtverwaltung im Beirat, entwickelte die Grundzüge der von ihm im Auftrage der Stadt geplanten und in Angriff genommenen Industriewerbung. Es sollte ein kleinformatiges Werbeblatt in hoher Auflage herausgebracht werden, um die Bedeutung Gelsenkirchens als größte Kohlenstadt des Kontinents herauszustellen. Im Interesse einer einheitlichen Ausrichtung der Arbeiten des Verkehrsvereins und im Interesse einer Überbrückung der noch bestehenden Gegensätze zwischen den Stadtteilen Alt-Gelsenkirchen und Buer wurde ein neuer Vorstand gewählt; ihm gehörten folgende Personen an:

Erster Vorsitzender Dr. Ing. Raven (Alt-Gelsenkirchen),
zweiter Vorsitzender Kaufmann A. Schlatholt (Buer),
Schatzmeister Dr. Tiggemann,
Geschäftsführer Dr. W. Friedrich.

Ferner gehörten dem Vorstand noch an aus Alt-Gelsenkirchen die Herren Bielefeld, Komesker, Keuper, Oberschuir und Weller, aus dem Stadtteil Buer die Herren Blankenstein, Confer, Post und Weiser, aus dem Stadtteil Horst Herr Lukas.

--

Samstag, den 31. August

Dr. Dr. Große-Boymann, der Dezernent des Ernährungs- und Wirtschaftsamt, schied am 31. August aus der Stadtverwaltung Gel-

senkirchen aus, um die Stellung eines Direktors bei der Essener Straßenbahngesellschaft anzutreten. Der Vorsitzende des Wirtschafts- und Ernährungsausschusses, Hugo Löbbert, sprach dem Scheidenden den Dank für seine erfolgreiche Arbeit aus. Nachfolger wurde Assessor Meese.

--

Um die Kartoffelversorgung sicher zu stellen, wurde die Kartoffelanbaufläche erheblich erweitert, doch reichte auch dann das erhöhte Aufkommen zur Deckung des kartenmäßigen Bedarfs nicht aus. Unter der Voraussetzung jedoch, daß die erwarteten Einfuhren hereinkämen, wurde von der 95. Zuteilungsperiode an die Ausgabe von wöchentlich 2,5 kg Kartoffeln je Verbraucher vorgesehen. Um Engpässe des Transportes bei der Einkellerung zu vermeiden, sollte die Bevölkerung für etwa vier Wochen im voraus mit Kartoffeln versorgt werden. Auf diese Weise hoffte man, den Transport der Einkellerungskartoffeln bewältigen zu können, wenn nicht gleichzeitig auch noch der laufende Bedarf herantransportiert werden mußte.

--

Sonntag, den 1. September

Auf dem Platz am Buerschen Rathaus veranstaltete der Stadtbezirk Buer-Horst der SPD am Sonntag-Nachmittag eine große öffentliche Kundgebung, auf der vor einigen Monaten von der KPD zur SPD übergetretene Bremer Senator H. Wolters sprach.

--

Der zweite Vorsitzende der CDU in der britischen Zone, Oberbürgermeister Dr. Holzappel (Herford) sprach am Sonntag in der Schauburg Buer auf einer Großkundgebung der CDU über wichtige politische Gegenwartsfragen.

--

Nachdem die Tätigkeit des Kraftfahrzeuggewerbes nach der Besetzung anfänglich durch die Militärregierung genehmigt worden war, gingen die entsprechenden Befugnisse am 1. September auf das Straßenverkehrsamt über.

Sie wurden dort durch die technische Abteilung unter Leitung eines Kreisingenieurs wahrgenommen. Dieser übte die Überwachung des gesamten Kraftfahrzeuggewerbes aus, der Werkstätten, der Ersatzteilproduzenten und der Ersatzteilhandlungen. Außerdem gehörten die Überprüfung der Straßenverkehrsunfälle und die Organisation eines geregelten Abschleppdienstes zu seinen Obliegenheiten.

(Mit der Lockerung in der Bewirtschaftung wurde diese technische Abteilung 1948 wieder aufgehoben).

--

Die "Hölzernen Männer" der Künstlerpuppenspiele Heinrich Maria Denneborg feierten am 1. September vor einer großen Zahl geladener Gäste im "Kleinen Theater" an der Rheinelbestraße ihr fünfzehnjähriges Bestehen.

Studienrat Dr. Weineck verlas dabei ein Glückwunschsreiben des am Erscheinen verhinderten Kulturdezernenten Oberschulrat Winkel. An diesem seinem Ehrentage brachte H.M. Denneborg das Spiel "Vom armen und reichen Manne", das er nach dem Hekastus-Spiel des Hans Sachs für sein Puppentheater eingerichtet hatte, als Erstaufführung heraus.

--

Montag, den 2. September

In Anbetracht der Gefahr, die die nationalsozialistische Lehre darstellte und um so schnell wie möglich die nationalsozialistischen, faschistischen, militaristischen und antidemokratischen Ideen in Deutschland auszumerzen, erließ der Alliierte Kontrollrat den Kontrollratsbefehl Nr. 4.

Danach mußten alle Inhaber von Leihbüchereien, Buchhandlungen und Verlagsanstalten der Militärregierung innerhalb von zwei Monaten folgendes ausliefern:

Alle Bücher, Flugschriften, Zeitschriften, Zeitungssammlungen, Manuskripte, Urkunden, Landkarten, Pläne, Gesang- und Musikbücher, Filme und Lichtbilder - auch solche für Kinder jeglichen Alters, die nationalsozialistische Propaganda, Rassenlehre und Aufreizung zu Gewalttätigkeiten oder gegen die Vereinten Nationen gerichtete Propaganda enthielten - ferner alles Material, das zur militärischen Ausbildung und Erziehung oder zur Aufrechterhaltung und Entwicklung eines Kriegspotentials beitrug, einschließlich der Schulbücher und des Unterrichtsmaterials militärischer Erziehungsanstalten jeder Art, ebenso alle Reglements, Instruktionen, Anweisungen, Vorschriften, Landkarten, Skizzen, Pläne usw. für alle Truppeneinheiten und Waffengattungen.

In Gelsenkirchen mußte das genannte Material bis spätestens den 1. Oktober an die Stadtbücherei in der Josefschule (Josefstraße) abgeliefert werden.

--

Dienstag, den 3. September

Vom 1. Oktober an mußten alle in der britischen Zone wohnenden Personen mit einem neuen Einheitspersonalausweis versehen sein und ihn, soweit es sich um Personen über 15 Jahre handelt, ständig bei sich tragen.

In Gelsenkirchen wurde mit der Ausstellung der neuen Personalausweise durch die Meldestellen begonnen. Wer nach dem 1. Oktober ohne den neuen Ausweis angetroffen wurde, mußte mit Bestrafung rechnen.

--

Eine Volkshochschultagung für die britische Zone fand vom 3. - 6. September in der Pädagogischen Akademie in Bonn statt. Oberst Woker umriß dabei die Aufgaben im Neubau der Erwachsenenbildung wie die Control Commission sie sah. Unter den 200 Teilnehmern der Tagung waren die Referenten für Erwachsenenbildung der Provinz und Regierungen sowie die Leiter und je ein Lehrer oder eine Lehrerin von jeder bestehenden Volkshochschule vertreten.

--

Mittwoch, den 4. September

Das 1. Sinfoniekonzert der neuen Spielzeit fand unter der Leitung von Richard Heime am 4. September in der Mädchenmittelschule statt; es wurde am 5. September in der Schauburg Buer wiederholt.

Auf dem Programm standen Mozarts "Jupiter-Sinfonie", Haydns Cello-Konzert (Jürgen Gildemeister) und Beethovens 2. Sinfonie.

--

Donnerstag, den 5. September

Die Stadtverwaltung gab bekannt, daß die Stubben in den städtischen Waldungen und Grünanlagen sowie an den Straßen zu Brennholz verwertet werden sollten.

Wer Brennholz erwerben wollte, mußte sich bis zum 14. September melden. Die Aktion begann am 15. September und endete am 15. Oktober.

--

Über die Zuständigkeiten im neuen Lande Nordrhein-Westfalen wurde auf einer Konferenz in Düsseldorf, an der Vertreter der Militärregierung und der Presse unter dem Vorsitz von Brigadier Barraclaugh teilnahmen, berichtet, daß nicht die Absicht bestehe, die überkommenden Regierungsbezirke zu ändern und etwa das Ruhrgebiet in einen besonderen geschlossenen Verwaltungsbezirk (Regierungsbezirk oder Landschaft) zusammenzufassen. Die Wohlfahrtsinstitutionen der Provinzen sollten allerdings nicht auf die Regierungspräsidenten übergehen, sondern Angelegenheiten des zuständigen Landesministeriums werden. Bis zum Frühjahr 1947, wenn der neue Landtag gewählt seien würde, sollte eine von der Militärregierung ernannte Regierung beratende Funktionen ausüben.

--

Freitag, den 6. September

Am 6. September erschien die erste Nummer einer neuen, dem Zentrum nahestehenden Zeitung: "Neuer Westfälischer Kurier". Lizenzträger waren Fritz Erhart, Josef Weiser (Gelsenkirchen) und Helene Wessel. Hauptschriftleiter war Clemens Altewischer.

Der Verlag befand sich in Werl; gedruckt wurde die Zeitung in der Druckerei Breer & Thiemann in Hamm. Die Auflage der dienstags und freitags erscheinenden Zeitung betrug 130 000 Exemplare. Die Ausgabe für Gelsenkirchen enthielt auch die Nachrichten aus Wanne-Eickel, Wattenscheid, Bochum, Herne und Castrop-Rauxel.

--

Samstag, den 7. September

Während in Alt-Gelsenkirchen das "Theater an der Bochumer Straße" die Arbeit des Stadttheaters fortsetzte, suchte im Stadtteil Buer die "Vestische Bühne" Herten die Theaterbedürfnisse des Publikums zu befriedigen.

Die Denneborg-Künstler-Puppenspiele spielten im Hause Rheinelberstraße 33 die "Bremer Stadtmusikanten".

--

Sonntag, den 8. September

Pater Joseph M. Schultheis feierte am Sonntag, dem 8. September, seine Primiz in der Schalker Notkirche. Die Festpredigt hielt Dechant Hengsbach.

--

In einem großen Freundschaftsspiel standen sich am 8. September in der Glückauf-Kampfbahn der Süddeutsche Meister VfB Stuttgart und der Gruppenmeister in der Westfalenliga FC Gelsenkirchen-Schalke 04, gegenüber.

45 000 Zuschauer waren von den Leistungen der "Königsblauen" begeistert, die die Stuttgarter mit 7 : 1 schlugen.

--

Montag, den 9. September

Auf einer Delegiertentagung des Industrieverbandes Bergbau, Kreis Gelsenkirchen-Buer, auf der der erste Vorsitzende Schiwon einen Überblick über die Tätigkeit des Verbandes gab, teilte der 2. Vorsitzende Stein mit, daß etwa 80 % der über 64 000 Belegschaftsmitglieder des Bezirks gewerkschaftlich organisiert seien.

--

In der Jugendherberge am Haltener See fanden sich die Vertreter der Jugendbewegung und der Sportjugend zu einer gemeinsamen Aussprache unter der Leitung von Oberschulrat Winkel, dem Dezernenten des Gelsenkirchener Jugendamtes, zusammen. Das Jugendamt unterbreitete einen Vorschlag zur Bildung eines Jugendrings, der als Verständigungsbasis für eine ersprießliche Zusammenarbeit angesehen wurde.

--

Dienstag, den 10. September

Der Kreisverband der CDU gab seine Kandidaten-Liste für die Stadtverordnetenwahl am 13. Oktober für die 12 Wahlbezirke und die Reserveliste bekannt.

--

Der Haupt- und Finanzausschuß nahm einen Bericht des Betriebsdezernatsausschusses über den Plan zum Anschluß der Siedlung Bergmannsglück in Buer-Hassel an das Stromnetz entgegen. Um die Versorgung der Kraftfahrzeuge mit Brennstoff zu verbessern, wurde erwogen, die städtische Gastankstelle (Leuchtgas) an den Stadtwerken wieder aufzubauen.

Stadtrat Neysters teilte mit, daß von den vor dem Kriege vorhandenen 6 000 Straßenlaternen 54 wieder instandgesetzt worden seien; er hoffe, diese Zahl in nächster Zeit auf 500 erhöhen zu können.

Zur schnelleren Abwicklung der Entnazifizierung beschloß der Haupt- und Finanzausschuß, den bisher aus 12 Personen bestehenden Beirat auf drei Ausschüsse mit je 6 Personen zu erweitern. Stadtrat Fortkamp berichtete über einen Plan, einen größeren Teil der Kriegs- und Arbeitsinvaliden sowie Naziopfer durch eine großzügige Umschulung wieder in Arbeit zu vermitteln; es handele sich um einen Personenkreis von 4 000 bis 6 000 Personen. Der Haupt- und Finanzausschuß beschloß ferner die Bildung eines Unterausschusses des Wohlfahrtsausschusses, der sich mit folgenden Aufgaben befassen sollte:

Umschulung, Vermittlung in Handwerker-Mangelberufe, Umschulung als Handelsangestellter und selbständige Kaufleute, Umschulung als Verwaltungsangestellte für Industrie und Behörden, Einrichtung von kunstgewerblichen Lehrwerkstätten.

--

Das "Theater an der Bochumer Straße" eröffnete die neue Spielzeit am 10. September mit einer Aufführung von Schillers "Kabale und Liebe".

--

Mittwoch, den 11. September

Der Oberstadtdirektor erinnerte alle Hauseigentümer und Mieter an ihre Pflicht, noch vor dem Winter den vorhandenen Wohnraum mit allen zur Verfügung stehenden Behelfsmaterialien gegen Witterungseinflüsse zu schützen.

In der Bekanntmachung über die Winterfestmachung von Wohnungen hieß es u.a.:

"Die in den letzten Jahren als Noteindeckung verwandten Bleche sind verrostet oder durch die orkanartigen Stürme im Frühjahr zerstört worden. Für die Neubedachung der Häuser werden für Gelsenkirchen dringend 20 Millionen Dachziegel benötigt. Die vom Provinzial-Baulenkungsamt zur Verfügung gestellten Mengen sind aber so gering, daß nicht einmal der allernotwendigste Bedarf für kleinere Reparaturen gedeckt werden kann.

Bei den schweren Zerstörungen im gesamten Ruhrgebiet besteht selbst in den nächsten Jahren noch keine Möglichkeit, den dringenden Bedarf sicherzustellen."

-.-

Donnerstag, den 12. September

Die geringe Höhe der Lebensmittelrationen rief immer wieder Unzufriedenheit weiter Kreise und steigende Erbitterung gegenüber der Militärregierung hervor.

Sie wurde besonders genährt durch den Wegfall der Sonderkarten und die Nichteinhaltung einer versprochenen Rationserhöhung, die in der Presse schon stark herausgestellt worden war. Auch Gerüchte kursierten wieder im steigenden Umfang. So wurde erzählt, daß Schweinefleisch und Butter nach England ausgeführt würden. Die Kühlhäuser, in denen im Jahre vorher um diese Zeit Butter für die Vorratswirtschaft eingelagert worden war, seien heute leer. Es blieb nicht aus, daß auch Vergleiche mit der sowjetischen Besatzungszone gezogen wurden, die mehr und mehr zu Ungunsten der britischen Zone ausfielen.

Die Nachricht über eine gute Weltgetreideernte wurde viel erörtert. Die bessere Versorgung Deutschlands mit Getreide sollte angeblich daran scheitern, daß Deutschland nicht zahlungsfähig sei. Diesen Einwand ließ aber der Mann auf der Straße nicht gelten; wenn die Siegermächte der deutschen Industrie und Wirtschaft eine größere Handlungsfreiheit einräumten, würden diese Schwierigkeiten überwunden werden können. Natürlich müsse dann dem Export deutscher Industrieerzeugnisse vor dem Export von Kohlen der Vorrang gegeben werden.

Besonders in Bergarbeiterkreisen wurde die Erhöhung der Preise für Rauchwaren und Trinkbranntwein stark kritisiert, da sie bei den derzeit bezahlten Löhnen nicht getragen werden könne.

-.-

Freitag, den 13. September

In der Stadtverwaltung wurde am 13. September zur Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus durch Sammlung und Verwertung von Anregungen und durch Zusammenarbeit mit allen städtischen Dienststellen, mit örtlichen und überörtlichen Behörden, mit der Bürgerschaft und den Organen der Öffentlichkeit, mit Handel, Gewerbe und Industrie die "Dienststelle des Sonderbeauftragten für den Wiederaufbau" gebildet.

Sie wurde zunächst dem Haupt- und Finanzausschuß (Organisationsamt) angegliedert, später aber mit dem Verkehrsamt vereinigt; ihr Leiter war Dr. Wendenburg.

-.-

Im Hinblick auf die bevorstehende Stadtverordnetenwahlen entfalteten die politischen Parteien eine rege Propagandatätigkeit.

Die Frage, welche Partei wohl die meisten Stimmen erhalten würde, wurde in der Bevölkerung lebhaft diskutiert.

Einen sehr nachhaltigen Eindruck hinterließ eine Rede, in der sich der amerikanische Außenminister Byrnes am 6. September in Stuttgart für eine unverzügliche Bekanntgabe der alliierten Friedensbedingungen für Deutschland eingesetzt hatte. Er hatte sich mit dem betonten Festhalten an den Potsdamer Beschlüssen im einfachen Volke viel Sympathien erworben, da gerade von Amerika große Hilfe erwartet wurde.

Die wirtschaftliche Zusammenlegung der britischen und amerikanischen Zone mit gleichem Lebensstandard und gleichen Rationen sowie die Errichtung von Zwei-Zonen-Komitees zu ihrer Durchführung, wie sie am 5. September von einem Ausschuß für die Wirtschaftseinheit in Berlin festgelegt wurde, weckte in der Bevölkerung des Ruhrgebietes große Hoffnungen, weil sie annahm, daß hierdurch in Kürze eine bedeutende Verbesserung der Ernährung eintreten würde.

-. -

Die in erhöhter Zahl auftretenden Diebstähle bei der Reichsbahn gaben in der Bevölkerung Anlaß zu besorgten Betrachtungen.

Bei der Durchsuchung der Wohnungen einiger Reichsbahnbeamter konnte die Polizei erhebliche Mengen an Lebensmitteln sicherstellen, die wahrscheinlich aus Diebstählen aus Waggons der Reichsbahn herrührten. Die Bevölkerung forderte energische Maßnahmen dagegen, da sie es nicht einfach hinnahm, daß Beamte der Reichsbahn oder der Bahnpolizei sich an den Sachen der Leute, die ihr letztes Hab und Gut für irgendetwas Erbares geopfert hatten, bereicherten.

Dagegen rief die Aburteilung der sogenannten "Schieven-Bande" durch das Militärgericht große Beruhigung in der Bevölkerung hervor.

In der strengen Aburteilung dieser Verbrecher erblickten die Bewohner eine wirksame Abschreckung für weitere ähnliche Fälle. Fünfzehn Angeklagte im Alter von 18 bis 25 Jahren hatten sich wegen unerlaubten Waffenbesitzes, Niederschießens von Polizisten und Zivilisten, Bedrohung von Frauen und Kindern mit Waffen, Raubüberfällen und schweren Einbrüchen zu verantworten. Nach achttägiger Verhandlung verurteilte das Gericht drei Angeklagte zum Tode, vier zu 15 Jahren Gefängnis, je einen zu vier Jahren Gefängnis, drei Jahren, zwei Jahren und sechs Monaten und einen zu fünf Jahren Jugendstrafanstalt, ferner zwei Angeklagte zu ein bzw. zwei Jahren Gefängnis mit Strafaufschub.

-. -

Samstag, den 14. September

Die Schalterhalle des Hauptpostamtes wurde nach langwierigen Instandsetzungsarbeiten wieder in Benutzung genommen. Der Eingang an der Weberstraße, der bis dahin zu den behelfsmäßigen Schaltern geführt hatte, wurde für das Publikum geschlossen.

-. -

Alle Verbraucher mußten sich bis zum 14. Oktober bei ihrem Kohlenhändler neu eintragen lassen.

Dabei war auch anzugeben, ob Untermieter vorhanden waren und ob Strom oder Gas im Haushalt verbraucht wurden.

Bei der Ausgabe der Brennstoffe mußten zunächst die noch rückständigen Abschnitte der Kohlenkarte, die infolge zu geringer Kontingente oder infolge mangels an Fahrzeugen und Treibstoffen noch nicht beliefert werden konnten, beliefert werden.

--

Auf Anordnung der Militärregierung mußten alle Personen, die mit der Zubereitung und Verteilung von Lebensmitteln und Genußmitteln beschäftigt waren, sich einer Zwangsschutzimpfung gegen Typhus unterziehen.

Darunter fielen alle Lebensmittelhändler, Bäcker, Metzger, Milchhändler, Gemüse- und Fischhändler, Gastwirte, Brauer und Bierverleger mit ihren im Betriebe beschäftigten Familienangehörigen und Angestellten. Nur wer sich der dreimaligen Schutzimpfung unterzog, konnte weiter im Lebensmittel- und Genußmittelhandel beschäftigt werden.

Da im Stadtteil Horst aus Anlaß der dortigen Hochwasserkatastrophe bereits eine solche Schutzimpfung stattgefunden hatte, mußten dort nur diejenigen Personen aus den genannten Berufskreisen sich impfen lassen, die aus irgendwelchen Gründen im Frühjahr nicht hatten geimpft werden können. Jeder mußte einen Unkostenbeitrag von einer Reichsmark bezahlen. Die Impfungen fanden an den Tagen vom 16. - 20. September statt.

--

Eigentümer von Schreibmaschinen mußten diese auf besondere Fragebogen anmelden.

Nichtbeachtung der Anordnung hatte Beschlagnahme der nicht angemeldeten Maschinen zur Folge.

--

Sonntag, den 15. September

Die durchgehende Straßenbahnverbindung Buer - Horst - Essen, in der die Strecke vom Betriebsbahnhof Horst bis zur Zweigertbrücke bisher noch nicht wieder hergestellt war, wurde am 15. September wieder aufgenommen.

An der Zweigertbrücke in Altenessen mußte man allerdings noch in die Anschlußbahn umsteigen.

--

In einem zweiten großen Freundschaftsspiel traf der FC Gelsenkirchen-Schalke 04 am 15. September in der Kampfbahn Glückauf mit dem Hamburger SV zusammen.

Das Spiel, dem fast 60 000 begeisterte Zuschauer beiwohnten, sah Schalke 04 mit 2 : 0 als verdienten Sieger.

--

Die Wahlen in den Landgemeinden und kreisangehörigen Städten in der Provinz Westfalen, die am Sonntag, dem 15. September, stattfanden, endeten mit einem Siege der CDU.

Es ergab sich folgende Sitzverteilung:

In den Gemeinden erhielten die Sitze:

die SPD 3 487, die CDU 6 940, die KPD 155, die FDP 135, das Zentrum 921, Unabhängige 2 564.

In den Ämtern war die Verteilung folgendermaßen:

Die SPD erhielt 754 Sitze, die KPD 42, die CDU 1 919, die FDP 32, das Zentrum 265, Unabhängige 191.

--

Montag, den 16. September

Eine Tagung von Lebensmittelchemikern, die unter dem Vorsitz von Oberchemierat Dr. Strohecker (Gelsenkirchen) stattfand, und deren Teilnehmer von Obermedizinalrat Dr. Grütter im Namen der Stadt begrüßt wurden, beschloß den Zusammenschluß aller Lebensmittelchemiker in der britischen Zone. Zum ersten Vorsitzenden der neuen Vereinigung wurde Dr. Strohecker gewählt, zum zweiten Vorsitzenden Dr. Gabel (Hannover).

--

In der ersten Woche der 93. Zuteilungsperiode (16. - 22. September) erhielten alle Verbraucher über 10 Jahre an Stelle von 125 g Kaffeersatz 30 g echten Tee.

Ferner erhielten alle Nichtselbstverbraucher über 6 Jahre eine besondere Zulage von 600 g Brot in allen vier Wochen der Zuteilungsperiode.

Vom 18. - 21. September wurden zwei Einkellerungsscheine für Speisekartoffeln über je einen Zentner ausgegeben.

--

In einem Lebensmittelgeschäft in Gelsenkirchen-Buer trat ein Mann auf, der sich fälschlich als Beamter der Preisüberwachungsstelle ausgab.

Als die Geschäftsinhaberin für kurze Zeit den Laden verließ, um Rechnungen herauszusuchen, entwendete der bewaffnete Schwindler 1 200 RM und Lebensmittel.

--

Dienstag, den 17. September

Der Bauausschuß billigte in seiner Sitzung vom 17. September die Errichtung von Nissenhütten, unbeschadet seines grundsätzlichen Standpunktes, daß unter allen Umständen versucht werden müsse, die jetzt neu zu bauenden Wohnungen nicht mehr als Behelfswohnungen, sondern den Verhältnissen entsprechend in einfacher, jedoch menschenwürdiger Ausführung herzustellen.

Da jedoch die für die Aufstellung der Nissenhütten erforderlichen Baustoffe zusätzlich freigegeben werden sollten, erklärte er sich mit ihrer Errichtung einverstanden. Von den im Regierungsbezirk Münster für den "zivilen Sektor" freigegebenen 200 Nissenhütten entfielen auf Gelsenkirchen 50. Die Hütten hatten eine Wohnfläche von etwa 40 qm und enthielten eine Wohnküche, zwei Schlafzimmer, eine Speisekammer und einen Abstellraum. Sie wurden in halbrunder Form aus doppelwandigen Wellblechen mit 25 cm starken äußeren Kopfwänden und 12 cm starken Innenwänden hergestellt. Für ihren Aufbau war das städtische Gelände an der Hüller Mühle, an der Ecke Sutmelfeldstraße und Rottstraße sowie an der Ecke Pannhüttenstraße und Darler Heide vorgesehen. Die Hütten sollten in Form von Kleinsiedlungen erbaut werden und erhielten nach Möglichkeit zu jeder Siedlerstelle etwa 600 qm Gartenland. Die Gesamtkosten für eine Siedlerstelle waren mit rund 5 000 RM veranschlagt; vorgesehen war eine monatliche Miete von rund 20 RM.

Der Bauausschuß beklagte die Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Baustoffen, in deren Produktionsstätten es an Kohlen und Rohstoffen fehlte.

Besondere Schwierigkeiten machte die Beschaffung des so dringend benötigten Bedachungsmaterials. Auch der große Mangel an Treibstoff für Lastkraftwagen wirkte sich ungünstig aus. So wurde für die Heranschaffung von 20 000 Dachziegeln die Hälfte der im Monat für den Bausektor zur Verfügung stehenden Menge an Dieselöl benötigt.

Über den Fortschritt der Kanalisierungsarbeiten und die Instandsetzung der Straßen berichtete Stadtrat Quick im Bauausschuß folgendes:

Von den im Stadtgebiet festgestellten 1 045 Bruchstellen der Kanalisation wurden bisher 787 Bruchstellen (= 75 %) wieder hergestellt. Im Bezirk Horst-Süd mußte eine Strecke von 300 m vollkommen neu gebaut werden. Die Schwierigkeiten bei der Beschaffung der Baustoffe und der Mangel an Arbeitskräften wirkte sich sehr ungünstig aus. Zur Zeit wurden noch 120 Keller in bewohnten Häusern von Wasser überflutet. Die Zahl der Schadensstellen in den Fahrbahnen betrug rund 1 400 mit einer zu erneuernden Straßendecke von insgesamt rund 155 000 qm. Außerdem war die Umpflasterung von angrenzenden Straßenflächen mit rund 116 000 qm notwendig. Von den 1 400 Schadensstellen konnten aber bisher nur erst 600 beseitigt werden.

Der Bauausschuß richtete an alle Baulustigen folgende letzte Warnung vor dem Beginn nicht genehmigter Bauvorhaben:

1. Alle durch die Ausführung von Bauarbeiten, die vorher nicht genehmigt waren, gewonnenen Räume werden nach dem von der Militärregierung erlassenen Wohnungsgesetz beschlagnahmt und einem anderen Verwendungszweck zugeführt.
2. Bauunternehmer und Handwerker, die an der Ausführung von nichtgenehmigten Baumaßnahmen beteiligt waren oder sie gefördert hatten, werden im Einvernehmen mit dem Arbeitsamt die dabei eingesetzten Arbeitskräfte entzogen und einem anderen Arbeitgeber zugewiesen.
3. Architekten, die sich für die Durchführung eines nichtgenehmigten Bauvorhabens eingesetzt und es gefördert haben, wird die Konzession zur Anfertigung von Zeichnungen und Bauanträgen wegen Unzuverlässigkeit entzogen.

Als zweite Erstaufführung der neuen Spielzeit brachte das "Theater an der Bochumer Straße" das Lustspiel "Arm wie eine Kirchenmaus" von Ladislaus Fjodor heraus.

--

Mittwoch, den 18. September

Die Wirtschaftsgruppe Einzelhandel, die sich aus dem Verband der selbständigen Kaufleute entwickelt hatte, zählte jetzt 26 Fachvereinigungen.

Von diesen umfaßte die Fachvereinigung Lebensmittel 442 Geschäfte, die Fachvereinigung Tabakwaren 104 Geschäfte, Textil 96, Drogerien 42, Papier und Schreibwaren 38, Sport ein Geschäft.

Alle 26 Fachvereinigungen zusammen zählten 962 Geschäfte.

--

Donnerstag, den 19. September

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands gründete eine neue Ortsgruppe im Stadtteil Buer.

--

Freitag, den 20. September

Im Wohnungsausschuß gab Amtsleiter Husmann einen Überblick über die Arbeit des Ermittlungsdienstes.

Danach waren in Alt-Gelsenkirchen 21 Ermittler tätig, je einer für gewerbliche Räume, für die Möbelwirtschaft, für Mieten und Pächte, für Kellerangelegenheiten, ferner drei Sonder- und Eilermittler und drei Ermittler für Wohnungswechsel; zehn Ermittler standen dem Außendienst im allgemeinen zur Verfügung.

In Buer waren 16 Ermittler tätig, in Horst drei.

--

Vom 20. - 22. September fanden in Gelsenkirchen Antinazistentage statt, veranstaltet vom Kulturbund für demokratische Erneuerung Deutschlands.

Am ersten Tage war in der Mädchen-Mittelschule ein Vortrag von Frau Regierungsrätin A. Nielsen, Kiel, am zweiten Tage eine Gedenkfeier mit einer Massenkundgebung auf der "Wiese" (Redner: August Vollmar). Am dritten Tage fanden vormittags in der evangl. Kirche Ückendorf und in der kath. Heilig-Kreuz-Kirche an der Bochumer Straße kirchliche Feiern zum Gedenken an die Toten des nazistischen Regimes statt; dabei sang in der evangl. Kirche der Konzertverein Gelsenkirchen unter der Leitung von Arnold Merkelbach Mozarts Requiem. Am Nachmittag war in der Aula der Mädchen-Mittelschule ein festliches Konzert des Städt. Orchesters unter der Leitung

von Richard Heime mit Beethovens "Fidelio"-Ouvertüre und seiner "Eroica".

Zwischen beiden Werken gedachte Studienrat Dr. Weineck der Märtyrer für die geistigen Güter der Kultur.

--

Zur Lage im Gelsenkirchener Schulwesen nahm die Zentrumspartei in einer auf einer Delegiertenversammlung in Gelsenkirchen am 20. September gefaßten EntschlieÙung Stellung.
Sie lautete:

"Die Zentrumspartei Gelsenkirchen stellt mit Befremden fest, daß die konfessionellen Schulen, ungefähr ein Jahr nach der Abstimmung, in Gelsenkirchen noch nicht wieder eingeführt wurden. Mit Besorgnis und mit Mißtrauen beobachtet sie die Bestrebungen einzelner politischer Parteien, die Einrichtung von Bekenntnisschulen hinauszuzögern oder zu sabotieren. Die Zentrumspartei weicht nicht ab von ihrer Forderung nach der konfessionellen Schule, zumal die christliche Bevölkerung infolge der durch die Militärregierung angeordneten Elternabstimmung und deren eindeutigem Ergebnis einen unabdingbaren Anspruch darauf hat. Deswegen läßt die Zentrumspartei auch unter keinen Umständen irgend einen Hindernisgrund gelten, besonders nicht den Mangel an Schulraum, zumal feststeht, daß sehr viele teilbeschädigte Schulen mit geringen Mitteln längst wieder hergestellt sein könnten, worum sich aber die zuständigen Behörden bedauerlicherweise bis heute nicht gekümmert haben.

Unter Mißbilligung der so großen Unterlassungen fordert die Zentrumspartei, umgehend mit der Wiederherrichtung teilbeschädigter Schulen zu beginnen, zumal der Winter vor der Tür steht und der regelmäßige Schulbesuch infrage gestellt ist, weil die notwendige Winterkleidung für die Kinder fehlt. Die Zentrumspartei Gelsenkirchen fordert noch einmal von den zuständigen Behörden, alles zu tun, um endlich die in der Elternabstimmung geforderte und durch die Elternabstimmung legalisierte konfessionelle Schule wieder einzurichten. Darauf hat die christliche Bevölkerung umso mehr einen Anspruch, als nationalsozialistische Willkür ihr diese Schulen genommen hat."

Dieser Forderung schloß sich auch der katholische Schulausschuß Bulmke in einer EntschlieÙung zur Schulfrage an.

--

Samstag, den 21. September

An der Oberschule für Jungen in Gelsenkirchen-Buer fand am 21. September die erste Reifeprüfung nach dem Kriege statt.

--

Die Verteilung von Hausbrandkohle in den Großstädten sowie die voraussichtliche Erhöhung der Lebensmittelrationen auf 1 550 Kalorien täglich wurde in Berlin bekanntgegeben. In den kleineren Städten und Dörfern sollte man sich für den Hausbrand vorläufig mit Holz begnügen.

Die Kohlenzuteilung sollte dadurch ermöglicht werden, daß die Bergarbeiter sich bereit erklärten, einen Sonntag im Monat für die Förderung der benötigten rund 190 000 To. Kohlen zu arbeiten. Dafür sollte ihre Lebensmittelration auf 3 500 Kalorien täglich erhöht werden.

--

Sonntag, den 22. September

Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn nahm nach zweijähriger Unterbrechung jetzt den Verkehr auf der Linie 4 nach Bulmke-Hüllen wieder auf.

Vorerst fuhren die Wagen im 20-Minuten-Verkehr bis zur Erichstraße in Hüllen.

--

Montag, den 23. September

Die folgenschweren Stilllegungspläne, denen sich die Stahlindustrie im Ruhrgebiet wegen Kohlenmangels gegenüber sah, bedrohten auch Gelsenkirchen.

Sie basierten auf einem Vorschlag der Militärregierung angesichts der zugespitzten Lage auf dem Kohlenmarkt, die im September bereits zu starken Stromkürzungen in der Industrie geführt hatten, einige Hüttenwerke für längere Dauer stillzulegen. Die Ansicht war weit verbreitet, daß es sich dabei nicht nur um eine vorübergehende Stilllegung handele, sondern daß damit der Gedanke einer Demontage für Reparationszwecke verknüpft sei.

--

Dienstag, den 24. September

Die Ergebnisse der Gemeindewahlen in den Landgemeinden der britischen Zone wurden in der Bevölkerung lebhaft besprochen. Die Wahlen fielen zugunsten der unabhängigen Kandidaten aus und schalteten praktisch die Parteien mehr oder weniger aus. Man war der Meinung, daß die Wahlen in den Städten am 13. Oktober im ganzen auch nicht anders ausfallen würden.

--

Der Mitgliederbestand der Parteien im Stadtteil Buer war folgender:

Zentrum 3 214, SPD 2 391, KPD rd. 2 000, CDU 1 220, FDP rd. 150.

--

Bei der Kartenstelle 18 des städtischen Wirtschafts- und Ernährungsamtes (Schule Urbanusstraße Buer-Mitte) erfolgte eine Reihe von Verhaftungen wegen Schiebungen mit Lebensmittelkarten;

sie rief in der Bevölkerung großes Aufsehen hervor.

--

Mittwoch, den 25. September

Der Chef der Polizei in Gelsenkirchen, Major Sowein, wurde zum Oberstleutnant befördert.

--

Die Kandidaten der SPD für die Stadtverordnetenwahlen am 13. Oktober wurden vom 25. September an fortlaufend in der "Westfälischen Rundschau" vorgestellt.

--

Donnerstag, den 26. September

Das Lichtspielhaus "Union-Theater" an der Hauptstraße wurde wieder instandgesetzt. Es sollte seiner früheren Bestimmung ans Kino zurückgegeben werden. Wie gut sich der Raum mit seiner Bühne aber auch zum Theater eignete, zeigte eine Aufführung der Oper "Der Waffenschmied" von Lortzing durch das "Neue Theater" (musikalische Leitung: Karl Riebe). Das Haus zählte 800 Plätze.

--

Freitag, den 27. September

Eine interessante Arbeit wurde am Rhein-Herne-Kanal in der Nähe der Fähre in Bismarck vollendet:
Es handelt sich um eine 60 m lange und in einem Bogen bis zu 14 m Höhe sich über den Kanal schwingende Rohrbrücke, die nach einer neuartigen selbsttragenden Konstruktion der Firma Mannesmannröhren-Werke errichtet wurde. Sie bestand aus 12 Teilen und enthielt eine Ferngasleitung mit einem Durchmesser von 60 cm sowie je ein Rohr für Stadtgas und Fernsprechkabel.

--

Samstag, den 28. September

Ein weiterer Schritt zur Erweiterung des kulturellen Lebens in Gelsenkirchen wurde mit dem am 28. September unter Mitwirkung des Städt. Orchesters festlich eröffneten "Metropol-Theater" in Bismarck getan. Am Eröffnungstage spielte das "Theater an der Bochumer Straße" hier Schillers "Kabale und Liebe". Das Theater beabsichtigte, einen großen Teil seines Spielplanes regelmäßig auch in Bismarck zu zeigen, wo bis jetzt für solche Zwecke kein Saal zur Verfügung stand. Der Saal faßte 600 Sitzplätze.

--

Sonntag, den 29. September

In einer großen Kundgebung der Zentrumspartei im Union-Theater sprach am Sonntag, dem 29. September, der zweite Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, Dr. Karl Spiecker.

-. -

Montag, den 30. September

Im Nürnberger Prozeß wurden die von der Anklage als verbrecherisch bezeichneten Organisationen der SA, des Reichskabinetts, des Generalstabs und des Oberkommandos der Wehrmacht für nicht-verbrecherisch erklärt.

Dagegen erklärte das Gericht die SS, die Gestapo und gewisse Gruppen des Korps der politischen Leiter für verbrecherisch.

-. -

Das Zentralamt für Wirtschaft ordnete eine Meldung der vorhandenen Textilbestände mit dem Stichtag des 30. September an. Alle Textil-Groß- und Einzelhändler mußten die Artikel der Punktliste sowie einige Spezialartikel der Arbeiterschutzbekleidung auf besonderen Meldeformularen melden.

-. -

Dienstag, den 1. Oktober

Im Nürnberger Prozeß verkündete am Nachmittag des zweiten Tages der Urteilssprechung der Gerichtspräsident Lord Justice Lawrence, nachdem er am Vormittag die Urteilsbegründungen verlesen hatte, jedem Angeklagten einzeln sein Urteil.

Zum Tode durch den Strang wurden verurteilt die zwölf Kriegsverbrecher Göring, Ribbentrop, Keitel, Kaltenbrunner, Rosenberg, Frank, Frick, Streicher, Sauckel, Jodl, Seyss-Inquart, Bormann,

zu lebenslänglichem Gefängnis Hess, Funk und Raeder,

zu 20 Jahren Gefängnis Speer und Schirach,

zu 15 Jahren Gefängnis Neurath,

zu 10 Jahren Gefängnis Doenitz,

Freigesprochen wurden Schacht, von Papen und Fritzsche.

Die Zeitungen berichteten über die Nürnberger Urteilsprüche ausführlich in einer besonderen vierseitigen Beilage.

Die Urteile riefen in der Gelsenkirchener Bevölkerung Enttäuschung hervor, weil allgemein von Papen, Fritzsche und Schacht für genau so schuldig gehalten wurden wie die übrigen Verurteilten. Man konnte Meinungen hören wie:

"Wozu soll man noch weiter die kleinen Pg's entnazifizieren, wenn man die Großen in Freiheit läßt?"

Man sprach die Hoffnung aus, das ein deutsches Gericht diese drei Personen doch noch zur Verantwortung ziehen werde.

--

Zwischen dem Schwedischen Roten Kreuz und der Stadtverwaltung Gelsenkirchen fanden Verhandlungen über die Aufnahme von Schulspeisungen statt.

Sie sollten sich auf 14 000 Gelsenkirchener Kinder im Alter von 6 - 14 Jahren in allen Stadtteilen erstrecken und neben den am Vormittag gewährten englischen Speisungen am Nachmittag erfolgen. Es gab, in der Freiluftschule gekocht, abwechselnd Nudelsuppe, Gemüsesuppe, Erbsensuppe und Haferflockensuppe.

Die Schwedische Rote-Kreuz-Gruppe, die ihr Domizil unter der Leitung von Hauptmann Hjelmberg im Hause Bokermühl- und Arendtstraße aufgeschlagen hatte, hoffte, mindestens 6 Monate in Gelsenkirchen bleiben zu können.

--

Die Gelsenkirchener Zentrumspartei veröffentlichte die Namen ihrer Kandidaten für die am 13. Oktober stattfindenden Stadtverordnetenwahlen.

--

In der gesamten britischen Zone wurde am 1. Oktober eine Schuhbesohlaktion eingeführt. Sie beruhte - ähnlich wie die Kleiderkarte - auf einem Punktsystem und löste die bisherige Kundenliste ab.

Mit dieser Karte konnte man in jeder Schuhmacherwerkstatt Reparaturen vornehmen lassen, aber nur in beschränkter Anzahl.

--

Die Entwicklung der Fleischversorgung gestattete es, die bisher noch nicht belieferten Fleischmarken der 92. Zuteilungsperiode aufzurufen und zum Einkauf freizugeben.

--

Das Gelsenkirchener Konservatorium und Musikseminar (Leitung: Musikdirektor Hans Sredenschek) begann am 1. Oktober sein Wintersemester, und zwar im Seminar zur Vorbereitung auf die staatliche Prüfung, in der Abteilung Kirchenmusik und in der Orchesterabteilung, und zwar jetzt im Gebäude Bredestraße 39.

--

Im "Theater an der Bochumer Straße" fand die Erstaufführung der Operette "Land des Lächelns" von Franz Léhar statt.

--

Mittwoch, den 2. Oktober

Eine für den 2. Oktober angesetzte Wahlkundgebung der CDU, in der Maria Sevenich, die Generalsekretärin der CDU von Groß-Hessen sprechen sollte, kam nicht zustande, weil der Versammlungsraum im Union-Theater schon lange vor Beginn der Kundgebung von Anhängern anderer Parteien besetzt worden war. Maria Sevenich wurde beim Eintreffen vor dem Union-Theater von mehreren Frauen belästigt und ihr der Zutritt zum Versammlungsraum verwehrt. Die Polizei stellte Ruhe und Ordnung wieder her.

Maria Sevenich wollte in dieser Versammlung gegen die Anschuldigungen Stellung nehmen, die Max Reimann am 20. September auf der Landeskonferenz der KPD in Wuppertal gegen sie erhoben hatte. Er hatte ihr vorgeworfen, sie habe in einer Versammlung in Iserlohn Äußerungen getan wie:

"Den Kommunisten in den Konzentrationslagern ist es noch zu gut gegangen!"

Maria Sevenich erwirkte beim Landgericht Bochum eine einstweilige Verfügung, die es der KPD und dem "Westdeutschen Volksecho" verbot, diese Beschuldigung weiter zu erheben. Die Zeitung erhob dagegen Widerspruch.

--

Im zweiten Städt. Sinfoniekonzert, das am 2. Oktober in der Mädchen-Mittelschule stattfand und am 3. Oktober in der Schauburg Buer wiederholt wurde, erklang Haydns Sinfonie "Mit dem Paukenwirbel" und Bruckners 3. Sinfonie (zum 50. Todestag).
Die Leitung hatte Richard Heime.

--

Donnerstag, den 3. Oktober

Während sich im vorigen Winter die Bevölkerung noch aus blockierten Kohlenzügen, aus gesunkenen Schiffen, restlichen Handelsbeständen und sonstigen Vorräten notdürftig mit Hausbrand versorgen konnte, war diese Möglichkeit jetzt nicht mehr gegeben. Die Folgen einer mangelhaften Hausbrandversorgung mußten also besonders schwerwiegend sein.

Aus dieser Erkenntnis heraus entwickelte sich über die Hausbrandversorgung im Winter im Haupt- und Finanzausschuß in seiner Sitzung am 3. Oktober eine lebhafte Aussprache. Es wurde beschlossen, daß Unterstützungsempfänger, die in laufender Fürsorge stehen und einen eigenen Haushalt führen, in den Wintermonaten eine in Raten zahlbare Beihilfe für Heizzwecke in Höhe von 16 RM erhalten sollten. Bezüglich der allgemeinen Kohlenversorgung für den Winter faßte der Haupt- und Finanzausschuß nach einem Bericht des Dezernenten des Wirtschafts- und Ernährungsamtes, Assessor Meese, über die im Landeshaus in Düsseldorf unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Amelunxen stattgefundene Besprechung nach lebhafter Aussprache einstimmig folgende Entscheidung:

"Der Rat der Stadt Gelsenkirchen richtet an die Militärregierung die dringende Bitte, die Hausbrandversorgung der Bevölkerung unverzüglich durch Freigabe ausreichender Brennstoffmengen sicherzustellen. Der vorgelegte Plan, nach dem die Bevölkerung nur 10 - 14 Zentner Kohle je Haushalt und diese ganz unzureichende Menge nicht einmal in Steinkohlen, sondern in Ausweichbrennstoffen und Braunkohlenbriketts sowie unter Anrechnung des Heizwertes von Kochgas und Kochstrom erhalten soll, ist völlig unzureichend. Bei einer so unzureichenden Freigabe wird die Bevölkerung der großen Städte im kommenden Winter frieren müssen. Diese Gefahr wird bei der mangelhaften Versorgung mit Winterkleidung dem Zustand der Wohnungen und der unzureichenden Ernährung schlechterdings untragbar sein und zu katastrophalen Folgen führen. Die Bevölkerung der Stadt Gelsenkirchen hat kein Verständnis dafür, daß nicht eine Tonne Steinkohlen zur Hausbrandversorgung freigegeben werden soll, obwohl die Förderung weniger Tage genügen würde, um den Hausbrandbedarf für eine sechsmonatige Versorgung sicherzustellen.

Die Verwaltung wird aufgefordert, unverzüglich bei der Militärregierung und bei der Landesregierung mit allem Nachdruck auf die Gefahren hinzuweisen, die der Bevölkerung der Stadt Gelsenkirchen durch die unzureichende Hausbrandversorgung drohen."

--

Das "Theater an der Bochumer Straße" änderte seinen Namen mit Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses in "Stadttheater Gelsenkirchen" um.

Das Theater blieb dabei aber in der bisherigen Rechtsform als städtisch gefördertes Privattheater bestehen.

--

Auf Anregung des Zentralamtes für Ernährung und Landwirtschaft bildete der Haupt- und Finanzausschuß einen Erfassungs- und Ernährungsausschuß.

In den Ausschuß entsandten SPD und KPD je einen Vertreter aus den Kreisen der Verbraucher, CDU und Zentrum gemeinsam einen Vertreter aus dem Kreise der Erzeuger und die Fraktion "Freie Berufe und Wirtschaft" eine Hausfrau aus dem Kreise der Erzeuger.

--

Der Schwarze Markt, dem die Gelsenkirchener Polizei im Bulmker Park ein Ende bereitet hatte, machte sich an anderen Stellen wieder breit.

Zuerst tauchten die Schwarzhändler auf dem Wildenbruchplatz wieder auf, wo sie aber von der Polizei vertrieben wurden, jedoch nur, um zur Paulinenstraße abzuwandern, wo ihr Geschäft sich aber ebenfalls nicht entfalten konnte. Dann bildete sich ein neuer Schwerpunkt in der sog. "Balaklawa". So nannte der Volksmund ein Straßenviertel hinter dem Hauptbahnhof mit der Breiten Straße, der Knappenstraße und der Schwanenstraße.

(Balaklawa ist eine Hafenstadt an der Süd-West-Küste der Halbinsel Krim. Sie wurde im Krimkrieg - Krieg Rußland gegen die mit Frankreich und England verbündete Türkei 1853/56 von den Engländern erobert. Weil die Engländer bzw. Iren, die im Jahre 1856 unter der Leitung von William Thomas Mulvany den ersten Schacht in der Stadt abteuften - Zeche "Hibernia" -, damals in diesen Straßen wohnten, wurde das ganze Viertel nach der für die Engländer siegreichen Schlacht benannt.)

--

Freitag, den 4. Oktober

Zur Vertretung der Flüchtlingsinteressen wurde ein Flüchtlingsausschuß gebildet, der zur Hälfte aus Flüchtlingen, zur anderen Hälfte aus Vertretern von Behörden und privaten Organisationen bestand.

--

An der Oberschule für Mädchen in Alt-Gelsenkirchen fand die Prüfung des ersten Sonderlehrganges für Abiturientinnen statt.

--

In Erle wurde der Viehhändler Hugo Sprenger verhaftet, der nach den Ermittlungen der Polizei etwa 30 Stück Großvieh schwarz geschlachtet und zu Überpreisen im Schwarzhandel verkauft hatte.

In die Angelegenheit waren weitere 22 Personen verwickelt, die ebenfalls festgenommen und dem Untersuchungsrichter vorgeführt wurden.

--

Die während des Krieges aus dem Konzertsaal des Hans-Sachs-Hauses ausgebaute und nach Büren verlagerte Orgel wurde nach Gelsenkirchen zurückgeholt. Das kostbare Instrument hatte den Krieg unbeschädigt überdauert.

--

Auf einer Tagung von Lebensmittelchemikern gab Städt. Medizinalrat Dr. Grütter einen Bericht über die Gesundheitslage in der Stadt Gelsenkirchen.

Bei einer Wiegeaktion seien bei Kindern nur geringe, bei älteren Personen jedoch erhebliche Gewichtsverluste festgestellt worden.

Bei einer zweiten Kontrolle hätten bis zu 10 % der von der Untersuchungsstelle der Landesversicherungsanstalt untersuchten Personen starke Mattigkeiterscheinungen gezeigt; sie seien lustlos und leicht vergeßlich gewesen. Alle diese Erscheinungen seien die ersten Anzeichen von Unterernährung.

Als Folge der mangelhaften Ernährung mehrten sich die Fälle von Hungerödemen; im Krankenhaus Erle würden durchschnittlich 12 - 14 solcher Kranker behandelt.

Eine weitere große Gefahr für die Gesundheit würde die Tuberkulose, deren Fälle sich gegen 1939 fast verdoppelt hätten; auch das sei nicht zuletzt der schlechten Ernährung zuzuschreiben.

--

Sonntag, den 6. Oktober

Auf Anordnung der Militärregierung wurde am Sonntag, dem 6. Oktober, 4,30 Uhr, die Ausgangsbeschränkung in der gesamten britischen Zone aufgehoben.

Personen, die nachts (von 23,30 - 4,30 Uhr) Kraftfahrzeuge fahren, mußten allerdings im Besitz einer Zulassung der Militärregierung sein.

--

Zwei Gelsenkirchener Maler, Ernst Demes und Walter Ebke, waren auf der Herbstaussstellung des Bochumer Ateliers F.H. Feist vertreten.

--

Der MGV "Sängerbund - Melodia" gab unter der Leitung von Musikdirektor Willy Giesen ein Konzert in der Mädchen-Mittelschule, in dessen Mittelpunkt neben der Uraufführung eines Chores des Dirigenten der Karfreitags-Hymnus von Matieu Neumann "Vexilla regis prodeunt" stand.

Das Konzert war sozusagen die Hauptprobe für den Gesangwettbewerb am 12. Oktober in Altena i.W. (s. S. 188 dieses Bandes).

--

Nach siebenjähriger Unterbrechung trat der MGV "Frohsinn 1909" Horst jetzt im Gesellenhaussaal unter der Leitung von Arthur Hahn mit einem gut gelungenen Chorkonzert wieder an die Öffentlichkeit.

Mitwirkender war der Bassist Gottfried Göke vom Stadttheater.

--

Montag, den 7. Oktober

Am 7. Oktober, 3 Uhr, wurde die Winterzeit wieder eingeführt; alle Uhren mußten um eine Stunde zurückgestellt werden.

--

Das Zentralamt für Wirtschaft in der britischen Zone arbeitete ein Schema für die Verteilung von Brennstoffen aus, das von der Militärregierung genehmigt wurde.

Als Verrechnungseinheit wurde in diesem Verteilungsschema ein System von "Wärme Punkten" eingeführt. 1 000 Wärme Punkte entsprachen dem Heizwert von einer Tonne Steinkohle oder Koks, von eineinhalb Tonnen Braunkohlenbriketts, 3 to. Braunkohlen, 2 to. Torf, 5 Raummeter Holz, 750 cbm Gas oder 1 500 Kilowattstunden Strom. Welcher Brennstoff in den einzelnen Städten ausgegeben wurde, sollte sich nach dem Anfall richten und konnte von einer Zuteilungsperiode zur anderen verschieden sein; im Durchschnitt sollte jedoch ein Drittel der Gesamtzuteilung aus Steinkohlen, Braunkohlenbriketts oder Koks bestehen. Alle Haushaltungen sollten vom Wirtschaftsamt eine Brennstoffkarte erhalten.

Diese Verteilung beruhte auf den Plan, die Versorgung mit festen Brennstoffen durch Sonntagsarbeit der Bergarbeiter sicherzustellen. Der Plan mußte jedoch zusammenbrechen, wenn diese Kohlenmengen nicht gefördert wurden oder wenn die erforderliche Menge beim Holzeinschlag oder bei der Torferzeugung nicht erreicht wurde.

--

Dienstag, den 8. Oktober

Deutsche durften einen Hochfrequenzapparat nur dann besitzen und betreiben, wenn sie eine Genehmigung dazu hatten.

Unter diesem Begriff fielen alle strahlenden Wechselstromgeneratoren mit Hochfrequenz von 30 kilohertz an aufwärts, die für Instandhaltung und Herstellung von Rundfunkempfängern, industrielle Arbeitsvorgänge und elektro-medizinische Therapie gebraucht wurden.

Die Genehmigung wurde von der Militärregierung erteilt.

--

Ernährungsminister Heukamp rief einen Ernährungsbeirat aus 20 Mitgliedern für die Landesregierung und besonders für sein Ministerium ins Leben.

Er sollte versuchen, die Klagen der Verbraucher über die Erzeuger, der Erzeuger über die Verbraucher, die des Ernährungsministeriums über die Ablieferer und die der Bevölkerung über die Lücken in der Verteilerorganisation soweit wie möglich auszuschalten. Als Vertreter der Erzeuger sollten dem Beirat je zwei Landwirte aus Westfalen und dem Rheinland angehören, als Vertreter der Verbraucher eine Hausfrau, zwei Vertreter der Gewerkschaftsverbände und je ein Vertreter der politischen Parteien.

--

Im Volksbildungsausschuß teilte der Vorsitzende Löbbert mit, daß Stadtdirektor Hammann seit kurzem mit der Leitung des Kulturdezernats beauftragt worden sei (als Nachfolger des bisherigen Dezernenten Oberschulrat Winkel).

Oberstudienrat Fußhöller trug das Wesentliche aus den Plänen und Absichten des Volksbildungswerks vor.

Stadtdirektor Hammann berichtete über die Orchester- und Theaterveranstaltungen im Winter 1947/46. Allgemein könne in Gelsenkirchen eine zu weitgehende Zersplitterung der künstlerischen Bestrebungen festgestellt werden.

Der Ausschuß vertrat den Standpunkt, daß eine Zusammenfassung und zweckmäßige Lenkung der kulturellen Bestrebungen erfolgen sollte.

--

Mittwoch, den 9. Oktober

Auf den Schachanlagen des Stadtgebietes fanden Betriebsratswahlen statt.

Dabei erhielten die Kandidaten der KPD fast 50 % der abgegebenen Stimmen. Ihnen folgten die der SPD mit rund 30 %; nur ein kleiner Bruchteil gab seine Stimme den Kandidaten der CDU.

--

Zu den vielen Beschwerden über den Entzug der Raucherkarte bei Lungen- und Magenkranken (s.S. 154 dieses Bandes) teilte das Landeswirtschaftsamt in Unna mit, daß diese Anordnung vom Hauptquartier der britischen Rheinarmee erlassen worden sei, also keinerlei Möglichkeit bestehe, dem genannten Personenkreis die Raucherkarte wieder auszuhändigen.

Eine bereits ausgegebene Raucherkarte solle aber nicht zurückgefordert werden. Bei Knochentuberkulose und Steinstaublunge solle die Raucherkarte nicht verweigert werden.

--

Eine Aufführung der Messe in E-Moll von Anton Bruckner fand aus Anlaß der 50. Wiederkehr seines Todestages durch den Urbanus-Kirchenchor Buer und die Bläservereinigung des Stadt-Orchesters unter der Leitung von Alfred Berghorn statt.

--

Donnerstag, den 10. Oktober

Der Oberstadtdirektor sah sich veranlaßt, den nach Presseveröffentlichungen zutage getretenen Optimismus hinsichtlich der Hausbrandversorgung für den kommenden Winter erheblich zu dämpfen, indem er folgendes bekannt gab:

"Durch die in einigen Tageszeitungen veröffentlichte Mitteilung über die beabsichtigte Regelung der Hausbrandversorgung ist der Eindruck entstanden, als ob eine ausreichende Versorgung für den kommenden Winter bereits gesichert sei. Die Mitteilung, daß die Bergarbeiter eine freiwillige Sonntagsschicht verfahren wollten und daß der Ertrag dieser Sonderschicht der Hausbrandversorgung der Bevölkerung zugute kommen soll, greift einer amtlichen Regelung durch die Militärregierung vor. Eine solche Regelung steht noch aus. Sie wird jedenfalls vorsehen, daß der größte Teil der für den Hausbrand freigegebenen Brennstoffe in Form von Ausweichbrennstoffen (Holz) beschafft werden muß."

-. -

Die Oberbürgermeister der großen Städte in Nordrhein-Westfalen verhandelten mit dem Wirtschaftsministerium und der Militärregierung in Düsseldorf über die Versorgung mit Hausbrandkohlen. Die Besprechung führte zu keinem positiven Ergebnis. Ein kleiner Ausschuß sollte nun die Verhandlungen weiterführen.

Die Oberbürgermeister hatten in eindringlichen Darlegungen die Schwierigkeiten aufgezeigt, die sich ergeben müßten, wenn dem Normalhaushalt nicht mindestens 30 Zentner Steinkohlen zur Winterversorgung zur Verfügung gestellt würden. Dabei wurde gefordert, daß diese Zuweisung ohne Rücksicht auf etwa zusätzliche Förderungen der Bergarbeiter in Sonntagsschichten erfolgen müsse. Gegenüber dem von einer deutschen Zentralstelle ausgearbeiteten Plan der Belieferung der Bevölkerung mit Ersatzbrennstoffen (s.S. 184 dieses Bandes) wiesen die Vertreter der Städte auf die Unmöglichkeit hin, genügend Transportmittel zu erhalten, um den Holztransport durchführen zu können.

Auch die Bevölkerung sah mit großer Sorge dem Winter entgegen, weil noch keine Vorsorge für genügend Heizmaterial getroffen worden war und die Lieferung von Braunkohlen statt Steinkohlen allgemein abgelehnt wurde.

Die Bergleute weigerten sich, weitere Sonntagsschichten zu verfahren, weil sie wegen der noch lange nicht ausreichenden Ernährung und wegen ihres labilen Gesundheitszustandes dazu nicht in der Lage seien. Außerdem führten sie Klage darüber, daß noch viele Männer, die dem Bergbau zugeführt werden könnten, ohne Arbeit seien und lieber vom Schwarzhandel lebten. Daher wurde eine angekündigte schärfere Kontrolle lebhaft begrüßt. Vielfach herrschte in der Bevölkerung auch darüber Empörung, daß überall im Stadtbezirk neue Geschäftslokale entstanden, für die Baumaterial zur Verfügung war, während für den Wiederaufbau von Arbeiterwohnungen nichts zu bekommen war.

Auch wurde Klage darüber geführt, daß noch viele Wohnungen vor allem mit Mietern in gehobenen Stellungen, unterbelegt waren.

-. -

Freitag, den 11. Oktober

Außer den Schwarzschlachtungen und Fleischschiebungen (s.S. 149 dieses Bandes) wurden auch große Fälschungen von Bezugsschei-
nen über Fett und Fleisch aufgedeckt.

Vor unwahren Gerüchten warnte in diesem Zusammenhang der Chef der Gelsenkirchener Polizei. Diese Gerüchte verdächtigten auch vollkommen unbeteiligte Personen, an diesen Schwarzschlachtungen beteiligt gewesen zu sein. Daher gab der Chef der Polizei die Namen der in die Angelegenheit verwickelten 23 Personen (in der Hauptsache Metzger, Kopfschlächter und Kraftfahrer) amtlich bekannt und warnte vor unbegründeter Verleumdung.

--

Im "Kleinen Theater" (Denneborg-Puppenspiele) nahm der Nordwestdeutsche Rundfunk (Sender Köln) das Puppenspiel "Die schöne Angelika" auf Schallplatten auf, um es später in der "Kinderstunde" zu senden.

--

Einen Kammermusikabend gaben am 11. Oktober im alten Aloysianum Madeleine Kattenstedt-von Samson (Violine), Anneliese Schäfer (Alt) und Hilde Knümann (Klavier). Auf dem Programm standen Werke von Beethoven und Brahms.

--

Samstag, den 12. Oktober

Die Kandidaten der Parteien für die Stadtverordnetenwahlen am 13. Oktober wurden in den "Bekanntmachungen der Stadt Gelsenkirchen" in der Nummer vom 12. Oktober bekannt gegeben, und zwar die in den 12 Wahlbezirken und die auf der Reserve-liste.

--

Auf der Horster Rennbahn fand am Samstag, dem 12. Oktober, wieder das erste Galopprennen nach dem Kriege statt, nachdem es in langwieriger Arbeit gelungen war, die von rd. 600 Bomben zerstörte Anlage wieder für Flach- und Hindernisrennen herzurichten. Die Überdachungen der zwei großen Tribünen konnten allerdings noch nicht wieder aufgebaut werden.

Die Rennen standen für Offiziere der englischen Besatzungstruppen und für deutsche Teilnehmer offen.

Die Veranstaltung wurde um 14 Uhr vom Vorsitzenden des Essen-Horster Rennvereins, Stadtdirektor Hammann, eröffnet. Es fanden drei Flachrennen über 1 000, 1 100 und 1 400 m und drei Hürdenrennen über 2 800, 3 000 und 3 200 m statt.

Der Reinerlös der Veranstaltung wurde den Geschädigten der Horster Hochwasserkatastrophe zur Verfügung gestellt.

--

Der neugebildete Verwaltungsrat für Wirtschaft in der britischen und amerikanischen Zone faßte in seiner ersten Sitzung in Minden folgende EntschlieÙung zur Kohlenversorgung, die den Ernst der Lage eindringlich kennzeichnet:

"Das deutsche Volk steht vor dem schwersten Winter seiner Geschichte. Die Aufrechterhaltung der Volksgesundheit, des sozialen Friedens und der allgemeinen Moral sowie das Vertrauen zur demokratischen Ordnung erfordert eine Sicherstellung der primitivsten Lebensgrundlagen. Diese aber findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Hausbrandversorgung. Unter Berücksichtigung aller Gegebenheiten muß festgestellt werden, daß eine Versorgung der Haushaltungen mit Holz und Torf für Heizzwecke in keiner Weise gewährleistet ist, so daß mit Sicherheit zu erwarten ist, daß das auf Holz und Torf gegründete Versorgungsprogramm zusammenbrechen und sich als bloÙe Illusion erweisen wird. Tatkräftige Hilfe kann dem notleidenden deutschen Volk nur durch ausreichende Zuteilung von Stein- und Braunkohlen geleistet werden. Nach übereinstimmenden Feststellungen in den Ländern beider Zonen ist der deutsche Bergmann durch Einlage von Sonntagsschichten bereit, die Not zu steuern, wenn er die feste Gewißheit haben kann, daß seine durch das Opfer seiner Feiertagsruhe erzielte zusätzliche Leistung ausschließlich der Hausbrandversorgung zugute kommt. Ausreichende Ernährung und eine den besonderen Anstrengungen des Bergmanns angemessene Entlohnung sind gleichfalls unerläÙliche Voraussetzungen. Es ergeht deshalb vom Verwaltungsrat für Wirtschaft als dem deutschen Repräsentanten der Wirtschaft in der britischen und der amerikanischen Zone an die beiderseitigen Militärregierungen die dringende Bitte, daß diesem Notstand durch ausreichende Kohlenzuteilungen für Hausbrandzwecke abgeholfen wird. Es geht darum, die schlimmsten Befürchtungen der deutschen Bevölkerung für den kommenden Winter zu zerstreuen und damit wesentlich zur Aufrechterhaltung der sozialen und politischen Ordnung beizutragen."

--

Die Gelsenkirchener Pianistin und Klavierlehrerin Hilde Knümann gab im alten Aloysianum einen eigenen Kammermusikabend.

--

Der MGV "Sängerbund - Melodia" errang auf dem Sängerwettbewerb in Altena i.W. bei schwerster Konkurrenz unter der Leitung von Willy Giesen alle ersten Preise der ersten Klasse. Seine Darbietungen wurden vom Kölner Rundfunk auf Schallplatten genommen.

--

Über die Richtlinien, die von der Presse bei Veröffentlichungen politischen Charakters und von Politikern bei ihren Reden zu befolgen waren, erließ der Alliierte Kontrollrat eine neue Verordnung Nr. 40. Darin hieß es:

"In Anbetracht der Notwendigkeit, die militärische Sicherheit aufrecht zu erhalten, wird den deutschen demokratischen Parteien und der deutschen Presse gestattet, deutsche politische Fragen offen zu besprechen."

Eine Stellungnahme zu den Grundsätzen der Besatzungsmächte in Deutschland ist erlaubt. Die Veröffentlichung von tatsächlichen Nachrichten im Weltgeschehen einschließlich unrichtiger Artikel aus der ausländischen Presse ist ebenfalls gestattet. Die Mitglieder der deutschen politischen Parteien und der deutschen Presse haben vor allen Meldungen und der Veröffentlichung oder Wiedergabe von Artikeln Abstand zu nehmen, die zur Verbreitung nationalistischer, altdeutscher, militaristischer, faschistischer oder antidemokratischer Ideen beitragen, die Gerüchte verbreiten, die eine Zersetzung der Einigkeit unter den Alliierten zum Ziel haben oder Mißtrauen und eine feindliche Haltung der deutschen Bevölkerung gegen die Besatzungsmächte erwirken; ferner dürfen Artikel nicht veröffentlicht werden, die eine Kritik enthalten, die sich gegen die Entscheidungen der alliierten Mächte bezüglich Deutschland oder gegen die Entscheidungen des Kontrollrats richten. Personen, die gegen diese Verfügung verstoßen, setzen sich der gerichtlichen Verfolgung aus."

--

Sonntag, den 13. Oktober

Die ersten freien Wahlen zu einer neuen Stadtverordnetenversammlung nach dreizehn Jahren fanden am Sonntag, dem 13. Oktober statt.

Sie wurden nicht nach dem Verhältniswahlssystem (Listenwahl), sondern nach dem System der modifizierten Verhältniswahl (direkte Personenwahl) durchgeführt. In jedem der 12 Wahlbezirke, die nach der Dichte der Bevölkerung wiederum in Stimmbezirke unterteilt waren, mußten drei Vertreter direkt gewählt werden, insgesamt also 36 Stadtverordnete. Die Kandidaten, die von den Parteien aufgestellt worden waren, kandidierten nur in dem betreffenden Wahlbezirk. Weitere neun Vertreter wurden aus einem Reservestimmenfonds gewählt, der sich aus den überzähligen Stimmen der gewählten und den Gesamtstimmen der durchgefallenen Kandidaten zusammensetzte; hier wurde die Zahl der Gewählten nach dem Verhältniswahlssystem ermittelt. In diesem neuen Wahlrecht sollten die Vorzüge der direkten Mehrheitswahl mit denen der Verhältniswahl vereinigt werden, unter möglichster Vermeidung der Mängel beider Systeme. Erstmals hatte der Wähler bei diesem System das Recht, bis zu drei Stimmen abzugeben. Wahlzeit war von 8 - 18 Uhr.

Der Wahlakt ging ruhig ohne jede Störung vonstatten. Nach einer Anordnung der Militärregierung war jede Wahlwerbung vor den Wahllokalen im Umkreis von dreißig Metern untersagt. Die Wahlbeteiligung war über Erwarten stark; sie schwankte zwischen 82,3 und 86,2 % und betrug im Durchschnitt 84,1 %. Die höchste Wahlbeteiligung war im Bezirk Buer-Erle, die niedrigste im Wahlbezirk Horst-Beckhausen zu verzeichnen. Eine besondere Schwierigkeit für die Wähler lag im Wahlsystem selbst, weil ihnen die direkte und namentliche Wahl von Kandidaten fremd war. Daher wurde es dankbar begrüßt, daß das städtische Wahlamt eine aufklärende Flugschrift der Militärregierung über die Wahl als Postwurfsendung an alle Haushaltungen hatte verteilen lassen.

In den "Bekanntmachungen der Stadt Gelsenkirchen" vom 14. Oktober gab der Oberstadtdirektor als Wahlleiter das Wahlergebnis bekannt, und zwar außer den Namen der Gewählten auch die für jeden Kandidaten abgegebenen Stimmen. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 173 289, die Zahl der abgegebenen Stimmen 145 708, die Zahl der ungültigen Stimmen 5 530.

Es wurden gewählt:

- Im Wahlbezirk I: Robert Geritzmann (SPD), Heinrich Köster (SPD), Elisabeth Nettebeck (CDU);
Im Wahlbezirk II: Bruno Meyer, Peter Scherer, Margarete Zingler (SPD);
Im Wahlbezirk III: August Friemel, Friedel Pfeiffer, August Vollmar (SPD);
Im Wahlbezirk IV: Hermann Jakobsen (SPD), Reinhold Prieß (CDU), Franz Sandmann (CDU);
Im Wahlbezirk V: Maria Borggrewe, Emil Dienel, Heinrich Schmitt (CDU);
Im Wahlbezirk VI: Hans Berg, Karl Glasner, Karl Naujoks (SPD);
Im Wahlbezirk VII: Heinrich Hilke, Ferdinand Schrader, Martha Symanek (SPD);
Im Wahlbezirk VIII: Gertrud Dolleschel, Kaspar Hüther, Karl Trapp (SPD);
Im Wahlbezirk IX: Hermann Philipp, Ernst Reez, Karl Surkamp (SPD);
Im Wahlbezirk X: Hermann Enke, Johanna Fabritz, Karl Rosemeier (SPD);
Im Wahlbezirk XI: Emil Agatha, Josef Jansen, Joachim Krüger (SPD);
Im Wahlbezirk XII: Adolf Dietermann, Max Schippke, Hermann Zöllig (SPD).

Auf der Reserveliste wurden folgende Kandidaten gewählt:

- CDU: Robert Butz, August Lottner, Anton Confere;
FDP: Friedrich Sirges;
KPD: Otto Böhm, Georg Würfl;
SPD: Hans Kivelip, Gottlieb Gers;
Zentrum: Josef Eiling.

Insgesamt erhielten an Stimmen:

- CDU: 104 922,
FDP: 20 645,
KPD: 68 669,
SPD: 145 612,
Zentrum: 44 110.

-. -

Montag, den 14. Oktober

Von der 94. Zuteilungsperiode an erhielten Stadt und Land wieder gleiche Rationen, nämlich 1 550 Kalorien täglich für den "Normalverbraucher" in der britischen und in der amerikanischen Zone.

In der neuen Periode, die am 14. Oktober begann, betrug die Brotration für alle Normalverbraucher 10 000 g.

Die Nahrungsmittelzuteilung wurde um 500 g auf 1 750 g erhöht. Fisch gab es 750 statt bisher 600 g, Fleisch 500 statt bisher 450 g. Die Zuckerration wurde um 250 g erhöht. Seit dem Juli verbesserten sich damit die Rationen der Normalverbraucher von 1 137 auf 1 550 Kalorien täglich, blieben aber auch jetzt noch weit unter der erforderlichen Höhe. Die Rationen der Kinder (6 - 10 Jahre) erhöhten sich von 1 452 auf 1 760, die der Jugendlichen (10 - 18 Jahre) von 1 571 auf 1 978 und die der Schwerarbeiter von 1 864 auf 2 504 Kalorien.

--

Mit der Gesamterhöhung der Rationen fielen die besonderen Brotrationen in Städten über 50 000 Einwohner wieder fort. Die Vorräte an Weizenmehl erlaubten es nicht, die Kleinabschnitte über Brot weiter mit Weizenmehl zu beliefern. Sofern die Herstellung von Weißbrot überhaupt möglich war, durfte es nur an Kranke geliefert werden, die von der ärztlichen Prüfstelle eine diesbezügliche Bescheinigung beizubringen hatten. Mit dem Beginn der 94. Zuteilungsperiode trat auch die angekündigte Erhöhung der Rationen für die Bergarbeiter in Kraft. Die Bergschwerstarbeiter erhielten jetzt täglich 4 000 Kalorien, die Bergschwerarbeiter 3 200 Kalorien. Die Bergarbeiter erhielten auch in ihren Werksküchen - abgesehen von der allgemeinen Rationserhöhung - eine geringe Aufbesserung in der Brot-, Fett- und Fleischzuteilung. Den Bergschwerarbeitern wurde erstmalig ein belegtes Butterbrot gewährt.

--

Von der 94. Zuteilungsperiode an erhielten alle Kinder bis zu 10 Jahren (Vollselbstversorger bis zu acht Jahren) Schokolade.

--

Die Erhöhung der Durchschnittsration auf 1 550 Kalorien wurde von der Bevölkerung begrüßt, doch war sie enttäuscht darüber, daß das Mehr an Kalorien zum größten Teil aus Brot bestand. Man war der Meinung, daß die ganze Kalorienrechnung "für die Katz" sei, wenn trotz steigender Kalorienzahl der Mangel an Fett und Eiweiß bleibe. Die Pressemeldungen über große Lebensmittelüberschüsse in Norwegen, Dänemark und den USA (Rekordernte) wurden lebhaft diskutiert.

Die in einer Kabinettsitzung der Regierung von Nordrhein-Westfalen gemachte Mitteilung, daß wöchentlich 2 500 t Brotgetreide fehlten, rief starke Enttäuschung hervor.

--

Im Sekretariat der Arbeiterwohlfahrt wurden die ersten 400 aus Nordamerika eingetroffenen "Care-Pakete" ausgegeben ("Care" = Cooperative to American Remittance to Europe). Es handelte sich um Sendungen, die von Familienangehörigen in den USA bei den "Care"-Stellen in New York für deutsche Familien bestellt worden waren. Jedes dieser Pakete enthielt Lebensmittel im Gewicht von 40 Pfund mit einem Wert von rd. 40 000 Kalorien.

--

In der Gesellschaft für Literatur und Kunst in Buer sprach der Schriftsteller Josef Michels über den vielfach vergessenen und nicht im verdienten Maße geachteten Dichter Adalbert Stifter.

Zu einer wertvollen Bereicherung des kulturellen Lebens in Buer wurden auch die von der Buchhandlung Arenhold veranstalteten Sprechkunstabende.

In der ersten Veranstaltung sprach vor vielen Hörern Marianne Haller (Essen) mit geschliffener Kunst Lyrik und Prosa von Goethe.

--

Dienstag, den 15. Oktober

Der Alliierte Kontrollrat erließ eine neue Verordnung Nr. 38 über die Entnazifizierung.

Danach wurden jetzt einheitlich in allen vier Besatzungszonen alle Deutschen in fünf Gruppen eingeteilt:

Hauptschuldige, Schuldige, Minderbelastete, Mitläufer und entlastete Personen.

Die Durchführungsbestimmungen zu diesem Rahmengesetz erließen die einzelnen Zonenbefehlshaber für ihre Zone.

--

Die Arbeitsgemeinschaft der Ruhr-Großstädte für Ernährungsfragen richtete folgende dringende Mahnung an die Verbraucher:

"Aus verschiedenen, vorher nicht abzusehenden Gründen ist vorübergehend eine Stockung in der Getreide- und Mehllieferung eingetreten, die an verschiedenen Stellen bereits zu leichten Versorgungsschwierigkeiten geführt hat. Die wesentlichsten Gründe hierfür sind, daß der Ausbruch der eigenen Ernte infolge der jetzigen Herbstarbeiten zurückgestellt worden ist und auch die angekündigten Zufuhren von auswärts nicht den Ansprüchen genügte. Die maßgebenden englischen und deutschen Stellen haben jedoch alle Maßnahmen ergriffen, um in kurzer Frist diese vorübergehende Störung zu beseitigen. Im Augenblick steht das benötigte Mehl immer nur für wenige Tage zur Verfügung, jedoch halten die Zufuhren laufend an. Auf Grund unsinniger Gerüchte ist in einzelnen Gebieten die Bevölkerung bereits zu Angst- und Vorratskäufen übergegangen. Das muß bei der fehlenden Vorratsdecke dann selbstverständlich zu erheblichen Störungen für die Gesamtheit führen. Jeder einsichtige Mensch braucht sich nur vorzustellen, daß im Augenblick noch faßt die gesamte Inlandernte für unseren eigenen Verbrauch zur Verfügung steht, um die Sinnlosigkeit des Geredes von einer bevorstehenden Brotkatastrophe selbst erkennen zu können."

--

Die am 7. April 1945 durch zurückgehende deutsche Truppen gesprengte Emscherbrücke am Hafen Hugo war in über einjähriger Arbeit wieder soweit fertiggestellt, daß der Kohlenverkehr und die Kahnverladung Mitte Oktober wieder aufgenommen werden konnten.

Die Herstellung der Stahlteile erfolgte durch die Firma Jucho (Dortmund), die Instandsetzung der Widerlager und die Demontage der alten Brückenteile durch die Hauptwerkstätte der Hugo-Bergbau-AG, ebenso die Montage der neuen Brücke.

Für den Transport der Brücke, die eine Spannweite von 62 m hatte und 215 t wog, mußte ein besonderes Fahrzeug konstruiert werden.

--

Im "Stadttheater" fand die Erstaufführung des Lustspiels "Minna von Barnhelm" von Lessing statt.

--

Unter dem verpflichtenden Namen "Theater des Westens" wurde die neue Operettenbühne im Bahnhofshotel, die unter der künstlerischen Leitung von Hein Heuer stand, mit der Operette "Gräfin Mariza" von Emerich Kalman feierlich eröffnet. Für das Ensemble wurde als erster Tenor Erhard Grosser von der Bayrischen Staatsoperette München verpflichtet, für das Buffo-Paar Rosl Heidn vom Centraltheater Dresden und Christian Oppelberg von den Städt. Bühnen Königsberg.

--

Mittwoch, den 16. Oktober

Die vom Militärtribunal in Nürnberg zum Tode durch den Strang verurteilten Hauptkriegsverbrecher wurden in der zweiten Morgenstunde am Mittwoch, dem 16. Oktober im Hofe des Nürnberger Gefängnisses hingerichtet.

Hermann Göring hatte um 23 Uhr in seiner Zelle Selbstmord durch Gift begangen.

Die Asche der Hingerichteten und Hermann Görings wurde nach der Einäscherung in alle Winde zerstreut.

--

Versorgungsprobleme der Ruhr-Großstädte wurden auf einer Konferenz der Oberbürgermeister, Oberstadtdirektoren und Dezernenten der Ernährungsämter in Dortmund besprochen.

Es wurden die Maßnahmen erörtert, die die Kartoffeleinkellerung sicherstellen sollten, wobei die ernste Besorgnis über den derzeitigen Stand der Einkellerung zum Ausdruck kam.

Die Konferenz nahm auch zu der Lage auf dem Brotmarkt und zu der völlig unzureichenden Fettversorgung Stellung, Mängel, die nach den neuesten Feststellungen bei einem Teil der Bevölkerung bereits zu erheblichen gesundheitlichen Störungen geführt haben. Es wurde dabei betont, daß mit dem Begriff der Kalorie das Ernährungsproblem auf die Dauer nicht gelöst werden könne, weil Kalorie nicht gleich Kalorie sei; neben Kohlehydraten müsse auch ausreichend Fett und Eiweiß zugeteilt werden. Angesichts der Storkungen in der Brotversorgung wurde die Frage der Vorratshaltung als besonders wichtig angesehen. Es sei für alle Verantwortlichen unerträglich, wenn Millionen von Menschen immerwieder nur kurzfristig von der Hand in den Mund versorgt werden könnten. Jede Störung in der Zufuhr durch Naturereignisse bringt so automatisch die Gefahr einer Hungerkatastrophe mit sich. Daher müsse eine Vorratshaltung für mindestens sechs Wochen angestrebt werden.

Bezüglich des Neuaufbaues des Reichsnährstandes sprachen sämtliche Vertreter im ausdrücklichen Einvernehmen mit den politischen Parteien und Gewerkschaften die feste Erwartung aus, daß die von den Nazis übernommene Art des Aufbaues nach den Grundsätzen der Demokratie geändert werden müsse. Die Notwendigkeit einer zentralen Lenkung und Planung wurde anerkannt und gefordert, die Lenkung und Planung in der Abteilung A dürfe nicht von einem Kreisbauernvorsteher oder seinem Geschäftsführer wahrgenommen werden, sie müsse Sache der kommunalen Selbstverwaltung sein.

--

Das Heilbad der Städt. Badeanstalt an der Hindenburgstraße mußte wegen dringender Reparaturarbeiten wieder geschlossen werden.

-. -

Vor dem Öffnen von Bombenblindgängern, um daraus "Düngemittel" zu entnehmen, warnte auf Grund einiger tödlicher Unfälle (s.S. 62, 91 und 135 dieses Bandes) der Chef der Polizei durch folgende Mitteilung:

"Ein Übelstand, der in letzter Zeit mehrere Todesopfer gefordert hat, besteht darin, aufgefundene Bombenblindgänger zu öffnen, um den darin befindlichen Sprengstoff als Düngemittel zu gewinnen. Zur allgemeinen Aufklärung weise ich darauf hin, daß der Sprengstoff als Düngemittel keinen Wert hat. Die Todesfälle haben gezeigt, daß die Entnahme des Sprengstoffes, dessen Besitz von der Militärregierung mit den höchsten Strafen geahndet wird, nur mit Lebensgefahr möglich ist; sie ist besonders deshalb so gefährlich, weil nach einer Liegezeit der Bomben und Granaten von etwa zwei Jahren sich inzwischen Zersetzungssalze zwischen Sprengstoff und Metallwand gesetzt haben, die unter Einfluß von Stoß, Reibung und Schlag so empfindlich sind, daß sie sich entzünden und eine Detonation des Sprengstoffes auslösen."

-. -

Donnerstag, den 17. Oktober

Weil in der letzten Zeit in vielen Fällen Glühbirnen aus den Motorwagen und Anhängern der Straßenbahn gestohlen wurden, sah sich die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn gezwungen, Grubenlampen auszuleihen, um eine ordnungsmäßige Abwicklung des Verkehrs in den Abendstunden zu gewährleisten.

-. -

Wegen Holz Mangels wurden auf den Gelsenkirchener Friedhöfen jetzt Särge aus Leichtbeton zugelassen. Grundstoffe des neuen Sarges, der nicht schwerer war als ein normaler Eichensarg, waren Sägemehl, Sand und Zement.

-. -

Auf Anordnung der Militärregierung gab der Chef der Polizei bekannt, daß das Betreten des umfriedeten Geländes von Schloß Berge für Deutsche mit sofortiger Wirkung verboten wurde. Zu widerhandlungen wurden durch das Militärgericht mit Gefängnis oder Geldstrafe geahndet.

-. -

Freitag, den 18. Oktober

Auf einer Tagung des Industrieverbandes Bergbau im Bochumer Parkhaus am 18. Oktober lehnten rund 500 Delegierte von 200 Schachtanlagen des Ruhrgebietes die Einlegung einer freiwilligen monatlichen Überschicht gegen 8 Stimmen ab, trotzdem sich der Vertreter der Gesamtgewerkschaft für Nordrhein-Westfalen, Herr Böckler, und der Vorsitzende der Hauptgewerkschaft, Herr Schmidt, für die Annahme einer entsprechenden Entschlie-ßung eingesetzt hatten.

Der Chef der Produktionsabteilung für die britische Zone, Mr. Collins, erklärte auf einer Pressekonferenz der North German Control Coal auf Villa Hügel, er glaube, es sei sehr zu be- dauern, daß diese Entschlie-ßung abgelehnt worden sei, da das schwerwiegende Folgen für die ganze deutsche Bevölkerung ha- ben könne.

--

Die Linie 15 der Vestischen Straßenbahn fuhr jetzt wieder von Buer über Westerholt bis Herten durch. Das bisher notwendige Umsteigen am Westerholter Weg fiel fort.

--

Samstag, den 19. Oktober

Das Städt. Volksbildungswerk begann am 19. Oktober mit dem Verkauf der Hörerkarten für seine Lehrgänge (12 Doppelstun- den) und Vortragsreihen (10 Stunden). Die Karten kosteten 6 RM und waren an je 5 Stellen in Alt- Gelsenkirchen und Gelsenkirchen-Buer zu haben.

--

Der Ortsverein Gelsenkirchen für Jugendherbergen und Jugend- wandern nahm seine Tätigkeit wieder auf.

--

Die Linie 7 der Essener Straßenbahn endigte jetzt, von Essen kommend, nicht mehr am Hauptbahnhof, sondern in der Zeppelin- allee gegenüber dem Polizeiamt. Die Änderung wurde von den Fahrgästen begrüßt, da sie den Weg zur Stadtverwaltung und zu den übrigen Behörden Gelsenkirchens abkürzte.

--

Der Gelsenkirchener Pianist Walter Dignas gab am 19. Oktober in der Mädchen-Oberschule Buer einen Klavierabend mit Werken von Chopin, Schumann und Liszt.

--

Die Uraufführung der "Marianischen Antiphon" des Gelsenkirchener Komponisten Paul Wibral, die die Nationalsozialisten 1933 verhindert hatten - sie schlossen den Komponisten auch aus der Reichsmusikkammer aus - fand unter der Leitung von Musikdirektor Hermann Meißner am 19. Oktober durch den Städt. Musikverein Mülheim-Ruhr mit dem Bochumer Städt. Orchester in der Herz-Jesu-Kirche in Mülheim-Ruhr statt.

-.-

Sonntag, den 20. Oktober

Dem VfB Stuttgart glückte am Sonntag, dem 20. Oktober, vor fast 40 000 Zuschauern die Revanche für die vor einigen Wochen am 8. September erlittene 1 : 7 Niederlage durch den FC Gelsenkirchen Schalke 04.

Der Club führte in der Mitte der 2. Halbzeit noch mit 2 : 1, doch konnten die Süddeutschen 5 Minuten vor Schluß des Spiels mit 3 : 2 den Schalkern das Nachsehen geben.

-.-

Die "Vestische Bühne" zeigte in der Schauburg Buer eine Woche lang die Operette "Polenblut" von Otto Nedbal.

Der Gelsenkirchener Pianist Helmut Dignas kehrte aus französischer Kriegsgefangenschaft zurück.

-.-

Montag, den 21. Oktober

Die Badeanstalt an der Hindenburgstraße, die erst am 4. Juni 1946 wieder eröffnet worden war, mußte wegen Kohlenmangels am 21. Oktober erneut die Pforten schließen.
(Sie konnte erst am 12. Mai 1947 wieder eröffnet werden.)

-.-

In der zweiten Woche der 94. Zuteilungsperiode (21. - 27. Oktober) verschlechterte sich erneut die Versorgung mit Mehl, so daß die Kleinabschnitte für Erwachsene, Jugendliche und Kleinkinder nicht mit Brot beliefert werden konnten. Da noch nicht feststand, welche Abschnitte über Brot in der 3. und 4. Woche für ungültig erklärt werden mußten, konnte auch im Vorgriff auf andere Brotabschnitte kein Brot abgegeben werden.

-.-

Die Führung der Stadtverordnetenfraktionen übernahm bei der CDU der Stadtverordnete Franz Sandmann, bei der SPD der Stadtverordnete Karl Surkamp.

-.-

Dienstag, den 22. Oktober

Auf einer Belegschaftsversammlung der Zeche Dahlbusch berichtete Prokurist Lottner über einen großzügigen Plan zur Errichtung von Stadtrandsiedlungen für Bergarbeiter.

Die Kosten für eine Siedlerstelle in Höhe von 9 500 bis 10 200 RM sollten, soweit sie nicht durch eigene Ersparnisse gedeckt waren, durch Bergwerksdarlehen oder Sparkassenhypotheken aufgebracht werden. Nach der endgültigen Tilgung gingen die Grundstücke in das Eigentum der Siedler über. Die zu gründende Siedlungsgemeinschaft sollte die Rechtsform eines eingetragenen Vereins haben.

Geplant waren zunächst 350 Eigenheime in Form von Doppelhäusern mit getrennten Eingängen. Als Grundstücke waren in Aussicht genommen ein Grundstück im "Düppel" zwischen Mechtenberg- und Hattinger Straße, der frühere Sportplatz am Bahnhof Rott- hausen, ferner Grundstücke an der Schwarzmühlenstraße, am Hör- deweg sowie beiderseits des Wiehagen und der Wembkenstraße.

--

Angesichts der Tatsache, daß der größte Teil der Bevölkerung nicht im Besitze warmer Winterkleidung war, standen viele der Hortung von Kleidung und Schuhzeug in wohlgefüllten Lagern in Geschäftsauslagen ohne Verständnis gegenüber. Bezugscheine zum Ankauf auch nur der notwendigsten Stücke waren von den Wirtschaftsämtern kaum zu erhalten.

Auch die Enttäuschung über den Wegfall der in Aussicht genom- menen Sonntagsschichten der Bergarbeiter, die der Sicherstel- lung des Hausbrandes für den Winter dienen sollten, war in der Bevölkerung groß.

--

Im Stadttheater gastierte die "Niederdeutsche Bühne" mit der Komödie "Straotenmusik" ("Straßenmusik") von Paul Schurek.

--

Mittwoch, den 23. Oktober

Der Entnazifizierungsausschuß forderte folgende weitere Per- sonenkreise zur Abgabe von Fragebogen auf:

Aus dem Handel: Betriebsinhaber, Geschäftsführer, Abteilungs- leiter und sonstiges leitendes Personal aus Kaufhäusern und Einzelhandelsbetrieben jeder Art,

Landwirtschaft: Alle Besitzer, Pächter und Verwalter landwirt- schaftlicher Betriebe und Gärtnereien,

freie Wirtschaft: Maler, Bildhauer, Graphiker, Musiker und Musiklehrer, Sänger und Gesangslehrer, Theater-, Varieté- und Lichtspiel-Unternehmer und -direk- toren, Schauspieler, Tänzer und Varieté-künstler.

--

In der Mädchen-Oberschule Buer fand das erste Kammerorchesterkonzert des Städtischen Orchesters statt mit folgenden Werken: Partita di Danza von Hans Wiltberger, Intermezzi Goldoniani von Enrico Bossi, Konzert in Es-Dur (Dumbarton Oaks) von Stravinsky, Concerto grosso von Manfredini. Die Leitung hatte Richard Heime; Solisten waren Franz Schön und Florian Jochimski (Trompete). Das Konzert wurde am 24. Oktober in der Mädchen-Mittelschule in Alt-Gelsenkirchen wiederholt.

-.-

Donnerstag, den 24. Oktober

Alle Personen, Firmen, Behörden usw., die auf irgendeine Weise in den Besitz von Gütern der ehemaligen Wehrmacht, des Reichsarbeitsdienstes oder der Organisation Todt gelangt waren, mußten diese Güter der Stadtverwaltung anzeigen.

Der Meldepflicht unterlagen:

Textilien, Kraftfahrzeuge, Kraftfahrzeugersatzteile und -bereifungen, auch wenn sie inzwischen an anderen Fahrzeugen benutzt wurden, Maschinen und Ausrüstungsgegenstände aller Art, elektrische Geräte, optische Instrumente, Rohmaterialien, Leder, Baracken und sonstige Güter aller Art.

Ausgenommen von der Meldepflicht war lediglich eine Gebrauchsgarnitur (Mütze, Bluse, Hose, Mantel, Hemd, Unterhose, Strümpfe, Schuhe und Strickweste) im Besitze eines mit diesen Sachen aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Soldaten, Angehörigen des Reichsarbeitsdienstes oder der Organisation Todt.

Die Unterlassung der Anmeldung war nach den Gesetzen der Militärregierung strafbar.

-.-

Das "Neue Theater" brachte als Erstaufführung im Union-Theater die Oper "Der Freischütz" von Carl Maria von Weber heraus.

-.-

Die Polizeistunde für die Gast- und Schankwirtschaften der Stadt wurden mit sofortiger Wirkung auf 23 Uhr festgesetzt.

-.-

Freitag, den 25. Oktober

303 Handwerkslehrlinge der Kreishandwerkerschaft Buer bestanden ihre Gesellenprüfung.

Es waren 10 Bäcker, 21 Bauhandwerker, 3 Buchbinder, 13 Bandagisten, 15 Dachdecker, 25 Damenschneider, eine Schneiderin, 78 Elektriker, 18 Fleischer, 13 Friseure, .nebst Friseurinnen, 7 Herrenschneider, 24 Klempner, 20 Maler und Anstreicher, 12 Mechaniker, 10 Schmiede, 4 Schuhmacher, 4 Pflasterer, 5 Sattler, 28 Tischler und ein Uhrmacher.

Die Lossprechung erfolgte in feierlicher Weise in Anwesenheit des Präsidenten der Handwerkskammer Münster, Franz Bielefeld, im Saale Kampmann durch den Kreishandwerksmeister Elbers.

-. -

Die neugewählten Stadtverordneten traten am Freitag, dem 25. Oktober, unter dem Vorsitz von Oberbürgermeister Geritzmann im Sitzungssaal des Rathauses Buer zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

Nachdem Oberstadtdirektor Zimmermann als Wahlleiter die Stadtverordneten vereidigt hatte, wurde Robert Geritzmann (SPD) einstimmig wieder zum Oberbürgermeister, Heinrich Schmitt (CDU) einstimmig zu seinem ersten Stellvertreter und Otto Böhm (KPD) ebenso einstimmig zu seinem zweiten Stellvertreter gewählt.

Nachdem Oberbürgermeister Geritzmann dann dem Kommandanten gegenüber seinen Amtseid als Oberbürgermeister abgelegt hatte, wandte sich der Kommandant, Colonel Russell, mit folgender Ansprache an die Stadtverordneten:

"Sie sind jetzt die gewählten Vertreter der Bevölkerung von Gelsenkirchen. Diese hat damit die Bearbeitung ihrer Angelegenheiten und die Lösung vieler Probleme, denen sie jetzt gegenübersteht in Ihre Hände gelegt. In diesem Stadtrat sitzen Vertretungen aller politischen Parteien. Nachdem Sie gewählt sind, ist es für Sie nötig, zeitweilig die Parteipolitik zu vergessen, um den größeren Nutzen für die Allgemeinheit zu erreichen. Alle Parteien haben das gleiche Verlangen, nämlich das, die vielen dringenden Probleme, die jetzt bestehen, zu lösen. Der Unterschied zwischen den Parteien besteht nicht in dem Verlangen, daß diese Aufgaben gelöst werden, sondern in den Methoden, die die einzelnen Parteien anwenden wollen. Infolgedessen müssen Sie, wenn der Stadtvertretung ein Vorschlag gemacht wird und Ihr Gewissen Ihnen sagt, daß dieser Vorschlag gut ist, ihn unterstützen ohne Ansehung der Partei. Wenn Sie an irgendetwas Kritik zu üben haben, dann lassen Sie dieses eine aufbauende Kritik sein. Ein anderer Punkt ist, daß Sie die Vertretung aller Wähler Ihres Wahlbezirkes sind und nicht nur der Vertreter Ihrer eigenen Partei. Behalten Sie Verbindung mit der Wählerschaft, bilden Sie zum Beispiel einen Ausschuß von Steuerzahlern, der die örtlichen Angelegenheiten diskutieren kann und zu Ihrer Kenntnis bringt, so daß Sie wiederum diese Angelegenheiten in der Stadtverordnetenversammlung vorbringen können. Nach und nach wird dann die Bevölkerung zu der Überzeugung kommen, daß die Stadtvertreter ihre Diener und nicht ihre Herren sind. Ihnen allen sind die brennenden Probleme gegenwärtig, denen Sie in der Verwaltung gegenüberstehen. Die erteilte und erste Forderung ist die, daß die Bevölkerung ein Mindestmaß von Annehmlichkeit und Sicherheit hat, so daß sie hoffnungsvoll in die Zukunft sehen kann. Als Stadtverordnete unterziehen Sie sich einer schweren Verantwortung; Ihr Erfolg wird gemessen werden an dem Eifer und der Begeisterung, die Sie der Aufgabe, die vor Ihnen liegt, entgegenbringen."

Oberbürgermeister Geritzmann sprach seinen herzlichen Dank für das ihm durch seine Wiederwahl bewiesene Vertrauen aus

und ging dann auf die vor den Stadtverordneten liegenden großen Aufgaben im einzelnen ein:

Wohnungsbau, Baustoffbeschaffung, Sorge für die Kriegsgefangenen und Hinterbliebenen und Gerechtigkeit für die Mitbürger, die zwölf Jahre lang geächtet und verfolgt, sowie körperlich und geistig mißhandelt worden seien.

Die Personalpolitik könne zur Zeit nicht befriedigen, sie müsse unbedingt geändert werden. An den Oberstadtdirektor gewandt, erklärte der Oberbürgermeister: "Vom Herrn Oberstadtdirektor und seinen Mitarbeitern erwartet die Stadtvertretung loyalste Durchführung der Beschlüsse und prompte Erledigung aller laufenden Amtsgeschäfte. Die werktätigen Schichten unseres Volkes werden mit höchster Wachsamkeit darauf achten, daß sich in der Bürokratie keine Reaktion tarnen kann, um das freie Bürgerbewußtsein zu untergraben. Die Stadtvertretung wird nicht durch die öffentliche Verwaltung und die in ihr tätigen Beamten geführt, die Verwaltung wird vielmehr durch den Willen der Bürgerschaft getragen. Die Verwaltung muß die Dienerin des demokratischen Willens sein; dieses ausdrücklich festzustellen, halte ich für nützlich."

Der Oberbürgermeister schloß seine Ausführungen mit den Worten:

"So wollen wir vereint an unsere großen Aufgaben herangehen. Unsere Bürde wird nicht leicht sein. Jeder einzelne von uns muß überall da tätig werden, wo er die erforderlichen Sachkenntnisse mitbringt; Spezialkenner in den zahlreichen Verwaltungszweigen und auch aus der Bürgerschaft werden wir zu Rate ziehen, wo das notwendig wird. Wer sich der Mitarbeit verschließt, verliert das Recht auf Kritik und Mitbestimmung. Politische Verantwortung dieser Art muß Allgemeingut aller deutschen Menschen werden, und die Starken haben die Verpflichtung, die Rechte der Schwachen mit zu verteidigen." Ich schließe mit Dank und Gruß an die Wählerschaft: "Glück auf!"

Als ältester Stadtverordneter gab dann Herr Jansen (SPD) folgende Erklärung im Namen aller Fraktionen ab:

"Das Ergebnis der Wahl vom 13. Oktober hat bei uns allen wohl nicht restlose Befriedigung ausgelöst. Wenn auch, stimmlich gesehen, die Willensäußerung der Bevölkerung unserer Stadt klar zum Ausdruck gebracht wurde, so ist auf der anderen Seite, und zwar bezüglich der Mandatsverteilung, bei allen Parteien der Wunsch laut geworden, das hier eine Änderung nach wirklich demokratischen Grundsätzen durchgeführt werden muß. Es wird daher Aufgabe einer höheren Instanz sein müssen, ein klares Spiegelbild herauszustellen, damit ein gerechter Ausgleich geschaffen und damit die Zahl der für die einzelnen Parteien abgegebenen Stimmen in Einklang gebracht wird. Es ist uns ein Bedürfnis, den Herren, die nicht wiedergewählt worden sind, für ihre im verflossenen Jahr geleistete Arbeit den Dank auszusprechen. Wir alle aber, die wir berufen worden sind, die Geschicke unserer Heimatstadt zu lenken, verkennen nicht die übergroße Schwierigkeit unserer Aufgabe. Wir sind aber erfüllt von der Hoffnung, aus den Kreisen unserer Bevölkerung tatkräftige Unterstützung zu finden. Darum richten wir auch von hier aus die Bitte an unsere Mitbürger, uns unsere schwere Aufgabe zu erleichtern, in dem sie uns mit Rat und Tat zur Seite stehen. Keiner darf resignierend seine Hände in den Schoß legen. In einer Stadt wie der unsrigen,

die so furchtbar durch das Verbrechen einer verantwortungslosen Nazi-Regierung gelitten hat, muß die Erkenntnis siegen, daß nur durch restlosen Einsatz aller die furchtbare Not zu bannen und zu lindern ist. Wir sind uns bewußt, welche große Gefahr der kommende Winter in sich birgt, besonders auch in Bezug auf den Gesundheitszustand unserer Bevölkerung; wir sind aber auch davon überzeugt, daß die Hohe Militärregierung uns ihre Unterstützung nicht versagen wird. So wollen wir an die Arbeit gehen mit dem alten Gruß unserer Heimatstadt: Glückauf!"

Am Schluß ihrer Sitzung wählte die Stadtverordnetenversammlung noch einen Verfassungsausschuß mit folgenden 12 Mitgliedern:

SPD: Josef Jansen, Hermann Enke, Adolf Dietermann, Hans Kivelip, August Vollmar, Karl Glasner, Hans Berg;

CDU: Elisabeth Nettebeck, August Lottner;

KPD: Otto Böhm;

FDP: Friedrich Sirges;

Zentrum: ein Vertreter sollte später benannt werden.

Das Zentrum war bei dieser ersten Sitzung der neu gewählten Stadtverordnetenversammlung nicht vertreten, weil aus Gesundheitsrücksichten der gewählte Stadtverordnete Eiling sein Mandat hatte niederlegen müssen. Diese Mandatsniederlegung wurde außerhalb der eigentlichen Tagesordnung gebilligt.

An seine Stelle sollte Josef Weiser treten, doch mußten dessen Nominierung bis zu ihrer Gültigkeit erst den üblichen parlamentarischen Weg gehen.

--

Der in Bismarck unternommene Versuch des Stadttheaters, "zum Volke zu kommen" (s.S. 178 dieses Bandes) wurde in Horst erfolgreich fortgesetzt.

Im großen Saal des katholischen Gesellenhauses fand nach einem kurzen Festakt, in dem Stadtdirektor Hammann als Kulturdezernent die Glückwünsche der Stadtverwaltung zu dieser neuen Kulturstätte überbrachte, und nach einem kurzen Einführungsvortrag von Oberstudiendirektor Dr. Allekotte die Aufführung des Schauspiels "Iphigenie auf Tauris" von Goethe statt.

--

Samstag, den 26. Oktober

Die Frau des Eisenwarengroßhändlers Eickmeier in Buer und deren Schwester sowie ihr Kraftfahrer, ferner der Metzgermeister Heinrich Wessels und die Viehhändler Heinrich Laurischkat und Bruno Weißgerber standen wegen Schwarzschlachtens und Schwarzhandels vor Gericht.

Bei einer Haussuchung fand die Polizei 109 Würste im Durchschnittsgewicht von 2 Pfund, einen Doppelzentner-Sack Mehl, einen Sack Grieß, 23 Zentner Kartoffeln, zwei Ballen Leinen und eine große Ölmühle.

Das Gericht verhängte gegen Frau Eickmeier 6 Monate Gefängnis, gegen die beiden Viehhändler 5 Monate Gefängnis, gegen den Metzgermeister 4 Monate Gefängnis, gegen den Kraftfahrer 300 RM Geldstrafe.

Gegen die Milde des Urteils protestierten Gewerkschaftsversammlungen des Industrieverbandes Bergbau der Schachtanlage Consolidation III/IV und die Ortsgruppe Gelsenkirchen des Industrieverbandes Bau.

--

Die neugebildete "Katholische Vortragsgemeinschaft Horst" setzte sich zum Ziel, anerkannte Wissenschaftler zu Vorträgen über Kultur- und Sozialpolitik zu verpflichten. In einem ersten Vortragsabend im Agnesstift sprach nach einführnden Worten von Propst Wenker, Dr. Paul Wolff über das Thema "Friedrich Nietzsche und das christliche Ethos".

--

In der "Vestischen Musikschule Buer" veranstaltete der Musikwissenschaftler Dr. Gaston Dejmek eine Vortragsreihe "Europäische Musik des 19. Jahrhunderts". Am ersten Abend der Reihe sprach er unter dem Motto "Mensch und Schicksal" über Beethoven.

--

Sonntag, den 27. Oktober

Pfarrer Hans Heynen von der Evangelischen Altstadtgemeinde hielt seine Abschiedsrede, um einem Rufe in eine Gemeinde der Stadt Duisburg zu folgen.

--

Das Männerquartett Buer gab in der Schauburg einen Volksliederabend unter der Leitung von Alfred Berghorn.

Der MGV "Concordia" Bulmke gab ein Konzert unter der Leitung von Heinz Roesberg und unter Mitwirkung des Essener Sopranistin Elisabeth Butchkus.

--

Eine Anzahl alter Mitglieder des ehemaligen Freidenkerverbandes gründete in der Wirtschaft Nettebeck eine Gruppe Gelsenkirchen der Freireligiösen Gemeinde, die dem Bunde Freireligiöser Gemeinden (Sitz Dortmund) angeschlossen wurde.

--

In Hamm tagten die Fußballausschüsse der drei Regierungsbezirke Westfalens mit den Staffelleitern der westfälischen Bezirksklasse und den Kreisfachschaftsleitern im Fußball, um für die neue Meisterschaftsperiode klare Richtlinien aufzustellen.

Auch die Spruchkammer Westfalen wurde neu gewählt. Zum Beisitzer wurde neben anderen Herr Rosenkranz (Gelsenkirchen) bestellt.

--

Montag, den 28. Oktober

Auch in der dritten Woche der 94. Zuteilungsperiode (28. Oktober bis 3. November) hielt die unzureichende Versorgung mit Mehl an, so daß nicht alle Abschnitte über Brot aufgerufen werden konnten.

Wegen des durch die Jahreszeit bedingten Rückganges des Milch-anfalls und der damit verbundenen rückläufigen Käseerzeugung wurden zur Sicherstellung der Trinkmilchversorgung und der Käseversorgung der Prioritätsgruppen (Werksküchen der Bergarbeiter, Krankenhäuser usw.) bis auf weiteres die Herstellung von Speisequark und von Magermilchkäse in Westfalen untersagt.

-. -

Der Industrieverband Bergbau und der Zonenvorstand der Gewerkschaften setzten sich im Interesse einer Erleichterung der Kohlenversorgung der Bevölkerung für Überschichten am 31. Oktober (Reformationsfest), 20. November (Buß- und Betttag) und 29. Dezember (Sonntag zwischen Weihnachten und Neujahr) ein. Mit der North German Coal Control war dafür folgendes vereinbart worden:

1. Die Kontrolle über die Mehrkohlenförderung und deren Verwendung liegt bei den Gewerkschaften;
2. in der Ernährung wird die Kalorienzahl für Bergarbeiter auf 4 000 festgesetzt;
3. die Löhne werden im Durchschnitt vom 1. November an um 20 % erhöht;
4. für jede verfahrenere Sonderschicht soll eine Zuteilung von je 10 Zigaretten erfolgen.

Die Bergarbeiter lehnten indessen die zusätzlichen Schichten nach wie vor ab, weil sie ein beträchtliches Absinken ihrer Arbeitsleistungen zur Folge haben würden.

-. -

Dienstag, den 29. Oktober

Auf Grund des Gesetzes Nr. 33 des Alliierten Kontrollrats vom 20. Juli 1946 fand auch in Gelsenkirchen eine Volkszählung nach dem Stande vom 29. Oktober, 24 Uhr, statt.

Unter der Kontrolle der Militärregierung oblag die Ausführung des Gesetzes den örtlichen deutschen Behörden. Nicht erfaßt wurden die Angehörigen der Besatzungsarmee und der Militärregierung sowie alle Zivilpersonen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit. Die Volkszählung wurde nach einem einfacheren System als bei früheren Zählungen durchgeführt und nicht mit einer politischen Überprüfung oder Registrierung verbunden. Die Zählung verfolgte allein den Zweck, festzustellen, wieviel Menschen heute in Deutschland wohnten, um dringend benötigte Unterlagen für die öffentliche Verwaltung zu schaffen, weil die Statistiken der letzten Zählung von 1939 durch den Krieg und die mit ihm verbundenen Bevölkerungsverschiebungen wertlos geworden waren.

Für alle zu zählenden deutschen Staatsangehörigen mußten folgende Fragen beantwortet werden:

Vorname, Familienname, Stellung zum Haushaltsvorstand, Geschlecht, Geburtstag und Geburtsort, Familienstand, nationale Abstammung, Muttersprache, Religionszugehörigkeit, Bildungsgrad, Beruf, Berufsstand, Arbeitsstätte, gegenwärtiger Wohnort und evtl. Dienstgrad in der deutschen Wehrmacht. Gezählt wurden alle in der Nacht zum 30. Oktober in der Wohnung des Haushaltsvorstandes anwesenden Personen. Die Zählung wurde durch 1 413 städtische Beamte, Angestellte und Lehrkräfte der Schulen durchgeführt, die zu ihrer Legitimation ein Zählbezirksbuch mit sich führten. Die Haushaltungslisten waren am 25. Oktober ausgeteilt worden; sie wurden am 30. Oktober wieder eingesammelt. Die Zählung erforderte an Haushaltungslisten und sonstigem Papiermaterial eine Menge von 2,5 t Papier. Die Stadt war in 16 Stadtbezirke eingeteilt worden, die wiederum in 1 393 Zählbezirke untergeteilt waren; außerdem gab es 39 Sonderzählbezirke (Krankenhäuser, Gemeinschaftslager usw.) Die Volkszählung hatte in Gelsenkirchen folgendes Ergebnis:

	Haushalte	Männl.	Weibl.	insg.
Altstadt	7 141	9 650	11 187	20 837
Neustadt	3 655	4 699	5 540	10 239
Schalke	6 639	9 021	10 207	19 228
Heßler	2 770	4 235	4 486	8 721
Bismarck	8 122	12 284	13 356	25 640
Bulmke	3 214	4 448	4 956	9 404
Hüllen	1 492	2 210	2 437	4 647
Ückendorf	9 646	12 843	15 064	27 907
Rotthausen	8 127	11 132	12 650	23 782
Alt-Gelsenkirchen	50 806	70 522	79 883	150 405
Buer-Mitte	10 979	15 029	17 919	32 948
Erle	7 241	10 789	12 240	23 029
Resse	4 331	7 056	7 504	14 560
Beckhausen	2 647	3 984	4 245	8 229
Hassel	3 920	6 019	6 433	12 452
Scholven	1 446	2 357	2 563	4 920
Gelsenkirchen-Buer	30 564	45 234	50 904	96 138
Gelsenkirchen-Horst	6 288	9 220	10 351	19 571
Gesamtstadt	87 658	124 976	141 138	266 114

Bei der letzten Volkszählung im Jahre 1939 hatte die Gesamt-
einwohnerzahl 317 568 betragen.

--

Im "Stadttheater" fand die Erstaufführung des Schauspiels
"Professor Mamlock" von Friedrich Wolf statt.

--

Mittwoch, den 30. Oktober

Der Jugendausschuß beschloß, die Bildung eines Jugendringes
anzuregen.

Der Jugendring sollte das Selbstverwaltungsorgan der Jugend-

gruppen sein und deren Interessen gegenüber den amtlichen Stellen wahrnehmen. Es wurde ein vorbereiteter Ausschuß gebildet, der die Angelegenheit weiter betreiben sollte.

--

Donnerstag, den 31. Oktober

Polizeidirektor Hans Kivelip trat in den Ruhestand. Sein Nachfolger als der Chef der Polizei wurde Oberstleutnant Sowein.

--

Freitag, den 1. November

Der Allerheiligen-Tag (1. November) war nach einer Entscheidung der Militärregierung kein öffentlicher Feiertag.

--

Samstag, den 2. November

Der Auswahlchor des Kreisverbandes evangelischer Posaunenchöre Gelsenkirchens (Leitung: Manfred Büttner) veranstaltete in der Mädchen-Mittelschule einen Volksliederabend.

--

Sonntag, den 3. November

Die Bezirksbaugewerkschaft Gelsenkirchen/Recklinghausen hielt in Buer ihren ersten Verbandstag ab. Eine Delegiertentagung des Bezirks Gelsenkirchen, Recklinghausen Stadt und Land, Bottrop und Gladbeck des Industrieverbandes öffentliche Betriebe beschloß einen neuen gewerkschaftlichen Zusammenschluß unter dem Namen "Industrieverband der öffentlichen Dienste, des Transports und des Verkehrs". Zu Vorsitzenden wurden einstimmig Herr Keller (Buer) und Herr Kelting (Alt-Gelsenkirchen) bestellt.

--

Auf einer Delegiertenkonferenz in Gelsenkirchen stimmten die Vertreter folgender Industrieverbände: Baugewerbe, Bergbau, Nahrung, Druck und Grafik, Angestellte, Metall und öffentliche Betriebe der Bildung eines Ortsausschusses der Gewerkschaften zu. Zum Geschäftsführer wurde Hubert Scharley bestellt.

--

Die völlig unzureichende Kartoffelversorgung rief in der Be-

völkerung lebhaft Beunruhigung hervor, vor allem nachdem bekannt geworden war, daß erhebliche Mengen Kartoffeln auf dem Transport durch Frost für die menschliche Ernährung unbrauchbar geworden waren.

Eine Belegschaftsversammlung der Zeche Hugo protestierte gegen die schlechte Kartoffelversorgung. Während Gewerbetreibende und Einzelhändler bereits im Besitz der Einkellerungskartoffeln seien, müßten die Bergarbeiter noch immer darauf warten. Die Versammlung lehnte auch die Werksküchenverpflegung als eine "Massenabfütterung" ab, weil der Bergmann gegenüber seiner Familie keine Sondervergünstigungen wolle, weil das Essen eintönig und schlecht sei und weil der Küchenbetrieb Möglichkeiten zu Schiebungen und Bestechungen biete.

-. -

Die Stadtverbände der evangelischen Frauenhilfen und der evangelischen Kirchenchöre veranstalteten in der evangelischen Kirche Ückendorf eine Reformationsfeier, die die Gedanken der Reformation in Orgelmusik (Siegfried Reda), Chordarbietungen, einem liturgischen Teil (Pfarrer Meyer, Rotthausen) und einem Festvortrag von Pfarrer Gronemeyer (Gütersloh) über den Segen der Reformation einer aus allen Kirchengemeinden Alt-Gelsenkirchens zusammengeströmten zahlreichen Gemeinde nahebrachte.

-. -

In der Gesellschaft für Literatur und Kunst in Buer hielt Dr. Klein (Essen) einen Vortrag über den Meister von Naumburg, den unbekanntem Künstler, dessen Werke im Naumburger Dom allgemein bewundert werden.

In der Katholischen Vortragsgemeinschaft Horst las im Agnesstift Dr. Michels (Bosbeck) aus eigenen Werken.

-. -

Kammertänze nach alter und neuer Musik boten Trude Pohl und Eva-Lore Gores von der Volkwangschule in Essen in der Schauburg Buer.

-. -

Montag, den 4. November

Der Oberstadtdirektor erließ folgende Bekanntmachung über die Beschaffung von Brennholz für die Bevölkerung:

"Der Bezirksbeauftragte für Brennholz im Regierungsbezirk Münster hat für die Bevölkerung der Stadt Gelsenkirchen aus dem Landkreis Recklinghausen Brennholz zur Verfügung gestellt. Jede bezugsberechtigte Familie - außer Deputatkohlenempfängern - erhält zunächst ein viertel Raummeter Brennholz. Das Brennholz ist aus dem Gebiet Kirchhellen und Dorsten zugeteilt und muß dort eingeschlagen werden. Da die Stadtverwaltung aus Mangel an Arbeitskräften und Handwerkszeug nicht in der Lage ist, den Holzeinschlag durchzuführen, müssen die Intressenten, die auf Brennholz reflektieren, den Einschlag selbst vornehmen."

Um einen Überblick über die Holzmengen zu bekommen, können alle bezugsberechtigten Reflektanten sofort einen Antrag auf Erwerb von Brennholz stellen. Auf Grund dieses Antrages erfolgt die Einweisung. Alleinstehende Frauen und Körperbehinderte sowie ältere Personen, die nicht in der Lage sind, den Einschlag des Brennholzes selbst durchzuführen, können ebenfalls einen solchen Antrag mit besonderer Begründung einreichen. Die Anträge sind beim Wirtschaftsamt der Stadtverwaltung spätestens bis zum 30. November einzureichen."

Diese Bekanntmachung wurde von einem Teil der Bevölkerung als Verhöhnung aufgefaßt, weil sie praktisch undurchführbar war. Sie beruhte auf einer Anordnung der Militärregierung über die Hausbrandversorgung.

--

In der vierten Woche der 94. Zuteilungsperiode konnte die Gesamtration an Brot wegen der unzureichenden Vorrats- und Versorgungslage wiederum nicht aufgerufen werden.

Wegen des jahreszeitlich bedingten Rückganges des Anfalls an Frischmilch wurde die bisherige Ausgabe von $\frac{1}{5}$ Liter auf $\frac{1}{8}$ Liter je Kopf und Tag (einschließlich Buttermilch) herabgesetzt.

In Düsseldorf kam es zu Ausschreitungen der auf Brot wartenden Bevölkerung vor den Bäckereien. In einigen Fällen mußte die Polizei die ordnungsmäßige Ausgabe der Brotbestände sichern.

--

In der vollbesetzten Aula der Mädchen-Mittelschule wurde in Anwesenheit von Oberbürgermeister Geritzmann, Oberstadtdirektor Zimmermann sowie vielen Ehrengästen und nicht zuletzt den Leitern und Teilnehmern der Arbeitskreise, das Städtische Volkswbildungswerk nach dem Kriege feierlich wieder eröffnet.

An Stelle des aus dem Dienst ausgeschiedenen Kulturdezernenten, Oberschulrat Winkel, begrüßte Stadtdirektor Hamann die Erschienenen.

Der Leiter des Volkswbildungswerks, Oberstudienrat Fußhüller, hielt ein grundsätzliches Referat über Sinn, Ziel und Weg des Volkswbildungswerks, wobei er sich auch eingehend mit den Anforderungen befaßte, die an die Lehrpersönlichkeiten des Volkswbildungswerks gestellt werden müßten. Er ging dann im einzelnen auf die Bildungsmöglichkeiten des Volkswbildungswerks ein sowie auf das Persönlichkeitsideal, das heranzubilden das Volkswbildungswerk sich als erste Aufgabe gesetzt habe: Den wahrhaft demokratischen Menschen, die in Freiheit und Ehrfurcht der Gemeinschaft dienende Persönlichkeit. Er schloß seine Ausführungen mit eindrucksvollen eigenen Versen, dem "Aufruf zum neuen Werk".

Als Vertreter der Militärregierung sprach der Education-Officer, Mr. Pelican, die besten Wünsche zum neuen Werk aus, das der besseren Verständigung der Menschen und Völker untereinander dienen möge, sowie seine Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit.

Im ersten Semester des Volkswbildungswerks (Winter 1946/47) liefen 63 Veranstaltungen an:

31 Arbeitsgemeinschaften, 19 Förderlehrgänge und 13 Vortragsreihen. Hinzu kamen je Monat 1 - 2 Einzelveranstaltungen. Die Teilnehmerzahl stieg im Laufe des Semesters auf 2 757. Davon waren 1 471 männliche, 1 286 weibliche Teilnehmer; 2 133 waren ledig,

624 verheiratet, 1 622 im Alter von 18 bis 25 Jahren, 1 095 über 25 Jahre; 479 Teilnehmer waren Arbeiter, 1 412 Angestellte und Beamte, 357 Selbständige, 529 Schüler. Die Arbeitsgemeinschaften der Volkshochschule wurden von 954 Teilnehmern besucht, die Förderlehrgänge von 1 132, die Vortragsreihen von 671 Teilnehmern. Der erste Andrang war also sehr stark, besonders der zu den Förderlehrgängen, wobei die Teilnahme der Arbeiterschaft mit etwa 18 % im Verhältnis zu der der Angestellten und Beamten mit 52 % verhältnismäßig gering war.

Mit der Eröffnung waren indessen noch lange nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Fast um alles mußte gekämpft werden. Ohne die Klärung der Finanzfrage war keine Arbeit möglich. Die neue Leitung bedurfte einer Kanzlei mit allem, was dazu gehört; der Leiter bedurfte eines Arbeits- und Sprechstundenraumes in den beiden Zentralen in Alt-Gelsenkirchen und Buer. Das alles war ohne die Lösung der sehr schwierigen Schulraumfrage in den verschiedenen Stadtbezirken nicht möglich. Um die Lösung dieser rein organisatorischen Fragen hatten sich die Stadtinspektoren Weischer und Lechtenböcker besondere Verdienste erworben.

Aber es gab auch andere Schwierigkeiten: So waren z.B. die Anschauungen in der Bevölkerung über das Wesen eines Volksbildungswerks und einer Volkshochschule noch sehr wenig geklärt, daß sich Oberstadtdirektor Zimmermann veranlaßt sah, noch kurz vor der Eröffnungsfeier in den "Bekanntmachungen der Stadt Gelsenkirchen" den Charakter des neuen Volksbildungswerks sachlich eindeutig zu erläutern. In dieser Mitteilung hieß es u.a.

"Irrtümer im Volksmunde und in der Presse geben Anlaß, den Begriff der Volkshochschule klarzustellen. Ihrer Herkunft und geschichtlichen Entwicklung nach ist sie keine Veranstaltung von Vorträgen und Förderkursen, sondern die reine Form der Arbeitsgemeinschaft von Erwachsenen. Deshalb nennt die Stadt ihre gesamten Bildungsanstalten mit Bildungsveranstaltungen für Erwachsene "Volksbildungswerk". Die Aufgabe der Volksbildung und die der Volkshochschulen besteht darin, dem Menschen innere Werte zu vermitteln, seinem Drang nach geistiger Auswertung und seelischer Tiefe entgegenzukommen, ihn in einem wahren Sinne zu bilden, damit er - durch Selbsterziehung - eine Persönlichkeit werde, wie Goethe sagt: "Geprägte Form, die lebend sich entwickelt!""

--

Donnerstag, den 5. November

Die Wetterfestmachung von Wohnungen war in der Meinung weiter Bevölkerungskreise ein regelrechtes Fiasko.

Die Vornahme von Schönheitsreparaturen in besser situierten Kreisen und die Tatsache, daß noch Tausende von Ausgebombten in Behelfswohnheimen "hausen" mußten, wurden stark kritisiert. Aber auch die mangelnde Kohlenzufuhr für die Baustoffindustrie spielte bei solchen Überlegungen eine Rolle. Bei rechtzeitiger Zuweisung von Baustoffen hätten noch viele Wohnungen wetterfest gemacht werden können. Man forderte eine strenge Bestrafung derjenigen, die Baustoffe mit Lebensmitteln kompensierten.

--

Veranlaßt durch die unzureichende Ernährung stieg die Kriminalität im November erheblich an.

Die Gerichtsurteile gegen Schwarzhändler, Schwarzschlächter und sonstige Schieber wurden allgemein als viel zu mild angesehen. Bergarbeiter und Gewerkschaftler protestierten in Versammlungen gegen diese milden Urteile.

--

Mittwoch, den 6. November

Unter der Leitung von Richard Heime fand in der Mädchen-Mittelschule das dritte städtische Sinfoniekonzert statt.

Das Programm lautete: "Tod und Verklärung" von Richard Strauß, "Kindertotenlieder" von Gustav Mahler (Anni Bernhards, Alt), vierte Sinfonie von Johannes Brahms.

Das Konzert wurde am 7. November in der Schauburg Buer wiederholt.

--

Donnerstag, den 7. November

Eine neue Poststelle wurde im Hause Küppersbuschstraße 40 eingerichtet, sie diente aber nur dem Verkauf von Briefmarken und der Annahme von Einschreibsendungen, Inlandspostanweisungen und Zahlkarten sowie Päckchen; Pakete mußten im Hauptpostamt aufgegeben werden.

--

Eine Kürzung der Treibstoffzuteilung gab dem Straßenverkehrsausschuß der Stadtverordnetenversammlung Veranlassung zu dem Beschluß, alle Fahraufträge einer Vorprüfung durch Sachkundige zu unterziehen.

Dazu wurden 6 Prüfstellen eingerichtet: Für Lebensmittel, Gemüse, Bauwirtschaft, Handel, Industrie und Arzneiversorgung. Alle Fahraufträge mußten 48 Stunden vor Ausführung der beabsichtigten Fahrt dem Straßenverkehrsamt vorgelegt werden, das die Vorprüfung durch die Prüfstellen veranlaßte. Diese reichten die Fahraufträge mit dem Prüfvermerk versehen dem Straßenverkehrsamt zurück. Die gesamte, dem Straßenverkehrsamt zugewiesene Treibstoffmenge wurde auf die einzelnen Bedarfsgruppen in Form eines Voranschlages nach festgestellten Kontingenten aufgeteilt.

--

Freitag, den 8. November

Zu den Kosten für die Instandsetzung von Wohnungen (Winterfestmachung) bei Durchführung des Notwohnungsprogramms im vergangenen Winter (15. November 1945 bis 31. März 1946) war ein Zuschuß zu erwarten.

Rechnungen über die Arbeiten von Bauarbeitern mußten an das städtische Baulenkungsamt bis zum 30. November eingereicht werden. Unter "Winterfestmachung" fielen aber nur einfachste Maurer-

arbeiten, Instandsetzung der Dächer, Instandsetzung von Fenstern und Türen und Verglasungen. Alle übrigen Arbeiten konnten als nicht in das Notwohnungsprogramm gehörig nicht mit Zuschüssen bedacht werden.

--

Samstag, den 9. November

Die "Westfälische Rundschau" veröffentlichte eine Unterredung mit dem Leiter des städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamtes, Assessor Meese, über die derzeitige Versorgungslage. Daraus ergab sich, das erst etwa 20 000 t Kartoffeln eingekellert werden konnten, während der Bedarf für die erste Hälfte der Einkellerungszeit einschließlich der Volleinkellerung der Bergleute 40 000 t betrug.

In der Brot- und Meherversorgung lebte Gelsenkirchen buchstäblich von der Hand in den Mund.

Von dem im August ergangenen Aufruf der Stadtverwaltung (s.S. 155 dieses Bandes), in den städtischen Wäldern und Anlagen Stubben zu roden, hatten von 54 Interessenten, die sich gemeldet hatten, erst 3 Gebrauch gemacht und mit dem Roden begonnen; bei der Schwere dieser Arbeit und der schlechten Ernährung kein Wunder.

--

Eine Haussammlung zugunsten des Westfälischen Blindenvereins fand am 9. und 10. November statt, und zwar durch die Angehörigen der freien Wohlfahrtsverbände.

Der Ertrag der Sammlung sollte vor allem dem Aufbau der Werkstätten und Heime in der Provinz Westfalen dienen, von denen 11 zerstört oder schwer beschädigt wurden, während nur 4 Heime erhalten blieben. Auch die Führerschule in Dortmund wurde schwer beschädigt. Die Sammlung erbrachte 51 923,34 RM.

--

Im "Schweizer Dorf" veranstaltete das "Schweizer Hilfswerk" im Kindergarten und in der Nähstube eine Ausstellung der in monatelanger freiwilliger Arbeit von Angehörigen der Caritas, des Roten Kreuzes, der Arbeiterwohlfahrt und der Volkshilfe sowie einigen Jugendgruppen angefertigten Sachen (warme Winterkleidung wie Pullover und Strick-Kleidchen, Strümpfe, Kinderwäsche, Spielzeug usw.).

--

Sonntag, den 10. November

Das kirchlich-religiöse Leben war in Gelsenkirchen nach dem Kriege recht aktiv geworden, hatte sich aber auch in viele kleine Gemeinschaften aufgespalten, die neben den beiden großen Konfessionen, den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden, mehr oder weniger starken Zuspruch hatten.

Außer dem Bund evangelischer Freikirchen, den Freien evangelischen Gemeinden und der Evangelischen Allianz waren es die

Sekten der Sabbatisten, der Mormonen ("Heilige der letzten Tage") und der Neuapostolischen. Feste Zusammenschlüsse hatten die aus Ostpreußen zugewanderten Familien in den Ostpreußisch-evangelischen Gebetsvereinen und in den Evangelisch-lutherischen Gebetsgemeinden. Starken Zulauf hatten der Christliche Verein junger Männer (CVJM) und der Jugendbund für entschiedenes Christentum (EC).

--

Die letzten noch bestehenden Einschränkungen im Post-, Telegramm- und Telefonverkehr zwischen der britischen und amerikanischen Zone wurden vom 10. November an aufgehoben.

Die Anordnung brachte Erleichterungen für die Zivilbevölkerung, die jetzt wieder Geld, Kleidung, Lebensmittel und andere Güter von einer Zone in die andere schicken konnte.

Im Geldverkehr traten folgende Dienste wieder in Kraft:

Postscheckdienst, Postanweisungen, Postaufträge und Nachnahmesendungen.

--

Die Ortsausschüsse des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes in Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop und Recklinghausen sowie die Industrieverbände des Regierungsbezirks Münster hielten in Herden eine Delegiertentagung ab, auf der die Gründung des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes für den Regierungsbezirk Münster beschlossen wurde.

Der Vorsitzende des vorbereitenden Arbeitsausschusses, Herr Jarreck (Buer) wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt.

--

Der MGV "Germania-Harmonie" veranstaltete unter der Leitung von Josef Schlangmann ein Konzert in der Aula der Mädchen-Mittelschule.

Auf dem Programm standen eine Auswahl der schönsten Schubert-Lieder.

Mitwirkende waren Arnold Merkelbach (Tenor) und Dr. Wilhelm Niemöller (am Flügel).

--

Mit der Erstaufführung von Webers "Freischütz" erspielte sich das "Neue Theater", das im Union-Theater ein vorläufiges Zuhause gefunden hatte, einen großen Erfolg, der in erster Linie der Gesangs- und Darstellungskunst von Irmgard Miebert zu danken war. Die musikalische Leitung hatte Karl Riebe.

--

Montag, den 11. November

Auch in der ersten Woche der 95. Zuteilungsperiode (11. - 17. November konnte Weißbrot nur an Kranke abgegeben werden; eine Belieferung der Kleinabschnitte mit Weißbrot war nicht möglich. Dagegen wurden die in der 94. Periode zurückgestellten Abschnitte jetzt aufgerufen. Brot durfte auch nicht auf Nährmittelabschnitte geliefert werden.

Die Nährmittelabschnitte für Erwachsene, Jugendliche und Kinder konnten in der 95. Periode zunächst nicht aufgerufen werden. Die Alterstufe der Erwachsenen begann von der 95. Zuteilungsperiode an erst mit dem vollendeten 20. Lebensjahr; die Alterstufe der Jugendlichen umfaßte nunmehr die 10 - 20-jährigen. Für die 95. Zuteilungsperiode blieb der tägliche Kalorienwert von 1 550 Kalorien bestehen. Es traten jedoch Verschiebungen in der Zuteilung einzelner Nahrungsmittel ein. Die Kartoffelzuteilung wurde von 8 000 auf 10 000 g erhöht, dagegen gab es statt 1 750 nur 1 500 g Nährmittel in der Periode. Die Fischzuteilung wurde von 750 auf 600 g gekürzt. Da die Brotversorgung immer noch unzureichend war, wurden in der ersten Woche der 95. Zuteilungsperiode auf jeden der 10 Kleinabschnitte für Brot 25 g Zucker und auf einen großen Brotabschnitt 750 g Trockenkartoffeln ausgegeben.

Mit Beginn der 95. Zuteilungsperiode wurde in Essen ein Hauptnährungsamt Ruhr eingerichtet, mit dem Zweck, eine gleichmäßige Versorgung des Ruhrgebietes mit Lebensmitteln sicherzustellen. Das neue Amt umfaßte die Gebiete der Ernährungsämter Duisburg, Essen, Oberhausen, Mülheim, Mörs, Dinslaken, Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck, Wanne-Eickel, Bochum, Wattenscheid, Dortmund, Herne, Castrop-Rauxel, Lünen, Witten, Hagen, Hamm, Unna und Recklinghausen.

--

Dienstag, den 12. November

Das Vestische Konservatorium in Buer gab ein Orchesterkonzert mit dem Städtischen Orchester in der Mädchen-Oberschule Buer. Die Leitung hatte Richard Heime. Solisten waren Ida Kayser-Insinger (Klavierkonzert B-Dur von Mozart) und Eusebius Kayser (Cello-Konzert von Tartini).

--

Im Stadttheater fand die Erstaufführung des Lustspiels "Jugendfreunde" von Ludwig Fulda statt.

--

Mittwoch, den 13. November

Das städtische Bauamt kämpfte mit allen Mitteln gegen die "Schwarzbauten".

Fast 100 Stilllegungen wurden wegen nichtgenehmigten Bauens angeordnet. Viele Bauherren freilich bauten trotzdem in der Dämmerung oder sogar im Dunkeln weiter. Die Baustoffe besorgten sie sich durch Kompensationsgeschäfte. Die Gewerkschaften forderten in immer deutlicher werdenden Entschließungen den rücksichtslosen Kampf gegen die Schwarzbauer, weil hierdurch Tausende von Ausgebombten und Flüchtlingen um ihr primitivstes Wohnrecht betrogen würden. Gegen die Geschäfts-, Kino- und Theaterbauten ("Theater des Westens") wandte sich auch eine Entschließung der Stadtverordnetenversammlung; sie verlangte dafür aktivste Förderung des Wohnungsbaues.

--

Das Militärgericht verurteilte wegen Unterlassung der Anzeige von Personen, von denen bekannt war, daß sie von Behörden gesucht wurden, und wegen wissentlich falscher Aussagen gegenüber Kriminalbeamten 5 Personen zu Gefängnisstrafen von 6 Wochen bis zu 4 Monaten.

-. -

Einen Selbstmordversuch unternahm ein 54 Jahre alter Fahrgast der Kanalfähre zwischen Bismarck und Erle. Er löste eine Sperrkette der Fähre, sprang ins Wasser und konnte, da er sich weigerte, die ihm zugeworfenen Rettungsringe zu ergreifen, nur mit Gewalt wieder aus dem Wasser geholt und dann der Polizei übergeben werden.

-. -

Donnerstag, den 14. November

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen nahm einstimmig folgende EntschlieÙung an, die einen Appell an das Weltgewissen darstellte angesichts der Lebensgefahr, in der ein Millionenvolk an der Ruhr sich befand:

"Angesichts der von Tag zu Tag wachsenden Not und Verzweiflung des Volkes an Ruhr und Rhein, das hungert und friert und an allem Lebensnotwendigen seit langem Mangel leidet, und im Hinblick auf den unmittelbar drohenden Zusammenbruch unserer Wirtschaft appelliert der Landtag von Nordrhein-Westfalen an den Kontrollrat und an das Gewissen der Welt, in letzter Stunde unter Berufung auf Naturrecht, Menschlichkeit und die Forderung führender Staatsmänner aller Siegermächte, schnellste Hilfe zu gewähren, bevor ein Millionenvolk zu Grunde geht. Bereit, wie bisher aus eigener Kraft alles zu tun, um in friedlicher Arbeit sich wieder ein normales Leben zu ermöglichen, fordert das deutsche Volk die freie Entfaltung seiner eigenen Kräfte und Fähigkeiten und als Grundlage aller Wiederaufbauarbeit die sofortige Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit des Reiches. Wenn nicht unverzüglich die Einfuhr von Lebensmitteln erheblich gesteigert wird, ist die Katastrophe unaufhaltsam. Darüberhinaus muß alles geschehen, um die einheimische Erzeugung von Nahrungsmitteln zu erhöhen. Ausreichende Mengen von Saatgut, Düngemittel und Geräten sind der Landwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Die inländische Produktion muß für das Reich einheitlich erfaßt und verteilt werden. Unerläßlich notwendig ist auch die sofortige Bereitstellung ausreichender Mengen Hausbrandkohlen. Der beabsichtigte Abbruch zahlreicher Industriewerke, soweit es sich nicht um Betriebe handelt, die nach ihrer ganzen Eigenart der Kriegsrüstung gedient haben, muß unterbleiben. Die in Aussicht genommenen Demontagen und Stilllegungen zerstören die wesentlichen Grundlagen der deutschen Wirtschaft und geben damit das deutsche Volk auf unabsehbare Zeit der Verelendung preis. Entschieden sollte nur der umfassende Plan im Einvernehmen mit den maßgebenden Stellen der deutschen Wirtschaft und der Gewerkschaften. Um die lähmende Ungewißheit der Wirtschaft und der Arbeiterschaft zu beseitigen, ist die unverzügliche Bekanntgabe sämtlicher Betriebe notwendig, deren Stilllegung und Demontage beabsichtigt ist.

Eine grundlegende Steigerung der Kohlenförderung ist nur möglich, wenn die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergleute wesentlich verbessert werden. Insbesondere ist für eine bessere Ernährung der Bergleute und ihrer Familien zu sorgen. Bedarfsgüter des täglichen Lebens sollten in ausreichender Menge bevorzugt an Bergleute geliefert werden. Die Überführung des Bergbaues in gemeinschaftliche Betriebsformen unter deutscher Leitung und Verantwortung ist notwendig.

Der Landtag erwartet, daß die Regierung des Landes alles unternimmt, was erforderlich ist, um die unerträgliche Not des Volkes zu lindern."

-. -

Um zu der Frage der Sonderschichten im Bergbau erneut Stellung zu nehmen, tagte in Bochum abermals eine Revierkonferenz der Bergarbeiter (Betriebsratsvorsitzende und Leiter der Schachtgruppen).

Es wurde beschlossen, daß die Belegschaften selbst in einer Urabstimmung am 16. November darüber entscheiden sollten, ob die Sonderschicht, von der die Militärregierung die Bereitstellung von Hausbrandkohlen abhängig gemacht hatte, verfahren werden sollten oder nicht. Die den Belegschaften vorgelegte Frage lautete: "Soll am Sonntag, dem 20. November, dem Sonntag am 29. November eine Sonntagschicht für die Hausbrandversorgung mit einem Sonntagszuschlag von 50 % gefahren werden?" Entscheidend sein sollte das Gesamtergebnis im Revier, nicht das Ergebnis der einzelnen Schachtanlagen.

Zu dieser Urabstimmung veröffentlichte der Vorstand der Gewerkschaften in der britischen Zone folgenden Aufruf an alle Bergarbeiter:

"Es ist ein Wettlauf um Eure Gunst entstanden. Kameraden, seid klug und laßt Euch nicht blenden! Die es stets aufrichtig mit Euch meinten, das sind Eure Gewerkschaftskameraden. Sie, selbst in tiefster Not, kennen auch Eure Nöte. Ihr Rat allein darf Euch gelten. Er geht dahin: Bleibt Eurer Bergmannstradition treu! Kameraden, Eure Abstimmung muß beweisen, daß in des Volkes tiefster Not der Arme zu dem Armen steht. Steht Ihr zu Euren Gewerkschaftskollegen, Euren Kameraden aus dem Aachener Steinkohlenrevier, dem Kölner Braunkohlengebiet und der Ostzone, die sich bereits für das Verfahren von freiwilligen Schichten entschieden haben, dann stimmt am Sonnabend mit Ja!"

-. -

Freitag, den 15. November

Die Stadtverordnetenversammlung wählte in ihrer zweiten (öffentlichen) Sitzung folgende Ausschüsse:

Haupt- und Finanzausschuß, Personalausschuß, Wirtschafts- und Ernährungsausschuß, Wohnungsausschuß, Bauausschuß, Betriebsdezernatsausschuß, Gesundheitsausschuß, Grundvermögensausschuß, Fürsorgeamtsausschuß, Straßenverkehrsausschuß, Volksbildungsausschuß und Ausschuß für Pflege der Leibesübungen; die Wahl von drei Schulausschüssen wurde zurückgestellt.

Um eine gerechte Verteilung der bewirtschafteten Verbrauchsgüter zu gewährleisten, wählte die Stadtverordnetenversammlung ferner einen Kontrollausschuß beim Hauptwirtschaftsamt aus 10 Personen und Kontrollausschüsse mit je 5 Personen bei den übrigen Wirtschaftsamtern. Die Mitglieder stammten aus allen Verbraucherkreisen und wurden von den politischen Parteien, den Gewerkschaften und den freien Wohlfahrtsverbänden vorgeschlagen; sie übten ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus.

Assessor Meese gab einen Überblick über den Stand der Ernährungslage in Gelsenkirchen, wobei er u. a. folgendes ausführte:

Bis jetzt konnten die laufenden Ansprüche zur Not erfüllt werden, aber es war immer ein Mühen von Tag zu Tag. Bei den gegenwärtigen Zuteilungen braucht Gelsenkirchen wöchentlich 61 t Fleisch, 39 t Fisch, 576 t Mehl, 30 t Fett, 175 t Gemüse, 201 hl entrahmte Frischmilch, 777 t Kartoffeln und 124 t Nahrungsmittel. Das alles beansprucht einen Transportraum von 132 Eisenbahnwaggons oder täglich 19 Waggons zu je 15 t. Eine Bevorratung sei dringend notwendig.

Die versprochenen 2 Zentner Einkellerungskartoffeln würden nicht voll geliefert werden können; der Handel würde aber angewiesen werden, an jeden Haushalt wenigstens 1 Zentner auszugeben, damit die laufende Versorgung gesichert sei. Aus den Kreisen Lübbecke, sowie Arhaus sei die Lieferungsverpflichtung zu fast 60 % erfüllt worden, dagegen aus den Kreisen Borken und Tecklenburg nur zu 44%, aus dem Kreise Minden nur zu 15 %. Wiederholt seien Kommissionen in die Lieferkreise entsandt worden, aber ohne rechten Erfolg, doch erwarte man aus den aus Holland für die britische Zone zugesagten 50 000 t Kartoffeln auch einen Teil für Gelsenkirchen. Die Brotversorgung stelle die Stadtverwaltung täglich vor neue Schwierigkeiten. Hier erwarte die Stadt dringend etwas aus dem in Rotterdam angekommenen 8 000 t Mehl. Nahrungsmittel könnten zur Zeit nur an Kinder ausgegeben werden. Die Einrichtung eines Haupternährungsamtes Ruhr in Essen habe die ersten Anzeichen einer kommenden guten Zusammenarbeit namentlich auf dem Gebiet der Versorgung mit Zucker und Biskuit erkennen lassen.

Die Stadtverordnetenversammlung stimmte ferner folgendem Antrag der SPD bezüglich der Bestrafung von Schwarzhändlern zu:

"Die bekannt gewordenen Gerichtsurteile gegen Schwarzhändler haben eine derart unverständliche Milde gegenüber den Verbrechern an der Allgemeinheit zum Ausdruck gebracht, daß die gesamte Bevölkerung über diese Urteile aufs höchste entrüstet ist. Sie verlangt schärfste Bestrafung und sofortige Entziehung der Handelsgenehmigung aller, die sich an den bewirtschafteten Verbrauchsgütern auf Kosten der hungernden und frierenden Volksgenossen bereicherten."

Die Stadtverordnetenversammlung faßte schließlich einstimmig noch folgende Entscheidung über die Notlage der Bevölkerung:

"Angesichts der von Tag zu Tag wachsenden Not und Verzweiflung des deutschen Volkes, insbesondere auch der Bevölkerung unserer Arbeiterstadt Gelsenkirchen, die hungert und friert und an allem Lebensnotwendigen seit langem Mangel leidet, und im Hinblick auf den unmittelbar drohenden Zusammenbruch unserer Wirtschaft appelliert die Stadtverordnetenversammlung der Arbeiterstadt Gelsenkirchen an den Kontrollrat und an das Gewissen der Welt, in letzter Minute schnellste Hilfe zu gewähren. Unerläßlich ist die sofortige Bereitstellung ausreichender Mengen von Hausbrandkohle.

Die Bevölkerung der Stadt Gelsenkirchen, die fast als reine Kohlenstadt anzusprechen ist, findet es unverständlich, auf Holzfeuerung angewiesen zu sein, während sie sozusagen auf der Kohle wohnt.

Wenn wir schon im Frieden hier im Westen drei Fünftel unserer Lebensmittel und Verbrauchsgüter einführen mußten, so ist jetzt die Lage um so kritischer, als wir zusätzlich die nach Hunderttausenden zählenden Ostflüchtlinge mit zu ernähren haben. Dazu kommt noch, das für diese von Hof und Heimat Vertriebenen zusätzlich noch Unterkunft geschaffen werden muß, obwohl wir für unsere ausgebombte Bevölkerung keinen Wohnraum zur Verfügung haben. Darum erachten wir es als höchste Pflicht, den Wohnungsbau zu fördern und nicht, wie es in letzter Zeit verschiedentlich geschehen ist, Bauten zu errichten, die nichts mit der Linderung der Wohnungsnot zu tun haben (Geschäfts-, Kino- und Theaterbau).

Eine nachhaltige Steigerung der Kohlenförderung ist nur möglich, wenn die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bergleute wesentlich verbessert werden. Vor allem muß für die Bergleute ausreichender Wohnraum geschaffen werden. Das große Unrecht der Rentenkürzung muß sofort wieder gut gemacht werden. Die Überführung des Bergbaues in gemeinwirtschaftliche Betriebsformen unter deutscher Leitung und Verantwortung würde die Leistungen der Bergarbeiter wesentlich steigern."

--

Kontrollausschüsse wie sie die Stadtverordnetenversammlung für den Bereich des Wirtschaftsamtbeschlusses beschlossen hatte, erschien dringend notwendig, um die Verteilung der wenigen zur Verfügung stehenden Bezugsmarken auch nur halbwegs gerecht durchführen zu können.

So standen dem Wirtschaftsamt im Stadtteil Buer im November nur 8 Herrenanzüge, 40 Paar Arbeitsschuhe, 300 Paar Sommerschuhe und 7 Paar Lederschuhe zur Verfügung; das war noch nicht einmal 1/2 % des notwendigen Bedarfs. Geradezu katastrophal stand es mit der Säuglingswäsche. Hier konnten für ganz Buer im November nur 12 Hemdchen und 35 Jäckchen ausgegeben werden. Demgegenüber standen Hunderte von Anträgen von wirklich bedürftigen Personen.

--

Samstag, den 16. November

Durch die Zerstörung des Hans-Sachs-Hauses und anderer städtischer Dienstgebäude war die Stadtverwaltung bis zu einem Grade zersplittert, daß das Aufsuchen einer städtischen Dienststelle für den Bürger ohne einen besonderen "Wegweiser" sehr schwierig war.

Einen solchen "Wegweiser durchs Rathaus" veröffentlichten die "Bekanntmachungen der Stadt Gelsenkirchen" in ihrer Ausgabe vom 16. November. Sein Studium war recht aufschlußreich für den Umfang der Kriegszerstörungen in der Stadt.

--

Einzelne Lehrgänge des städtischen Volksbildungswerks hatten einen solchen Zulauf zu verzeichnen, daß Hörerkarten wegen Erreichung oder Überschreitung der Höchstzahl an Teilnehmern nicht mehr abgegeben werden konnten.

So ging es bei folgenden Lehrgängen:

Einführung in das philosophische Denken, Sprecherziehung, Kopfzeichnen, Malen und Zeichnen nach der Natur, Schneiderlehrgang, Stenografie für Anfänger und Fortgeschrittene, Einführung in die Mathematik, Englisch für Anfänger und Fortgeschrittene und Spanisch für Anfänger.

--

Irmgard Miebert gab einen Lieder- und Arienabend in der Mädchen-Mittelschule; Begleiter am Flügel war Karl Riebe.

--

Sonntag, den 17. November

Eine Kunstaussstellung der Arbeitsgemeinschaft Buerscher Künstler wurde im Lesesaal der Stadtbücherei im Kaufhaus Weiser eröffnet. Die Eröffnungsansprache hielt Stadtdirektor Hammann, während ein einführender Vortrag des Redakteurs Gerhard Kill über die Künstler, ihre Persönlichkeit und das Wesentliche der ausgestellten Werke unterrichtete. Die Ausstellung dauerte bis zum 22. Dezember und zählte 1 230 Besucher.

--

Der Kirchenchor der Herz-Jesu-Gemeinde in Buer-Resse feierte sein Patronatsfest und zugleich sein 50-jähriges Bestehen.

--

Das "Theater des Westens" brachte als Erstaufführung das Märchen "Aschenputtel" von R. Bürkner.

--

Montag, den 18. November

Die Versorgungslage in Mehl hatte sich immer noch nicht gebessert.

Infolgedessen wurden auch in der zweiten Woche der 95. Zuteilungsperiode (18. - 24. November) die Kleinabschnitte der Lebensmittelkarten nicht beliefert, doch konnten, soweit Brot nicht in ausreichender Menge zur Verfügung stand, dafür Zucker und Trockenkartoffeln bezogen werden.

Wegen des verringerten Milchanfalls wurde die an Erwachsene und Jugendliche abzugebende Menge entrahmter Frischmilch von 0,875 l auf höchstens 0,5 l je Woche herabgesetzt. Buttermilch durfte nicht zusätzlich, sondern nur anstelle von entrahmter Frischmilch abgegeben werden.

--

Dienstag, den 19. November

Ein Raubmord ereignete sich im Stadtteil Horst. Gegen 18 Uhr erschienen in der Wohnung der Wilhelmine Notthoff, Industriestraße 96, drei Männer mit dem Vorgeben, Stoff kaufen zu wollen. Sie trafen jedoch Frau Notthoff nicht an, sondern nur deren Tochter Renate, den Spediteur Helmut Buckslage aus Karnap und die Ehefrau Wilhelmine Rautenberg aus Buer. An der Hand der Frau Rautenberg fielen den Männern zwei wertvolle Ringe auf, die sie sich zeigen ließen. Sie boten dafür eine größere Summe. Als Frau Rautenberg aber in den Verkauf nicht einwilligte, versuchten sie, unter Mitnahme der Ringe zu verschwinden. Der Spediteur und Frau Rautenberg wollten sie am Verlassen der Wohnung hindern. Einer der Männer zog darauf eine Pistole und gab mehrere Schüsse auf beide Personen ab, die schwer verletzt wurden; Spediteur Buckslage starb an den Folgen der Verletzungen. Die Täter konnten mit den beiden Ringen entkommen. Die Kriminalpolizei setzte für die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 3 000,-- RM aus.

--

Das "Stadttheater" spielte als Erstaufführung die Operette "Der Opernball" von Richard Heuberger.

--

Mittwoch, den 20. November

Die Post setzte innerhalb der britischen Zone und im Verkehr mit der amerikanischen Zone das Höchstgewicht für Pakete auf 20 kg herauf.

--

Die Spareinlagen bei den Sparkassen und Banken nahmen laufend ab, indessen nicht wegen einer erwarteten Geldentwertung, die Abhebungen - meist in kleineren Beträgen - erfolgten vielmehr, um den ständig teurer werdenden Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Gerüchteweise war zwar von einer Abwertung die Rede, mehr aber noch von den kommenden Weihnachtszuteilungen. Die Vorschläge, die die Regierung dafür der Militärregierung gemacht hatte, wurden aber im Volke nicht durchweg gut geheißen. Statt des vom Regierungspräsidenten vorgeschlagenen Bohnenkaffees wünschte man sich lieber Fett und sonstige eßbare Sachen.

--

Einen Hilferuf zu Gunsten der durch den Holzeinschlag für die Gewinnung von Brennholz bedrohten Wälder richteten der Sauerländische Gebirgsverein und der Westfälische Heimatbund an die Öffentlichkeit.

Das Ausmaß des verlangten Brenn- und Nutzholzes lasse schwerste Schäden befürchten. Insbesondere wurde dringend gebeten,

die unter Naturschutz stehenden Bäume und Baumgruppen nicht ohne Genehmigung der Naturschutzbehörde einzuschlagen.

--

In der Mädchen-Mittelschule fand der erste Kammermusikabend des Städt. Orchesters statt; er wurde am 21. November in der Mädchen-Oberschule Buer wiederholt.

Das Van-Essen-Quartett (Köln) spielte Beethovens Streichquartett in Es-Dur (op. 127) und Bruckners Streichquartett in F-Dur.

--

Donnerstag, den 21. November

Zu gesetzlichen Feiertagen wurden in der britischen Zone neben den Sonntagen folgende Tage erklärt:

Neujahrstag, Karfreitag, Ostermontag, 1. Mai (als "Tag des Friedens, der Arbeit und der Völkerverständigung"), Himmelfahrtstag, Pfingstmontag, Bußtag, 1. und 2. Weihnachtstag, nicht dagegen Dreikönigstag, Fronleichnam und Allerheiligen.

--

In der Urabstimmung unter den Belegschaften der Schachtanlagen des Ruhrgebietes wurden die Sonderschichten zur Hausbrandversorgung mit einer Mehrheit von etwa 85 % abgelehnt.

Daraufhin sperrte die North German Coal Control mit Verfügung vom 21. November vorläufig alle Hausbrandmengen in Steinkohlen, Koks und Braunkohlenbriketts. Als Hausbrand wurden nur Kohlen minderer Qualität, die von der Industrie nicht gebraucht werden konnten, ausgegeben.

Die Berarbeiterschaft des rheinischen Braunkohlenreviers erklärte sich allerdings zur Leistung von Sonderschichten bereit, falls der Ertrag dieser Schichten ausschließlich der deutschen Zivilbevölkerung als Hausbrand in ausreichender Menge zur Verfügung gestellt würde.

Nach der ablehnenden Haltung der Ruhrbergarbeiter gegenüber den Sonderschichten war man in Kreisen der Nichtdeputatkohlenempfänger gespannt darauf, was die Militärrgierung in der Frage der Hausbrandversorgung unternehmen werde. Als Grund für die Ablehnung der Sonderschichten spielte auch der Umstand mit, daß bezugsberechtigte Empfänger statt Kohlen Holz erhalten sollten, das sie sich zu dem in 25 - 30 km Entfernung selbst schlagen und selbst nach hier transportieren mußten. Man sah dem Winter mit banger Sorge entgegen, zumal man nicht einzusehen vermochte, daß nicht einmal im Ruhrgebiet genügend Kohlen für den Hausbrand zur Verfügung standen.

--

Freitag, den 22. November

Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn mußte den Betrieb auf den Linien 4 (Hüllen - Steele) und 24 (Heßler - Ückendorf) einstellen, da es der Betriebsleitung trotz aller Bemühungen nicht gelungen war, Glühbirnen in genügender Zahl zu beschaffen.

Die Direktion teilte weiter mit, daß sie, falls in absehbarer Zeit keine neuen Lieferungen an Glühbirnen eingingen, gezwungen sei, den ganzen Betrieb während der Dunkelheit aus Gründen der Verkehrssicherheit einzustellen.

--

Die Vestische Straßenbahn nahm den Verkehr auf der Strecke Buer - Scholven - Gladbeck (Bahnhof Ost) wieder auf. Wegen Wagenmangels konnte der Verkehr jedoch nur stündlich erfolgen. Aus betriebstechnischen Gründen wurde die Linie 11 mit der Linie 15 vereinigt; die neue Linie erhielt die Bezeichnung Linie 15.

--

Die Bezugsrechte für Fahrräder, Fahrradbereifungen und -beleuchtungen, über die das Wirtschaftsamt verfügte, standen in keinem Verhältnis zum Bedarf; sie waren in kurzer Zeit restlos ausgegeben.

Bei der großen Zahl der vorliegenden Anträge sah sich das Wirtschaftsamt außerstande, jeden Antragsteller schriftlich zu benachrichtigen. Der Oberstadtdirektor verfügte daher in einer Bekanntmachung, daß alle bisher unberücksichtigten Anträge als abgelehnt gelten. Neue Anträge konnten in beschränktem Umfang und nur unter der Voraussetzung eines dringenden Bedarfs erst wieder vom 1. Dezember an entgegengenommen werden.

--

Samstag, den 23. November

Seinen 80. Geburtstag feierte bei seiner Tochter in der Arendtstraße Franz Werkert; er stand über 40 Jahre an der Spitze des Musiklebens der Stadt Bochum und hatte sich als Orchesterdirigent durch bedeutsame Aufführungen auch in Gelsenkirchen einen Namen gemacht.

--

Am 23. November starb der Studienrat i.R. Professor August Hiltenkamp.

--

Bilder und Beschreibungen der Gelsenkirchener Wohnungsnot veröffentlichte die "Westfälische Rundschau" in ihrer Ausgabe vom 23. November unter der Überschrift "Schaffende Menschen im tiefen Elend".

--

Um auch die Küchenabfälle zur Viehfütterung auszunutzen, wurden sie - zunächst versuchsweise im Stadtbezirk Rotthausen - an Montagen und Donnerstagen (Tage nach der Müllabfuhr) abgeholt.

--

Sonntag, den 24. November

Die Regierung von Nordrhein-Westfalen beschloß, den Totensonntag (24. November) in diesem Jahre als stillen Gedenktag für alle Männer, Frauen und Kinder zu begehen, die durch das nationalsozialistische Regime und den Hitler-Krieg zu Tode gekommen waren.

--

Am Gedenktag für die Opfer des Hitler-Krieges veranstaltete der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands im "Theater des Westens" einen Vortrag der ehemaligen KZ-Insassin Fräulein Hebermann (Münster) über das Thema: "Die Frau im KZ".

In der musikalischen Umrahmung des Vortrages wirkte das "Quartett junger Künstler" mit.

--

Am Totensonntag sang der Gelsenkirchener Konzertverein unter der Leitung von Arnold Merkelbach in der evangl. Kirche Ükendorf Mozarts Requiem.

Mitwirkende waren:

Margot Müller, Hagen (Sopran), Maria Nölle, Recklinghausen (Alt), Hubert Westendorf, Coesfeld (Tenor), Hans Kunz, Solingen (Baß) und das Städt. Orchester Gelsenkirchen.

--

Der Kirchenchor St. Ludgeri in Buer sang am Totensonntag in der Schauburg Buer unter der Leitung von Franz Röttger das Requiem von Cherubini, unter der Mitwirkung des Städt. Orchesters Gelsenkirchen.

--

In der Aula der Mädchen-Mittelschule fand unter starker Beteiligung der Oberschulen das erste Jugendkonzert nach dem Kriege statt.

Der Kammerchor Eugen Klein sang alte und neue Volkslieder. Als Solisten wirkten mit: Anneliese Höfer (Sopran) und Hans Schlebusch (Bariton).

--

Der Tenor Hans Tolksdorf gab in der Schauburg Buer einen Liederabend; am Flügel begleitete ihn Alfred Berghorn.

--

In der Katholischen Vortragsgemeinschaft Horst sprach Universitätsprofessor Dr. Günter Küchenhoff über das Thema: "Christentum und Recht".

--

In dem ersten Turnier des neugegründeten Schachkreises Buer in Erle stellten sich 48 Schachspieler der Turnierleitung zum Kampf.
Kreismeister wurde Zienau (Beckhausen).

--

Im Werksgasthaus der Zeche Dahlbusch fand die Gründungsversammlung des Siedlervereins Dahlbusch statt (s.S. 197 dieses Bandes).

Prokurist Lottner konnte dabei mitteilen, daß sich bereits 132 Siedler gemeldet hätten.

--

Montag, den 25. November

Die Tatsache, daß zahlreiche evangelische Kirchengemeinden der Stadt, deren Gotteshäuser im Kriege zerstört worden waren, sich mit Plänen für den Wiederaufbau beschäftigten, veranlaßte Superintendent Kluge, in einer besondern Veranstaltung Gelegenheit zu einer Aussprache über das Wesen des evangl. Kirchbaues zu geben.

Zu diesem Zwecke sprach in einer Versammlung von Pfarrern, Presbytern und Baufachleuten aus den evangl. Kirchengemeinden der Stadt der Vorsitzende des Amtes der Evangelischen Kirche von Westfalen für Kirchbau und kirchliche Kunst, Pfarrer Dr. Paul Girkon (Soest), über das Wesen des evangelischen Kirchbaues.

--

Dienstag, den 26. November

Unterschlagungen in der Kartenstelle 18 des Ernährungs- und Wirtschaftsamtes an der Hagenstraße in Buer-Mitte fanden jetzt ihre gerichtliche Sühne.

Hauptangeklagte war eine 24 Jahre alte Angestellte der Kartenstelle. Sie unterschlug rund 2 000 Lebensmittelkarten, die sie gegen insgesamt 18 000 bis 20 000 englische Zigaretten und mehrere Zentner Bohnenkaffee bei Bekannten umsetzte, die ihrerseits für den weiteren Verkauf auf dem Schwarzen Markt sorgten. Der Dienststellenleiter der Kartenstelle, ein Stadtobersekretär, ließ sich, statt seine Aufsichtspflicht ernst zu nehmen, täglich mit englischen Zigaretten und Bohnenkaffee traktieren.

Auch die übrigen Angestellten der Kartenstelle feierten die Feste mit wie sie fielen. Der Staatsanwalt beantragte gegen die Hauptangeklagte eine hohe Zuchthausstrafe, gegen die Mitangeklagten längere Gefängnisstrafen.

Das Urteil fiel wesentlich milder aus. Allen Angeklagten wurden mildernde Umstände zugebilligt. Die Angestellte der Kartenstelle erhielt 2 1/2 Jahre Gefängnis und 2 000 RM Geldstrafe, der Stadtobersekretär 2 Jahre Gefängnis und 5 000 RM Geldstrafe; die übrigen Strafen bewegten sich zwischen einem Jahr 9 Monaten Gefängnis und 2 000 RM Geldstrafe bis zu 5 Monaten Gefängnis und 300 RM Geldstrafe.

-. -

Mittwoch, den 27. November

Von vielen Seiten wurde die Tätigkeit der Entnazifizierungsausschüsse starker Kritik unterzogen.

Man glaubte mit Mißfallen Fälle zu bemerken, in denen Hauptausschuß und Unterausschuß einstimmig gegen die Entnazifizierung einer Person gestimmt hatten, während der Berufungsausschuß ebenso einstimmig die Entnazifizierung ausgesprochen hatte. Der Glaube an eine Gerechtigkeit bei der Entnazifizierung war zumindest stark erschüttert. Man verwies dabei auch auf die Verfahren vor den Spruchkammern in der amerikanischen Zone, deren unbefriedigte Arbeit die scharfe Kritik des stellvertretenden Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland, General Cley, gefunden hatte.

-. -

Donnerstag, den 28. November

Um den Verpflegungssatz für die Bergarbeiter auf 4 000 Kalorien täglich halten zu können, erfolgten aus der amerikanischen Zone größere Lebensmittelsendungen ins Ruhrgebiet. Für jede Zuteilungsperiode war die Lieferung von 976 t Brot, 18 000 t Kartoffeln, 526 t Fleisch, 1 000 t Gemüse sowie weitere Lieferungen von Fett, Nahrungsmitteln und Käse vorgesehen.

-. -

Der Haupt- und Finanzausschuß gab Richtlinien für die Arbeit der Kontrollausschüsse beim Hauptwirtschaftsamt und den Wirtschaftsämtern der Stadt sowie für die Preisausschüsse bei der Preisbehörde bekannt.

Der Hauptkontrollausschuß für das Wirtschaftsamt bestand aus 10 von der Stadtvertretung ernannten Personen, die 24 Ausschüsse der Kartenstellen aus je fünf Personen. Sie hatten die Aufgabe, bei der Verteilung aller bewirtschafteten Verbrauchsgüter mitzuwirken. Zu diesem Zwecke wurde der Kontrollausschuß beim Hauptwirtschaftsamt vor jeder Verteilung von Bezugsausweisen auf einzelne Verbrauchergruppen und auf die Kartenstellen gehört. Zum Zwecke einer gerechten Verteilung der vorhandenen Bezugsausweise mußte auf Verlangen die Karteikarte des Antragstellers dem Kontrollausschuß vorgelegt werden.

Jeder beim Wirtschaftsamt eingehende Antrag auf Zuteilung eines Bezugsrechtes war dem zuständigen Kontrollausschuß vorzulegen; dieser entschied über die Bedürftigkeit des Antragstellers und die Dringlichkeit des Antrages. Der Kontrollausschuß beim Hauptwirtschaftsamt hatte ferner die Aufgabe, bei der dem Wirtschaftsamt obliegenden Überwachung und Kontrolle des Handels mitzuwirken.

Aufgabe der Preisausschüsse war es, die Preisgestaltung in Lebensmittelgeschäften und, soweit erforderlich, in Einzelhandelsgeschäften, die Gebrauchsgegenstände des täglichen Bedarfs feil hielten, zu beobachten, Anzeigen über Preisverstöße entgegenzunehmen und an die Preisbehörde weiterzuleiten, Maßnahmen zur Bekämpfung von Preisverstößen vorzuschlagen, die Preisbehörde über unerwünschte Preisvorgänge zu unterrichten und die gesammelten Erfahrungen zur Sprache zu bringen. Es wurde ein Preisausschuß für den Lebensmittelhandel, einer für den übrigen Handel und einer für Handwerk und Gewerbe gebildet. Diese Preisausschüsse setzten sich aus je vier Vertretern der politischen Parteien, je drei Vertretern der Gewerkschaften sowie einem bis drei Vertretern aus Handel, Handwerk und Gewerbe zusammen.

-.-

Freitag, den 29. November

Die Emschergenossenschaft hatte einen großen Nachholbedarf zu bewältigen, um die Bergsenkungsschäden wieder zu beheben. Zu diesen Arbeiten gehörte auch die Hebung der Bachsohle des Hüller Baches, die jetzt in Angriff genommen wurde.

-.-

Der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn wurden 200 Glühbirnen freigegeben, damit sie ihren Verkehr auch während der Dunkelheit aufrecht erhalten konnte (s.S. 194 dieses Bandes).

-.-

Samstag, den 30. November

Am 30. November und 1. Dezember wurde eine Straßen- und Haussammlung für die Winterhilfe veranstaltet, um im bevorstehenden Winter die ungeheure Not in der Bevölkerung lindern zu helfen.

Die Sammlung wurde von den freien Wohlfahrtsverbänden durchgeführt. Oberbürgermeister Geritzmann und Frau Zingler (im Namen der Arbeitsgemeinschaft der freien Wohlfahrtsverbände) erließen dazu folgenden Aufruf an die Bevölkerung:

"Um auch in dem bevorstehenden Winter die ungeheure Not unter unseren Mitbürgern mildern zu helfen, soll eine Straßen- und Haussammlung für die Winternothilfe veranstaltet werden. Es wird deshalb zu reichlichen und freudigen Spenden aufgerufen. Insbesondere ist die Hilfe für unsere Kinder notwendig, damit sie nicht noch weiter gesundheitlichen Schaden erleiden. Hilfe ist auch für Alte und Sieche erforderlich. Die Sammlung wird am 30. November und 1. Dezember durch die Träger der freien Wohlfahrtsverbände: Caritas, Innere Mission, Arbeiter-Wohl-

fahrt, Volkshilfe und das Deutsche Rote Kreuz durchgeführt. Die Sammeltage sollen der gesamten Bevölkerung Gelegenheit geben, ein Opfer für alle Bedrängten und in Not geratenen zu bringen. Gebt deshalb mit freudigem Herzen in dem Bewußtsein, einem sozialen Werk geholfen zu haben!"

Die Sammlung erbrachte in Alt-Gelsenkirchen 27 537,70 RM, in Gelsenkirchen-Buer und -Horst 27 850,05 RM, in der Gesamtstadt: 55 387,75 RM.

-. -

Im November stieg die Zahl der Förderschichten im Ruhrkohlenbergbau von 198 000 auf 206 000 an.

Die Tagesförderung überschritt den normalen, seit vielen Monaten geltenden Satz von 180 000 t und strebte der 200 000-t-Grenze zu; eine Spitzenleistung wurde am 27. November mit 198 038 t erreicht.

Die kürzlich beschlossenen Lohnerhöhungen im Bergbau wurden jetzt durch die von der Militärregierung genehmigte Veröffentlichung der betreffenden Tarifverordnungen bestätigt. Die Militärregierung wünschte, daß die höheren Löhne rückwirkend vom 1. November an noch vor Weihnachten ausgezahlt werden sollten.

-. -

Sonntag, den 1. Dezember

Im November gelangten 184 Einbrüche, 84 Viehdiebstähle, 243 Fahrraddiebstähle, rund 100 Lebensmittelkartendiebstähle und 782 sonstige Diebstähle, insgesamt also über 1 400 Eigentumsdelikte, zur Kenntnis der Gelsenkirchener Polizei.

-. -

Für die Zeit vom 1. Dezember 1946 bis 31. März 1947 wurden die Verkaufs- und Öffnungszeiten im Einzelhandel, im Handwerk und in den Apotheken neu festgesetzt.

Mindestöffnungszeiten waren von 8,30 bis 12,30 und von 14,00 bis 17,00 Uhr; während dieser Zeit bestand die Pflicht zur Offenhaltung. Die verhältnismäßig frühe Schließung der Geschäfte war durch die Stromknappheit bedingt.

-. -

in den Lagerhallen Elsner in der Hiberniastraße fand eine große Geflügelschau des Kreisverbandes Gelsenkirchen - Buer - Horst der Geflügelzüchtervereine statt.

Die 13 angeschlossenen Vereine hatten 203 ihrer besten Tiere aus 30 verschiedenen Rassen ausgestellt. Die gut besuchte Ausstellung war ein Beweis dafür, daß die Geflügelzucht in Gelsenkirchen sich trotz aller Schwierigkeiten wieder im Aufbau befand.

-. -

Die Kreisversammlung der CDU wählte an Stelle des scheidenden Vorsitzenden Apotheker Butz, Herrn van de Sand zum Kreisvorsitzenden; seine beiden Stellvertreter wurden Herr Erkelenz und Fräulein Freienstein.

Weiter wurden gewählt Herr Reuter als Kreisgeschäftsführer, Herr Ehlerding als Kassierer, die Herren Komesker, Lottner, Löbbert und Schönemann als Beisitzer. Die Kreisversammlung faßte eine EntschlieÙung zur Siedlungsfrage, in der es u.a. hieß:

"Die CDU fordert eine soziale Bodenreform und erwartet die Zurverfügungstellung von werkseigenem Gelände als Bauland für Siedlungszwecke an Werksangehörige ... Das Gelände des Flugplatzes Buer ist für eine moderne Stadtrandsiedlung besonders geeignet und für diesen Zweck aufzuschließen, zu parzellieren und an geeignete Siedler zu verpachten ... Kinderreiche Familien sowie schwer Kriegsbeschädigte, total Ausgebombte und Heimatvertriebene sind bei der Zuteilung von Siedlerstellen zu bevorzugen. Bei der Neuplanung des Stadtgebietes und der damit verbundenen Umlegung der Grundstücke ist nach sozialen Gesichtspunkten zu verfahren und ein gerechter Ausgleich zu schaffen. Für die Umlegung ist ein besonderer Ausschuß aus allen Parteien zu bilden, dem auch jeder Verkauf von Grundstücken untersteht, damit Grundstücksspekulationen vermieden werden. Ein besonderes Augenmerk ist auf die Baulenkung und die Bewirtschaftung der Baustoffe zu richten ... Der Stadtverwaltung müssen weitgehende Rechte zur Bestrafung eingeräumt werden, um bössartige Bausünder von der Durchführung nicht genehmigter Bauvorhaben abzuhalten. Die zur Verfügung stehenden verhältnismäßig geringen Mengen an Baustoffen müssen der Allgemeinheit zukommen und dürfen nicht im Schwarzhandel an besonders interessierte Kreise verkäuflich sein. Ebenfalls ist eine scharfe Überwachung der Baustoff-Produktionsstätten zu schaffen, die jeden Schwarzhandel unmöglich macht."

--

Mit banger Sorge sah die Bevölkerung den Wintermonaten entgegen.

Die Wohnungsverhältnisse waren immer noch katastrophal. Es wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß die amtlichen Stellen nichts unternahmen, um die Not der vielen Familien, die noch in naßkalten Kellern und ähnlichen Unterküften hausten, zu lindern. Die Bevölkerung machte den maßgebenden Stellen den Vorwurf, diesen dringenden Problemen zu wenig Beachtung zu schenken. Man sollte lieber Gasthäuser schließen und sie zu Wohnungen machen.

Die mangelhafte Kohlenversorgung und das Fehlen von Winterkleidung, besonders von Schuhzeug, waren weitere Klagepunkte. Es waren keine Einzelfälle mehr, daß jemand nur noch ein Paar Schuhe besaß, die dazu noch schadhafte und nicht mehr wetterfest waren. Besonders traf das auch auf Schulkinder zu.

Eine der größten Sorgen war die mangelhafte Zuteilung von Brennstoffen. Die Folgen davon waren zunehmende Plünderungen von Kohlenzügen und Abholzen von Baumbeständen in den städtischen Grünanlagen. Man setzte in dieser Beziehung große Hoffnungen auf die Militärregierung, die jedoch noch keine entscheidenden Vorkehrungen getroffen hatte.

Wegen der schlechten Ernährungslage machte sich die Verbit-
terung gegenüber der Militärregierung breit, weil alle Ver-
sprechungen bisher nur zum Teil oder gar nicht eingehalten
worden waren.

--

Montag, den 2. Dezember

Vom 2. Dezember an erfuhr der Reiseverkehr in der britischen
Zone eine Reihe von Einschränkungen; davon wurden auch D-Züge
betroffen.

Der Grund war nicht nur Kohlenknappheit, sondern auch Mangel
an Lokomotiven, erhöhte Anforderungen im Güterzugsdienst, un-
zureichende Reparaturmöglichkeiten und Personalmangel.

--

Ein am 2. Dezember von dem USA-Außenminister James F. Byrnes
und dem britischen Außenminister Ernest Bevin unterzeichnetes
Abkommen sah den vollen wirtschaftlichen Zusammenschluß der
britischen und der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands
vor.

Er sollte am 1. Januar 1947 in Kraft treten. Die Bevölkerung
und namentlich Wirtschaftskreise setzten darauf große Hoffnun-
gen.

--

Wegen der weiterhin angespannten Versorgungslage in Brot und
Nährmitteln wurden in der 4. Woche der 95. Zuteilungsperiode
die Kleinabschnitte der Lebensmittelkarten für Erwachsene,
Jugendliche und Kinder zunächst wiederum nicht beliefert, son-
dern erst eine spätere Belieferung vorgesehen.
Auf die Brotabschnitte konnte Zucker bezogen werden.

--

Das Stadt. Gesundheitsamt ließ wieder regelmäßig Beratungs-
stunden in der Geisteskranken- und Psychopathen-Fürsorge
durch einen Psychiater der Provinzial-Heilanstalt abhalten.
Durch diese enge Zusammenarbeit zwischen Anstalt und offener
Fürsorge konnte in vielen Fällen die Behandlung in geschlos-
senen Anstalten vermieden werden, auf der anderen Seite aber
auch die rechtzeitige Aufnahme in eine Anstalt gewährleistet
sowie Beurlaubung und frühe Entlassung bei ständiger Beobach-
tung ermöglicht werden.

--

Einen Lieder- und Rezitationsabend gaben in der Mädchenmittel-
schule Helmut Krebs (Tenor) und Lydia Jaeger (Stadt. Bühnen
Düsseldorf), beide früher Gelsenkirchen.
Das Programm verzeichnete Lieder von Armin Knab, Helmut Krebs
(Uraufführungen), Weismann, Schubert und Wolf sowie Dichtungen
von Goethe und Rilke sowie nordische und französische Balladen.
Am Flügel begleitete Karl Riebe.

--

In der Gesellschaft für Literatur und Kunst in Buer sprach Dr. Bechthold (Essen) über das Thema:
"Der Entwicklungsgedanke im Licht der modernen Biologie".

-. -

Dienstag, den 3. Dezember

Der Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes, Graf Bernadotte, weilte anlässlich eines viertägigen Aufenthalts im Industriegebiet auch zwei Tage in Gelsenkirchen.

In Begleitung von Hauptmann Hjelmberg besuchte er die Schwedenküche in der Freiluftschule, die Schulspeisungen in der Josefschule sowie das im Bunker an der Arminstraße untergebrachte Ev. Krankenhaus.

Lebhaftes Interesse bekundete der Graf auch für den Wiederaufbau des Ev. Krankenhauses an der Robert-Koch-Straße. Das fand seinen sichtbaren Ausdruck in späteren namhaften Spenden des schwedischen Roten Kreuzes für die Innenausstattung des Krankenhauses, wobei die Säuglingsstation fast ganz aus solchen Spenden eingerichtet werden konnte. Als Dank für diese hochherzigen Spenden trug die Station fortan den Namen "Schweden-Station".

-. -

Die Einrichtung eines neuen Fernsprechanchlusses war nach wie vor eine sehr schwierige Angelegenheit. Das zur Zeit in Alt-Gelsenkirchen in Betrieb befindliche Aushilfswählamt war überlastet und der Zeitpunkt für die Einschaltung des im Aufbau begriffenen neuen Wählervermittlungsamtes, das für 2 000 Teilnehmer Anschlußmöglichkeiten bieten sollte, lag frühestens am 1. März.

-. -

Im Einvernehmen mit der Militärregierung verbot das Hauptnährungsamt Ruhr die Herstellung und den Verkauf von Butterkremtorten.

-. -

In einer erweiterten Vorstandssitzung des Verkehrsverbandes "Industriebezirk" in Essen teilte Reichsbahndirektionspräsident Dr. Sticht mit, daß der Plan einer direkten Zugverbindung Gelsenkirchen - Bochum jetzt Wirklichkeit werden solle. Die Bahn solle von Bochum-Nord über Gelsenkirchen-Wattenscheid und die Rangierstrecke der Rheinelbebahn im großen Bogen zum Rangierbahnhof und von dort nach Gelsenkirchen-Hauptbahnhof führen. Hier sollte der Zug an der erhöhten Rangierrampe vorbeigeleitet und dann an den Bahnsteig zurückgedrückt werden. Der Verkehr sollte in etwa drei Monaten aufgenommen werden.

Es gehört zur Ironie der Weltgeschichte, und in diesem Falle im besonderen der Eisenbahngeschichte, daß dieser Plan zu der Zeit, als diese Chronikseite geschrieben wurde (im April 1960), immer noch nicht verwirklicht war.

-. -

Im Stadttheater fand die Erstaufführung von "Hanneles Himmelfahrt", Traumdichtung von Gerhard Hauptmann, statt

-. -

Mittwoch, den 4. Dezember

Alle Anträge auf Zuteilung von Fahrrädern, Fahrradbereifungen und -beleuchtungen wurden, soweit sie bis jetzt nicht berücksichtigt wurden, für ungültig erklärt. Neue Anträge konnten in Zukunft nur in beschränkter Zahl bestellt werden. Alle Anträge wurden von den von der Stadtvertretung gewählten Kontrollausschüssen bearbeitet.

-. -

Nach langwierigen Bemühungen gelang es der Stadtverwaltung, einige Firmen der Bekleidungsindustrie in Gelsenkirchen anzusiedeln.

Es handelt sich um Betriebe für Damen- und Herrenoberbekleidung sowie für Berufskleidung. Die Produktion sollte im Januar 1947 mit rund 1 000 Arbeitskräften anlaufen, die aus den Kreisen der bisher unbeschäftigten Frauen und Mädchen sowie der Kriegsbeschädigten und Frühinvaliden aus dem Bergbau und der Schwerindustrie genommen werden sollten. Die neuen Betriebe wurden zunächst notdürftig in vorhandenen Gebäuden untergebracht. Die Stadtverwaltung erreichte es jedoch, im Stadtinneren ein größeres Gelände aufzuschließen, das sie im Erbpachtwege an Interessenten abgab. Schwierig war die Aufgabe, den zugezogenen Fachkräften Wohnungen zu besorgen, um dadurch das reibungslose Funktionieren der jungen Industrieunternehmungen zu gewährleisten. Durch diese Neuansiedlung von Firmen der Bekleidungsindustrie versprach das Gelsenkirchener Wirtschaftsleben, das bisher einseitig auf der Grundlage von Kohle und Eisen, Glas und Chemie aufgebaut war, vielseitiger und damit krisenfester zu werden. Der Stadt wurden neue Steuerquellen erschlossen und viele konnten in den neuen Betrieben Arbeit und Brot erhalten.

-. -

Ein Bäckermeister an der Bochumer Straße wurde wegen unberechtigten Verkaufs von 160 Broten zu Überpreisen zu 3 Monaten Gefängnis, wegen Ankaufs von Schweinen zu Überpreisen zu 400,-- RM Geldstrafe und wegen des An- und Verkaufs eines Pferdes ohne Schlußschein zu 1 000,-- RM Geldstrafe verurteilt. Außerdem wurde auf Schließung des Geschäftes für die Dauer von 2 Jahren erkannt und dem angeklagten Bäckermeister der Verkauf von Brot und Backwaren für den gleichen Zeitraum untersagt.

-. -

Wegen unbefugten Wohnungswechsels verurteilte das Militärgericht einen Angeklagten zu 5 Monaten Gefängnis mit Bewährungsfrist, eine weitere Angeklagte zu 4 Wochen Gefängnis, weil sie unbefugt einer anderen Person, die nicht im Besitze einer Wohnungswechselgenehmigung war, in ihrer Wohnung Aufenthalt gewährt hatte.

Der Oberstadtdirektor nahm solche Verurteilungen zum Anlaß, die Bevölkerung eindringlich vor unbefugtem Wohnungswechsel zu warnen.

-. -

Im Gesellenhaus Horst gab das Städt. Orchester sein erstes Orchesterkonzert in Horst unter der Leitung von Richard Heime.

Programm: Ouvertüre zu "Euryanthe" von C.M. von Weber, Violinen-Konzert von Mendelssohn (Solistin: Neni Zörb) und 5. Sinfonie von Tschaikowsky.

-. -

Donnerstag, den 5. Dezember

Der Bauausschuß, der den Stadtverordneten Enke einstimmig zu seinem Vorsitzenden wählte, nahm einen Bericht über den Stand der vordringlichen Baumaßnahmen entgegen.

Danach wurde der Stadt für die Instandsetzung von Wohnungen ein Baustoffkontingent zugeteilt, aus dem im letzten Vierteljahr 1946 587 leichtbeschädigte Bergarbeiterwohnungen und 387 schwerbeschädigte Wohnungen instandgesetzt werden sollten. Für den zivilen Sektor war die Instandsetzung von 320 leichtbeschädigten Wohnungen und 80 schwerbeschädigten Wohnungen vorgesehen. Der Möglichkeit der Ausführung dieser Arbeiten stand aber der niedrige Durchschnittswert der für eine Wohnung festgelegten Baustoffmengen, der Mangel an Bauarbeitern und an Treibstoffen hemmend im Wege, so daß die wirkliche Anzahl der instandgesetzten Wohnungen hinter dem Soll wesentlich zurückblieb.

Die Militärregierung hatte aber Anweisung gegeben, das für die Instandsetzung von Bergarbeiterwohnungen vorgesehene Bauprogramm unter allen Umständen durchzuführen und dafür eventuell andere bereits genehmigte Bauvorhaben stillzulegen. Ferner erhielt die Siedlungsgesellschaft "Neue Heimat" die Baugenehmigung für 140 Bergarbeiterwohnungen in der Resser Mark (frühere Robert-Ley-Siedlung), die Rhein.-Westf.-Wohnstätten AG. die Genehmigung zur Fertigstellung von 66 Wohnungen am "Rosenhügel" in Horst.

Der Zeche Graf Bismarck wurde die Aufstellung von 40 Nissenhütten, der Zeche Consolidation die von 60 Nissenhütten und der Stadtverwaltung für den zivilen Sektor die von 50 Nissenhütten genehmigt.

Für die Erstattung von Lohnkosten als Zuschuß für die im "Erste-Hilfe-Programm" ausgeführten Bauarbeiten überwies die Feststellungsbehörde der Provinz Westfalen der Stadtverwaltung 500 000,-- RM. Die Summe sollte anteilmäßig nach dem Schlüssel für die Verteilung der Baustoffe an die einzelnen Zechen verteilt werden. Verschiedene Ausschußmitglieder bemängelten, daß ein solcher Zuschuß nur an solche Bauherren ausgezahlt werden durfte, die einen Unternehmer herangezogen hatten, während die ärmere Bevölkerung, die für die Winterfestmachung ihrer Wohnungen sich Arbeitskräfte aus Verwandten- und Bekanntenkreisen beschafft hatte, die Kosten selbst tragen müsse.

-. -

Für die ärztliche Beratungstätigkeit in der Mütter-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, die im Jahre 1945 wegen der Zerstörung fast aller Unterkünfte nur beschränkt ausgeübt werden konnte, hauptsächlich im Stadtteil Buer, richtete das Städt. Gesundheitsamt in den einzelnen Stadtbezirken wieder 16 Mütterberatungsstellen ein (im letzten Friedensjahr gab es 21).

--

1 000,-- RM Geldstrafe erhielt eine Frau vom Buerschen Strafrichter, weil sie versucht hatte, 1 000 Feuersteine zu Überpreisen auf dem schwarzen Markt zu verkaufen. Die Feuersteine und der Mehrerlös wurden eingezogen.

--

Auf Anordnung der Militärregierung wurden wiederum - wie vor 1939 - Spruchausschüsse bei den Versicherungsämtern gebildet. Ihre Mitglieder wurden auf Vorschlag der Gewerkschaften, der politischen Parteien und der Arbeitgeberverbände bestellt. Die Spruchausschüsse befaßten sich mit den anfallenden Beschwerden im Sozialversicherungswesen, mit Anträgen auf Befreiung von der Versicherungspflicht, Festsetzung von Leistungen der Krankenkassen u.a.m.

--

Freitag, den 6. Dezember

Die Kriegsopferfürsorge richtete Umschulungskurse für Personen ein, die kein oder kein genügendes Einkommen hatten und zu den Versehrtenstufen II, III oder IV gehörten. Sie konnten sich zu Handwerkern, Handelsangestellten, Kaufleuten und Bürokräften umschulen lassen.

--

Der Entnazifizierungsausschuß forderte folgende weitere Personenkreise zur Abgabe von Fragebogen auf:
Das gesamte Baugewerbe, Handwerksbetriebe jeder Art, alle im Versicherungsgewerbe tätigen Personen, Rechtsanwälte und Rechtsbeistände.

--

Samstag, den 7. Dezember

Der Städt. Schlachthof konnte das instandgesetzte Kühlhaus wieder in Benutzung nehmen. Es besaß 600 qm Kühlfläche, die von den Schlächtern gegen eine geringe Gebühr in Anspruch genommen werden konnte; sie genügte bei den erheblichen verminderten Schlachtungen zunächst auch. Das anfallende Frischfleisch wurde in erster Linie den Bergbauküchen zur Verfügung gestellt.

Die Belieferung der aufgerufenen Marken der Normalverbraucher konnte durch die Einfuhr von rund 40 000 kg Freibankfleisch sichergestellt werden. Die Nachfrage nach diesem Dosenfleisch war groß, weil die Qualität des Fleisches durchweg besser war, als sein Name vermuten ließ.

--

291 Bergbaujubilare der Buerschen Hugo-Schächte der Harpener Bergbau AG. wurden in einer Feierstunde der Schachtanlage im Saale Kampmann geehrt.

Vier Jubilare konnten auf 50 Jahre, 21 auf 40 Jahre und 266 auf 25 Jahre Tätigkeit im Bergbauberuf zurückblicken.

--

Sonntag, den 8. Dezember

Vom 8. bis 15. Dezember fand eine Haussammlung des Evangl. Hilfswerks statt.

Das Hilfswerk, das jetzt ein Jahr bestand, führte in Westfalen den Kampf gegen alle Notstände, die aus dem Zusammenbruch erwachsen waren, in rund 800 Dienststellen.

--

Am Sonntag Vormittag trat der Buersche Volkschor unter der Leitung von Heinz Roesberg in einem Konzert in der Schauburg zum ersten Male nach dem Kriege wieder an die Öffentlichkeit. Der Chor sang Volkslieder und Chorsätze von Beethoven, Schubert und Kreutzer.

Solisten waren Elfriede Fischer (Sopran), Andreas Espey (Tenor), Willi Büchel und Maria Pfahl-Percher (Klavier).

--

Der Volkschor Gelsenkirchen beging die Feier seines 25-jährigen Bestehens in der evangl. Kirche Rotthausen mit einer Festaufführung von Händels "Messias".

Unter Leitung von Musikdirektor Hermann Esser wirkten mit: Leonore Steeger (Sopran), Grete Hüninghaus (Alt), Willi Wagner (Tenor), Theo Heimeshoff (Bass), Siegfried Reda (Orgel), Heinz Hogräfer (Cembalo) und das Städt. Orchester Gelsenkirchen.

--

Der MGV 1873 Horst veranstaltete unter der Leitung von Musikdirektor Hugo Grüter (Mülheim-Ruhr) sein erstes Konzert nach dem Kriege.

Solist war Opersänger Karl-Werner Jansen (am Flügel: Hugo Ligges), Duisburg.

--

Die Marianische Kongregation der Propsteipfarrgemeinde feierte ihr 50-jähriges Bestehen mit Vorträgen, einem Choralhochamt und einer weltlichen Feier im Jugendheim an der Kirchstraße.

An dieser Feier nahm auch die erste Präfektin der Kongregation, die jetzt 80 Jahre alte pensionierte Lehrerin Fräulein Hagemann, teil.

-. -

In der zweiten Dichterlesung der Katholischen Vortragsgemeinschaft Horst kam der Dichter Erich Brautlacht zu Wort; er sprach auch in der Gesellschaft für Literatur und Kunst in Buer.

-. -

23 Kaninchenzuchtvereine des Kreisverbandes Gelsenkirchen-Buer - Horst veranstalteten mit 300 Tieren aus 18 Rassen im Saale Holz-Büchel in Buer-Middelich ihre erste Kreisschau nach dem Kriege.

-. -

Montag, den 9. Dezember

Die Rationen für alle Verbraucher und auch der Kalorienwert von 1 550 Kalorien für den Normalverbraucher blieben in der am 9. Dezember beginnenden 96. Zuteilungsperiode unverändert.

Als Weihnachts-Sonderzuteilung genehmigte die Militärregierung 250 g Süßigkeiten für Kinder und Jugendliche bis 20 Jahre, 60 bis 70 g Bohnenkaffee auf jede Lebensmittelkarte sowie Rauchwaren für Bergarbeiter und gewisse Gruppen von Kriegsschädigten.

Die besondere Lebensmittelkarte für Diabetiker fiel mit dem Beginn der 96. Zuteilungsperiode weg. Sie erhielten einheitlich die Lebensmittelkarten für Normalverbraucher und folgende wöchentlichen Zulagen: 500 g Fleisch, 150 g Butter und 187,5 g Käse, ferner eine zusätzliche Gemüsekarte; dagegen wurden die Abschnitte der Lebensmittelkarten über Zucker, Kunsthonig und Marmelade entwertet.

Die Vorratslage gestattete es in der 96. Zuteilungsperiode wiederum nicht, die Kleinabschnitte über Brot mit Weißbrot zu beliefern. Weißbrot durfte nur an Kranke und Krankenanstalten abgegeben werden.

Ebenso war es mit Rücksicht auf die Vorratslage in Kartoffeln nicht möglich, Brotmarken in Bezugscheine über Speisekartoffeln umzutauschen.

-. -

Alle bestehenden Bezirksverbände sowie gewerkschaftlichen Lokalvereinigungen im Bergbau der britischen Zone wurden vom 1. Januar 1947 an zentral zusammengefaßt zu dem "Industrieverband Bergbau" mit dem Sitz in Bochum.

Das beschloß eine am 8. und 9. Dezember in Herne tagende Bergarbeiterkonferenz, an der 323 Delegierte teilnahmen.

-. -

Dienstag, den 10. Dezember

Der Bauausschuß beschloß in Verfolg eines besonders krassen Falles von Bauen ohne Baugenehmigung, nicht genehmigte Bauten rigoros stillzulegen und die Schuldigen einer strengen Bestrafung zuzuführen; die Geldstrafe sollte nach der Höhe der Baukosten bzw. im Verhältnis zu dem vom Schwarzmarkt bezogenen Baustoffen festgesetzt werden.

Über die Trümmerbeseitigung und Trümmerverwertung wurde im Bauausschuß mitgeteilt, daß seit Frühjahr 1946 durch die allgemeine Schippaktion rund 17 000 cbm Schutt- und Trümmermassen beseitigt wurden. Die Firma Schäfer beseitigte rund 10 000 cbm und stellte daraus rund 648 000 Mauersteine in Normalformat, 203 000 Mauersteine in Schwemmsteinformat, 5 500 Hohlblocksteine und 51 000 Dachziegel her; ferner wurden aus Trümmern 130 Tonnen Eisen gewonnen. Der durch Mangel an Arbeitskräften bedingte langsame Fortschritt der Arbeiten fand starke Kritik.

Da es an Zusatzpflastersteinen zur Beseitigung von Schadenstellen in Steinpflasterstraßen fehlte, beschloß der Bauausschuß, die teilweise zerstörte Gabelsbergerstraße und später auch die Klosterstraße, die wegen zu starker Wölbung sowieso erneuert werden mußte, aufzubrechen und die daraus gewonnenen Pflastersteine zum Ausbessern zu verwenden. Die aufgebrochenen Straßen sollten als Ersatz eine Befestigung mit Teersplit erhalten.

-. -

Im Gesundheitsausschuß erstattete Städt. Medizinalrat Dr. Grütter einen Bericht über den Gesundheitszustand der Gelsenkirchener Bevölkerung.

Er verzeichnete ein rapides Ansteigen der Tuberkulose. Auf 10 000 Einwohner erkrankten im Stadtkreis Gelsenkirchen an offener Tuberkulose im Jahre 1938: 9,1, im ersten Halbjahr 1946 dagegen 17,4 Personen; 1939 starben an Tuberkulose 6,1, im ersten Halbjahr 1946 dagegen 10,9 Personen.

Sorgen machte auch die noch immer festzustellende Zunahme der Geschlechtskrankheiten (monatlich 100 bis 150 frische Fälle) trotz der energischen Bekämpfungsmaßnahmen des Gesundheitsamtes und der Militärregierung. Gute Erfolge hatte die Schnellbehandlung mit Penicillin im Bergmannsheil II in Buer zu verzeichnen.

Die Krätze nahm in Folge der systematischen Bekämpfung durch die Krätzebehandlungsstellen des Gesundheitsamtes erheblich ab; es bestanden nur noch 2 Behandlungsstellen.

Unter den sonstigen Erkrankungen fiel eine erhebliche Zunahme der rheumatischen Krankheiten (ein Drittel aller Krankfeiernenden bei den Krankenkassen) und die Zunahme der Magen- und Darm-erkrankungen auf, vor allem aber die Zunahme der Mangelkrankheiten. Seit dem Sommer 1945 nahm die Zahl der Patienten mit geschwollenen Beinen, mit herabgesetzten Blutfarbstoff (unter 60 %), mit Verminderung der roten Blutkörperchen, mit Blut-

unterdruck und Pulsverlangsamung erheblich zu. Während im Januar 1946 die Zahl der geprüften Lebensmittelatteste von erheblich Unterernährten (mindestens 20 % unter Sollgewicht) nur 758 betrug, betrug sie im November 3 216. Die Zahl der wegen allgemeiner Körperschwäche Arbeitsunfähigen betrug im Durchschnitt ein Viertel aller Arbeitsunfähigen. Hauptgrund für diese Mangelkrankheiten war neben der geringen Kalorienzahl der Mangel an Eiweiß und Fett.

In der gleichen Sitzung berichtete Oberchemiker Dr. Stroheker über die Kontrolle der Massenspeisungen in Großküchen, Zechen, Industrierwerken, Schulspeisungen usw. durch das Städt. Lebensmitteluntersuchungsamt. Dabei hob er besonders die Klagen über die Eintönigkeit des Essens hervor, die ihren Grund darin hatten, daß der Küchenzettel sich in bestimmtem Turnus wiederholte.

-. -

Reiche Beute machten Einbrecher, die nachts in eine Lebensmittel filiale in der Königsberger Straße einbrachen. Sie erbeuteten 7 Ztr. Zucker, 15 Eimer Marmelade, 50 kg Keks und 60 kg Trockenkartoffeln.

-. -

Im Stadttheater fand ein Tanzabend mit Kammertänzen nach Musik von Beethoven, Chopin, Tschaikowsky, Mussorgski und Rachmaninoff unter der Leitung von Ballettmeister Tancred Friederichs statt.

-. -

Mittwoch, den 11. Dezember

Eine Konferenz des Ortsausschusses der Gewerkschaften, der rund 60 000 Gelsenkirchener Arbeiter vertrat, forderte eine sofortige Arbeitsaufnahme der Kontrollausschüsse sowie eine Überprüfung der Kartenstellen bezüglich der Bezugscheinverteilung. Lebhaftige Klage wurde über den Bau vieler Gaststätten geführt, während die Arbeiter zur Instandsetzung ihre eigenen Wohnungen nicht einmal die notwendigsten Baustoffe erhalten könnten. Zur Hausbrandversorgung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die zuständigen Stellen wenigstens für eine warme Stube zu Weihnachten sorgen möchten.

-. -

Das 4. Städt. Sinfoniekonzert brachte unter der Leitung von Richard Heime folgendes Programm:
J.S. Bach: Suite in H-Moll (Soloflöte: Gustav Senkowski),
W.A. Mozart: Violinkonzert in D-Dur (Solistin: Neni Zörb),
Beethoven: 6. Sinfonie.

-. -

In einem Sprechkunstabend der Buchhandlung Arenhold in Buer las Karl Tidte (Essen) ausgewählte Abschnitte aus Homers "Ilias" und "Odysee".

-. -

Im Städt. Volksbildungswerk wurde ein "Sprechsaal" neu eingerichtet.

Er sollte allen Teilnehmern und Arbeitskreisleitern Gelegenheit geben, Vorschläge, Beschwerden, Wünsche und Anregungen öffentlich zur Sprache zu bringen.

Das Thema des ersten "Sprechsaales" war: "Was erwarten wir vom Volksbildungswerk?"

-. -

Donnerstag, den 12. Dezember

Für den ganzen Monat Dezember konnte zunächst nur ein Ztr. Brennstoff je Kopf der Bevölkerung ausgegeben werden.

Beim Hauptpostamt mußte der Schalterdienst wegen Kohlenmangels vorübergehend eingeschränkt werden; die Schalter waren werktäglich nur von 9 bis 12 und von 15 bis 17 Uhr, an Sonntagen nur von 10 bis 12 Uhr geöffnet.

-. -

Im "Theater des Westens" fanden vom 10. bis 13. Dezember Gastspiele des "Kleinen Theaters" Düsseldorf statt.

Gespielt wurde die Komödie "Schneider Wibbel" von Hans Müller-Schlösser mit dem Autor in der Titelrolle.

-. -

Freitag, den 13. Dezember

Über die Arbeit des Evangl. Hilfswerks in Gelsenkirchen im Jahre 1946 brachte die "Westfalenpost" in ihrer Nummer vom 13. Dezember aus Anlaß der vom 8. bis 15. Dezember stattfindenden Haus- und Straßensammlung einen ausführlichen Bericht unter der Überschrift: "Helft und Helfen".

-. -

Die staatsbürgerliche Vortragsreihe des Städt. Volksbildungswerks bot den Anlaß zu dem ersten Besuch eines Ministers der neuen Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen.

In Gelsenkirchen sprach Minister Dr. Fritz Stricker in dieser Veranstaltung nach kurzer Begrüßung durch Stadtdirektor Hamann über das Thema:

"75 Jahre deutsche Außenpolitik".

Die musikalische Umrahmung des Vortrages besorgte das Städt. Orchester unter der Leitung von Richard Heime.

-. -

Samstag, den 14. Dezember

Der Städt. Musikverein (verstärkt durch den Musikverein Watten-scheid) führte in der Evangl. Kirche Ückendorf das "Weihnachts-Oratorium" von J.S.Bach auf.

Mitwirkende waren: Maria Hirsch (Sopran), Anni Bernards (Alt), Matthias Büchel (Tenor), Hans Kunz (Baß), Arno Schwertmann (Orgel) und das Städt. Orchester Gelsenkirchen; die Leitung hatte Eugen Klein.

Die Aufführung wurde am 15. Dezember in der Schauburg Buer wiederholt.

--

Sonntag, den 15. Dezember

Ein schöner künstlerischer Erfolg war dem Kirchenchor St. Ludgeri Buer und dem Städt. Orchester unter der Leitung von Franz Röttger in Horst mit der Aufführung von Mozarts Sinfonie Nr. 40 und dem Requiem von Cherubini beschieden.

--

Die Kath. Kirchengemeinde St. Antonius (Feldmark) feierte in würdiger Weise ihr 25-jähriges Bestehen mit einer "Religiösen Woche" (täglich Vorträge des Dominikaner-Paters Prof. Linus aus Warburg), einem feierlichen Levitenhochamt (Dechant Hengsbach, Schalke) mit einer Festpredigt von Propst Riekes sowie einer Feierstunde im Schwesternhause.

--

Montag, den 16. Dezember

Das Wahlamt nahm die Volkszählung vom 29. Oktober zum Anlaß, eine neue Wählerkartei aufzustellen.

Alle Personen, die ihr Wahlrecht künftig ausüben wollten, am Tage der Volkszählung aber nicht in Gelsenkirchen weilten, sondern anderswo gezählt worden waren, mußten sich bis zum 15. Januar 1947 beim Wahlamt melden.

--

Während die Brotration in der ersten Woche der 96. Zuteilungsperiode für Erwachsene und Jugendliche je 1 000 g betragen hatte, wurde sie in der 2. Woche (16. bis 22. Dezember) auf 3 000 bzw. 3 500 g, in der 3. Woche (23. bis 29. Dezember auf 3 000 bzw. 4 500 g) erhöht.

--

Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn führte die Linie 2 vom 16. Dezember an über den Alten Markt hinaus bis zur Grenzstraße durch.

--

Der Leiter der Station Gelsenkirchen des Schwedischen Roten Kreuzes, Hauptmann Hjelmberg, kehrte nach Schweden zurück. Sein Nachfolger in der Leitung des umfangreichen sozialen Hilfswerks, das täglich 14 000 Gelsenkirchener Schulkinder speiste, wurde Hauptmann Nyblom.

--

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands veranstaltete im "Theater des Westens" zu Gunsten der Flüchtlinge eine Aufführung der Operette "Gräfin Mariza".

--

Dienstag, den 17. Dezember

Zum ersten Male nach der Wiederaufnahme ihrer Arbeit veranstaltete die Evangl. und Kath. Bahnhofsmision, die seit mehr als fünf Jahrzehnten im Dienste christlicher Nächstenliebe stand, in einer Zeit bitterster Not wiederum eine Sammlung.

--

Am 12. Dezember verlud der Kartoffelwirtschaftsverband in Unna 60 Waggons Kartoffeln nach Gelsenkirchen, obwohl der Frostwarndienst starken Frost angekündigt hatte. Da der Transport auch noch vier Tage in Hamm liegen blieb, kamen die Kartoffeln am 17. Dezember vollkommen erfroren auf dem Bahnhof Buer-Nord an. Das Wirtschaftsamt ordnete an, daß die Kartoffeln in doppelter Mengenberechnung ausgegeben werden mußten, wobei aber die Verbraucher von einem Zentner höchstens 40 Pfund für den Verbrauch übrig hielten. Die Kartoffeln stammten aus einer zusätzlichen Sammelaktion der Landesernährungsstellen und der Gewerkschaften. Der Fall beleuchtet schlagartig die Organisationsfehler, die mit zu der Ernährungskatastrophe in diesem Winter beitrugen. Die Angelegenheit machte viel böses Blut, weil die Bevölkerung sich mit Recht sagte, daß für eine so späte Versendung von Kartoffeln, die bereits im September geerntet worden waren, kein Grund vorlag.

--

Der zwischen der Stadt Buer und den Vereinigten Elektrizitätswerken bestehende Stromlieferungsvertrag wurde im Hinblick auf die ungeklärte Lage der Stromversorgung des übrigen Stadtgebietes vorsorglich zum 31. Dezember 1948 gekündigt.

--

Mittwoch, den 18. Dezember

Ministerpräsident Dr. Amelunxen richtete einen Aufruf an die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen zu einem großzügigen Hilfswerk für notleidende Kriegsoffer und Körperbehinderte.

Ihre Lage sei durch den Abbau der Versorgung so trostlos geworden, daß man nur durch ein solches Hilfswerk der drohenden Verelendung steuern könne. Es gehe darum, so schnell wie möglich Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, ferner Sachwerte für ihre Ausstattung und ihre Wohnungen sowie Geld für ihre Unterstützung. Für Gelsenkirchen wurde eine Annahmestelle in der Stadthauptkasse eingerichtet.

-. -

Nach einer Statistik des städt. Ernährungsamtes hatten die Gelsenkirchener Normalverbraucher im Jahre 1946 insgesamt 75 000 Kalorien weniger als vorgesehen erhalten.

In den Monaten Januar, Februar, März, November und Dezember waren täglich je 1 550 Kalorien vorgesehen, in den Monaten April, Mai, Juni, Juli und August je 1 045 Kalorien täglich, im September 1 405,8 und im Oktober täglich 1 342 Kalorien. Die ärgsten Tiefpunkte ergaben sich im Frühjahr und Frühsommer. Im April erhielten die Gelsenkirchener Normalverbraucher zeitweilig nur 692,7 Kalorien, im Mai zeitweilig nur 721,5 Kalorien, im Juni zeitweilig nur 706,9 Kalorien täglich. Auch in den folgenden Monaten blieb die tägliche Kalorienmenge oft unter 1 000. Nur im August wurde die damals zuständige Kalorienmenge von täglich 1 045 um etwa 200 Kalorien überschritten.

-. -

Als Sonderzuteilung zu Weihnachten erhielten alle Kinder und Jugendliche 250 g Süßwaren; ebenso erhielten alle Kinder sowie werdende und stillende Mütter 500 g Äpfel; außerdem gab es 50 g Bohnenkaffee je Kopf.

-. -

Da sich im Städt. Volksbildungswerk eine zunehmende Nachfrage nach Weiterbildungslehrgängen der Technik ergab, beschloß der Volksbildungsausschuß den Aufbau einer Abteilung Technik, für die der Leiter des Volksbildungswerks, Oberstudienrat Fußhölzer, in Vorbesprechungen mit den Leitern der Gelsenkirchener Industriewerke, den Vorsitzenden der Betriebsräte und den Leitern der Berufsschulen bereits die notwendigen Vorarbeiten geleistet hatte.

Auf der Grundlage der Berufsschule sollten diese technischen Lehrgänge nach einem Plan für mehrere Semester aufgebaut werden.

Der Volksbildungsausschuß beschloß ferner den Aufbau einer Abteilung "Verwaltung und Wirtschaft" und den weiteren Ausbau der schon bestehenden staatsbürgerlichen Reihe des Volksbildungswerks.

-. -

Auf Anordnung des Alliierten Kontrollrats mußte der Name des Mitteleuropäischen Reisebüros (MER) in Deutsches Reisebüro (DER) umgeändert werden; ihm wurde auch das ausschließliche Recht zum Verkauf von Reichsbahnfahrkarten genommen.

-. -

Donnerstag, den 19. Dezember

Die im Amtsgericht Buer tagende Essener Strafkammer verurteilte nach zweitägiger Beweisaufnahme 18 Angeklagte aus Buer - Männer und Frauen aus dem sogenannten "Schievenviertel" - wegen Teilnahme an Raubüberfällen und schweren Diebstählen bzw. Beihilfe und Hehlerei zu neun Monaten Zuchthaus bzw. fünfzehn, neun und drei Monaten Gefängnis.

Es handelte sich um eine Art Fortsetzung des Prozesses im September vor dem Militärgericht (s.S. 170 dieses Bandes); jetzt standen Eltern, Verwandte und Bekannte der damals Verurteilten in der Anklagebank.

-. -

Nach wie vor wollten bei den Wohnungssuchenden die Gerüchte nicht verstummen, daß ein großer Teil besser gestellter Bürger, namentlich im Stadtteil Buer, zuviel Wohnraum besitze, während viele ausgebombten Familien noch jetzt in nassen Kellern hausen mußten.

Man warf den Beamten und Angestellten des Wohnungsamtes vor, daß sie nicht in der Lage seien, die augenblicklichen Zustände so zu meistern, wie es erforderlich schien, und forderte ein energisches Vorgehen in dieser Angelegenheit.

-. -

Obwohl die Kohlenförderung im Ruhrgebiet die Grenze von 200 000 t täglich überschritten hatte, was Anlaß zu Glückwünschen des Oberkommandierenden der britischen Zone an die Bergarbeiter war, wurde in Gelsenkirchen für die Bevölkerung nur ein Zentner Kohlengrus zum Hausbrand ausgegeben, und das angesichts einer plötzlich mit aller Gewalt hereinbrechenden Winterkälte, bei der der eine Zentner für drei Tage ausreichte und nun zur Not des Hungerns auch noch das Frieren kam.

Warme Winterkleidung war auch gegen Bezugsmarken kaum zu haben, obwohl - wie sich der Mann auf der Straße erzählte - große Vorräte der Baumwolle anbauenden Länder auf Absatz warteten.

Auf Grund von Kompensationsgeschäften sollten verschiedene Textilfabriken schon Kohlenvorräte für mehrere Jahre aufgehäuft haben. Alles das führte zu einer wachsenden Erbitterung gegenüber der Militärregierung - nicht gegen die Besatzungstruppen. Man sprach offen aus, daß offensichtlich die Militärregierung überhaupt kein Interesse daran habe, der Bevölkerung auch nur irgendwie zu helfen, sondern daran, das Letzte aus ihr herauszuholen.

-. -

An der Oberschule für Jungen in Gelsenkirchen-Buer fand der dritte Termin für die Reifeprüfung statt (die beiden ersten waren am 21. September und 28. Oktober abgehalten worden); im ganzen legten 44 Prüflinge die Reifeprüfung ab.

-. -

Freitag, den 20. Dezember

Zu der durch das völlige Fehlen einer allgemeinen Hausbrandversorgung verursachten besonderen Notlage der Bevölkerung faßte der Landtag von Nordrhein-Westfalen einstimmig folgende EntschlieÙung:

"Die am 21. November 1946 durch die Militärregierung befohlene Einstellung der Hausbrandversorgung hat das Volk im Lande Nordrhein-Westfalen in eine Katastrophe gestürzt. Zum Hungern ist das Frieren gekommen. Die Erhöhung der Kalorien, die weitgehend nur auf dem Papier steht, wird durch das Frieren vollständig illusorisch gemacht. Leben und Gesundheit von Millionen Menschen sind in Gefahr. Holz als Ersatz kann nicht beschafft werden; eine Anrechnung von Strom und Gas, die an sich schon ungenügend sind, auf die Hausbrandversorgung darf unter keinen Umständen erfolgen. Der Bevölkerung ist mit vagen Vertröstungen und Versprechungen nicht mehr gedient. Sie erhebt Anspruch auf konkrete Zahlenangaben, mit welchen Hausbrandmengen in den nächsten fünf Monaten je Haushalt gerechnet werden kann. Transport und Belieferung sind sofort in Angriff zu nehmen; bürokratische Auswüchse sind zu beseitigen. Es geht nicht mehr um Wochen und Tage, sondern um Stunden. Zu den Feiertagen muß Brand da sein!"

Nur dem Umstande, daß etwa 50 Prozent der Gelsenkirchener Bevölkerung Deputatkohlenempfänger waren, war es zu verdanken, daß hier eine größere Katastrophe vermieden werden konnte.

--

Das Flüchtlingsamt veranstaltete in der Aula der Mädchenmittelschule einen "Bunten Abend für Flüchtlinge". Die Veranstaltung war zunächst nur für Flüchtlinge aus Alt-Gelsenkirchen gedacht, gleichartige aber für die aus den Stadtteilen Buer und Horst geplant.

--

Der von dem Essener Lehrer Wilhelm Niemöller gegründete Stenographenverein Schalke 1892 nahm seine Tätigkeit wieder auf.

--

Samstag, den 21. Dezember

Aus Gründen der Kohlenersparnis blieben die Dienststellen der Stadtverwaltung vom 21. Dezember mittags bis einschließlich 26. Dezember geschlossen. Zur Erledigung dringender Angelegenheiten wurde lediglich am 23. und 24. Dezember ein Bereitschaftsdienst eingerichtet.

--

Die älteste Buersche Hebamme, Frau Franziska Bertram, starb am Tage der Vollendung ihres 80. Lebensjahres. 54 Jahre hatte sie ihren Beruf als Hebamme ausgeübt, davon 35 Jahre in Buer.

--

Sonntag, den 22. Dezember

Die Geschäfte durften am Sonntag, dem 22. Dezember, von 14 bis 17 Uhr für den Verkauf geöffnet bleiben.

-. -

Instrumentale und vokale Solokräfte des "Neuen Theaters" veranstalteten in der Mädchenmittelschule ein weihnachtliches Konzert mit Werken von Buxtehude, Bach, Händel, Corelli, Reger, Pfitzner, Cornelius und Humperdinck.

-. -

Auf der Dezember-Ausstellung der Galerie Osterfeld in Duisburg war auch der Gelsenkirchener Maler Robert Baretta mit drei Zeichnungen aus dem Zyklus "Unter dem Kreuz" vertreten.

-. -

Montag, den 23. Dezember

Kurz nach der Rückkehr aus dem Osten in seine Heimatstadt starb an einem Herzschlag Landesverkehrsdirktor Paul Kessels im Alter von 56 Jahren.

Paul Kessels hatte nach journalistischer Tätigkeit in Buer (Chefredakteur der "Buerschen Zeitung") bedeutende Aufgaben der Verkehrswerbung in Ostpreußen übernommen, wo ihn das Kriegsschicksal ereilte. Vorher war er einige Jahre als Leiter des Verkehrsamtes des Landkreises Recklinghausen tätig gewesen.

-. -

Die Droste-Hülshoff-Oberschule für Mädchen veranstaltete in ihrer Aula eine Weihnachtsfeier, in deren Mittelpunkt eine Ansprache von Fräulein Rechmann stand.

Die schöne Umrahmung ihrer Worte bildeten Chorlieder unter Musiklehrer Czornys Leitung, Gedichte und Krippenspiel. Mit der Weihnachtsfeier war eine Ausstellung verbunden, in der die Schülerinnen alles das aufgebaut hatten, was sie gearbeitet hatten, um damit zum Christfest bedürftige Familien zu erfreuen.

-. -

Im Stadttheater fand die Erstaufführung des Lustspiels "Ich lasse mich scheiden" von Leo Lenz statt.

-. -

Dienstag, den 24. Dezember

Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, das Schwedische Rote Kreuz, die Schweizer Spende, die sozialistische Jugend "Die Falken", aber auch die Militärregierung hatten in der vergangenen Woche alles aufgeboten, um vielen Tausend Hilfsbedürftigen

zum Weihnachtsfest eine kleine Freude zu bereiten.

So hatte das Schwedische Rote Kreuz für 14 000 Gelsenkirchener Kinder Weihnachtsbackwaren herstellen lassen.

Die Schweizer Spende konnte aus Liebesgaben, die Baseler Kinder für die Kinder in Gelsenkirchen geschenkt hatten, rund 7 000 Weihnachtspäckchen mit allerlei leckeren und praktischen Dingen anfertigen.

Die "Falken" hatten ganze Berge von Spielzeug und sonstigen schönen und praktischen Sachen gebastelt.

-. -

Mittwoch, den 25. Dezember

Weihnachten

Die Weihnachtsgottesdienste beider Konfessionen waren überaus stark besucht, sodaß bei manchen Kirchen die Gottesdienstbesucher wegen Überfüllung keinen Einlaß mehr finden konnten.

Auf der anderen Seite hatte der Kirchenbesuch mit dem Einbruch der strengen Kälte merklich nachgelassen, da zur Heizung der Kirchen nicht genügend Heizmaterial zur Verfügung stand.

-. -

Folgenden Weihnachts- und Neujahrsgruß richtete Oberbürgermeister Geritzmann an die Gelsenkirchener Bevölkerung:

"Frieden auf Erden den Menschen, die guten Willens sind. So lautet die Parole der Völker, die sehnsuchtsvoll einer besseren Zukunft entgegenharren. Das deutsche Volk, dem seit Einstellung der Kriegshandlungen der Haß der ganzen Welt entgegenschlug, bangt immer noch um seine Zukunft, wenn auch kleine Hoffnungsschimmer sichtbar werden. Schmach und Schande sind längst nicht überwunden, der Friede ihm noch nicht gegeben.

Unser Streben kann nur darauf gerichtet sein, inzwischen die Leiden der bedrängten Menschen möglichst zu lindern. Für die Gemeindevertretung unserer großen Arbeiterstadt sind umfangreiche Aufgaben zu lösen. Den unerhörten Schwierigkeiten bei der Ernährungs-, Wohnungs- und Bekleidungsnot, dem jammervollen Flüchtlingselend, der Bedrängnis unserer Kriegsgefangenen und unserer Jugend kann nur in etwa begegnet werden durch Intensivierung des gemeinschaftlichen Wollens der Stadtvertreter aller Parteien, und wir können mit Freude feststellen, daß der gute Wille bei allen vorhanden ist. Fertig werden müssen wir auch mit dem verwerflichen Egoismus der Schwarzhändler und "Selbstversorger" auf allen Gebieten. Den Menschen in den Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns zu stellen ist das Gebot der Stunde. Die auf demokratischer Grundlage gewählten Volksvertreter können nur dann wirklich Vollstrecker des Volkswillens sein, wenn dieser Volkswille frei ist von egoistischen Tendenzen, wenn jeder Bürger sich bewußt als Mitglied einer Gemeinschaft fühlt. Schwer ist der Weg, der aus dem deutschen Chaos führt, er wird schwerer werden, je weniger sich der einzelne gemeinschaftsverpflichtet fühlt.

So wollen wir denn mit Hoffnung und Zuversicht dem Weihnachtsfest und dem neuen Jahre 1947 entgegen sehen. Möge die uns ab-

lehnende Welt am Christfest zum Nachdenken und zu besserer Einsicht gelangen und uns im kommenden Jahre den lang ersehnten endgültigen Frieden gewähren. Wir selbst wollen zum Weihnachtsfest unsere Ärmsten und Hilfsbedürftigen mit Gaben aller Art bedenken, soweit das irgend möglich ist. Die Flüchtlinge, Heimatlosen und ihrer Habe Enteigneten sind besonders liebevoll aufzunehmen, um ihnen über den Jammer ihrer Lage hinwegzuhelfen. Beglückt feiern kann nur der, der hierzu seine Pflicht getan hat. In diesem Geiste wünsche ich der Gelsenkirchener Bürgerschaft gesegnete Weihnachten und ein glückhaftes Neues Jahr 1947. Glückauf!"

-. -

Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn schränkte an den beiden Weihnachtsfeiertagen den Straßenbahnverkehr um 50 % ein. Die Linie 2 verkehrte im 20-Minuten-Verkehr, die Linien 4, 21 und 24 im 30-Minuten-Verkehr.

-. -

Donnerstag, den 26. Dezember

Zu einem "Weihnachtsgedenken" hatte das Komitee ehemaliger politischer Gefangener in das "Theater des Westens" eingeladen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung, in der Herr Israel die Grüße des Innenministers überbrachte, stand eine Ansprache von August Vollmar, der der elf Millionen Toten (darunter sechs Millionen Juden) in den Konzentrationslagern gedachte und die Bilanz von anderthalb Jahren Befreiung vom Hitlerismus zog. Ergreifende Schilderungen von Weihnachtstagen in den Konzentrationslagern leiteten zu dem künstlerischen Programm über, das durch das Stadt Orchester (Leitung: Richard Heime), den Gelsenkirchener Konzertverein (Leitung: Arnold Merkelbach), das Doppelquartett des MGV. Ückendorf sowie durch Gerhard Klapper und Sonja Böckstiegl vom Stadttheater Gelsenkirchen bestritten wurden. Ein Ausschnitt aus der Veranstaltung wurde vom Nordwestdeutschen Rundfunk übertragen.

-. -

Freitag, den 27. Dezember

Der Oberstadtdirektor richtete eine letztmalige öffentliche Aufforderung an die Bevölkerung, jeden unterbelegten Wohnraum, auch ungenutzte gewerbliche Räume, dem Wohnungsamt zu melden. Angesichts der Tatsache, daß noch Tausende von Menschen unwürdig untergebracht seien und weitere Tausende heimatlose Flüchtlinge und ausgewiesene Evakuierte nach Gelsenkirchen strömten, sei es eine moralische Pflicht, solchen unterbelegten Wohnraum zu melden. Es ständen zu: einer alleinstehenden Person ein Raum, einem Ehepaar ohne Kinder zwei Räume (einschließlich Küche), einem Ehepaar mit ein bis zwei Kindern von eins bis vierzehn Jahren zwei Räume einschließlich Küche, einer Witwe mit drei bis vier Kindern von eins bis vierzehn Jahren oder mit zwei erwachsenen Kindern zwei Räume einschließlich Küche, einem Ehepaar mit drei oder mehr Kindern von eins bis vierzehn Jahren oder zwei und mehr erwachsenen Kindern drei Räume (einschließlich Küche).

Die Ermittlungen der Polizei in einer großen Betrugsangelegenheit, bei der mehrere Tonnen Butter verschoben worden waren, und in die etwa 37 Personen verwickelt waren, konnten abgeschlossen werden.

Die Bevölkerung sah mit großem Interesse der Aburteilung dieser Verbrecher entgegen.

--

Samstag, den 28. Dezember

Im Volksbildungsausschuß, der den Stadtverordneten Jansen einstimmig zum Vorsitzenden wählte, berichtete Oberstudienrat Fußhöller eingehend über den Stand des Volksbildungswerks. Danach betrug die Gesamtbesucherzahl der Volkshochschule 954, die der Förderlehrgänge 1 132, die der Vortragsreihen 671. Darunter befanden sich 1 471 Männer und 1 286 Frauen, 2 133 Ledige und 624 Verheiratete, 1 662 Personen unter 25 Jahren und 1 095 Personen über 25 Jahre; 337 waren Angehörige selbständiger freier Berufe, 479 waren Arbeiter, 1 412 Angestellte und Beamte, 529 Schüler, Studenten usw. Es liefen 62 Lehrgänge, für die 32 Herren und 8 Damen als Dozenten tätig waren. Es wurde ein Dreierausschuß gewählt, der über die Vergebung der Aula der Mädchenmittelschule in Alt-Gelsenkirchen und in der Mädchenoberschule Buer an Jugendverbände entscheiden sollte.

--

Der Betriebsdezernatsausschuß bildete drei Spezialunterausschüsse, denen je fünf Stadtverordnete und einige Innungsfachmitglieder angehörten: den Energieausschuß, den Schlachthofausschuß und den Betriebsausschuß.

--

Eine Belegschaftsversammlung der Zeche Hugo II nahm Stellung zur Ernährungslage und übte Kritik an der Methode der Kartoffeleinkellerung.

Insbesondere kritisierten sie die Kompensationsgeschäfte mit Kohlen und richteten an die Verwaltung der Schachtanlage den Appell, sich endlich zur Demokratie zu bekennen.

--

Sonntag, den 29. Dezember

Die Zeche Dahlbusch in Rotthausen ehrte in einer würdigen Feier ihre Jubilare, von denen im Jahre 1946 sieben auf eine vierzigjährige, 78 auf eine fünfundzwanzigjährige Tätigkeit auf der Zeche zurückblicken konnten.

--

Als Gast der Kath. Vortragsgemeinschaft Horst sprach im Agnesstift Kaplan Spämann (Dorsten) über das Thema: "Die Berufung und Entscheidung des Christen heute".

--

Der Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands stellte nach der Ausstellung "Aufbruch" und derjenigen der Malergruppe "Die Hütte" Werke der neu gebildeten Malergruppe "Pütt" aus. Nach einer Begrüßungsansprache von Till Blum verbreitete sich Heinz Oberfeld über das künstlerische Wollen dieser Malergruppe. Das Wortmann-Quartett des Städt. Orchesters schuf die musikalische Umrahmung zu den Ansprachen.

Folgende Gelsenkirchener Maler waren mit Werken vertreten: Heinrich Bemeke, Erich Dobrinkat, Friedrich Dworak, Heinrich Gabriel, Dr. Kassner, Hans Kirsch, Franz Meyer, Ernst Patzies, Hugo Ruhöfer.

--

Montag, den 30. Dezember

Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn erhielt von der Aufsichtsbehörde die Genehmigung, in den Wagen, die nicht ordnungsmäßig und nicht ausreichend beleuchtet waren, in erster Linie Beiwagen mit Grubenlampen, keine Umsteigefahrscheine, sondern nur noch Fahrscheine für Geradeaus-Fahrten auszugeben.

--

Ein ganzes Lager gehamsteter Waren brachte die Gelsenkirchener Polizei in den letzten vier Wochen bei verschiedenen Aktionen zusammen, und zwar 70 kg Schweinefleisch, 68 Gläser Schweinefleisch, 232 kg Rindfleisch, 6 kg Butter, 101 kg Zucker, 172 kg Roggenmehl, 75 kg Weizenmehl, 256 kg Getreide, 41 kg Hülsenfrüchte, 50 kg Raps, 1 Korbflasche Öl, 7 Flaschen Schnaps, 618 Zigaretten, 683 Zigarren, 1 527 Zigarillos, 237 Feuersteine, 10 Anzugstoffe, 3 Mantelstoffe, 3 Futterstoffe, 1 Kleiderstoff, 91 Spulen Baumwolle und 84 Knäuel Baumwolle.

--

Das "Theater des Westens" brachte als Erstaufführung die Operette "Maske in Blau" von Fred Raymond heraus.

--

Dienstag, den 31. Dezember

Oberschulrat Heinrich Winkel, der seit 1919 in den Diensten der Stadt Gelsenkirchen stand und nach dem Zusammenbruch das Amt des Kulturdezernenten übernommen hatte, trat mit dem 31. Dezember im Alter von 69 Jahren in den Ruhestand.

Er war maßgeblich an den Bestrebungen auf dem Gebiete des Volkswesens und der Volkshochschule beteiligt, die Einrichtung eines Werklehrerseminars in Gelsenkirchen vor dem Kriege war sein Werk.

Besondere Verdienste erwarb er sich auch in der Leitung der Ortsgruppe Gelsenkirchen des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge.

Die Stelle des Leiters des gesamten Schul- und Bildungswesens der Stadt (Stadtrat auf sechs Jahre) war am 10. Dezember neu ausgeschrieben worden.

--

Zur Durchführung der Vorarbeiten anlässlich der wirtschaftlichen Vereinigung der britischen und amerikanischen Zonen wurde beim Textil-Groß- und Einzelhandel, bei den Textil-Handwerksbetrieben und beim Wandergewerbe eine Bestandsaufnahme nach dem Stande vom 31. Dezember 1946 durchgeführt.

-.-

Einen Rückblick auf die wichtigsten kommunalpolitischen Ereignisse des Jahres 1946 veröffentlichte die "Westfalenpost" in ihrer Nummer vom 31. Dezember 1946 unter der Überschrift:
"Mit neuen Hoffnungen ins neue Jahr!"

-.-

Der Bevölkerungsstand der Stadt Gelsenkirchen betrug am Jahresende 269 827 Einwohner (bei der Volkszählung am 30. Oktober 1946 waren es 266 114).

Über die Bevölkerungsbewegung im Jahre 1946 machte das Statistische Amt folgende Angaben (in Klammern die Zahlen vom 31. Dezember 1945):

Eheschließungen	2 489	(1 242)	= 6,2 auf 1 000 Einw.
Lebendgeburten	4 065	(2 269)	= 15,6 auf 1 000 Einw.
unehel. Geburten	605	(409)	= 14,9 auf 100 Geb.
Sterbefälle	2 928	(5 748)	= 11,2 auf 1 000 Einw.
Säuglingssterblichkeit	513	(454)	= 12,6 auf 100 Geb.
Geburtenüberschuß	1 137	(3 479)	= 4,3 auf 1 000 Einw.

Die Wanderungsbewegung im Jahre 1946 war zeitweilig und zeitbedingt sehr lebhaft. Die Arbeitsmöglichkeiten im Bergbau und in der Industrie boten starken Anreiz für geeignete und ungeeignete Kräfte, die zum Teil seßhaft wurden, zum Teil aber auch nach einiger Zeit wieder weiter zogen. Im Jahre 1946 wurden 29 807 Zuzüge und 15 454 Fortzüge verzeichnet; es trat also ein Wanderungsgewinn von 14 353 Personen ein.

Interessant ist auch, zu verfolgen, wie stark im Jahre 1946 die einzelnen Stadtbezirke in ihrer Einwohner-Zahl gewachsen waren. So stieg die Einwohnerzahl im Laufe des Jahres 1946

in der Altstadt	von 17 538	auf 20 837	
in der Neustadt	von 9 874	auf 10 239	
in Schalke	von 17 152	auf 19 228	
in Heßler	von 7 861	auf 8 721	
in Ückendorf	von 24 403	auf 27 907	
in Bismarck	von 23 935	auf 25 640	
in Bulmke	von 6 218	auf 9 404	
in Hüllen	von 4 786	auf 4 647	(Rückgang)
in Rotthausen	von 19 546	auf 23 782	
Alt-Gelsenk. insg.	"131 313	auf 150 405.	

Im Stadtteil Buer stieg die Bevölkerungszahl in den einzelnen Stadtbezirken wie folgt:

in Buer-Mitte	von 30 259	auf 32 948	
in Erle	von 21 549	auf 23 029	
in Resse	von 10 211	auf 14 560	
in Beckhausen	von 8 350	auf 8 229	(Rückgang)
in Hassel	von 11 178	auf 12 452	
in Scholven	von 4 727	auf 4 920	
in Buer insg.	von 86 247	auf 96 138	
in Horst	von 18 308	auf 19 571.	

Die Gesamtstadt nahm im Laufe des Jahres 1946 von 235 895 auf 266 114 Einwohner zu.

6 780 Kriegsgefangene kehrten 1946 aus der Kriegsgefangenschaft zurück; 2 310 Ostflüchtlinge fanden in Gelsenkirchen eine neue Heimat.

Die Zahl der durch Bombentreffer total geschädigten Personen betrug am 31. Dezember 1946 in Alt-Gelsenkirchen 34 315, in Gelsenkirchen-Buer 5 941, in Gelsenkirchen-Horst 4 612; dazu kamen in Horst noch 1 064 Personen, die durch Hochwasser totalgeschädigt wurden. Das machte für die Gesamtstadt 45 932 Totalgeschädigte.

Der Zugang an Wohngebäuden betrug im Jahre 1946: 107, der Zugang an Wohnungen 288 mit 768 Wohnräumen.

Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom 29. Oktober (s.S. 203 dieses Bandes) wohnten in 196 447 normalen Wohnräumen 261 271 Personen. Dagegen betrug die Zahl der Personen, die in 2 281 "bewohnten Räumen, die nicht als Wohnräume bestimmt waren", hausten, 3 304. Es "wohnten" also rund 3 300 Menschen in unbe- wohnbaren Räumen.

Wie stark sich die Verkehrsverhältnisse wieder normalisiert hat- ten, ging z.B. aus den Beförderungszahlen der Straßenbahn her- vor. Die Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn beförderte im letz- ten Friedensjahr 1939 im ganzen 17 843 443 Personen, im Jahre 1946 dagegen 35 182 903 Personen. Waren es im Jahre 1939 4 266 660 Rechnungskilometer, so waren es 1946 nur 2 964 443 Rechnungskilometer. Das waren im Jahre 1939 4,18 Personen auf einen Rechnungskilometer, im Jahre 1946 dagegen 11,87 Personen auf einen Rechnungskilometer. In diesen Zahlen spiegelt sich die starke Zerstörung des Streckennetzes, das noch längst nicht ganz wieder hergestellt war, andererseits die Größe des Verkehrs- stroms mit der ständigen Überfüllung der Wagen.

Bei der Vestischen Straßenbahn lagen ähnliche, wenn auch nicht so krasse Verhältnisse vor. Die Straßenbahn beförderte 1939 mit 629 506 Rechnungskilometer 1 964 558 Personen (= 3,1 Personen auf einen Rechnungskilometer), im Jahre 1946 dagegen mit 616 643 Rechnungskilometern 4 564 676 Personen (= 7,4 Personen auf einen Rechnungskilometer).

Auch in der Zahl der Kraftwagen spiegelte sich die allmähliche Normalisierung. Im Jahre 1945 liefen in Gelsenkirchen 411 Per- sonenkraftwagen, 1 112 Lastkraftwagen, 327 Krafträder und 1 Om- nibus; 1946 waren es 602 Personenkraftwagen, 1 433 Lastkraftwa- gen, 815 Krafträder und 5 Omnibusse. Das waren insgesamt 2 855 Kraftfahrzeuge (1945: 1 841; 1938: 7 768).

Der Hafenverkehr nahm im Jahre 1946 bedeutend zu. Hatte der Gü- terumschlag 1945 nur 195 608 t betragen, so stieg er im Jahre 1946 auf 1 085 004 t. Daran waren Brennstoffe mit 917 890 t am stärksten beteiligt. Diese Gütermenge brachte im Jahre 1945 331 Schiffe zu ihrem Transport, im Jahre 1946 dagegen 2 168.

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

zur

Chronik der Stadt Gelsenkirchen

für das Jahr 1946

- - -
-

Bauwirtschaftliches Genehmigungsverfahren					64,	119
Bedachungsmaterial	16,	50,	144,	143,	148,	173
"Befreiungsschein" (Arbeitsamt)				148,	169,	173
"Bekanntmachungen der Stadt Gelsenkirchen"						156
Bekleidungsindustrie in Gelsenkirchen						108
Bekleidungswirtschaft	126,	153,	160,	178,	197,	229
Bergarbeiter						216
- Sonderschichten Hausbrand				176,	184,	186,
				195,	197,	203,
- Lebens- und Arbeitsbedingungen						214,
- Lohnerhöhungen						219
- Rationssätze						213
- Wohnungen	9,	16,	120,	150,	163,	191,
Bergbau	14,	86,	92,	131,	137,	197,
Berger, 1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters				150,	151,	230
Berghorn, Alfred, Chorleiter und Komponist				108,	111,	225
Bergwerkskapelle Consolidation				58,	186,	113
Bergwerkskapelle Dahlbusch						222
Bernadotte, Graf, Präsident des Schwedischen Roten Kreuzes						109
Berufsberatung						7
Berufsnachwuchsfragen						228
Besatzungstruppen						86
Betriebsausschuß						86,
Betriebsdezenternatsausschuß						109
Betriebsrätegesetz						187,
Betriebsratswahlen						203
Bevin, Ernest, britischer Außenminister						245
Bevölkerungsbewegung						245
Bevölkerungsdichte						72
Bevölkerungsstand						185
Bewohnerlisten						227
Bezirksbauleitungsamt						66,
Bezugscheinfälschungen						247
Bismarckhain						120
Blindenverein, westfälischer						247
Blutspender						61,
Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn AG.	6,	8,	13,	51,		69
						94
	176,	147,	127,	118,	95,	187
	194,	220,	224,	237,	244,	146,
Böhm, Otto, 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters						249
Bohnenkaffee						199
Bombenblindgänger						222,
Bombenkrieg						233,
Bonn, Baurat						239
Boshamer, Prof.Dr., Chirurg am Ev. Krankenhaus						130,
Brennholzversorgung						135,
"Brennpunkt des Wohnungsbedarfs"						194
Brepohl, Dr. Wilhelm, Journalist und Maler						130
Britische Besatzungszone						65
Brotversorgung	149,	191,	192,	193,	196,	146
	210,	211,	212,	215,	217,	206,
						218
Brücken, Wiederaufbau						87
Bruns, Oberstudiendirektor Dr.						54
Bruns, Prof. Dr. Hajo, ehemaliger Leiter des Hygiene-						227
Instituts, Ehrenmitglied des Vereins zur						149,
Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhr-						210,
kohlengebiet						211,
Bücher-Ablieferung (nat.-soz. Ideengut)						212,
						215,
						217,
						227,
						233,
						237
						22,
						51,
						70,
						192
						30
						81
						165

Bulmker Park (Schwarzer Markt)	182, 97, 110, 126, 131, 149, 152
Bunker, Herrichtung für die Friedenswirtschaft	27
Bürgerrat	21, 41, 43, 52, 79, 95, 104, 105, 106
Butterkremtorten	228
Büttner, Manfred, Leiter der evangl Posaunenchor	76, 205
Butz, Apotheker, Vorsitzender der CDU Gelsenkirchen	226
Byrnes, James F., Außenminister der USA.	170, 227
Care-Pakete	191
Caritas-Verband	47, 85, 129, 160
CDU	128, 164, 168, 180, 185, 226
Christlicher Verein junger Männer (CVJM)	210
Cley, General, Stellvertreter des Oberbefehlshabers der amerikanischen Streitkräfte in Deutschland	223
Confer, Syndikus des Innungsausschusses Buer	34
Dejmek, Dr. Gaston, Musikwissenschaftler	62, 202
Delog	9, 14, 92
Demes, Ernst, Gelsenkirchener Maler	183
Demokratie	157, 200
Demontagen	176, 213
Denneborg, Heinrich Maria, Leiter der Gelsenkirchener Künstler-Puppenspiele	38, 48, 74, 79, 81, 165, 187
Deputatkohlenempfänger	241
Deutsche Eisenwerke AG.	9
Deutsch-Evangelischer Frauenbund	94
Deutscher Städtetag	2, 33, 37, 39
Deutsches Reisebüro (DER)	239
Deutsches Rotes Kreuz, vergl. Rotes Kreuz	
Diabetiker, Lebensmittel für	58, 233
Dichterlesungen in Buer	84
Dignas, Helmut, Buerscher Pianist	196
Dignas, Walter, Buerscher Pianist	39, 54, 195
Dinger, Karl, Stadtdirektor	43
Diphtherie	20
Druckereiwesen	11, 12, 156
Ebke, Walter, Gelsenkirchener Maler	183
Eichamt, staatliches	18
Eierablieferung	8, 79
Einkochgläser	120
Einwohnerzahl	247
Einzelhandel, Wirtschaftsgruppe	174
Eisenindustrie	14
Eiweißmangel	191
Elisabeth-Verein	48
Emschergenossenschaft	51, 58, 224
Energieausschuß des Deutschen Städtetages	33
Energieausschuß der Stadtverordnetenversammlung	245
Entnazifizierung	2, 25
	52, 53, 101, 123, 150, 158, 192, 197, 223, 231
Erfassungs- und Ernährungsausschuß	182
Ermittlungsdienst des Wohnungsamtes	174
Ernährungsbeirat	185
Ernährungslage (Ernährungswirtschaft)	2
	4, 10, 17, 44, 85, 108, 111, 116, 122, 123
	136, 137, 138, 139, 149, 151, 154, 160, 190, 193
	210, 211, 212, 213, 215, 217, 223, 233, 238, 239
	vergl. auch Lebensmittelversorgung.
Essener Straßenbahngesellschaft	164, 195
Essen-Horster Rennverein	31, 187

Esser, Hermann, Musikdirektor, Leiter des Volkschores					56
Essig-Bewirtschaftung					82
Evakuierte					244
Evangel. Kirchengemeinde Gelsenkirchen				100,	202
Evangel. Hilfswerk	88,	129,	160,	232,	236
Exekutive, Trennung von der Legislative					64
Fahraufträge, Vorprüfung					209
Fähren-Unglück	71,	80,	88,		213
Fahrräder, Bezugsscheine			220,		229
- Erfassung					23
- Fahrradkarte					24
Fahrtenbuch für Kraftfahrzeuge					57
"Falken" freie sozialistische Jugendbewegung				81,	242
Feiertage, gesetzliche					219
Fernsprechverkehr, vergl. Post					
Fettversorgung	136,	137,	138,	139,	142,
Feuersteine	147,	191,			193
Feuerwehr					231
Finanzlage der Stadt					157
Finanz- und Lastenausgleich					21
Fischversorgung					21
Fleischversorgung					212
Flüchtlinge	128,	150,	241,	243,	244,
Flüchtlingsamt				62,	144,
Flüchtlingsausschuß					241
Flugplatz Buer					182
Franke, Pfarrer i.R. der Evangel. Kirchengemeinde Buer-Mitte					226
Franz, Walter, Bankleiter, Mitglied des Bürgerrats					116
Frauenbeschäftigung				14,	15,
Frauenhilfe, evangelische					229
Freibad Grimberg				102,	
Freibankfleisch					133
Freie Demokratische Partei (FDP)					232
Freie Deutsche Liga (FDL)					148
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund					80
Freilichtbühne Wattenscheid					211
Freireligiöse Gemeinde					102
Friends Ambulance Unit					202
Fuchslocher, Stadtbaurat				85,	134
Fürsorgeamt, städtisches				42,	65
Fürsorgeanstalten	6,	27,	62,		146
Fürsorgeausschuß					12
Fußballausschüsse					105
Fußhüller, Oberstudienrat, Leiter des Städt. Volksbildungswerks	90,	124,	135,	154,	159,
Galopprennen					207
Gasrohrnetz, vergl. Stadtwerke				4,	17,
Gastankstelle					187
Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe					168
Gasversorgung					148
Gebrauchsgüter, vergl. Haushaltwaren	89,	108,	143,		158
Geflügelhaltung	27,	57,	101,		146
Geflügelzüchter-Vereine					8
Geisteskrankenfürsorge					225
Gelbe Meldekarte					227
Gelsenberg Benzin AG.					20
"Gelsenkirchen im Spiegel der Zahl"					90
					152

Gelsenkirchener Konservatorium und Musikseminar				9,	180
Gemeindeordnung, revidierte deutsche			64,	104,	138
Gemüseversorgung	57,	77,	120,	139,	154
Generalstab					178
Geritzmann, Robert, Oberbürgermeister	52,	108,	111,	112,	127
	138,	142,	156,	199,	200,
Gerüchtbildung	136,	140,	161,	169,	187,
Geschäftslokale, neue					218
Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung					187
Geschlechtskrankheiten			20,	91,	234
Gesellschaft für Literatur und Kunst, Buer				90,	133
			145,	191,	206,
Gestapo					228
Gesundheitsamt					178
Gesundheitsausschuß	27,	154,	227,	231,	234
Gesundheitswesen					234
Gesundheitszustand der Bevölkerung	19,	108,	110,	154,	234
Gewerbeaufsichtsamt	5,	19,	127,	160,	183,
Gewerkschaften				95,	144
	34,	50,	95,	150,	202,
- Freier Deutscher Gewerkschaftsbund					208,
- Ortsausschuß der					212,
- vergl.: Industrieverbände Bergbau,					214,
öffentliche Betriebe, öffentliche Dienste					231
Giesen, Willy, Musikdirektor und Chorleiter					211
Gildemeister, Jürgen, Cellist				205,	235
Girkorn, Pfarrer Dr. Paul, Vorsitzender des Amtes für Kirchbau und kirchliche Kunst der Evangl. Kirche von Westfalen					222
Glasindustrie				14,	91
Glas- und Spiegelmanufaktur Schalke					92
Glasversorgung					16
"Glückauf-Kampfbahn"					129
Glückauf-Keller					109
Glücksspiele im Bulmker Park, unerlaubte	110,	131,	149,	152	
Glühbirnen			194,	220,	224
Große-Boymann, Dr., Dezernent des Wirtschafts- und Ernährungsamtes	38,	41,	139,	154,	158,
Grubenlampen					163
Grünanlagen				13,	194
Grundsteuer				2,	181
Grütter, Dr. Medizinalrat und Amtsarzt					16
Hackethal, Regierungspräsident					42
Hafen, vergl. Stadthafen					1
Halbfell, August, Generalreferent für Arbeit in der Provinzial-Regierung					15,
Halfmannshof, vergl. Künstlersiedlung Halfmannshof					117
Hammann, Bürgermeister, später Stadtdirektor und Kämmerer sowie Kulturdezernent					42,
	185,	187,	195,	201,	207,
Hamsterunwesen	43,	74,	123,	136,	145,
Handwerkskammer Münster					149,
Handwerkslehrlinge					246
Hans-Sachs-Haus					198
Hauptbahnhof	22,	136,	183,	216	
Haupterährungsamt Ruhr					91
Hauptgemeindefeuerwehr					212,
Haupt- und Finanzausschuß					215,
	16,	32,	138,	139	
	154,	168,	181,	182,	223

Hausbrandversorgung, vergl. Kohlenversorgung				
Haushaltsplan	21,	22,	53,	60, 135
Haushaltswaren, vergl. Gebrauchsgüter	71,	73,	126,	143, 153
Hebammen				19, 241
Heime, Richard, Kapellmeister	35,	36,	74,	81, 82, 92, 94
	97,	103,	115,	124, 166, 175, 198, 209, 230, 235, 236, 244
Heine, Oberarzt Dr., Hygieneinstitut				81
Hengsbach, Dechant				237
Heuer, Hein, Intendant des "Theaters des Westens"				156, 193
Heukamp, Dr., Präsident der Landesbauernschaft später Ernährungsminister				122, 185
Heynen, Hans, Pfarrer				202
Hiltenkamp, Prof. August, Studienrat i.R.				220
Hitler, Adolf				46, 132
Hjelmsberg, Hauptmann, Leiter des Schwedischen Roten Kreuzes in Gelsenkirchen				179, 228, 238
Hochfrequenzapparate				184
Hochschulstudium				86
Hochwasser-Katastrophe in Horst und Bismarck	28,	29,	31,	32
	35,	36,	41f,	47, 48, 65, 90, 158, 160, 171
Hohendahl, Fritz, Bergassessor, Stadtverordneter der Deutschen Volkspartei				132
Holzversorgung				126, 144, 148, 194
Horster Rennverein, vergl. Essen-Horster Rennverein				
Huebner, Dr., Städt. Medizinaldirektor				63
Hueck, Bergwerksdirektor Bergassessor a.D. 1. Vorsitzender des Vereins für die Bekämpfung der Volkskrank- heiten im Ruhrkohlengebiet				91
Hüller Bach				224
Hülsmann, Landgerichtsrat (später: Oberstadtdirektor)				154
Hunger-Ödeme				183
"Hütte", Gelsenkirchener Maler-Gruppe				129, 246
Hygiene-Institut				91
Imhoff, Direktor				92
Industrie, Lage der deutschen				108
Industrie- und Handelskammer				95, 140
Industrieverband Bergbau	100,	101,	137,	167, 195, 233
Industrieverband öffentliche Betriebe				205
Industrieverband öffentliche Dienste, Transport und Verkehr				205
Industrie-Werbung				163
Infektionskrankheiten				20
Inflation				100
Innere Mission				85, 88, 160
Innungsausschuß Buer				34, 95
Innungsausschuß Gelsenkirchen				38
Invalidenversicherung				146
Jaeger, Lydia, Schauspielerin				227
Judenfrage				120
Jugend, Verwahrlosung				12
Jugendamt, städtisches				12, 112, 167, 158
Jugendamtsausschuß				105, 204
Jugendbund für entschiedenes Christentum				210
Jugendgruppen				19, 167
Jugendherbergswerk				17, 53, 109, 195
Jugendkonzert				221
Jugendring				168, 204

Kalorien (Wert und Mangel)	4, 10, 45, 46,	151
	160, 166, 176, 190, 193, 203, 211, 223, 233,	239
Kammerchor Eugen Klein		130, 123, 221
Kammermusik	6, 36, 56, 92, 187, 219,	222, 227
Kammerorchesterkonzerte, städtische		36, 198
Kammertanz		58, 206, 235
Kanalisation, Schädenbeseitigung	16, 17, 22,	173
Kaninchenzuchtverein		233
"Kanonenöfen"		19
Kartenstellen des Ernährungs- und Wirtschaftsamt		152, 222
Kartoffelkäfer		88, 203
Kartoffelversorgung	17, 27, 34, 46, 118, 123,	137
	142, 164, 172, 193, 205, 210, 212, 215,	234, 238
Käseversorgung		203
Kath. Gesellenhaus Horst		201
Kath. Pfarrgemeinde St. Antonius (Feldmark)		237
Kath. Pfarrgemeinde St. Georg (Altstadt)		151
"Kath. Vortragsgemeinschaft Horst"	202, 206, 222, 233,	245
Kattenstedt-von Samson, Madeleine, Geigerin		187
Kayser, Eusebius, Cellist, Leiter der Vestischen Musikschule	6, 15,	212
Kayser-Insinger, Pianistin		212
Kessels, Paul, Journalist, Landesverkehrsdirektor		242
Keuper, Vorsitzender des Stadtverbandes für Leibesübungen		142
Kill, Gerhard, Journalist		217
Kinderchor Gelsenkirchen		85
Kindergarten		93
Kinosteuer		16
Kirchbau, evangelischer		222
Kirchenchöre, evangl. und kath.	58, 185, 206, 217, 221,	237
Kirchengemeinden		210
Kirchliche Gebäude		120
"Kistenaktion"		33, 50
Kivelip, Hans, Polizeidirektor		205
Kleffner, Emil, Pfarrer der Kath. St. Georgs-Gemeinde		151
Kleidersammlung		41, 55
Klein, Eugen, Bariton, Leiter des Städt. Musikvereins und des Kammerchors Eugen Klein	124, 130,	237
Klein, Heinz, Kunstbuchbinder		27
Kleingärtner, Stadtverband der		148
Kleingärtnervereine	38, 79, 97,	147
Kleingartenschiedsgericht		147
Kluge, Superintendent, vergl. Superintendent		
Knochenverwertung		61
Knopfkraut		73
Knümann, Hilde, Pianistin		187, 188
Kohlenstadt des Kontinents, größte		163, 216
Kohlenversorgung	5, 13, 33, 35, 38, 99, 132, 155,	160
	173, 175, 181, 184, 186, 188, 203, 207,	208
	213, 216, 219, 225, 227, 235, 236,	240, 241
Kölling, Verwaltungsdirektor		65
Kolpingsfamilie Horst		156
Kommandant der Militärregierung siehe unter Lindesay, Robinson, Russell		
Kommunalpolitische Ereignisse des Jahres 1946		297
Kompensationsgeschäfte	208, 212,	240
Konferenz der Oberbürgermeister, Oberstadtdirektoren und Ernährungsdezernenten		193
Konfessionsschulen, vergl. Schulen		

König, Otto, Vorsitzender des Tierschutzvereins Gelsenkirchen						106	
Konservatorium Gelsenkirchen					7,	180	
Konsumgenossenschaften						61	
Kontrollausschüsse beim Wirtschaftsamt	214,	216,	223,	229,		235	
Kontrollrat, Alliiertes	87,	101,	126,	165,	188,	192,	203
Konzentrationslager, ehemalige Insassen				24,	120,	221	
Konzertsaal in der Mädchenmittelschule						39	
Konzertverein Gelsenkirchen			93,	175,	211,	244	
Körperbehinderte						238	
KPD						185	
Kraftfahrzeugwesen (Verkehr)	39,	43,	53,	57,	76,	248	
Kraftfahrzeuggewerbe						164	
Krankenhäuser	5,	14,	27,	146,	228,	234	
Krankenkassen						32	
Krankentransportwesen						60	
Krätze			5,	20,	61,	234	
Krebs, Helmut, Tenor					227,	228	
Kreisbauernschaften					121,	194	
Kreishandwerkerschaft					95,	199	
Kreissonderhilfsausschuß					24,	68	
Kreissportverband Gelsenkirchen						151	
Kreissynode Gelsenkirchen						74	
Kriegsgefangene	24,	40,	88,	162,	244,	248	
Kriegsopferfürsorge				146,	231,	238	
Kriegstote						127	
Kriegsversehrte					15,	20	
Kriminalität					67,	208	
Krimkrieg						182	
Küchenabfälle zur Viehfütterung						221	
Kühlhaus Kalthoff					8,	35	
"Kuhwiese"						65	
Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands	36,	123,	129,	174,	221,	246	
Kulturleben, siehe im einzelnen unter:							
Berghorn, Dr. Brepohl, Büttner, Demes, Denneborg, Dichterlesungen, Dignas, Ebke, Esser, Fußhöller, Konservatorium, Gesellschaft für Literatur und Kunst, Giesen, Gildemeister, Heime, Heuer, "Hütte", Jaeger, Jugendkonzerte, Kammertanz, Kath. Vortrags- gemeinschaft Horst, Kattenstedt, Kayser, Kayser- Insinger, Kinderchor, Kirchenchöre, Klein, Knümann, KonservatoriumKonzertsaal, Konzertverein, Krebs, Kulturveranstaltungen, Kunstausstellungen, Künst- lersiedlung Halfmannshof, Lichtspielwesen, Mando- linenkonzertgesellschaft, Männergesangvereine, Marten, Meisterfeld, Merkelbach, Metropoltheater, Miebert, Neues Theater, Niederdeutsche Bühne, Nietsch, Operettentheater, Orchester, Passionsmu- sik, Posaunenchor, Prinz, Reda, Riebe, Roesberg, Röttger, Schaefer, Schauerte, Schlangmann, Schwik- kert, Sinfoniekonzerte, Sredenschek, Stadtbücherei, Stadt. Musikverein, Stadttheater, Theater an der Bochumer Straße, Theater des Westens, Union-Theater, van der Velde, Vestische Bühne, Vestische Musik- schule, Volksbildungswerk, Volkschor, Volkshoch- schule, Wegener, Werksbüchereien, Westdeutscher Künstlerdienst, Westfälischer Heimatbund, Wibrat, Wortmann-Quartett.							

Operettentheater					156,	193
Orchester, Städtisches	12,	36,	47,	56,	63,	82
	85,	90,	93,	97,	103,	124,
	212,	219,	221,	233,	236,	237,
						244
Organisation Todt						198
Orgel des Hans-Sachs-Hauses						183
Ostern						78
Ostflüchtlinge				12,	151,	216
Ostpreußenvereine						210
Papierbewirtschaftung						72
Papiermangel	11,			12,		51
Parteien, politische						170,
Passionsmusik	74,			76,		77
Pässler, Dr. med.habil., Chirurg am Evangl. Krankenhaus						146
"Pazifik-Pakete"					59,	92
Penicillin - Behandlung von Geschlechtskrankheiten						234
Personalangelegenheiten bei der Stadtverwaltung						104
Personalausweis						165
Personalpolitik						200
Pferdezählung						112
Pflastersteine						234
Pirlet, Prof.Dr., Fachmann für Trümmerverwertung und Wiederaufbau, Köln						37
Politische Prüfstelle der Stadtverwaltung						75
Polizei	53,	62,	98,	152,		225
- falsche Kriminalbeamte						115
- Gemeindepolizei						75
- Polizeistunde						198
- Polizeistreifen						116
- Verwaltungspolizei						64
- Warnung vor Bombenblindgängern						194
Posaunenchöre						205
Post, Auslandsverkehr						84
- Einschränkung wegen Kohlenmangels						236
- Fensterbriefumschläge						100
- Fernsprechverkehr				26,		228
- Gebühren						44
- Hauptpostamt				67,		170
- Neue Poststelle in der Feldmark						209
- Paketverkehr				114,		218
- Postleitzahlen						60
- Verkehr mit der amerikanischen Zone						211
Potsdamer Beschlüsse					105,	170
Preisausschüsse bei der Preisbehörde						224
Preisbehörde	134,	150,	154,			224
Preisung, Propst i.R., Ehrendechant						21
Preisvorschriften				134,	150,	169
Presseveröffentlichungen, Richtlinien des Kontrollrats						188
Primizfeiern						167
Prinz, Otto, Architekt						27
Provinzial-Heimanstalt						227
Provinzialverband						157
Publications Control Section						11
Pünder, Dr. Oberbürgermeister von Köln, Vorsitzender der Deutschen Städtetagsausschüsse						2
Puppenspiele, vergl.: Denneborg						246
"Pütt", Malergruppe						

Quäker		160
Quarz, Helmut, Pfarrer der Evangl. Kirchengemeinde Gelsenkirchen		100
Quick, Stadtrat		65, 173
Radikal-soziale Freiheitspartei		100
Rappaport, Dr., Syndikus des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk		120
Rathausuhr in Buer		140
Raubüberfälle		82, 92
Raven, Hüttendirektor, 1. Vorsitzender des Verkehrsvereins Gelsenkirchen	70,	82, 163
Reckmann, Amtsgerichtsdirektor		68
Reda, Siegfried, Organist		206
Reformationsfeier		206
Reichsarbeitsdienst		198
Reichsautobahn		10
Reichsbahn, Bochum - Gelsenkirchen (Direkte Verbindung)		228
- Diebstahle		170
- Einschränkung des Zugverkehrs wegen Kohlenmangel		227
- Fahrkartenverkauf		239
- Fahrradbeförderung		146
- Fernschnellzüge, neue	75, 153,	156
- Sommerfahrplan		153
- Sticht, Dr., Reichsbahndirektionspräsident in Essen		228
- Tarifierhöhungen		65
- Verkehr	14, 49,	63
Reichskabinett		178
Reichsleistungsgesetz		150
Reichsnährstand	122, 136, 137, 139,	193
Reifensammlung		39
Reifeprüfung		4
Reimann, Max, Vorsitzender der KPD des Ruhrgebiets	128,	180
Rentenkürzung bei den Bergarbeitern		216
Rentenversicherung		146
Rentner, Versicherungsfreiheit		32
Reparationen		176
Reuss, Erich, Bergwerksdirektor, Mitglied des Bürgerrats		79
Rhein-Herne-Kanal	71, 80, 130,	133
Rheinisch-Westfälische Wohnstätten AG.		230
Rheumatische Krankheiten		235
Riebe, Karl, Kapellmeister	13, 28, 155, 177, 211, 217,	228
Riekes, Propst		237
"Robert-Ley-Siedlung"		230
Robinson, Major, später Oberstleutnant, Kommandant der Militärregierung	21, 41, 48, 66,	157
Roeberg, Heinz, Chorleiter	94, 202,	232
Rohrbrücke über den Kanal in Bismarck		177
Rotes Kreuz, Britisches		92, 160
- Deutsches	35,	85, 160
- Schwedisches	31, 179, 228,	238, 242
Röttger, Franz, Organist und Chorleiter		221, 237
Ruderverein Gelsenkirchen		99
Ruhrgebietsprobleme	104, 108, 121,	166
Rundfunk		81
Russell, Colonel, Kommandant der Militärregierung		157, 199

SA		178
Saatgut		37
Säcke für Zement und Kalk		55
Saefkow, Thea, Redakteurin, Mitglied des Bürgerrats		79
Salzmann, Landeshauptmann		17
Sand, van de, Vorsitzender der CDU Gelsenkirchen		226
Särge aus Leichtmetallbeton		194
Sauerländischer Gebirgsverein		219
Schachkreis Buer		222
Schachkreis Gelsenkirchen		73
Schachmeisterschaftsturnier		108
Schaefer, Anneliese, Altistin		187
Schäfer, Baufirma aus Ibbenbüren (Trümmerverwertung)	43, 65,	106
Schalke04, Fußballclub	18, 86, 128, 129, 167, 171,	196
Scharley, Hubert, Vorsitzender des Ortsausschusses der Gewerkschaften		205
Schauerte, Dr. Karl-Otto, Komponist und Pianist,	6,	12
Schiedsmänner		29
"Schievenviertel"	5, 76, 170,	240
Schiffers, Stadtbibliothekar		47
Schlachthof, städtischer	8, 14, 35, 46, 51, 54, 57,	231
Schlachthofausschuß		245
Schlange-Schöningen, Leiter des Zentralamts für Ernährung und Landwirtschaft, Hamburg		122
"Schlangen"-Bildung vor Kaufläden		143
Schlangmann, Josef, Chorleiter		211
Schloß Berge		194
Schmitt, Heinrich, 1. Stellvertreter des Oberbürger- meisters		199
Schokolade für Kinder		191
Schreibmaschinen, Anmeldung		171
Schuhbesohlkarte		179
Schuhcreme, Sammlung leerer Dosen		26
Schuhversorgung	72,	226
Schularzt		19
Schulausschuß für das Volksschulwesen		106
Schulen, Adolf-Hitler-Schulen		49
- Berufsschulen		118
- Berufsschulpflicht		159
- Frauenfachschule		103
- Gemeinschaftsschule		107
- Handelsschule		143
- Haushaltsschule		103
- Knabenmittelschule	10, 26, 32, 46, 72	
- Konfessionsschulen		31, 106, 175
- Mädchenmittelschule	32, 39, 63, 65, 72	
- Notprogramm für den Wiederaufbau		32, 175
- Oberschulen	4, 32, 48, 157	
	176, 182, 200, 242,	245
- Reifeprüfungen		4, 175
- Schulraumnot	68, 152,	175
- Volksschulen		40, 46
- Volksschulkinder in Bulmke und Hüllen		4
- Zahl der schulentlassenen Kinder		93
vergl.: Schularzt, Schulausschuß, Schulkinder- speisung, Schulzahnarzt.		
Schulkinderspeisung	18, 19, 26, 58, 59, 93, 179,	228

Stadttheater,	181, 193, 195, 201, 204, 212, 218, 229, 235, 242	
	Vergl. Theater an der Bochumer Straße	142
Stadtverband für Leibesübungen		52
Stadtverfassung		159
Stadtverordnetenversammlung	89, 156, 157, 158, 196, 199, 214,	241
		214
- Ausschüsse		200
- Fraktionserklärung		200
- Mandatsverteilung		200
- vergl.: Ausschuß für Pflege der Leibesübungen, Bauausschuß, Fürsorgeausschuß, Gesundheitsausschuß, Haupt- und Finanzausschuß, Straßenverkehrsausschuß, Volksbildungsausschuß, Wirtschafts- und Ernährungsausschuß.		
Stadtverordnetenwahlen am 13. Oktober	89, 117, 135, 147, 169, 176, 179, 187, 188,	153 189
	79, 111, 136, 143, 200,	241
Stadtverwaltung,		212
- Bauamt		148
- Baulenkungsamt	64, 96, 143,	64
- Einwohnermeldeamt		64
- Ermittlungsamt		222, 239
- Ernährungsamt		62, 144, 241
- Flüchtlingsamt		27, 62, 146
- Fürsorgeamt	27, 154, 227,	231
- Gesundheitsamt		64
- Gewerbeschutzamt		146
- Grundstücksamt		12
- Jugendamt		146
- Kriegsschädenamt		165
- Meldestellen		64
- Ordnungsamt		75
- Politische Prüfstelle		160
- Stadtamt für Leibesübungen		24, 78
- Standesamt		152, 247
- Statistisches Amt		143, 146
- Steueramt		164
- Straßenverkehrsamt	16, 64, 146,	237
- Wahlamt		231
- Versicherungsamt		71, 126, 152
- Wirtschaftsamt		64
- Zahl der Dienstkräfte		216
- Zersplitterung		5, 38
Stadtwerke,		
	vergl. Rohrnetz	14
Stahlhelme, Ablieferung		176
Stahlindustrie, Stilllegungen		161
Stalin		24, 78
Standesbeamte		152, 247
Statistisches Amt		16
Steinküchen		66
Stellenanzeigen und Stellengesuche		241
Stenographenverein Schalke 1892		21, 30, 106
Sterbefälle, bekannter Gelsenkirchener		132, 220, 242
Steuerfreie Beträge		1
Steuergruppen, Änderung		22, 60
Steuersätze		

Straftaten (Überfälle, Diebstahle, Plünderungen)	5, 54, 58
76, 80, 83, 87, 93, 103, 112, 128, 131, 138	
170, 172, 177, 218, 222, 225, 229, 235, 240, 245	
vergl. Schwarzhandel, Glücksspiele.	
Straßenbahnnetz, Ausbau	11, 22, 34, 171, 173
vergl. Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn	
Vestische Straßenbahn	
Essener Straßenbahn	
Straßenbeleuchtung	13, 168
Straßeninstandsetzung	16
Straßennamen, Änderungen	113, 138
Straßenverkehrsamt	16, 164, 209
Straßenverkehrsausschuß	209
Stricker, Dr. Fritz, Minister in Nordrhein-Westfalen	236
Strohecker, Oberchemierat Dr.,	88, 172, 235
Stromversorgung	13, 40, 101, 155, 188, 176, 225, 238
Stubbenroden	155, 210
Suchkartei für Flüchtlinge	62
Suess, Direktor der "Gute Hoffnungshütte", 1. Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes	82
Superintendent Kluge	74, 100, 222
Süßkirschen	140
Süßwaren	233
Synagogen	120
Tabakanbau	162
Tabaksteuer	123, 162
Tabakwarenversorgung	58, 73, 97, 108, 123
	144, 154, 162, 185, 133
Tauschzentrale	50
Teilung Deutschlands	213
Textilwaren	178, 247
"Theater an der Bochumer Straße"	6, 9, 14, 24, 25
28, 34, 48, 56, 58, 75, 79, 82, 96, 102	
110, 118, 135, 149, 167, 168, 174, 178, 180, 181	
vergl.: "Stadt-Theater"	
"Theater des Westens"	193, 212, 217, 236, 246
Tierschutzverein Gelsenkirchen	106
Totensonntag	221
Treibstoff-Fässer	39
Treibstoffversorgung	173, 209, 230
Trinkwasserversorgung	32
Trockenkartoffeln	212, 217, 235
Trümmerbeseitigung und -verwertung	16, 22, 23, 37, 43, 59
65, 106, 110, 115, 128, 130, 158, 159, 234,	
Tuberkulose	127, 136, 154, 234
Typhus	20, 91, 127
Typhus-Schutzimpfung	48, 171
Umlegungsausschuß	226
Umschulung	168, 231
Unfälle, tödliche	62, 91
Union-Theater	177, 211
Unkrautbekämpfung	73
Unterernährung	183
Velde, Bert van der, Leiter des "Westdeutschen Künstlerdienstes"	13
Verband gemeindlicher Unternehmungen	39
Verband öffentlicher Betriebe und Verwaltungen	121

Verband selbständiger Kaufleute				174
Verbraucherorganisationen				122
Verbrauchsregelungs-Strafverordnung				86
Verein für die Bekämpfung der Volkskrankheiten im Ruhrkohlengebiet				91
Vereinigte Elektrizitätswerke				238
Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener und Konzentrationäre			119,	244
Vereinte Nationen				161
Verfassungsausschuß				201
Vergnügungssteuerordnung				16
Verkaufszeiten im Einzelhandel und Handwerk		66,	225,	242
Verkehrsdisciplin		17,	38,	43
Verkehrsübertretungen, Verkehrsunfälle		24,	43,	83
		102,	129,	133
Verkehrsunfallabteilung bei der Polizei				102
Verkehrsunterricht			17,	38
Verkehrsverband Industriebezirk				228
Verkehrsverein Gelsenkirchen			70,	163
Verlagswesen				11
Versicherungsamt, Spruchausschüsse				231
Versorgungsamt			20,	146,
Verwaltungsleiter-Konferenz von Nordrhein-Westfalen				239
Verwaltungsrat für Wirtschaft in der britischen und amerikanischen Zone				37
				188
Vestische Bühne			167,	196
Vestische Musikschule	15,	35,	54,	202,
Vestische Straßenbahn		8,	195,	220,
Viehählung				248
Vinzenz-Verein				126
Volksbildungsausschuß			185,	239,
Volksbildungswerk	77,	124,	135,	140,
	195,	207,	217,	236,
			239,	245
Volksbund deutsche Kriegsgräberfürsorge				246
Volkschor Buer			83,	94,
Volkschor Gelsenkirchen				232
Volkshilfe				56,
				232
Volkshochschule	77,	124,	141,	160,
Volksküchen				166,
			68,	78,
Volkszählung vom 29. Oktober 1946			203,	204,
Vollmar, August, Vorsitzender ehemaliger Konzentrationäre				237
			119,	244
Vorbestellungen beim Einzelhandel, Verbot				85
Vormundschaftswesen				12
Vorratshaltung				193
Wach- und Schließgesellschaft				107
Wacker, Luise, Altistin				92
Waffen-Amnestie				7
Wahlen, Wahlamt				237
- Wahlbezirke			90,	117
- Wahlen in den Landgemeinden			172,	176
- Wahlkampf				93
- "Wahlleiter"				117
- Wahlrecht, neues				189
- Wahlregister			117,	118,
- vergl. Stadtverordnetenwahlen				237
Wanderungsbewegung im Jahre 1946				247
Wegener, Dr. Fränzi, Kunst- und Buchhandlung				54

Wehrmachtsangehörige, Eintragung ehemaliger						29, 161	
Wehrmachtsgüter, Anmeldung ehemaliger						198	
Weihnachtsfeiern					239, 242, 243	243	
Weihnachtsgruß des Oberbürgermeisters						243	
Weihnachtszuteilungen					218, 233, 239	239	
Weineck, Studienrat Dr.						165, 175	
Weiser, 2. Stellvertreter des Oberbürgermeisters					108, 111, 113, 166	166	
Wendenburg, Dr., Sonderbeauftragter für den Wiederaufbau						163, 170	
Wenker, Propst						202	
Werbeblätter						163	
Werkert, Franz, Orchesterleiter						220	
Werksbüchereien						103	
Werksküchen					203, 205	205	
Werklehrerseminar						246	
Werkzeugmaschinen						52	
Westdeutscher Fußballverband						7	
"Westdeutscher Künstlerdienst"		13, 17, 19, 24, 28, 31				31	
		33, 39, 56, 70, 72, 78, 82				82	
		vergl.: Neues Theater					
Westdeutscher Spielverband						20	
"Westdeutsches Volksecho", Zeitung der KPD					85, 180	180	
Westfalen, keine Teilung oder Angliederung an Hannover						121	
Westfalen-Kaufhaus						146	
"Westfalenpost", Zeitung, der CDU nahestehend	80, 111, 145, 236					236	
"Westfälische Rundschau", Zeitung, der SPD nahestehend				56, 69, 138		138	
				145, 177, 210, 221		221	
Westfälischer Fußballbund						15	
Westfälischer Heimatbund					126, 219	219	
Wibral, Paul, Gelsenkirchener Komponist						196	
Wiederaufbau der Stadt		22, 37, 55, 95, 154, 169				169	
Wiedergutmachung						132	
Wiegeaktion						183	
Wildenbruchplatz					97, 112, 133	133	
Wimmelmann, Bergwerksdirektor, Bergassessor						92	
Winkel, Oberschulrat, Kulturdezernent		77, 70, 112, 132, 142				142	
		154, 157, 167, 185, 207, 246				246	
Winterfestmachungen von Wohnungen				9, 168	208, 209	209	
Winterhilfe						224	
Winterkleidung					226, 240	240	
Winter-Nothilfe-Ausschuß						84	
Wirtschaftsamt		71, 126, 152, 153, 160				160	
		197, 214, 216, 220, 223, 235				235	
Wirtschaftsleben Gelsenkirchens						229	
Wirtschaftsplan						22	
Wirtschafts- und Ernährungsausschuß						16	
Wirtschaftsvergehen						5	
Wochenmarkt						127	
Wohlfahrtsausschuß						168	
Wohlfahrtsverbände, freie	12, 36, 160, 210, 224, 242					242	
Wohngebäude					94, 120	120	
Wohnungen, unterbelegte					187, 244	244	
Wohnungamt						244	
Wohnungsausschuß	6, 16, 28, 87, 114, 150, 244					244	
Wohnungsbau		32, 47, 87, 150, 174				174	
		120, 148, 216, 226, 230				230	

Wohnungsbedarf, Brennpunkt des	87
Wohnungsbeschlagnahme durch die Besatzungsmacht	151
Wohnungsvermittler, vergl.: Ermittlungsdienst	6, 174
Wohnungsgesetze	86
Wohnungsnot	221, 226, 244
Wohnungspfleger	87
"Wohnungsstelle Ruhr"	163
Wohnungswechselverbot	61, 115, 229
Wolle	134
Wortmann-Quartett des Städt. Orchesters	132, 246
Wüstenberg, Dr., Oberarzt am Hygiene-Institut	91
<u>Zechen:</u>	
- Alma	13, 18
- Consolidation	41, 230
- Dahlbusch	197, 222, 245
- Graf Bismarck	230
- Hugo	13, 192
- Westerholt	13
Zechengasthaus Hassel	78
Zeitungen, Auflagenhöhe	146
- Verbot des Verkaufs auswärtiger Zeitungen	89
- "Neuer Westfälischer Kurier"	166
- "Ruhr-Nachrichten"	80
- "Ruhr-Zeitung"	80
- Stellenanzeigen	66
- "Westfalenpost"	80, 111, 145, 236
- "Westfälische Rundschau"	145, 177, 210, 221
Zensurbestimmungen für Postsendungen und Druck-	
schriften	11, 44
Zentralamt für Ernährung und Landwirtschaft	121, 122, 151, 155
Zentralamt für Wirtschaft	184
Zentrumspartei	175, 178, 179, 201
Ziegenzuchtvereine	151
Zigaretten, englische	222
Zimmermann, Oberbürgermeister, später Oberstadtdirektor	2, 17
	31, 36, 41, 42, 48, 49, 65, 70
	91, 92, 108, 113, 132, 157, 158, 207
Zingler, Alfred, Redakteur des "Volkswillen"	69
Zingler, Margarete, Mitglied des Bürgerrats	79, 224
Zonen-Vereinigung, wirtschaftliche	247
Zuckersteuer	126
Zündholzverwertung, Zündholzbersorgung	142
Zweigert-Brücke in Altenessen	171
Zwei-Zonen-Komitee, wirtschaftliches	170
Zwei-Zonen-Wirtschaft	227

